

Zeitschrift für amtliche Statistik

Berlin Brandenburg

5+6 2010

1990 – 2010
Berlin und Brandenburg

- ▣ Gebietsgliederungen in Berlin
- ▣ Dienstleistungen
- ▣ Bautätigkeit
- ▣ Tourismus
- ▣ Gastgewerbe
- ▣ Einzelhandel
- ▣ Gewerbeanzeigen
- ▣ Preise
- ▣ Baupreise
- ▣ Insolvenzen
- ▣ Steuern
- ▣ Öffentliche Haushalte

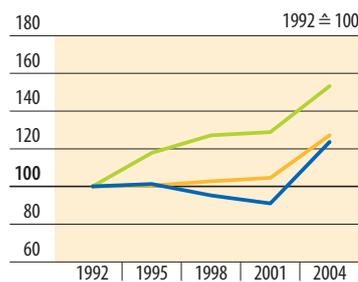
- ▣ Der Erwerbsstatus der Bevölkerung im Land Brandenburg 2005 bis 2008 im Ergebnis einer Längsschnittuntersuchung
- ▣ Schülerleistungen und regionaler Kontext

Einkommensteuer

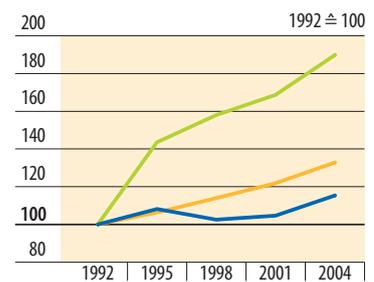
Entwicklung in Berlin, Brandenburg und Deutschland von 1992 bis 2004 ...

— Berlin
— Brandenburg
— Deutschland

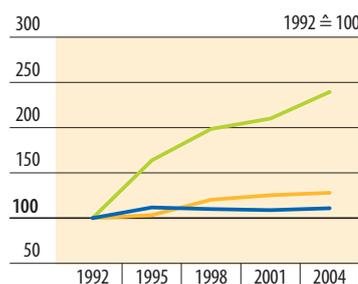
... der Anzahl der Steuerpflichtigen



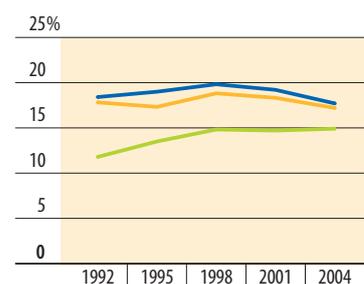
... des Gesamtbetrages der Einkünfte der Steuerpflichtigen



... der festgesetzten Steuern



... der Steuerbelastungsquote



Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Aussagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe können sich durch Schätzungen ergeben

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Behlertstraße 3a
14467 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777
Fax: 030 9028-4091
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regionalstatistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
4. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
Tel.: 0331 8173-1777

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356
Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Druck
Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2010
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg ▮ 2

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen
Verarbeitendes Gewerbe
Außenhandel
Finanzen
Bauwirtschaft
Tourismus
Einzelhandel
Preise
Verkehr
Bevölkerung

aus Deutschland ▮ 8

Außenhandel
Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen

aus Europa ▮ 9

Arbeitsmarkt

Wirtschaft im Überblick

Berlin Juni 2009 ▮ 10

Brandenburg Juni 2009 ▮ 14

Historisches

Volkszählung
am 1. Dezember 1910 ▮ 89

Zensus

Zensus 2011 ▮ 20

Veröffentlichungen

Berlin ▮ 91

Brandenburg ▮ 92

Karten

Verteilung der Einwohnerdichte
in Berlin am 31. 12. 2008
▮ 3. Umschlagseite

Berliner Bezirke und Ortsteile
1990 bis 2010
▮ 4. Umschlagseite

1990–2010

Berlin und Brandenburg

Gebietsgliederungen in Berlin ▮ 22

Dienstleistungen ▮ 26

Bautätigkeit ▮ 29

Tourismus ▮ 36

Gastgewerbe ▮ 40

Einzelhandel ▮ 43

Gewerbeanzeigen ▮ 46

Preise

Verbraucherpreise ▮ 52

Baupreise ▮ 56

Insolvenzen ▮ 59

Steuern ▮ 64

Öffentliche Haushalte ▮ 69

Aufsätze

Der Erwerbsstatus der Bevölkerung
im Land Brandenburg 2005 bis 2008
im Ergebnis einer Längsschnitt-
untersuchung ▮ 72

Schülerleistungen
und regionaler Kontext

Eine Zusammenhangsanalyse
für Berliner Grundschulen ▮ 78

Kurz gefasst aus Berlin und Brandenburg

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1. Halbjahr 2010

▣ BIP in Berlin und Brandenburg gewachsen

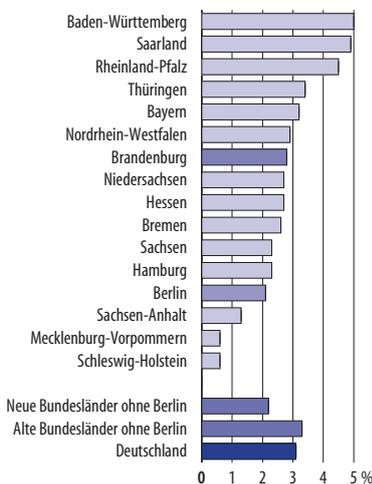
Berlin und Brandenburg verzeichneten nach der rückläufigen Entwicklung im Jahr 2009 im ersten Halbjahr des Jahres 2010 ein Wirtschaftswachstum. (...) Das Bruttoinlandsprodukt lag bereinigt um die Preisveränderungen in Berlin um 2,1 % und in Brandenburg um 2,8 % höher als in der ersten Hälfte des Vorjahres. Bewertet zu jeweiligen Preisen überstieg das Bruttoinlandsprodukt in Berlin um 2,9 % und in Brandenburg um 3,5 % das Niveau des Vorjahreszeitraums.

Im vorangegangenen Jahr hatten sich die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Ergebnis der beiden Länder weniger als im Bundesdurchschnitt niedergeschlagen, weil die Krise vor allem das produzierende Gewerbe erfasste, die Region – insbesondere Berlin – aber von einer stark dienstleistungsorientierten Wirtschaft geprägt wird. Deshalb konnte sie am rasanten Aufholen der deutschen Wirtschaft im ersten Halbjahr dieses Jahres auch nur begrenzt teilhaben. Das Land Brandenburg erreichte im Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung aller Bundesländer insbesondere aufgrund der starken Wiederbelebung des Verarbeitenden Gewerbes noch einen Platz im Mittelfeld, während Berlin sich mit einer nur verhaltenen Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges und aufgrund seines geringeren Gewichts im unteren Viertel der Länder wiederfand.

Bundesweit wurde ein Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 3,1 % und in jeweiligen Preisen um 4,0 % erreicht. Die Länder im früheren Bundesgebiet erzielten insgesamt mit preisbereinigt 3,3 % eine über dem Durchschnitt in Deutschland, die neuen Bundesländer mit 2,2 % dagegen eine darunter liegende Wachstumsrate. (...) Im ersten Halbjahr des Jahres 2010 erwirtschafteten alle Bundesländer wieder ein

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt nach Bundesländern im 1. Halbjahr 2010

Veränderung gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum



Plus. Am meisten vom Aufschwung profitierten Baden-Württemberg (+5,0 %) und das Saarland (+4,9 %), deren Wirtschaften in der Krise 2009 die größten Einbußen erlitten hatten.

▣ Beschäftigungszuwachs in Berlin und Brandenburg

Im 1. Halbjahr dieses Jahres lag der Anstieg der Erwerbstätigkeit in Berlin und Brandenburg im Vergleich zur ersten Hälfte des vergangenen Jahres mit jeweils 0,9 % deutlich höher als in allen anderen Bundesländern. Seit dem 2. Halbjahr 2009 hat sich aber in beiden Ländern der Beschäftigungszuwachs entgegen dem Bundes-trend verlangsamt, in Berlin wesentlich stärker als in Brandenburg. Im 2. Halbjahr 2009 wurde in Berlin noch eine Zunahme der Beschäftigung von 1,6 % und in Brandenburg von 1 % erreicht. Deutschlandweit kam die rückläufige Entwicklung in der 2. Hälfte letzten Jahres im folgenden Halbjahr zum Stillstand. Damit hat sich der Vorsprung von Berlin und Brandenburg gegenüber der durchschnittlichen Entwicklung aller Länder verringert.

Für den schwächeren Anstieg der Erwerbstätigenzahl in Berlin war die Entwicklung im 2. Quartal dieses Jahres ausschlaggebend. Während sich die Erwerbstätigenzahl im 1. Quartal dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum noch um 1,1 % erhöhte, stieg diese Rate im 2. Quartal nur noch um 0,7 %. Damit verminderte sich der Beschäftigungszuwachs von 17 400 Personen im 1. Quartal auf 11 200 Personen im 2. Quartal. Insgesamt waren im 2. Quartal 1 673 200 Personen erwerbstätig. In Brandenburg hingegen war der Beschäftigungszuwachs mit 0,9 % im 1. Quartal und 1,0 % im 2. Quartal nahezu unverändert hoch. Damit waren im 1. Quartal 9 100 Personen und 10 200 Personen im 2. Quartal mehr erwerbstätig als im gleichen Vorjahresquartal. Insgesamt waren im 2. Quartal in Brandenburg 1 065 200 Personen erwerbstätig.

Mit dieser Beschäftigungsentwicklung liegt Brandenburg nunmehr an der Spitze aller Bundesländer, gefolgt von Berlin, Hamburg, Sachsen und Thüringen.

Anders als in Brandenburg und Berlin konnte in Deutschland erstmals im 2. Quartal 2010 wieder ein leichter Anstieg der Erwerbstätigkeit von 0,2 % oder 72 000 Personen gegenüber dem Vorjahresquartal erreicht werden, nachdem in den letzten vorangegangenen drei Quartalen Beschäftigungsverluste zu verzeichnen waren. In den neuen Ländern war der Beschäftigungsaufbau mit 0,4 % stärker als in den alten Bundesländern, wo der Zuwachs 0,1 % betrug (jeweils ohne Berlin).

Verarbeitendes Gewerbe August 2010

Export sorgt für deutliche Umsatzsteigerungen in Berlin

Die 327 Berliner Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten erwirtschafteten im August 2010 einen Gesamtumsatz von 1,7 Mrd. EUR und verbuchten somit einen Umsatzgewinn von 7,2 % gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat. Dabei stiegen die Inlandsumsätze um 1,1 % auf 0,9 Mrd. EUR, die Geschäfte mit dem Ausland nahmen um 14,7 % auf 0,8 Mrd. EUR zu.

Unter den fünf umsatzstärksten Industriebranchen in Berlin konnten sich die Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen mit einem Umsatzzuwachs von 29,5 % im Vergleich zum Vorjahresmonat deutlich von den anderen Branchen absetzen. Diese Umsatzsteigerung resultiert überwiegend aus Vertragsabschlüssen mit Geschäftspartnern aus dem Ausland (50,5 %). Rückläufige Umsatzergebnisse gab es im Monat August bei den Herstellern von Nahrungs- und Futtermitteln, deren Ergebnisse um 6,0 % bzw. im Inland um 10,1 % zurückgingen.

Im August 2010 waren in der Berliner Industrie 77 257 Personen beschäftigt. Damit ist die Beschäftigtenzahl um 0,7 % gestiegen.

Zweistellige Zuwächse der Berliner Industrieaufträge

Die Berliner Industriebetriebe erhielten im August 2010 sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland mehr Aufträge als noch ein Jahr zuvor. (...) Das preisbereinigte Auftragsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes erhöhte sich um 19,5 % zum Vorjahresmonat. Dabei nahmen die Bestellungen aus dem Inland um 12,6 % zu. Aus dem Ausland wurden 24,8 % mehr Erzeugnisse und Leistungen im Vergleich zum Vorjahr geordert.

Die höchsten Zugänge bei den Auftragseingängen im Vergleich zum August 2009 meldete der Maschinenbau (+48,3 %) gefolgt vom Fahrzeugbau (+45,5 %). Dieses positive Ergebnis resultiert sowohl im Maschinenbau als auch im Fahrzeugbau aus einer gestiegenen Nachfrage aus dem Ausland um 91,6 % bzw. 94,5 %.

Auftragsplus der Brandenburger Industrie

Die Brandenburger Industriebetriebe meldeten im Monat August des laufenden Jahres eine verbesserte Auftragslage. (...) Das preisbereinigte Auftragsvolumen lag insgesamt um 8,7 % über dem des Vorjahresmonats. Dieses Ergebnis resultiert allein aus der mit einem Plus von 51,3 % kräftig gestiegenen Auslandsnachfrage. Die Bestellungen aus dem Inland waren dagegen um 4,3 % rückläufig.

Die größten Zuwachsraten im Vergleich zum Vorjahr wurden für den Maschinenbau (45,4 %) und für die Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (45,0 %) ermittelt. Aber auch die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (29,4 %) sowie die von Metallerzeugnissen

Mehr Umsatz in der Brandenburger Industrie

Die Umsätze der 413 Brandenburger Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten erreichten im August, wie bereits in den fünf Vormonaten dieses Jahres, zweistellige Zuwachsraten. Das Umsatzvolumen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahresmonat um insgesamt 13,2 % auf 1,6 Mrd. EUR. Dabei stiegen die Inlandsumsätze um 13,9 % auf 1,2 Mrd. EUR und die Auslandsumsätze um 11,4 % auf 0,4 Mrd. EUR an. Mit 73 402 tätigen Personen lag die Zahl der Beschäftigten 0,6 % über dem Vorjahresniveau.

Überdurchschnittliche Zuwächse erzielten die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (+29,0 %) bei gleich hohen Veränderungsdaten des In- und Auslandsumsatzes sowie die Produzenten von chemischen Erzeugnissen (+24,0 %), infolge einer verstärkten Nachfrage im Inland. Die Nahrungsmittelindustrie, ein weiterer umsatzstarker Wirtschaftsbereich, meldete ein Umsatzplus von 8,0 %, ausschließlich aufgrund sehr guter Geschäfte mit ausländischen Partnern. Dagegen büßten die metallerzeugenden/-bearbeitenden Betriebe im Vergleich zum Vorjahresmonat 2,0 % des Umsatzes ein, wobei sich das Volumen im Inlandsgeschäft um 17,8 % erhöhte, während gleichzeitig der Auslandsumsatz um 22,4 % zurückging.

Auftragseingangsindex für das Verarbeitende Gewerbe in Berlin und im Land Brandenburg seit Januar 2010 (Basis 2005 = 100; Volumenindex)

Zeitraum	Auftragseingangsindex			Veränderung zum Vorjahr in %		
	Insgesamt	Inland	Ausland	Insgesamt	Inland	Ausland
Berlin						
Januar.....	87,6	83,4	90,6	-7,8	-7,7	-7,9
Februar.....	95,5	86,3	102,4	2,8	-0,2	4,7
März.....	123,3	108,5	134,4	3,4	13,1	-1,7
April.....	105,5	96,4	112,3	4,7	9,4	1,8
Mai.....	105,6	91,9	115,8	9,2	10,5	8,5
Januar bis Mai	103,5	93,3	111,1	2,5	5,0	1,0
Brandenburg						
Januar.....	118,2	129,1	95,7	12,6	21,4	-6,1
Februar.....	126,7	134,1	111,5	27,3	22,3	41,8
März.....	192,1	212,6	150,4	38,4	49,8	13,6
April.....	132,9	146,7	104,8	17,4	13,0	32,1
Mai.....	132,5	149,0	98,8	-23,7	-33,0	33,6
Januar bis Mai	140,5	154,3	112,3	11,5	8,6	20,4

(24,7 %) legten deutlich zu. Die Produzenten von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen verzeichneten ebenfalls ein Auftragsplus (13,1 %). Dagegen meldeten die Betriebe des Fahrzeugbaus und die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen Auftragsseinbußen von 16,5 % und 12,7 %.

In den Monaten Januar bis August dieses Jahres verlief die Auftragsbilanz insgesamt positiv: So erhöhte sich das Auftragsvolumen der Brandenburger Industriebetriebe gegenüber dem Vergleichszeitraum des Jahres 2009 um 5,9 %. Die Inlands- sowie Auslandsnachfragen nahmen dabei um 1,7 % bzw. um 18,9 % zu.

Außenhandel 1. Halbjahr 2010

▣ Höhere Exporte durch Berlins Wirtschaft

Die Exporte durch die Berliner Wirtschaft erreichten im ersten Halbjahr 2010 den Wert von über 6 Mrd. (...) Damit lag der Warenwert 17,7 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Ausfuhren in die EU-Länder erreichten einen Wert von 2,8 Mrd. EUR und waren um 15,0 % gestiegen.

Als wichtigstes Bestimmungsland für die Berliner Wirtschaft im 1. Halbjahr 2010 sind die Vereinigten Staaten mit einem Exportvolumen von 527,0 Mill. EUR zu nennen. Es folgten Frankreich und Polen.

Die Liste der Exportgüter wird von den pharmazeutischen Erzeugnissen angeführt, mit einem Anteil von 14,1 % am gesamten Ausfuhrvolumen. Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung erreichten 9,6 % und Kraftmaschinen lagen bei 7,2 % in den ersten sechs Monaten.

Die Wareneinfuhr in das Land Berlin erreichte im 1. Halbjahr 2010 einen Wert von 4,6 Mrd. EUR. Das waren 9,1 % mehr als noch vor einem Jahr. Gehört Frankreich zu den wichtigen Importländern für Berlin, so lag das Warenvolumen mit 546,0 Mrd. EUR um 47,7 % höher als im 1. Halbjahr 2009. Dagegen blieben die Importe aus Polen mit 418,7 Milliarden EUR um 10 % unter dem Wert des Vorjahres.

An der Spitze der in das Land Berlin eingeführten Güter standen pharmazeutische Erzeugnisse mit einem Anteil von 9,7 %, bezogen auf das gesamte Importvolumen. Es folgten Luftfahrzeuge (5,6 %) und Kraftmaschinen (4,6 %).

Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Generalhandel und Spezialhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse Brandenburgs aus methodischen Gründen nicht möglich. Bei den Einfuhren ist zu beachten, dass nicht alle Waren für den Verbrauch im Land Berlin bestimmt sind.

▣ Erhöhte Exporte des Landes Brandenburg

Die Wirtschaft im Land Brandenburg führte im ersten Halbjahr 2010 Waren im Wert von über 5,7 Mrd. EUR aus. (...) Damit lag der Warenwert um 9,6 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Ausfuhren in die EU-Länder erreichten einen Wert von 3,9 Mrd. EUR und waren um 17,6 % gestiegen.

Bei den Bestimmungsländern rangierte Frankreich mit einem Exportvolumen von 968,3 Mill. EUR an erster Stelle, gefolgt von Polen und den Vereinigten Staaten.

Den Export der Wirtschaft des Landes Brandenburg bestimmten im 1. Halbjahr 2010 Luftfahrzeuge mit einem Anteil von 18,7 % am gesamten Exportvolumen, gefolgt von pharmazeutischen Erzeugnissen (12,7 %), Blech aus Eisen oder Stahl (5,7 %) sowie Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge (4,4 %).

Im Land Brandenburg erreichte die Wareneinfuhr im 1. Halbjahr 2010 einen Wert von 7,0 Mrd. EUR und lag um ein Drittel über dem Vorjahreswert. Insbesondere auch aus Lieferländern mit einem hohen Importaufkommen war ein deutlicher Anstieg festzustellen, wie die Russische Föderation (+28,4 %), Polen (+57,1 %) oder das Vereinigte Königreich (+20,1 %).

An der Spitze der Importgüter standen Erdöl und Erdgas mit einem Anteil am gesamten Einfuhrvolumen von 24,8 %. Vollständige Fabrikationsanlagen und Luftfahrzeuge erreichten Anteile von 12 bzw. 10 % des gesamten Importvolumens in den Monaten Januar bis Juni 2010.

Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Generalhandel und Spezialhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse Brandenburgs aus methodischen Gründen nicht möglich.

Bei den Einfuhren ist zu beachten, dass nicht alle Waren für den Verbrauch im Land Brandenburg bestimmt sind.

Finanzen 1. Halbjahr 2010

▣ 57 Brandenburger Gemeinden änderten ihre Realsteuerhebesätze

(...) Im 1. Halbjahr 2010 haben von insgesamt 419 Gemeinden des Landes Brandenburg 57 Gemeinden ihre Realsteuerhebesätze geändert, darunter acht Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern. 55 Gemeinden erhöhten ihre Hebesätze und zwei Gemeinden senkten die Hebesätze.

19 Gemeinden haben den Hebesatz für die Gewerbesteuer gegenüber dem 4. Quartal 2009 erhöht, darunter die kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel von 350 % auf 380 % und die kreisfreie Stadt Cottbus von 360 % auf 380 %. Zwei Gemeinden meldeten einen Rückgang um 50 Prozentpunkte (Gemeinde Groß Schacksdorf-Simmersdorf, Landkreis Spree-Neiße) bzw. um 25 Prozentpunkte (Gemeinde Grünow, Landkreis Uckermark). Den höchsten Gewerbesteuerhebesatz wies die Landeshauptstadt Potsdam mit 450 % aus.

48 Gemeinden hoben den Hebesatz der Grundsteuer B an. Die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) erhöhte den Hebesatz um 40 auf 450 Prozentpunkte. In 13 Gemeinden wurde ein um 50 und mehr Prozentpunkte höherer Hebesatz festgelegt, darunter in den amtsfreien Gemeinden Märkische Heide um 59 Prozentpunkte, Schwarzheide und Neuhausen/Spree um 50 Prozentpunkte. Den höchsten Hebesatz bei der Grundsteuer B hat die Landeshauptstadt mit 493 % und den niedrigsten die amtsangehörige Gemeinde Hirschfeld (Landkreis Elbe-Elster) mit 250 %.

36 Gemeinden erhöhten den Hebesatz der Grundsteuer A. In 17 Gemeinden wurde der Hebesatz um 50 und mehr Prozentpunkte angehoben. Die Erhöhung ist u. a. auf die Refinanzierung der Umlagen der Gewässer- und Deichverbände zurückzuführen. Die Spanne des Hebesatzes bei der Grundsteuer A reichte von 150 % bis 847 %. (...)

Bauwirtschaft September 2010**└ Mehr Baugenehmigungen in Berlin**

In den ersten neun Monaten des Jahres 2010 haben die Berliner Bauaufsichtsbehörden insgesamt 2 420 Anträge für Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau genehmigt (Vorjahr: 2 105). Von den geplanten 4 147 Wohnungen werden 2 746 Wohnungen neu gebaut und 1 401 durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, z. B. Dachgeschossausbau, entstehen. Die veranschlagten Kosten aller in den ersten drei Quartalen 2010 genehmigten Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau betragen 1,5 Mrd. EUR, das sind 3,5 % weniger als im Vorjahreszeitraum.

(...) Die meisten Baugenehmigungen für Wohneinheiten sind in den Bezirken Lichtenberg und Pankow erteilt worden. Die Anzahl der genehmigten Neubauwohnungen liegt 8,6 % unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Von diesen Wohnungen werden 1 297 als Einheiten in Ein- und Zweifamilienhäusern und 1 336 in Mehrfamilienhäusern geplant. Im Berichtszeitraum wurden 223 Genehmigungen für den Neubau gewerblicher Bauten (Vorjahreswert: 187) mit einer Nutzfläche von insgesamt 406 900 m² (Vorjahreswert: 357 400 m²) erteilt.

└ Mehr Baugenehmigungen im Land Brandenburg

In den ersten neun Monaten des Jahres 2010 haben die Brandenburger Bauaufsichtsbehörden insgesamt 5 324 Anträge für Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau genehmigt; ein Anstieg um 4,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum und der erste seit 2006. Von den geplanten 5 291 Wohnungen werden 4 614 Wohnungen neu gebaut und 677 durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, z. B. Dachgeschossausbau, entstehen.

(...) Im Berichtszeitraum wurden 604 Genehmigungen (Vorjahreswert: 558) für den Neubau gewerblicher Bauten mit einer Nutzfläche von insgesamt 830 000 m² erteilt. Die veranschlagten Kosten aller in den ersten drei Quartalen 2010 genehmigten Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau betragen 1,5 Mrd. EUR und liegen damit um 17,5 % über dem Vorjahreswert.

Tourismus September 2010**└ Berlin-Tourismus mit kräftigem Zuwachs**

Rund 890 600 Gäste und mehr als 2 Mill. Übernachtungen meldeten die Berliner Beherbergungsstätten und die Campingplätze für Urlaubscamping (...) für den September 2010. Das bedeutet gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres einen deutlichen Zuwachs von 14,8 % bei den Gästen und von 13 % bei den Übernachtungen. Nach den vorläufigen Berechnungen stieg die Zahl der Besucher aus dem Ausland mit 20,1 % beinahe doppelt so stark wie die der Inlandsgäste (+11,8 %). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer lag unverändert bei 2,3 Tagen.

Am Ende des Monats waren 753 Beherbergungsstätten geöffnet, 4 % mehr als ein Jahr zuvor. Sie boten den Gästen etwa 113 500 Betten zur Übernachtung an (+6,4 %). Dazu kamen zehn Campingplätze für Urlaubscamping. Die durchschnittliche Auslastung aller Gästebetten stieg trotz des größeren Angebots auf 59,5 % von 55,9 % ein Jahr zuvor. In den klassischen Hotelleriebetrieben (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe und Pensionen) lag sie mit 59,3 % so gut wie gleichauf.

Gäste und Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben Berlins im September 2010 nach Herkunft

Herkunft	September 2010				Januar bis September 2010			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %
Inland	552 800	11,8	1 197 000	9,7	4 276 100	7,9	9 267 000	8,5
Ausland	337 800	20,1	836 400	18,1	2 475 500	15,4	6 506 000	16,7
darunter								
Großbritannien	33 200	24,9	78 000	22,7	246 400	17,5	611 500	20,2
USA	29 800	12,1	68 700	9,0	202 700	8,8	493 900	7,5
Niederlande	20 900	-2,4	52 900	-2,0	174 400	3,4	468 400	6,1
Italien	20 100	7,9	54 600	10,8	219 700	14,2	668 300	19,7
Spanien	19 800	9,8	57 000	7,7	168 600	11,5	516 500	13,7
Dänemark	19 600	1,9	49 600	-1,5	136 800	5,4	365 500	5,6
Frankreich	17 800	31,9	43 000	32,2	143 200	23,7	381 800	28,5
Schweiz	16 800	18,5	41 900	17,3	116 000	7,5	291 900	11,5
Schweden	12 500	33,4	27 900	25,8	85 100	12,8	206 200	10,7
Österreich	11 900	29,1	27 600	23,9	81 900	15,4	200 300	18,3
Insgesamt	890 600	14,8	2 033 400	13,0	6 751 600	10,5	15 773 000	11,7

Einzelhandel August 2010

- ▣ **Umsatzplus mit weniger Beschäftigten in Berlin**
Der Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) meldete nach vorläufigen Berechnungen (...) im August 2010 einen Umsatzzuwachs von nominal 3,3 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Real, d. h. unter Ausschaltung der Preisveränderungen, betrug das Umsatzplus 3,1 %. Die Zahl der Verkaufstage war mit 26 unverändert. Nahezu alle Branchen verzeichneten Umsatzsteigerungen, einzig der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen musste Verluste hinnehmen (-1,8 %). Die Zahl der Beschäftigten im Berliner Einzelhandel lag im August 2010 um 1,5 % unter Vorjahresniveau. Der Rückgang wurde bei den Vollbeschäftigten (-1,6 %) sowie den Teilzeitbeschäftigten (-1,5 %) registriert. (...)

Preise Oktober 2010

- ▣ **Steigerung um 1,4 % in Berlin**
(...) Der Verbraucherpreisindex in Berlin ist von September 2010 bis Oktober 2010 um 0,2 % auf einen Indexstand von 108,2 (Basis 2005 \pm 100) gestiegen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Oktober 2009 betrug +1,4 %.
Von September bis Oktober 2010 sind die Verbraucherpreise nur moderat um 0,2 % gestiegen. Ursache dafür war in erster Linie die Erhöhung der Gaspreise um 13,6 %. Weitere nennenswerte Preiserhöhungen wurden für Schuhe (+0,5 %) und Bekleidung (+0,3 %) ermittelt. Dem gegenüber standen Preisrückgänge für Beherbergungsdienstleistungen ohne Pauschalreisen (-2,9 %), Mineralölprodukte (-1,1 %), Pauschalreisen (-0,9 %) und Nahrungsmittel (-0,5 %).
Innerhalb der Nahrungsmittel trat insbesondere der Anstieg der Kaffeepreise (+5,6 %) sowie der Preise für Speisefette und -öle gegenüber dem Vormonat hervor. Spürbare Preisrückgänge waren dagegen vor allem bei Gemüse (-2,8 %) und Süßwaren (-1,4 %) festzustellen.
Das Niveau der jährlichen Preisänderung zum Oktober 2009 ist mit +1,4 % im Vergleich zu September 2010 (+1,5 %) nahezu unverändert geblieben. Bestimmend für die Gesamtentwicklung gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat waren Preiserhöhungen für Energie. So sind die Preise für Heizöl um 16,0 %, Gas um 13,6 %, Kraftstoffe um 7,6 %, Strom um 6,8 % und feste Brennstoffe um 5,0 % gestiegen. Ohne die Einbeziehung der Preisentwicklung für Energie wäre der Verbraucherpreisindex gegenüber Oktober 2009 nur um 0,8 % gestiegen. Weitere spürbare Preiserhöhungen wurden insbesondere für Beherbergungsdienstleistungen ohne Pauschalreisen (+7,5 %) und Nahrungsmittel (+2,2 %) beobachtet. Verbraucherfreundlich zeigten sich im Jahresvergleich die Preise für Schuhe (-3,1 %) und Bekleidung (-1,8 %). Im Nahrungsmittelsektor waren deutliche Preiserhöhungen für Gemüse (+9,1 %), Speisefette und -öle (+8,5 %), Obst (+6,5 %), Fisch und Fischwaren (+2,2 %), Kaffee (+2,0 %) sowie Molkereiprodukte und Eier (+1,6 %) zu beobachten.

- ▣ **Mehr Umsatz und leichter Beschäftigungszuwachs in Brandenburg**
Der Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) des Landes Brandenburg setzte im August 2010 nach vorläufigen Berechnungen (...) nominal 2,2 % und real, d. h. unter Ausschaltung der Preisentwicklung, 1,3 % mehr um als im Vorjahresmonat. Die Zahl der Verkaufstage im Einzelhandel war im August 2010 mit 26 genauso groß wie vor einem Jahr.
Den höchsten Umsatzzuwachs bilanzierte der Einzelhandel außerhalb von Verkaufsräumen (nominal +20,0 %). Dagegen blieben die Einnahmen im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen unter dem Vorjahresniveau (nominal -2,6 %).
Die Zahl der Beschäftigten stieg im Einzelhandel des Landes Brandenburg im August 2010 gegenüber dem Vorjahresmonat leicht an (+0,4 %). In den Beschäftigungspositionen Vollzeit lag die Zahl um 2,2 % höher und in der Teilzeit nahm sie um 1,0 % ab. (...)

- ▣ **Steigerung um 1,0 % in Brandenburg**
(...) Der Verbraucherpreisindex ist im Land Brandenburg von September 2010 bis Oktober 2010 unverändert auf einem Indexstand von 107,8 (Basis 2005 \pm 100) geblieben. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Oktober 2009 betrug wie im Vormonat +1,0 %.
Von September bis Oktober 2010 haben sich die Verbraucherpreise insgesamt nicht verändert. Nennenswerte Preisänderungen waren lediglich für Gas (-0,9 %), Pauschalreisen (-0,9 %), Beherbergungsdienstleistungen ohne Pauschalreisen (-0,8 %), Nahrungsmittel (-0,4 %), Mineralölprodukte (+0,5 %) und Schuhe (+0,4 %) festzustellen. Innerhalb der Nahrungsmittel trat insbesondere der Anstieg der Kaffeepreise um 5,6 % deutlich hervor. Spürbare Preisrückgänge waren dagegen vor allem bei Gemüse (-2,6 %) zu verzeichnen.
Die jährliche Preisänderung zum Oktober 2009 lag wie schon im September 2010 bei +1,0 %. Bestimmend für die Gesamtentwicklung gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat waren erneut Preiserhöhungen für Heizöl (+14,6 %) und Kraftstoffe (+8,1 %). Ohne die Einbeziehung der Preisentwicklung für Mineralölprodukte wäre der Verbraucherpreisindex gegenüber Oktober 2009 nur um 0,6 % gestiegen. Weitere spürbare Preiserhöhungen wurden insbesondere für Beherbergungsdienstleistungen ohne Pauschalreisen (+4,0 %) und Nahrungsmittel (+2,7 %) beobachtet. Verbraucherfreundlich zeigten sich im Jahresvergleich die Preise für Schuhe (-2,3 %) und Bekleidung (-1,4 %).
Im Nahrungsmittelsektor wurden wieder deutliche Preiserhöhungen für Gemüse (+12,3 %), Speisefette und -öle (+11,9 %), Obst (+6,7 %), Molkereiprodukte und Eier (+4,4 %), sowie Fisch und Fischwaren (+3,8 %) ermittelt. So waren vor allem Kopf- und Eisbergsalat, Zwiebeln, Möhren, Paprika, Kartoffeln, Butter, Quark, süße Sahne, Grapefruits, Birnen und Weintrauben erheblich teurer als vor einem Jahr.

Verkehr August 2010

▣ Mehr Verkehrsunfälle – weniger Verunglückte in Berlin

(...) Die Polizei registrierte im August 2010 auf Berliner Straßen 10 344 Straßenverkehrsunfälle, das waren 10,2 % mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat. Bei 1 280 Unfällen mit Personenschaden wurden vier Personen getötet. 162 Personen wurden schwer und 1 341 leicht verletzt. Das sind 2,5 % mehr bzw. 10,2 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Die schwerwiegenden Unfälle mit Sachschaden sanken um 11,8 % und die sonstigen Unfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel um 12,7 %. Die Zahl der Unfälle mit sonstigem Sachschaden verzeichnete eine Steigerung um 13,7 %.

In den Monaten Januar bis August 2010 erfasste die Berliner Polizei insgesamt 83 463 Straßenverkehrsunfälle, 5,4 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Bei 8 293 Unfällen mit Personenschaden verunglückten 9 812 Personen, dabei wurden 9 782 Personen verletzt und 30 getötet, das waren fünf Personen weniger als im Zeitraum Januar bis August 2009.

▣ Deutlich weniger Getötete in Brandenburg

(...) Die Polizei registrierte im August 2010 auf Brandenburger Straßen 6 752 Straßenverkehrsunfälle, das waren 3,0 % mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat. Bei 793 Unfällen mit Personenschaden wurden 12 Personen getötet. 250 Personen wurden schwer und 756 leicht verletzt. Das sind 4,6 % bzw. 8,8 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Die schwerwiegenden Unfälle mit Sachschaden stiegen um 34,8 %; die sonstigen Unfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel sanken um 12,7 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Zahl der Unfälle mit sonstigem Sachschaden stieg um 3,6 %. In den Monaten Januar bis August 2010 erfasste die Brandenburger Polizei insgesamt 57 154 Straßenverkehrsunfälle, 6,7 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Bei 5 260 Unfällen mit Personenschaden verunglückten 6 698 Personen, dabei wurden 6 580 Personen verletzt und 118 getötet, das waren 25 getötete Personen weniger als im Zeitraum Januar bis August 2009.

Bevölkerung 1. Halbjahr 2010

▣ Berlin: Leichter Bevölkerungszuwachs

Die Bevölkerungszahl Berlins lag (...) Ende Juni 2010 bei 3 440 400 Personen. Sie war damit geringfügig höher als am Jahresanfang, und zwar um rund 1 700 Personen. Nachdem die Bevölkerungszahl im ersten Vierteljahr 2010 noch durch Melderegisterbereinigungen aufgrund der Einführung der Steuer-Identifikationsnummer gefallen war, konnte nun wieder ein leichter Bevölkerungszuwachs verzeichnet werden.

Im 1. Halbjahr des Jahres 2010 wurden 14 595 Kinder geboren, dies waren 420 Neugeborene mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Demgegenüber sind 14 766 Berliner in den ersten sechs Monaten dieses Jahres verstorben, womit sich ein Sterbeüberschuss von 171 Personen ergab (2009: 1 321 Personen).

Von Januar bis Juni 2010 zogen fast 64 670 Personen in die Stadt, dies waren rund 370 Personen weniger als im Vorjahr. Gleichzeitig sank auch die Zahl der Fortzüge von 63 800 im Vorjahreszeitraum um 950 auf nunmehr 62 800 Personen. Im ersten Halbjahr 2010 ergab sich somit ein Wanderungsgewinn von fast 1 900 Personen (2009: 1 300 Personen).

▣ Bevölkerungsrückgang in Brandenburg abgeschwächt

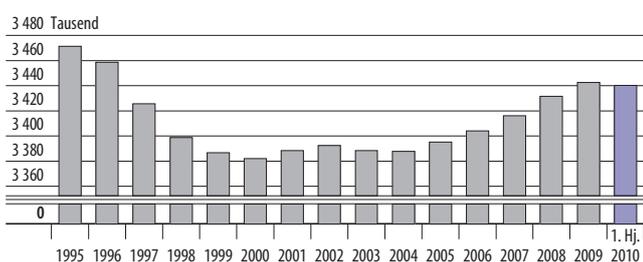
Die Bevölkerungszahl des Landes Brandenburg lag Ende Juni 2010 (...) bei rund 2 507 700 Personen. Das waren rund 3 900 Personen bzw. 0,2 % weniger als am Jahresanfang. Damit schwächte sich der Bevölkerungsrückgang weiter ab. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres sank die Bevölkerungszahl noch um 6 800 Personen bzw. 0,3 %.

Im 1. Halbjahr 2010 sind 8 722 Kinder geboren worden, das waren 177 Neugeborene mehr als im Vergleichszeitraum des Jahres 2009. Andererseits sind 13 644 Brandenburgerinnen und Brandenburger verstorben, 59 Personen weniger als im Vorjahr. Der daraus resultierende Sterbeüberschuss betrug 4 922 Personen (2009: 5 158 Personen).

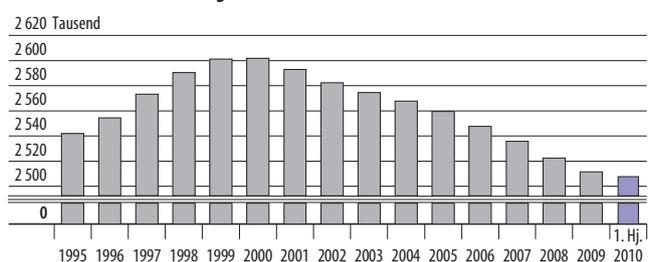
Von Januar bis Juni 2010 verlegten rund 27 500 Personen ihren Hauptwohnsitz in das Land Brandenburg (2009: 27 400 Personen). Dem gegenüber haben 26 500 Personen das Land verlassen (2009: 29 100 Personen). Per saldo ergab sich ein leichter Wanderungsgewinn von rund 1 000 Personen. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres war noch ein Verlust von 1 700 Personen registriert worden.

Gegenüber Berlin (840 Personen), dem Ausland (740 Personen) sowie den neuen Bundesländern (330 Personen) hat das Land Brandenburg Einwohner hinzugewonnen. Lediglich im Austausch mit den alten Bundesländern war ein Verlust von 880 Personen zu verzeichnen, der im ersten Halbjahr des Vorjahres mit 1 190 Personen noch etwas höher ausgefallen war.

Bevölkerungsstand seit 1995 ...
... in Berlin



... im Land Brandenburg



Kurz gefasst **aus Deutschland**

Außenhandel September 2010

Deutsche Ausfuhren +22,5 %

(...) Anhand vorläufiger Ergebnisse wurden im September 2010 von Deutschland Waren im Wert von 86,9 Mrd. EUR ausgeführt und Waren im Wert von 70,1 Mrd. EUR eingeführt. Die deutschen Ausfuhren waren damit im September 2010 um 22,5 % und die Einfuhren um 18,0 % höher als im September 2009.

Die Außenhandelsbilanz schloss im September 2010 mit einem Überschuss von 16,8 Mrd. EUR ab. Im September 2009 hatte der Saldo in der Außenhandelsbilanz 11,5 Mrd. EUR betragen.

Kalender- und saisonbereinigt waren die Aus- und Einfuhren im Vormonatsvergleich gegenläufig: Während die Ausfuhren gegenüber August 2010 um 3,0 % stiegen, nahmen die Einfuhren um 1,5 % ab. Der Außenhandelsbilanzüberschuss lag im September 2010 kalender- und saisonbereinigt bei 15,6 Mrd. EUR.

Zusammen mit den Salden für Dienstleistungen (-1,2 Mrd. EUR), Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+3,0 Mrd. EUR), laufende Übertragungen (-3,5 Mrd. EUR) sowie Ergänzungen zum Außenhandel (-1,2 Mrd. EUR) schloss – nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank – die Leistungsbilanz im September 2010 mit einem Überschuss von 14,0 Mrd. EUR ab. Im September 2009 hatte die deutsche Leistungsbilanz einen Aktivsaldo von 10,7 Mrd. EUR ausgewiesen.

In die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) wurden im September 2010 Waren im Wert von 52,1 Mrd. EUR versandt und Waren im Wert von 44,6 Mrd. EUR von dort bezogen. Gegenüber September 2009 stiegen die Versendungen in die EU-Länder um 14,1 % und die Eingänge aus diesen Ländern um 17,8 %. In die Länder der Eurozone wurden im September 2010 Waren im Wert von 34,8 Mrd. EUR (+13,6 %) geliefert und Waren im Wert von 31,0 Mrd. EUR (+17,0 %) aus diesen Ländern bezogen. In die EU-Länder, die nicht der Eurozone angehören, wurden im September 2010 Waren im Wert von 17,4 Mrd. EUR (+15,3 %) ausgeführt und Waren im Wert von 13,6 Mrd. EUR (+19,5 %) von dort eingeführt.

In die Länder außerhalb der Europäischen Union (Drittländer) wurden im September 2010 Waren im Wert von 34,8 Mrd. EUR exportiert und Waren im Wert von 25,4 Mrd. EUR aus diesen Ländern importiert. Gegenüber September 2009 nahmen die Exporte in die Drittländer um 37,7 % und die Importe von dort um 18,3 % zu. (...)

Quelle: DESTATIS

Grenzüberschreitende Transaktionen Deutschlands nach Ländergruppen im September 2010

Gegenstand der Nachweisung	September	Januar bis September	Veränderung gegenüber	
			September	Januar bis September
	2010		2009	
	Mrd. EUR		%	
Ausfuhr insgesamt	86,9	703,2	22,5	19,0
darunter				
EU-Länder	52,1	424,3	14,1	14,5
Eurozone	34,8	287,5	13,6	13,4
Nicht Eurozone.....	17,4	136,8	15,3	16,9
Drittländer	34,8	278,9	37,7	26,4
Einfuhr insgesamt	70,1	589,2	18,0	19,4
darunter				
EU-Länder	44,6	373,5	17,8	17,6
Eurozone	31,0	264,3	17,0	16,8
Nicht Eurozone.....	13,6	109,2	19,5	19,5
Drittländer	25,4	215,7	18,3	22,9

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 3. Quartal 2010

Aufschwung setzt sich fort

(...) Um 0,7 % war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) – preis-, saison- und kalenderbereinigt – im dritten Quartal 2010 höher als im zweiten Quartal, (...). Zudem wurden auch die Ergebnisse für die ersten beiden Quartale 2010 nochmals leicht nach oben korrigiert auf nun +0,6 % und +2,3 %. Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat sich somit weiter fortgesetzt, wenn auch – wie nach dem Rekordergebnis im zweiten Quartal erwartet – mit etwas abgeschwächtem Tempo.

Auch im Vorjahresvergleich hat die Wirtschaftsleistung wieder kräftig zugelegt: Das preisbereinigte BIP stieg im dritten Quartal 2010 gegenüber dem dritten Quartal 2009 um 3,9 %.

Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich (preis-, saison- und kalenderbereinigt) sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Dabei trugen die privaten und staatlichen Konsumausgaben, die Ausrüstungsinvestitionen sowie der Außenbeitrag gleichermaßen zum Anstieg des BIP bei.

Die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal 2010 wurde von 40,7 Millionen Erwerbstätigen im Inland erbracht, das waren 307 000 Personen oder 0,8 % mehr als ein Jahr zuvor.

Im Zusammenhang mit der erstmaligen Berechnung des dritten Quartals 2010 wurden auch die bisher veröffentlichten Ergebnisse für die ersten zwei Quartale 2010 überarbeitet. Dabei wurden die Veränderungsdaten des BIP in beiden Quartalen nach oben revidiert, und zwar um bis zu 0,2 Prozentpunkte. (...)

Quelle: DESTATIS

Kurz gefasst **aus Europa**

Arbeitsmarkt September 2010

Arbeitslosenquote des Euroraums bei 10,1 %

Im Euroraum¹ (ER16) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im September 2010 bei 10,1 % gegenüber 10,0 % im August. Im September 2009 hatte sie 9,8 % betragen. In der EU27² lag die Arbeitslosenquote im September 2010 bei 9,6 %, unverändert gegenüber August. Im September 2009 hatte sie 9,3 % betragen.

Es wird geschätzt, dass im September 2010 in der EU27 insgesamt 23,109 Mill. Männer und Frauen arbeitslos waren, davon 15,917 Mill. im Euroraum. Gegenüber August hat die Zahl der arbeitslosen Personen in der EU27 um 71 000 und im Euroraum um 67 000 zugenommen. Gegenüber September 2009 ist die Zahl der Arbeitslosen in der EU27 um 0,656 Mill. und im Euroraum um 0,424 Mill. gestiegen. (...)

Von den Mitgliedstaaten verzeichneten die Niederlande (4,4 %) und Österreich (4,5 %) die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Die höchsten Quoten meldeten Spanien (20,8 %), Lettland (19,4 % im zweiten Quartal 2010), Estland (18,6 % im zweiten Quartal 2010) und Litauen (18,2 % im zweiten Quartal 2010).

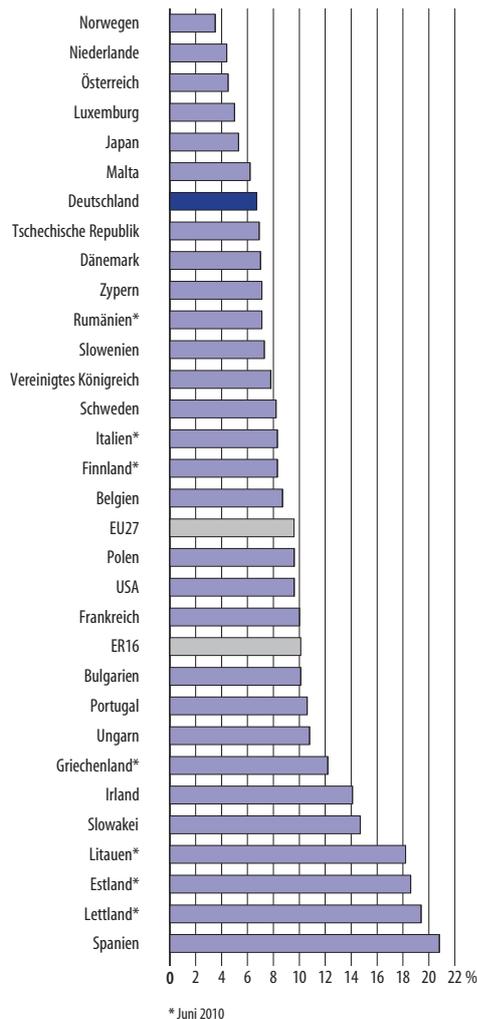
Sieben Mitgliedstaaten verzeichneten über ein Jahr betrachtet einen Rückgang der Arbeitslosenquote, einer eine stabile Quote und neunzehn einen Anstieg. Die höchsten Rückgänge wurden in Malta (von 7,2 % auf 6,2 %), Deutschland (von 7,6 % auf 6,7 %) und Österreich (von 5,1 % auf 4,5 %) beobachtet. Die höchsten Anstiege verzeichneten Estland (von 13,4 % auf 18,6 % zwischen dem zweiten Quartal 2009 und 2010), Litauen (von 13,5 % auf 18,2 % zwischen dem zweiten Quartal 2009 und 2010) und Griechenland (von 9,2 % auf 12,2 % zwischen dem zweiten Quartal 2009 und 2010).

Vergleicht man September 2010 mit September 2009, so stieg die Arbeitslosenquote der Männer im Euroraum von 9,8 % auf 9,9 % und blieb in der EU27 bei 9,5 % stabil. Die Arbeitslosenquote der Frauen nahm im Euroraum von 9,9 % auf 10,3 % zu und in der EU27 von 9,1 % auf 9,6 %.

Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen lag im September 2010 im Euroraum bei 20,0 % und in der EU27 bei 20,3 %. Im September 2009 hatte sie 20,2 % bzw. 20,6 % betragen. Die niedrigsten Quoten verzeichneten Deutschland (8,5 %), die Niederlande (8,6 %) und Österreich (8,9 %), die höchsten Quoten Spanien (42,5 %), Litauen (37,6 % im zweiten Quartal 2010) und Estland (37,2 % im zweiten Quartal 2010).

Im September 2010 lag die Arbeitslosenquote bei 9,6 % in den USA und im August 2010 bei 5,1 % in Japan.

Saisonbereinigte Arbeitslosenquoten ausgewählter Länder der Welt im September 2010



1 Zum Euroraum (ER16) gehören Belgien, Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland.

2 Der EU27 gehören an: Belgien, Bulgarien, die Tschechische Republik, Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, die Slowakei, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich.

Wirtschaft im Überblick Juni 2010

Berlin

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Juni 2010 zum Vorjahresmonat um 3,2 %, das waren –7 566 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 13,3 %. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden stieg der Trend des Auftragseingangsindex stark, der des Gesamtumsatzes weniger stark; der Trend der Beschäftigtenentwicklung fiel leicht ab. Im Bauhauptgewerbe hatte im Monat Juni der Trend des Auftragseinganges, der Baugenehmigungen, der Beschäftigtenzahl und des Umsatzes eine stark steigende Richtung. Beim Berliner Einzelhandel sind die Entwicklungen der Messzahlen des nominalen, des realen Umsatzes und der Beschäftigten leicht fallend. Im Gastgewerbe stieg der Trend der nominalen Umsatz-Messzahl leicht

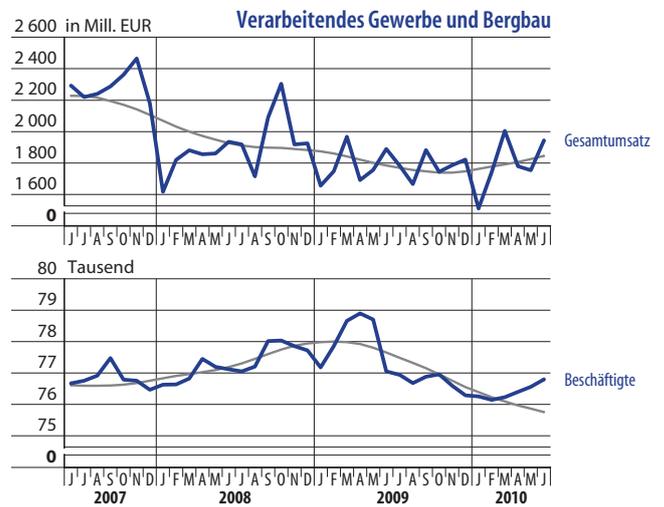
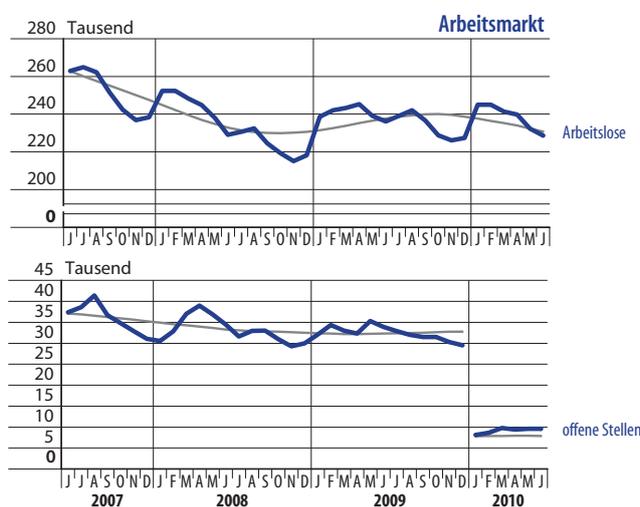
an; der der realen Umsatz-Messzahl fiel leicht und für die Beschäftigten-Messzahl ergab sich ein fallender Trend. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen verstärkte sich der seit dem Jahr 2002 kontinuierlich-steigende Trend; die Übernachtungen pro Gast legten dabei stärker zu. Der Berliner Außenhandel verzeichnete beim Export (auch in die EU) und beim Import eine sehr stark steigende Tendenz. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen und die gleiche Komponente aus den Betriebsgründungen und -aufgaben stiegen beide außerordentlich stark an. Alle zwei Kennziffern sind jedoch von großen monatlichen Schwankungen geprägt. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die der Unternehmensinsolvenzen stiegen in letzter Zeit wieder an. Im Juni 2010 betrug die Inflationsrate +1,1 % – der Trend war steigend.

7,2 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 5,8 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 2,7 Prozentpunkte bzw. 1,7 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Die Veränderung der Berliner Arbeitslosenzahl im laufenden Jahr (6-Monate-Vergleich: Januar 2010 bis Juni 2010 zu Januar 2009 bis Juni 2009) lag bei –0,9 % und der entsprechende 12-Monats-Vergleich (Juli 2009 bis Juni 2010 zu Juli 2008 bis Juni 2009) bei +1,7 %. Die seit Anfang des Jahres 2005 fallende Trend-Konjunktur-Komponente der Zahl der Arbeitslosen stieg seit dem Herbst 2008 wieder an, ohne das ehemalige sehr hohe Niveau auch nur näherungsweise zu erreichen. Seit dem Herbst 2009 fällt sie wieder ab. Bei den offenen Stellen erfolgte ein methodischer Wechsel: Es werden ab dem 1. Januar 2010 die gemeldeten, ungeforderten Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt, das sind etwa 25 000 Personen weniger – ein Vergleich mit vorherigen Veröffentlichungen ist deshalb nicht möglich. Im Juni 2010 waren 9 587 offene Stellen gemeldet. Seit dem Juni 2007 fällt diese Trend-Konjunktur-Komponente, in letzter Zeit verharnte sie bei etwa 8 000 offenen

Auf dem Berliner **Arbeitsmarkt** wurden Ende Juni des Jahres 2010 mit 228 593 Arbeitslosen 1,6 % weniger als im April 2010 registriert, das waren –3 748 Personen. Im Vergleich zum Juni des Jahres 2009 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 3,2 % ab, das entsprach einem Minus von 7 566 Personen. Dieser Wert stimmt fast mit der Einwohnerzahl der Brandenburger Gemeinden Schul-

zendorf oder Schipkau am Ende des Jahres 2009 überein. Die Berliner Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 15,6 % und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 13,3 %. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat jeweils 0,3 Prozentpunkte weniger. Die Berliner Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen lagen damit

Tabelle Seite 22



Stellen. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 23,8.

Im Berliner **Verarbeitenden Gewerbe**, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden zeigte der Auftragseingangsindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im Juni-Vergleich mit +24,8 % eine positive Veränderung, im 6-monatigen Vergleich sind es +5,8 % und im laufenden Jahr –1,9 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente fiel seit dem Oktober/November 2007, steigt aber seit Mitte des Jahres 2009 wieder an. Die im Monat Juni dieses Jahres 326 berichtspflichtigen Betriebe – das sind fünf Betriebe gegenüber dem Juni 2009 mehr – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 942,8 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 53,4 Mill. EUR oder um 2,8 % überboten. Im laufenden Jahr – von Januar 2010 bis Juni 2010 – konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 10,7 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Steigerung des Gesamtumsatzes um 0,2 %. Der langfristige Trend dieser Kennziffer des wichtigen Berliner Wirtschaftsabschnitts war seit der Mitte des Jahres 2007 fallend, in dem letzten Dreivierteljahr dann jedoch wieder leicht steigend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im Juni ein Niveau von 979,9 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 50,4 %. Im Zeitraum der letzten zwölf Monate wurden Waren im Wert von 10,1 Mrd. EUR aus diesem Berliner Wirtschaftsabschnitt exportiert. Bei der Beschäftigtenzahl war die Trend-Konjunktur-Komponente weiterhin fallend. Im Juni des Jahres 2010 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und

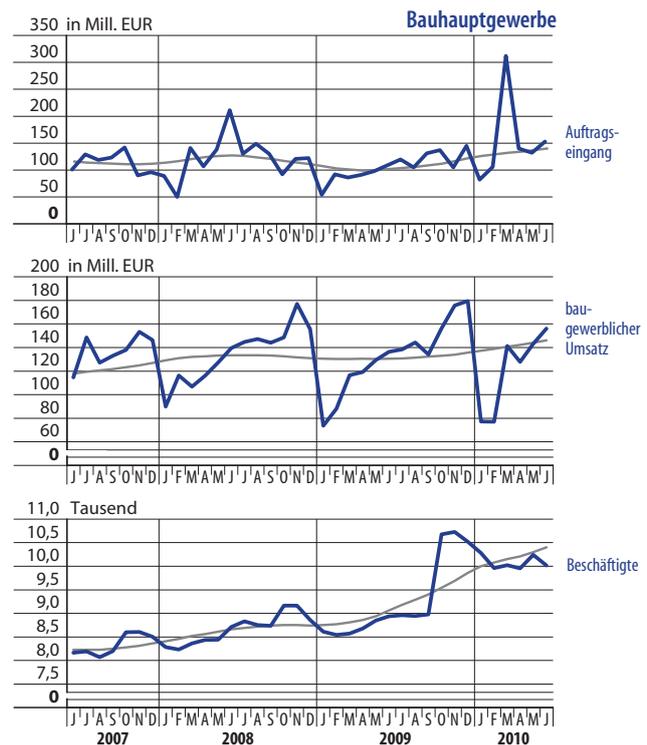
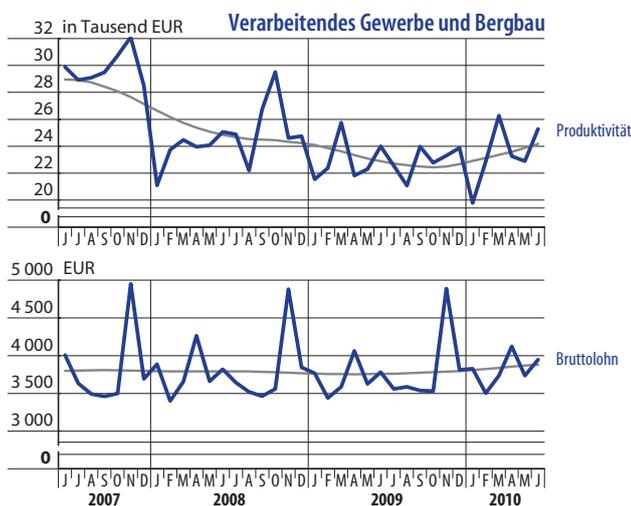
der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 76 838 Personen tätig. Gegenüber dem Juni 2009 gab es mit –0,3 % eine schwächere Veränderung als im Sechs-Monats- und im Ein-Jahres-Vergleich mit –2,1 % bzw. –1,7 %. Der jährliche Trend war demzufolge „noch“ fallend. Im Juni 2010 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 25 284 EUR, das waren +5,4 % gegenüber dem Juni 2009. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten lag bei 3 946 EUR, sie stieg leichter an und lag im gleichen Zeitraum um 4,4 % oder 165 EUR höher als im Juni 2009.

In der konjunkturellen Entwicklung des Berliner **Bauhauptgewerbes** kam es im Januar 2008 zu einem methodischen Wechsel. Die Auswirkungen stellen sich als vernachlässigbar dar. Seit dem Oktober 2009 ergab sich aber, wie erst jetzt deutlich wird, infolge einer planmäßigen Änderung des Monatsberichtsgebietes eine Veränderung einiger konjunktureller Kennziffern. Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte ein Niveau von 153,1 Mill. EUR. Die Entwicklung des Auftragseinganges zeigte im Juni 2010 mit +40,0 % zum Vorjahresmonat eine große Steigerung, wobei beachtet werden sollte, dass der Bezugswert im Juni 2009 sehr niedrig ausfiel. Im 6- und im 12-monatigen Vergleichszeitraum ergab sich eine Veränderung von +74,7 % bzw. +30,9 %.

Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit dem Mai 2009 wieder an, es deutet sich ein Wechsel zu höherem Wachstum an. Die Entwicklung bei der Anzahl der Baugenehmigungen zeigt ebenfalls eine stark steigende Tendenz. Der baugewerbliche Umsatz erreichte im Juni den Wert von 156,0 Mill. EUR (Bauhauptgewerbe: 157,1 Mill. EUR) bei +14,4 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Dieselbe Kennziffer war in den längerfristigen Betrachtungszeiträumen der zurückliegenden sechs und zwölf Monate mit +9,0 % bzw. +4,5 % ebenfalls durchgängig im positiven Bereich. Der jährliche Trend lag demzufolge auch im Plus. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit Ende 2006 leicht aber kontinuierlich an. Mit 10 016 Beschäftigten wurde im Juni 2010 zum Juni 2009 ein Zuwachs von 12,0 % erreicht. Im Halb- und im Ein-Jahres-Zeitraum war ebenfalls ein Zuwachs aufgetreten, von +15,9 % bzw. 12,9 %.

Im Berliner **Einzelhandel** erfolgte mit dem Jahreswechsel 2007 zu 2008 die Umstellung auf die WZ 2008. Dieses wird durch eine „Sprungstelle“ in der Zeitreihe sichtbar. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 6- und des 12-Monats-Zeitraumes ergab ein Minus von 0,8 % bzw. 1,0 %. Beim realen Umsatz waren es in den gleichen Zeiträumen –0,9 % bzw. –1,0 %. Die Beschäftigten-Kennziffer blieb in den gleichen Zeiträumen mit jeweils –0,9 % ebenfalls fallend. Die Vollbeschäftigtenzahl

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



blieb im aktuellen Monat um 4,1 % unter der des Vorjahres und die der Teilzeitbeschäftigten stieg demgegenüber leicht um 0,5 % leicht an. Der Trend der Messzahlen des nominalen, des realen Umsatzes und der Beschäftigten war innerhalb des letzten Jahres demzufolge leicht fallend.

Im **Großhandel** des Landes Berlin, bei dem der gleiche methodische Wechsel wie beim Einzelhandel erfolgte, war die längerfristige Umsatz-Entwicklung stärker fallend als beim Einzelhandel. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 6- und des 12-Monats-Zeitraumes ergab ein Minus von 4,3 % bzw. 12,4 %, beim realen Umsatz waren es in den gleichen Zeiträumen -9,9 % bzw. -12,2 %. Die Beschäftigten-Kennziffer stieg im gleichen Zeitraum um 0,5 % bzw. fiel im Ein-Jahresvergleich um 2,1 %. Der Trend des realen Umsatz-Merkmals war im letzten Jahr gleichbleibend, der des nominalen Umsatzes steigend und der der Beschäftigten fallend.

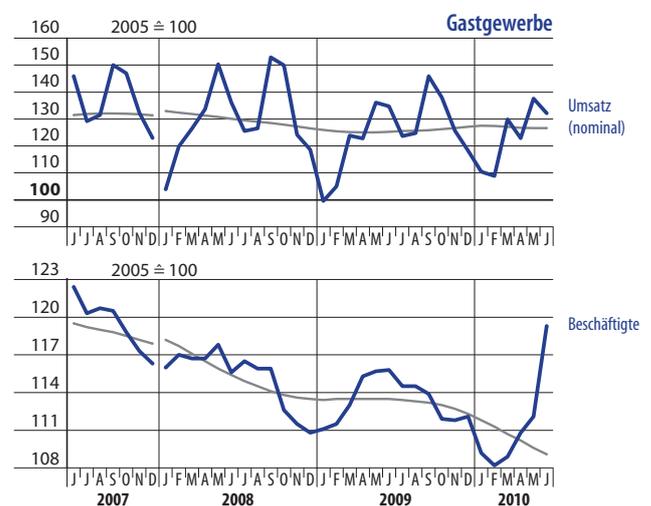
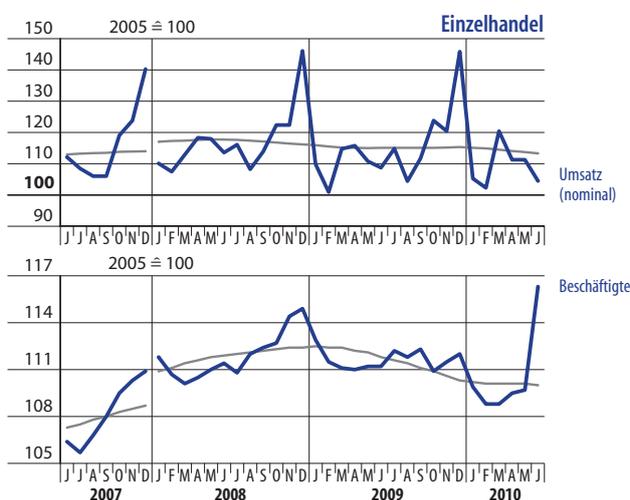
Im **Gastgewerbe** wurde, wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche methodische Veränderung vorgenommen. In diesem ebenfalls saisonal stark geprägten Wirtschaftszweig traten beim nominalen und realen Umsatz im 6-monatigen Vergleich unterschiedliche Veränderungsraten von +2,7 % und -0,6 % auf, während es beim 12-monatigen Vergleich Veränderungen von -0,1 % bzw. -2,5 % Prozent waren. Bei der Beschäftigten-Messzahl waren es dann in den beiden Zeiträumen -2,0 % bzw. -1,3 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente des letzten Jahres blieb bei der realen Umsatz-Messzahl etwa gleich, die der nominalen Umsatz-Messzahl stieg leicht an, während sie bei der Beschäftigten-Messzahl leicht fiel.

Die Erhebung zum **Berlin-Tourismus** wurde im Januar 2008 ebenfalls auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 umgestellt. Im Juni 2010 erreichte die Zahl der Gästeankünfte 856,1 Tsd; gegenüber dem Juni 2009 waren es 110,5 Tsd. Personen oder 14,8 % mehr. Beim Vergleich des 6- und des 12-monatigen Zeitraumes ergab sich ein Plus von 11,7 % bzw. von 8,8 %. Die Zahl der Übernachtungen stieg im Monatsvergleich (Juni 2010 zu Juni 2009) ebenfalls in etwa gleicher Größenordnung wie die Zahl der Gästeankünfte, und zwar um 18,9 %. Im 12-Monats-Vergleich setzte sich bei den Übernachtungen mit +11,7 % die positive Entwicklung fort, im Vergleich der ersten sechs Monaten des laufenden Jahres waren es sogar +14,2 %. Insgesamt war bei den beiden Kennziffern eine deutlich steigende Tendenz erkennbar, die bei den Übernachtungen noch stärker war. Im Durchschnitt entfielen im Juni 2010 auf jeden Gast 2,3 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es ebenfalls 2,3 Übernachtungen pro Gast mit steigender Tendenz.

Im Berliner **Außenhandel** scheint der Negativ-Trend der letzten Monate überwunden. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Berliner Wirtschaft betrug im Juni 1 255,3 Mill. EUR und lag damit um 46,6 % über dem Ergebnis des Juni 2009. Beim Vergleich der Halb-Jahres- und der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 17,7 % bzw. von 5,9 %. Im Zeitraum eines Jahres – von Mai 2009 bis Juni 2010 – wurden Waren im Wert von 11,4 Mrd. EUR exportiert, im laufenden Jahr waren es 6,0 Mrd. EUR. In die Staaten der Europäischen Union wurden im Juni 43,5 % der gesamten Ausfuhr exportiert, mit 546,1 Mill. EUR 35,7 % mehr als im Juni 2009. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen

(Generalhandel) 866,2 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate von +26,7 % zum Juni 2009 führte. Im Ein-Jahres-Zeitraum wurden Waren im Wert von 8,9 Mrd. EUR – das sind +4,3 % zu den vorherigen 12 Monaten – nach Berlin importiert. Im ersten Halbjahr 2010 wurden Waren im Wert von 4,6 Mrd. EUR, das waren gegenüber dem Vorjahreszeitraum 9,1 % mehr, importiert. Seit Anfang 2007 fiel die Trend-Konjunktur-Komponente des Exportes stark ab – sie stieg seit Mitte des Jahres 2009 wieder stärker an und hat das alte Niveau fast erreicht. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Importes verharrte in der Krisenzeit auf ihrem Niveau und steigt jetzt wieder stärker an. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im Juni 2010 wurden 1 471 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem Juni 2009 – mit einem Plus von 679 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen – waren das +85,7 %, im Halb- und im Ein-Jahres-Vergleich dann +67,2 % bzw. +67,9 %. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Juni 2010 auf 232 mehr Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit auf das fast 18-fache gegenüber Juni 2009 (mit einem Saldo von 13 Betriebsgründungen gegenüber den -aufgaben), was 219 Anmeldungen mehr entsprach. Beim Vergleichen der Sechs-Monats- und der Ein-Jahres-Zeiträume bei den Betrieben ergaben sich +78,3 % bzw. +86,3 %. Der



Trend innerhalb des letzten Jahres kann bei den Gewerbeanmeldungen und Betriebsgründungen als sehr positiv eingeschätzt werden, wenngleich bei den monatlichen Einzelwerten starke Schwankungen vorhanden waren.

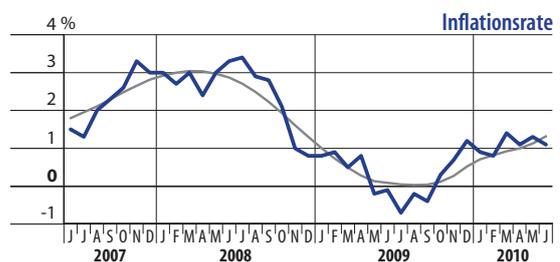
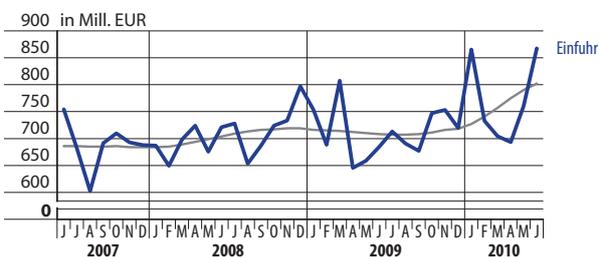
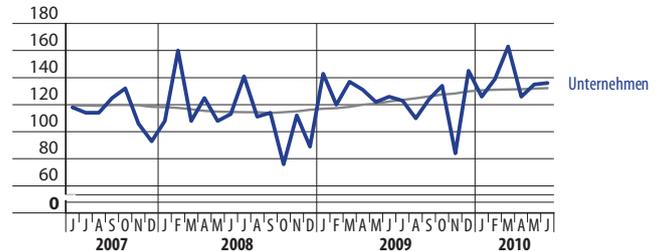
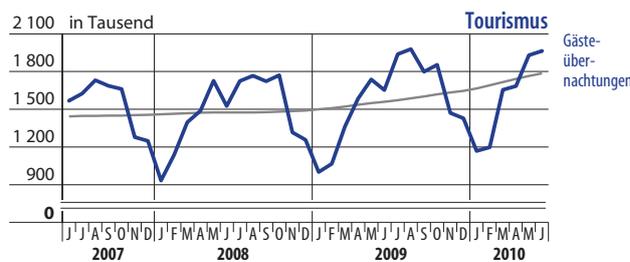
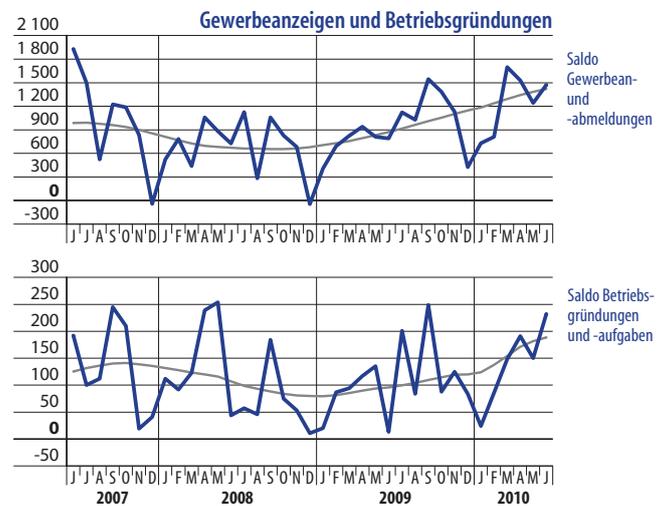
Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen in allen drei Zeiträumen durchgängig positive Veränderungsraten – also eine negative Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren waren insgesamt 679 Verfahren für den Monat Juni 2010 genannt, das sind gegenüber dem Juni des Vorjahres 9,7 % mehr. Im 6- und im 12-Monats-Vergleich beträgt die Veränderung +6,3 % bzw. +10,5 %. Langfristig wurden im Durchschnitt monatlich zwischen 600 und 750 Insolvenzverfahren beantragt. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren dabei durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren langfristig und stabil seit Mitte 2005 bei unter 140 Insolvenzen pro Monat angelangt, der Trend war seit dem Herbst 2008 allerdings wieder steigend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regel-

insolvenzen der Unternehmen 136 Fälle, das entspricht +7,9 % zum Juni 2009. Beim Vergleich der Halb- und der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich +5,9 % bzw. 8,6 % mehr Regelinsolvenzen der Unternehmen. Die Tendenz innerhalb eines Jahres war bei beiden Merkmalen steigend.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Juni 2010 bei 107,8. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucher-

preisindex zwischen dem Juni 2010 und dem Juni 2009, ergab sich damit ein Wert von +1,1 %, im Mai 2010: +1,3 %. Während sich die Mineralölprodukte (Kraftstoffe und Heizöl), Strom, Beherbergungsdienstleistungen, Nahrungsmittel sowie Bekleidung und Schuhe überdurchschnittlich verteuerten, ergaben sich bei Gas, Zentralheizung, Fernwärme, Pauschalreisen und bei den Pauschalreisen teilweise beträchtliche Preisrückgänge. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fiel seit dem März 2008 sehr stark und befindet sich zurzeit bei etwas über +1,0 %; gegenüber dem Juni 2009 ist der Trend steigend.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Wirtschaft im Überblick Juni 2010

Brandenburg

Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Juni 2010 zum Vorjahresmonat um 12,4 %, das waren –20 087 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 10,6 %. Im Einzelnen zeigten sich die folgenden jährlichen Trends: Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden waren der Auftragseingang (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) und die Zahl der Beschäftigten gleichbleibend, während der Gesamtumsatz stark stieg. Im Bauhauptgewerbe sank der Umsatz und der Auftragseingang, während die Baugenehmigungen anstiegen und die Beschäftigtenzahl etwa gleich blieb. Beim Brandenburger Einzelhandel und im Gastgewerbe waren

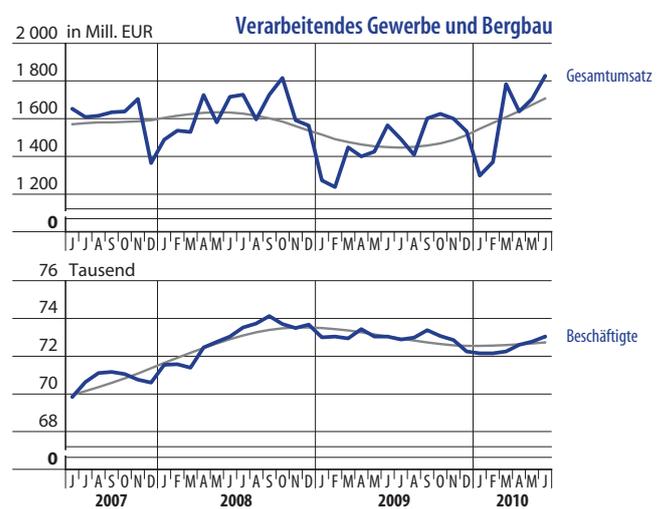
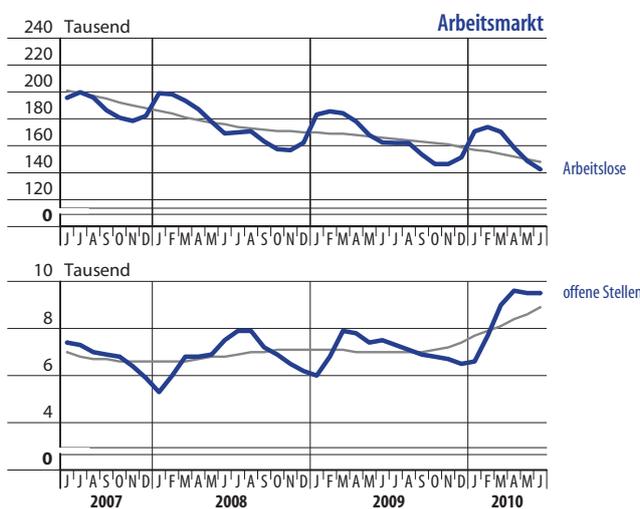
die nominalen Umsatz-Messzahlen leicht steigend, demgegenüber die realen Umsatz-Messzahlen leicht fallend und die jeweiligen Beschäftigten-Messzahlen fallend. Im Tourismus stieg sowohl die Zahl der Gäste als auch die der Übernachtungen langfristig und kontinuierlich. Der jährliche Trend der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen stieg und der aus den Betriebsgründungen und -aufgaben fiel. Beide Kennziffern sind allerdings stark von Saisoneffekten geprägt. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen stieg und die der Unternehmensinsolvenzen fiel leicht. Die Brandenburger Ausfuhren legten beachtlich zu, die in die EU noch stärker. Die Einfuhren zeigten ebenfalls einen stark steigenden jährlichen Trend. Im Juni 2010 betrug die Inflationsrate 0,8 % – der jährliche Trend ist zurzeit leicht steigend.

punkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 1,1 Prozentpunkte bzw. 1,0 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2004 fast linear fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten, sie verringerte sich innerhalb von 6 Jahren um 42 %. Bei den offenen Stellen erfolgte ein methodischer Wechsel: Es werden die gemeldeten, ungeforderten Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt. Es erfolgte eine Rückrechnung der gesamten Zeitreihe, ein Vergleich mit vorherigen Veröffentlichungen ist deshalb möglich. Die gemeldeten 9 518 offenen Stellen hatten sich seit dem Juni des vorigen Jahres um 2 042 Stellen oder um 27,3 % erhöht. Seit dem Anfang des Jahres 2008 stieg die Trend-Konjunktur-Komponente an, seit dem Herbst des Jahres 2009 stärker. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 15,0 – die langfristige lineare Tendenz ist nach wie vor fallend, bei einer in letzter Zeit deutlich verminderten saisonalen Schwankung. Im Juni dieses Jahres waren 7 140 Personen in der beruflichen Weiter-

Auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt wurde Ende Juni des Jahres 2010 mit 142 432 Arbeitslosen ein Minus von 4,2 % gegenüber dem Mai 2010 registriert, das waren 6 302 Personen weniger. Im Vergleich zum Juni des Jahres 2009 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 12,4 % ab, mithin ein Minus von 20 087 Personen. Dies entspricht etwa der Einwohnerzahl der Brandenburger Stadt Prenzlau am Ende des Jahres 2009. Die Brandenburger

Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 11,8 % und auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 10,6 %. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 1,7 Prozentpunkte bzw. 1,6 Prozentpunkte weniger. Damit lagen die Brandenburger Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 3,4 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 3,1 Prozent-

Tabelle Seite 23



bildung und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (44 Personen) erfasst; im Vergleich zum Juni 2009 ergab das ein Weniger von 879 Personen oder -11,0 %.

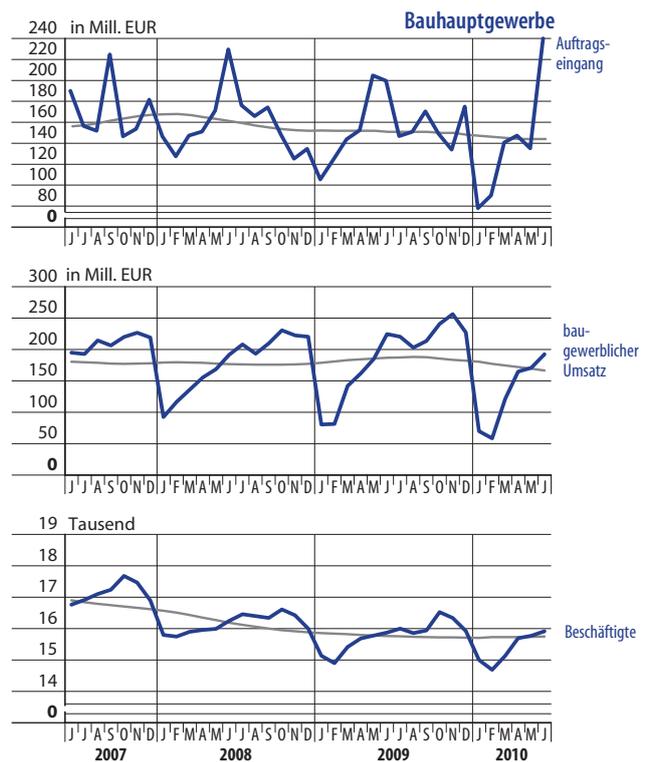
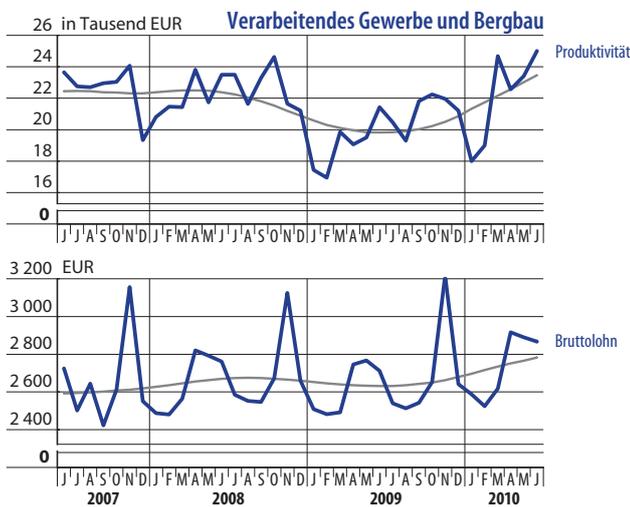
Im Brandenburger **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangsindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im Juni-Vergleich mit -1,8 % eine leicht negative Veränderung bei stärkeren Schwankungen der Monateinzelwerte. Im Vergleich der 6-monatigen (Januar bis Juni 2010 zum Vorjahreszeitraum) und der 12-monatigen (Mai 2009 bis Juni 2010 zum Vorjahreszeitraum) Perioden waren es +8,9 % bzw. +4,6 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente war seit dem Februar 2009 wieder steigend, fällt aber seit dem Januar 2010 wieder leicht. Die im Monat Juni dieses Jahres berichtspflichtigen 415 Betriebe – das sind sechs Betriebe weniger als im Juni 2009 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 826,5 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 261,3 Mill. EUR oder 16,7 % überboten. Im laufenden Jahr – von Januar 2010 bis Juni 2010 – konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 9,6 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum ging damit eine Erhöhung des Gesamtumsatzes um 15,2 % einher. Die langfristige Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des wichtigen Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte und „regelmäßigen Einbrüchen“ jeweils zu den Jahreswechseln – seit Mitte des Jahres 2009 wieder sehr stark steigend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im Juni ein Niveau von 487,4 Mill. EUR. Der Exportanteil

am Gesamtumsatz betrug somit 26,7 %. Bei der Beschäftigtenzahl war seit dem Oktober 2005 eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die seit Dezember 2008 wieder leicht fällt – ohne jedoch in die Nähe der alten Tiefstände zu gelangen – und die seit Januar 2010 nunmehr fast waagrecht verläuft. Im Juni des Jahres 2010 waren im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigten 73 050 Personen tätig, gegenüber dem Vorjahresmonat (Juni 2009) mit +0,01 % eine „positive Veränderung“ um 9 Personen. Im 6- und im 12-monatigen Vergleich waren es -0,8 % bzw. -0,9 % – die Tendenz also fast gleichbleibend. Im Juni 2010 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 25 003,70 EUR, das waren +16,7 % gegenüber dem Juni 2009. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg ebenso, aber schwächer: Sie lag im gleichen Zeitraum um 5,9 % oder 158,56 EUR je Beschäftigten höher als im Juni 2009 – insgesamt bei 2 866,76 EUR je Beschäftigten.

Das wertmäßige Volumen der **Auftrags-eingänge** des Brandenburger Bauhauptgewerbes – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte im Juni 2010 ein Niveau von 242,8 Mill. EUR. Der Auftragseingang zeigte mit 21,6 % zum Vorjahresmonat eine stark steigende Ent-

wicklung, im 6- und 12-monatigen Vergleich gab es demgegenüber eine Veränderung um -10,3 % bzw. -5,1 %. Die Tendenz blieb trotz des sehr hohen Auftragseinganges im Monat Juni leicht fallend. Die Anzahl der Baugenehmigungen entwickelte sich demgegenüber positiv, +3,2 % im Vergleich zum Vorjahresmonat und beim Vergleich der Halb- und Einjahres-Zeiträume +5,6 % bzw. -0,5 % – die Tendenz ist leicht steigend. Beim baugewerblichen Umsatz scheint sich die seit dem Jahr 1995 – dem Beginn der Aufzeichnungen – fallende Tendenz leicht abzuschwächen. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit dem Oktober des Jahres 2007 wieder leicht aber stabil an, ist aber ab dem Jahreswechsel 2009/2010 wieder leicht im Fallen begriffen. Der baugewerbliche Umsatz lag um 14,3 % unter dem Wert vom Juni 2009. Beim Vergleich der 6- und der 12-Monats-Zeiträume ergibt sich ein Wert von -11,1 % bzw. -0,9 %. Bei den Beschäftigten setzte sich der seit fast zehn Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend weiter – wenn auch sehr abgeschwächt – fort. Im Juni 2010 gab es in diesem Wirtschaftszweig 15 916 Beschäftigte, 0,3 % mehr als im Juni 2009 – die Tendenz des letzten Jahres war etwa gleich bleibend. Die im Juni 2010 berichtspflichtigen 310 Betriebe – das war die gleiche Anzahl wie im Juni 2009 – erreichten einen Gesamtumsatz von 194,8 Mill. EUR (baugewerblicher Umsatz: 192,2 Mill. EUR).

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Im Brandenburger Einzelhandel erfolgte Mitte des Jahres 2010 ein methodischer Wechsel – es wurde ein Drittel der Unternehmen in der Stichprobe ausgetauscht. Eine Rückrechnung ist bis zum Januar 2009 erfolgt. Dieses wird durch eine „Sprungstelle“ in der Zeitreihe sichtbar, ein Ein-Jahres-Vergleich ist deshalb nicht möglich. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 6-Monats-Zeitraumes ergab ein Plus von 0,6 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum –0,04 %. Die Beschäftigten-Kennziffer fiel im gleichen 6-monatigen Zeitraum um 2,1 %. Die Zahl der Vollbeschäftigten erhöhte sich leicht, während die der Teilzeitbeschäftigten zurückging. Die Trend-Konjunktur-Komponenten des realen Umsatzes und der Beschäftigten fielen innerhalb des letzten Jahres, während die des nominalen Umsatzes stieg.

Im Großhandel des Landes Brandenburg erfolgte der gleiche methodische Wechsel wie beim Einzelhandel. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 6-Monats-Zeitraumes ergab ein Plus von 3,2 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum –0,2 %, und die Beschäftigten-Kennziffer fiel um 5,0 %. Der Trend aller beiden Umsatz-Merkmale im Zeitraum des letzten Jahres war steigend, der Trend der Beschäftigten gleichbleibend.

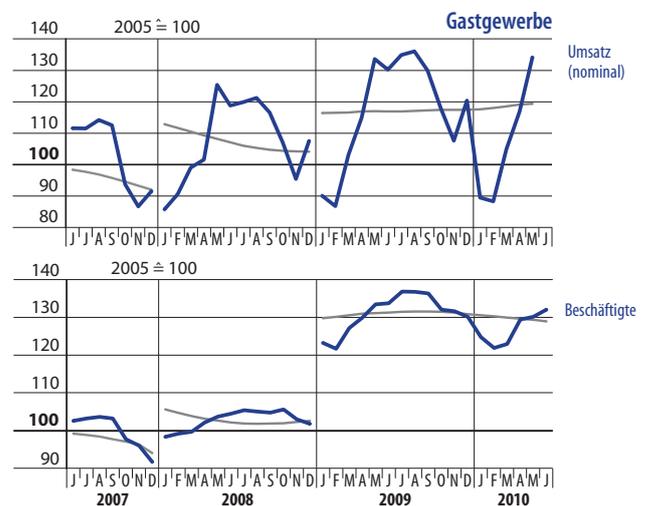
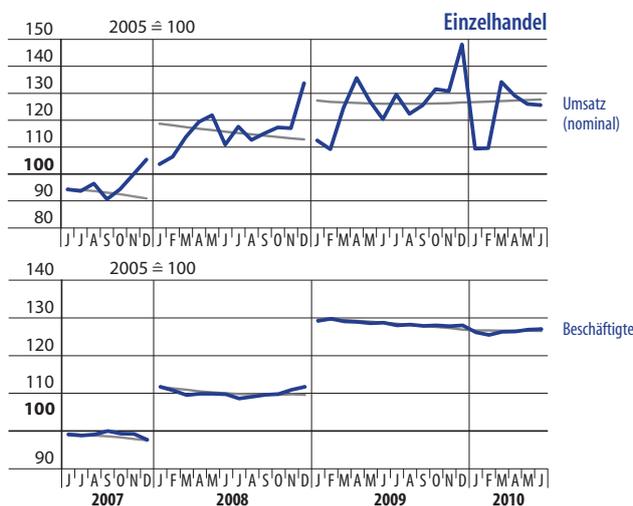
Im Gastgewerbe wurde, ebenso wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche methodische Veränderung vorgenommen. Im Vergleich der 6-Monats-Zeiträume nahm die Messzahl des nominalen Umsatzes um 1,7 % zu, die des realen Umsatzes und der Beschäftigten um jeweils 1,0 % ab. Der Trend aller drei Merkmale im Zeitraum des letzten Jahres: nominaler Umsatz – leicht steigend; realer Umsatz – leicht fallend; Beschäftigte – leicht fallend.

Die Erhebung zum Brandenburg-Tourismus wurde im Januar 2009 auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt, was aber die Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht beeinflusste. Im Juni 2010 erreichte die Zahl der Gästeübernachtungen 1 191,5 Tsd.; gegenüber dem Juni 2009 waren es 77,1 Tsd. Personen oder 6,9 % mehr. Beim Vergleich der 6-monatigen und 12-monatigen Zeiträume ergab sich ein Plus von 5,4 % bzw. von 3,4 %. Die Zahl der Gästeankünfte stieg im Ein-Monatsvergleich um 7,1 %. Im 6- und im 12-Monats-Vergleich setzte sich bei den Gästeankünften mit +5,5 % bzw. 2,9 % die positive Entwicklung fort. Im Durchschnitt entfielen im Juni 2010 auf jeden Gast 2,6 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es 2,7 Übernachtungen pro Gast. Insgesamt war bei den Gästeankünften und bei den Übernachtungen eine langfristig steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar.

Im Brandenburger Außenhandel wurde im Zeitraum von Mitte des Jahres 2008 bis zur Mitte des Jahres 2009 eine stark negative Entwicklung bewältigt, die in etwa beide Merkmale auf das Niveau von 2006/2007 zurückwarf. Seit Juni/Juli 2009 stiegen die Import- und Export-Trend-Konjunktur-Komponenten wieder stark an. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Brandenburger Wirtschaft betrug im Juni 1 183,7 Mill. EUR und lag damit um 22,1 % über dem Ergebnis des Juni 2009. Beim Vergleich der Halb- und der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 9,6 % bzw. von 0,5 %. In die Staaten der Europäischen Union wurden davon 65,7 % der gesamten Ausfuhr exportiert, mit 778,0 Mill. EUR 16,3 % mehr als im Juni 2009. Insgesamt wurden im Zeitraum des laufenden Jahres – von Januar bis Juni 2010 – Waren im Wert von 3,9 Mrd. EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen

(Generalhandel) 1 364,9 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate um +57,5 % gegenüber dem Juni 2009 führte. Im Halb- und im Ein-Jahres-Zeitraum wurden Waren im Wert von 7,0 Mrd. EUR bzw. 12,9 Mrd. EUR nach Brandenburg importiert, das waren gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres +33,7 % bzw. +3,2 %. Der Trend der letzten 12 Monate ist bei allen drei Kennziffern sehr stark steigend. Betont sei auch, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Brandenburger Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist.

Bei den Gewerbeanmeldungen werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im Juni 2010 wurden 331 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem Juni 2009 – bei einer Differenz von +152 Anmeldungen – waren es +84,9 %, im Halb- und im Ein-Jahres-Vergleich dann +81,6 % bzw. +113,5 %. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Juni 2010 auf +53 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit zu einem Minus von 54,7 % zum Juni 2009. Beim Vergleichen der Halb- und der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich bei den Betrieben +6,8 % bzw. +14,0 %. Der Trend innerhalb des letzten Jahres kann bei den Gewerbeanmeldungen als sehr stark steigend, bei den Betriebsgründungen- und -aufgaben als stark fallend eingeschätzt werden. Es ist bei beiden Kennziffern allerdings eine ausgeprägte saisonale Abhängigkeit vorhanden.

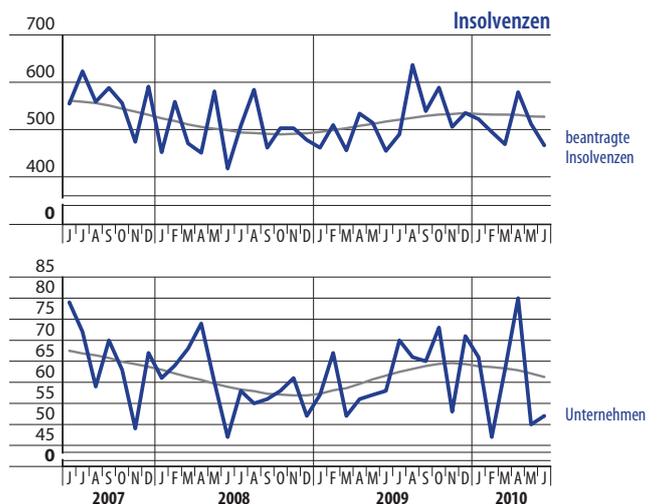
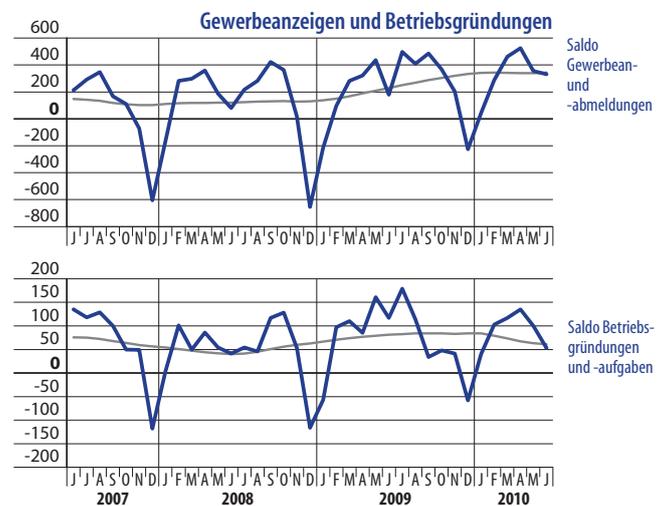
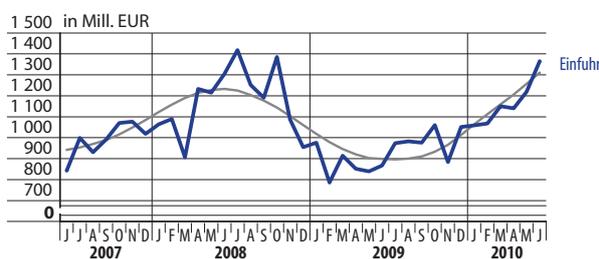
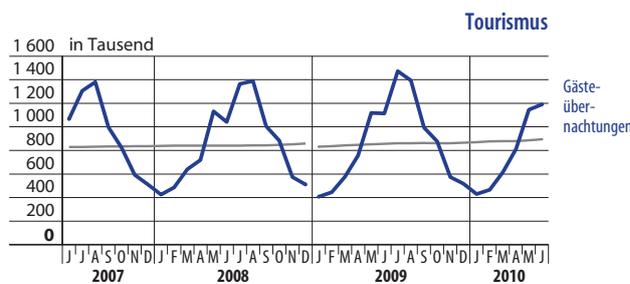


Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen – bei insgesamt stark schwankenden monatlichen Werten – eine leicht steigende bzw. gleichbleibende Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren wurden insgesamt 467 Verfahren genannt, das sind gegenüber dem Juni des Vorjahres +2,6 %. Längerfristig wurden im Durchschnitt – allerdings bei einer großen Streuung – monatlich etwas über 500 Verfahren beantragt. Im 6-Monats-Zeitraum waren es +3,9 % und im 12-Monats-Zeitraum +6,2 % zum jeweiligen vorherigen Vergleichszeitraum. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren im Mittel bei etwa 60 Insolvenzen pro Monat angelangt; der Trend seit dem Oktober 2009 ist fallend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 52 Fälle, das entspricht –10,3 % zum Juni 2009. Beim Vergleich der Halb- und der Ein-Jahres-Zeiträume der Regelinsolvenzen der Unternehmen ergaben sich +3,2 % bzw. +10,0 %. Der Trend im letzten Jahr war bei den gesamten Insolvenzen leicht steigend und bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen fallend.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft wurden, erfasst, lag im Monat Juni 2010 bei 107,8. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Juni 2009 und dem Juni 2010, ergab sich damit ein Wert von +0,8 %, im Mai 2010: +1,0 %. Während die Preise für

Bekleidung, Beherbergungsdienstleistungen, Nahrungsmittel, Gesundheitspflege, Strom und Mineralölprodukte (Kraftstoffe, Heizöl) stiegen, verringerten sie sich bei den Energieprodukten (Gas, Zentralheizung, Fernwärme, festen Brennstoffen) und Pauschalreisen deutlich. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate steigt seit dem September 2009 wieder kontinuierlich an.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Wirtschaft im Überblick Juni 2010

Berlin

(Basis: Originalwerte, Stand vom 4. November 2010)

Merkmal	Einheit	Juni 2010		Januar 2010 bis Juni 2010		Juli 2009 bis Juni 2010		Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	
			%		%		%	
Frühe Indikatoren								
Verbraucherpreisindex								↑
Gesamtindex.....	2005 ± 100	107,8	1,1	107,5	1,1	107,1	0,6	↗
Auftragseingang								
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe!;2.....	2005 ± 100	128,8	24,8	107,7	5,8	104,2	-1,9	↑
Bauhauptgewerbe3.....	Mill. EUR	153,1	40,0	154,2	74,7	139,0	30,9	↑
Baugenehmigungen.....	Anzahl	154	48,1	144,0	14,1	150,4	1,3	↑
Gegenwärtige Indikatoren								
Umsatz								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz)!.....	Mill. EUR	1 942,8	2,8	1 788,7	0,2	1 784,5	-5,1	↗
Stromerzeugung (brutto).....	GWh	513,0	50,7	797,4	82,5	707,8	11,4	↑
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) 3.....	Mill. EUR	156,0	14,4	120,4	9,0	137,5	4,5	↑
Einzelhandel - Umsatz nominal!.....	2005 ± 100	104,5	-3,9	109,2	-0,8	114,7	-1,0	↘
Einzelhandel - Umsatz real!.....	2005 ± 100	103,4	-3,3	107,5	-0,9	113,4	-1,0	↘
Großhandel - Umsatz nominal!.....	2005 ± 100	122,1	28,1	103,7	-4,3	101,5	-12,4	↗
Großhandel - Umsatz real!.....	2005 ± 100	114,2	23,2	96,3	-9,9	96,5	-12,2	→
Gastgewerbe - Umsatz nominal!.....	2005 ± 100	132,2	-1,9	123,6	2,7	126,5	-0,1	↗
Gastgewerbe - Umsatz real!.....	2005 ± 100	120,3	-5,1	112,7	-0,6	117,0	-2,5	↘
Gästeankünfte.....	1000	856,1	14,8	703,8	11,7	725,4	8,8	↑
Gästeübernachtungen.....	1000	1 964,4	18,9	1 600,0	14,2	1 672,3	11,7	↑
Außenhandel								
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	1 255,3	46,6	1 000,7	17,7	950,1	5,9	↑
davon nach EU.....	Mill. EUR	546,1	35,7	471,7	15,0	438,9	2,1	↑
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	866,2	26,7	769,7	9,1	742,8	4,3	↑
Produktion								
(Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe)1								
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten)...	EUR	25 284	5,4	23 398,0	1,9	23 163,2	-4,3	↗
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	3946	4,4	3 811,2	2,7	3 815,0	1,4	↗
Späte Indikatoren								
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen								
Saldo Gewerbe- und abmeldungen.....	Anzahl	1 471	85,7	1 246,5	67,2	1 175,8	67,9	↑
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	232	1 684,6	138,5	78,3	138,5	86,3	↑
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	679	9,7	667,2	6,3	665,5	10,5	↗
davon Unternehmen.....	Anzahl	136	7,9	137,5	5,9	128,8	8,6	↗
Beschäftigte								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe!....	1000	76,8	-0,3	76,4	-2,1	76,6	-1,7	↘
Bauhauptgewerbe3.....	1000	10,0	12,0	10,1	15,9	9,9	12,9	↑
Einzelhandel!.....	2005 ± 100	116,3	4,6	110,5	-0,9	111,1	-0,9	↘
Großhandel!.....	2005 ± 100	143,0	26,4	115,7	0,5	113,8	-2,1	↘
Gastgewerbe!.....	2005 ± 100	119,3	3,0	111,4	-2,0	112,3	-1,3	↘
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose.....	Anzahl	228 593	-3,2	238 668	-0,9	235 993	1,7	↘
Arbeitslosenquote (aller ziviler Erwerbspersonen).....	%	13,3	-5,0	14,1	-1,5	14,0	1,4	↘
offene Stellen.....	Anzahl	9 587	x	9 203,0	x	20 249,8	x	↓

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex (ausgewählte Wirtschaftszweige)

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Monatsberichts-kreis

4 vorläufig

Legende Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p

1 % ≤ p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p ≤ -1 %

p ≤ -10 %

↑

↗

→

↘

↓

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p

1 % ≤ p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p ≤ -1 %

p ≤ -2 %

↑

↗

→

↘

↓

Brandenburg

(Basis: Originalwerte, Stand vom 28. Oktober 2010)

Merkmal	Einheit	Juni 2010		Januar 2010 bis Juni 2010		Juli 2009 bis Juni 2010		Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	
			%		%		%	
Frühe Indikatoren ↗								
Verbraucherpreisindex								
Gesamtindex.....	2005 ± 100	107,8	0,8	107,4	0,7	107,2	0,3	↗
Auftragseingang								
Auftragseingangsbauindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1,2}	2005 ± 100	140,7	-1,8	140,5	8,9	141,3	4,6	→
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	242,8	21,6	139,1	-10,3	146,7	-5,1	↘
Baugenehmigungen.....	Anzahl	620	3,2	576,8	5,6	584,7	-0,5	↗
Gegenwärtige Indikatoren ↑								
Umsatz								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe								
(Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	1 826,5	16,7	1 603,3	15,2	1 573,3	2,8	↑
Stromerzeugung (brutto).....	GWh	3 315,6	14,5	3 376,9	12,5	3 080,4	-0,2	↑
Bauhauptgewerbe								
(Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	192,2	-14,3	129,7	-11,1	178,2	-0,9	↓
Einzelhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	125,6	4,3	122,3	0,6	126,8	x	↗
Einzelhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	120,5	3,8	117,6	-0,0	122,7	x	↘
Großhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	122,1	15,1	106,4	3,2	111,1	x	↑
Großhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	108,7	10,7	95,8	-0,2	101,9	x	↗
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	136,4	4,7	111,7	1,7	118,1	x	↗
Gastgewerbe - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	124,6	1,8	102,4	-1,0	109,5	x	↘
Gästeankünfte.....	1000	454,5	7,1	291,1	5,5	316,5	2,9	↗
Gästeübernachtungen.....	1000	1 191,5	6,9	776,7	5,4	874,2	3,4	↗
Außenhandel								
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	1 183,7	22,1	956,3	9,6	932,6	0,5	↑
davon nach EU.....	Mill. EUR	778,0	16,3	654,7	17,6	629,1	-1,4	↑
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	1 364,9	57,5	1 167,0	33,7	1 077,5	3,2	↑
Produktion (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ¹								
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten).....	EUR	25 003,7	16,7	22 106,2	16,1	21 636,3	3,8	↑
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	2 866,8	5,9	2 733,8	4,3	2 711,0	2,1	↗
Späte Indikatoren ↑								
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen								
Saldo Gewerbe- und abmeldungen ...	Anzahl	331	84,9	333,8	81,6	311,6	113,5	↑
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	53	-54,7	91,3	6,8	75,5	14,0	↓
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	467	2,6	507,3	3,9	528,3	6,2	↗
davon Unternehmen.....	Anzahl	52	-10,3	59,7	3,2	63,0	10,0	↘
Beschäftigte								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹	1000	73,1	0,0	72,5	-0,8	72,7	-0,9	→
Bauhauptgewerbe ³	1000	15,9	0,3	15,4	-0,6	15,7	-1,2	→
Einzelhandel ⁴	2005 ± 100	127,0	-1,3	126,4	-2,1	127,2	x	↘
Großhandel ⁴	2005 ± 100	148,9	-3,1	147,6	-5,0	150,0	x	→
Gastgewerbe ⁴	2005 ± 100	132,2	-1,2	127,0	-1,0	130,6	x	↘
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose.....	Anzahl	142 432	-12,4	160 836	-9,1	157 247	-7,6	↓
Arbeitslosenquote (aller zivilen Erwerbspersonen).....	%	10,6	-13,1	12,0	-8,7	11,8	-7,0	↘
offene Stellen.....	Anzahl	9 518	27,3	8 641,0	19,6	7 768,6	8,5	↑

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen
20 und mehr Beschäftigten; Monatsberichts-kreis

4 vorläufig

Legende Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p

1 % ≤ p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p ≤ -1 %

p ≤ -10 %

↑

↗

→

↘

↓

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p

1 % ≤ p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p ≤ -1 %

p ≤ -2 %

↑

↗

→

↘

↓

Zensus 2011

Erhebungsstellen in Berlin und Brandenburg

Zur Vorbereitung und Durchführung des Zensus 2011 sind in Berlin und Brandenburg örtliche Erhebungsstellen eingerichtet worden.

Hierbei handelt es sich um eigene Verwaltungseinheiten, die zur Sicherung der statistischen Geheimhaltung sowohl räumlich und organisatorisch als auch personell von anderen Verwaltungsstellen getrennt sind. Die Erhebungsstellen haben im Herbst 2010 ihre Arbeit aufgenommen und werden voraussichtlich Anfang 2012, zum Ende der Erhebungsphase, wieder aufgelöst.

Für das Land Brandenburg sind von den kreisfreien Städten und Landkreisen insgesamt 30 Erhebungsstellen eingerichtet worden. Für das Land Berlin wurde eine Erhebungsstelle eingerichtet, die sich im Dienstgebäude des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg in Berlin-Mitte befindet.

Aufgaben der Erhebungsstellen

Die örtlichen Erhebungsstellen und ca. 6 000 Erhebungsbeauftragte werden in der Vorbereitungs- und Durchführungsphase des Zensus 2011 in folgende Erhebungen eingebunden sein:

Haushaltebefragung

Im Rahmen der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis werden ca. zehn Prozent der Haushalte in Berlin und Brandenburg direkt vor Ort befragt. Die Ergebnisse dienen einerseits der Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl. Andererseits werden Merkmale wie beispielsweise Angaben zur Bildung, zum Erwerbsstatus und zum Migrationshintergrund erfasst, die in Deutschland nicht in Registerdaten vorliegen. Die Erhebungsstellen übernehmen hierbei u. a. die Organisation und Durchführung der Befragungen sowie den Einsatz der Erhebungsbeauftragten.

Erhebungen in Sonderbereichen

Bei diesen Erhebungen wird die Zahl der Bewohner in Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften ermittelt. Bei der Befragung wird es zwei unterschiedliche Vorgehensweisen geben. Die Durchführung der Erhebung in nicht-sensiblen Sonderbereichen wie z. B. Studentenwohnheimen entspricht im Wesentlichen der Haushaltebefragung. In sensiblen Sonderbereichen wie z. B. Justizvollzugsanstalten, Kinderheimen oder Pflegeeinrichtungen wird die Einrichtungsleitung befragt, um die Gefahr einer sozialen Benachteiligung der Bewohner auszuschließen.

Gebäude- und Wohnungszählung

Zeitgleich mit der Bevölkerungszählung wird vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg eine Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt. Hierbei handelt es sich um eine Vollerhebung, bei der alle Eigentümer von Gebäuden mit Wohnraum sowie die Besitzer und Verwalter von Eigentumswohnungen postalisch zu den gesetzlich vorgegebenen Erhebungsmerkmalen für Gebäude und Wohnungen befragt werden. Im Fall von Antwortausfällen seitens der Gebäude- bzw. Wohnungseigentümer sind die Erhebungsstellen dafür zuständig, Befragungen von Auskunftspflichtigen vor Ort durchzuführen und erhaltene Angaben zum Gebäude bzw. den Wohnungen dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg zu übermitteln.

Weitere primärstatistische Rückfragen

Vor allem in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern sind eine Reihe weiterer primärstatistischer Erhebungen vorgesehen, die teilweise von den örtlichen Erhebungsstellen übernommen werden. Hierzu gehören u. a. die Prüfung von Unstimmigkeiten im Anschriften- und Gebäuderegister, die Prüfung von Mehrfachfällen aus dem Melderegister sowie die Überprüfung unplausibler Anschriften.

Landesrechtliche Grundlagen

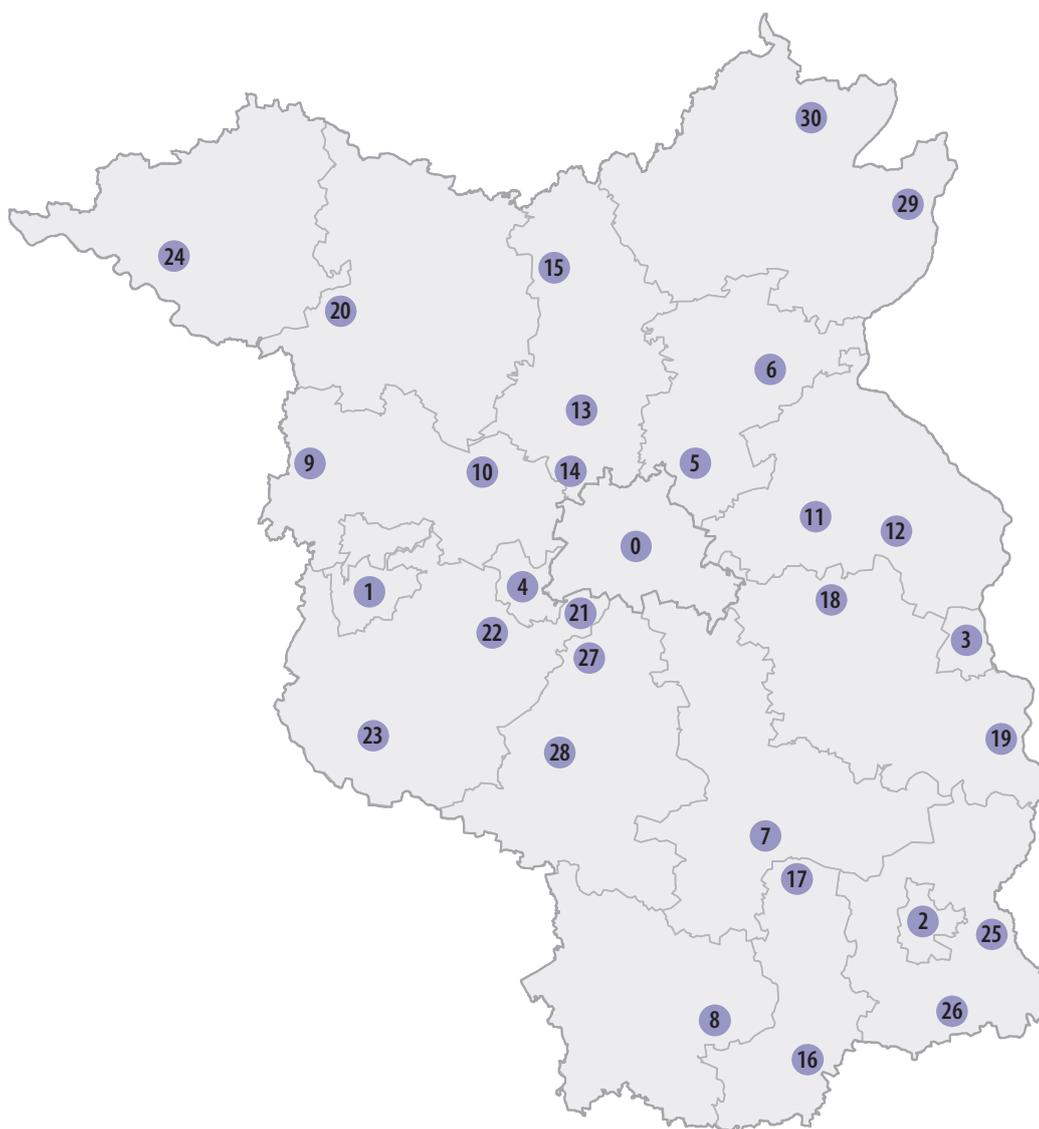
Neben den europäischen und bundesweit geltenden Gesetzen bedarf es für den Zensus 2011 auch einer Landesgesetzgebung.

Das Gesetz zur Ausführung des Zensus 2011 im Land Berlin wurde nach der zweiten Lesung im Abgeordnetenhaus beschlossen.

Die Durchführung des Zensus 2011 im Land Brandenburg regelt das am 22. September 2010 vom Landtag Brandenburg beschlossene Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011 im Land Brandenburg (GVBl. I/10 Nr. 29).

Beide Landesgesetze regeln unter anderem die Einrichtung und die Aufgaben der örtlichen Erhebungsstellen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.zensus-berlin-brandenburg.de.



Erhebungsstelle in

- 0 Berlin**
- Brandenburg**
- 1 Brandenburg a. d. Havel
- 2 Cottbus
- 3 Frankfurt (Oder)
- 4 Potsdam
- 5 Bernau bei Berlin
- 6 Eberswalde
- 7 Lübben (Spreewald)
- 8 Finsterwalde
- 9 Rathenow
- 10 Nauen
- 11 Strausberg
- 12 Seelow
- 13 Oranienburg
- 14 Hennigsdorf
- 14 Gransee
- 16 Senftenberg
- 17 Lübbenau (Spreewald)
- 18 Fürstenwalde (Spree)
- 19 Eisenhüttenstadt
- 20 Kyritz
- 21 Teltow
- 22 Werder (Havel)
- 23 Bad Belzig
- 24 Perleberg
- 25 Forst (Lausitz)
- 26 Sellesen
- 27 Ludwigsfelde
- 28 Luckenwalde
- 29 Schwedt (Oder)
- 30 Prenzlau

1990–2010 **Berlin und Brandenburg**

Gebietsgliederungen in Berlin

In den vergangenen 20 Jahren hat sich Berlin im Großen wie im Kleinen stark gewandelt. Aber nicht nur Leben, Arbeiten und Wohnen haben sich verändert, auch administrative Grenzen und kleinräumige Gebietsgliederungen wurden vom Wandel erfasst und dokumentieren die Modernisierung der Stadt. So wurden im vereinten Berlin 2001 die Bezirke neu gegliedert, die Ortsteile erlebten eine Renaissance und 2006 wurden die kleinräumigen Planungsebenen neu geschnitten, um künftig abgestimmte Fachplanungen durch die „Lebensweltlich orientierten Räume“ (LOR) zu erleichtern. Die Schnittstelle zwischen Statistik und den räumlichen Gliederungen ist das Regionale Bezugssystem (RBS) des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Die wieder vereinte Stadt

Im Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 31. August 1990 wurde die Vereinigung der östlichen Stadtbezirke mit den westlichen Bezirken zum Land Berlin geregelt. In Artikel 1 Absatz 2 heißt es „Die 23 Bezirke von Berlin bilden das Land Berlin“. Die Grenzen folgten dem Gesetz über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 mit seinerzeit 20 Bezirken und zwischenzeitlich durchgeführten Gebietsänderungen sowie der Regelung, dass alle Gebiete, in denen nach dem 7. Oktober 1949 eine Wahl zum Abgeordnetenhaus oder zur Stadtverordnetenversammlung von Berlin stattgefunden hatte, Bestandteile der Bezirke von Berlin wurden.

Die Regelung bewirkte, dass die vom West-Berliner Senat mit der Deutschen Demokratischen Republik getroffenen Vereinbarungen über die Außengrenzen des West-

Berliner Teils der Stadt fortbestanden und alle zuvor existierenden Exklaven seitdem zum Land Brandenburg gehören. Das gleich nach dem Krieg dem britischen Sektor zugeschlagene Gebiet in Gatow und Kladow verblieb im Land Berlin und das damals dafür abgetretene Gebiet von West-Staaken wurde wieder Teil des Bezirks Spandau (siehe Karte). Ebenfalls Bestandteil des Landes Berlin wurden die an die Bezirke Marzahn und Hellersdorf angrenzenden und von dort verwalteten Neubaugebiete Ahrensfelde-Süd und Hönow. Den genauen Grenzverlauf zwischen Berlin und Brandenburg erarbeiteten die für Vermessung und Kartografie zuständigen Stellen beider Länder in einer gemeinsamen Kommission. Abgese-

Tab.1 **Neue Berliner Bezirke nach der Gebietsreform 2001**

Bezirk	Alt-Bezirke (bis 2001)	Fläche	Einwohner ¹	Einwohner ¹
		km ²	am 31.12. 2009	km ²
1	Mitte	39,5	327 082	8 286,9
	Mitte.....	10,7	79 682	7 453,9
	Tiergarten.....	13,4	87 498	6 529,7
	Wedding.....	15,4	159 902	10 410,3
2	Friedrichshain-Kreuzberg	20,2	259 967	12 895,2
	Friedrichshain.....	9,8	113 865	11 654,6
	Kreuzberg.....	10,4	146 102	14 075,3
3	Pankow	103,1	354 711	3 441,5
	Prenzlauer Berg.....	11,0	142 319	12 914,6
	Weißensee.....	30,2	78 927	2 616,1
	Pankow.....	61,9	133 465	2 155,4
4	Charlottenburg-Wilmersdorf	64,7	312 256	4 824,7
	Charlottenburg.....	30,4	174 826	5 760,3
	Wilmersdorf.....	34,4	137 430	3 998,5
5	Spandau	91,9	215 444	2 344,8
6	Steglitz-Zehlendorf	102,6	289 718	2 824,6
	Steglitz.....	32,0	190 532	5 954,1
	Zehlendorf.....	70,5	99 186	1 406,5
7	Tempelhof-Schöneberg	53,1	328 097	6 178,9
	Tempelhof.....	40,8	183 920	4 506,7
	Schöneberg.....	12,3	144 177	11 740,8
8	Neukölln	44,9	307 650	6 847,3
9	Treptow-Köpenick	168,4	237 753	1 411,8
	Treptow.....	40,7	118 242	2 905,9
	Köpenick.....	127,0	119 511	940,7
10	Marzahn-Hellersdorf	61,8	244 165	3 952,2
	Marzahn.....	32,0	126 663	3 960,7
	Hellersdorf.....	29,9	117 502	3 936,4
11	Lichtenberg	52,1	251 626	4 827,8
	Lichtenberg.....	26,3	152 355	5 790,8
	Hohenschönhausen..	26,0	99 271	3 818,1
12	Reinickendorf	89,3	241 203	2 700,1
	Insgesamt	891,5	3 369 672	3 779,6

¹ Aus Auswertungen der kommunalen Einwohnerregisterstatistik. Die amtliche Bevölkerungsstatistik lässt derartig kleinräumige Darstellungen nicht zu.

hen von diesen durch Gebietsaustausch und im Zuge der Vereinigung entstandenen Veränderungen bleiben die Abgrenzungen der Bezirke untereinander weitgehend bestehen. Die wirklich großen Umgestaltungen fanden im Zusammenhang mit der Gründung der drei neuen Stadtbezirke Marzahn, Hohenschönhausen und Hellersdorf bereits vorher statt: Im Jahr 1979 wurde der Stadtbezirk Marzahn im Wesentlichen aus Lichtenberger Gebietsteilen gegründet; diesem neuen Stadtbezirk wurde auch ein kleineres Areal von Weißensee zugeschlagen. 1985 erfolgte die Gründung des Stadtbezirks Hohenschönhausen – überwiegend aus Flächen von Weißensee, sonst aus Lichtenberger Gebietsteilen. Als Ausgleich dafür erhielt Weißensee Gebietsteile von Pankow. Im Jahr 1986 entstand durch Abtrennung von Marzahner Gebietsteilen der Stadtbezirk Hellersdorf.

Das vereinte Berlin umfasst eine Fläche von 892 km² und ist damit größer als die beiden anderen Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Die größte Ausdehnung in Nord-Süd-Richtung beträgt 38 km und in Ost-West-Richtung 45 km. Mit einer Bevölkerungsdichte von 3 780 Einwohnern pro km² ist Berlin nach München die am dichtesten besiedelte deutsche Großstadt.

Neue Bezirksstruktur

Mit der am 1. Januar 2001 in Kraft getretenen Gebietsreform wurden aus den 23 Bezirken durch Zusammenlegung von jeweils zwei oder drei Bezirken 12 neue Bezirke gebildet. Die neuen Verwaltungseinheiten weisen eine – zwischen 215 000 und 350 000 liegende – annähernd gleiche Einwohnerzahl auf (Tabelle 1). Die schon immer bevölkerungsstarken Bezirke Spandau, Neukölln und Reinickendorf blieben in ihren bisherigen Grenzen erhalten, die anderen 20 fusionierten zu neun Bezirken. Dabei wurden keine neuen Bezirksgrenzen gezogen, alte vielmehr durch die Verschmelzung aufgehoben. Zwei der neuen Bezirke – Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte – vereinen Gebiete des ehemaligen Ost- und Westteils der Stadt.

Datenzusammenstellungen nach „alten“ Bezirken sind nur noch möglich, wenn die vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg erhobenen Daten eine

entsprechende Zuordnungen zulassen. Das gilt beispielsweise für die Meldungen der Standesämter im Zusammenhang mit der amtlichen Bevölkerungsforschreibung und für die Ergebnisse des Mikrozensus.

Ortsteile

Die Ortsteile sind historisch gewachsene Gebiets-einteilungen, die sich nach den Gewannen und Flurstücken richten und weitgehend auf den ehemaligen selbstständigen Gemeinden vor der Bildung von Groß-Berlin beruhen. Die Ortsteile spielten in der DDR keine Rolle. Erst nach der Bezirksgebietsreform 2001 gab es deutliche Veränderungen in Zuschnitt und Benennung und es wurden neue Ortsteile gebildet, wie zuletzt „Plänterwald“ und „Westend“. Die Ortsteile haben durch die Bildung der Großbezirke an Bedeutung gewonnen und sind für viele Berliner ein Identität stiftender und vertrauter räumlicher Bezug.

Anzahl der Berliner Ortsteile von 1991 bis 2005

Jahr	Anzahl Ortsteile
1991	80
1993	79
1994	78
1995	79
1996	78
1997	79
1998	80
1999	81
2000	81
2001	85
2002	88
2003	92
2004	92
2005	95

Fachlich abgestimmte Planungsräume

Den Forderungen nach einer übersichtlichen kleinräumigen Darstellung statistischer Ergebnisse folgend, wurde im Jahr 1958 für Berlin (West) die Einführung von (weniger als 100) Gebieten beschlossen, die möglichst vielen bevölkerungs- aber vor allem wirtschaftsstatistischen Belangen gerecht werden sollten. In Abstimmung mit den wichtigsten Nutzern wurde das westliche Stadtgebiet in 97 Statistische Gebiete unterteilt, die diesen Bedingungen weitgehend entsprachen. Nach der Wiedervereinigung wurden für den Ostteil Berlins nach den gleichen Kriterien 98 Statistische Gebiete gebildet. Damit alte Datenbestände weitergenutzt werden konnten, wurde der Zuschnitt an den Wohnbezirken des Territorialschlüssels (TGS) orientiert. Ebenfalls für den Ostteil Berlins wurden bis Mitte der 90er Jahre die Verkehrszellen und deren Untergliederung – die Teilverkehrszellen – definiert, die für Berlin-West bereits Anfang 1970 für Analysen und Prognosen von Verkehrsströmen aufgenommen wurden (Tabelle 2).

Tab. 2 Anzahl der Einheiten, Fläche und Einwohner der Teilräume Berlins am 31. Dezember 2009

Raumgliederung	Anzahl Einheiten	Fläche in km ²			Einwohner am 31. 12. 2009		
		Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert
Bezirke.....	12	20,2	168,4	74	215 444	354 711	280 806
Ortsteile.....	95	0,5	34,8	9,3	499	154 213	35 470
Postleitzahlgebiete.....	190	0,4	35,7	4,7	151	34 081	17 642
Lebensweltlich orientierte Räume (LOR)							
1. Prognoseräume	60	2,6	62,2	14,8	74	154 213	56 161
2. Bezirksregionen	138	0,7	43,2	6,4	74	59 502	24 418
3. Planungsräume	447	0,1	23,6	2	6	31 349	7 538
Statistische Gebiete.....	195	0,4	25,7	4,6	10	62 793	17 280
Verkehrszellen.....	338	0,3	18,4	2,6	0	35 255	9 969
Teilverkehrszellen.....	891	0,1	17,2	1	0	18 900	3 786
Wahlkreise.....	12	26,5	167,1	74	237 753	328 097	280 806
Abgeordnetenhauswahlkreise.....	78	2,1	49,1	11,4	7 954	72 620	41 094
Stimmbezirke.....	1 984	0	19,3	0,5	293	3 523	1 698
Baublöcke (mit Einwohnern).....	12 536	0	4,6	0,1	1	5 216	270

**Bezirke und Ortsteile Berlins
1990 bis 2010**



In den Folgejahren zeigte sich immer mehr, dass die Statistischen Gebiete, Verkehrszellen und Teilverkehrszellen die sozialräumliche Realität nicht mehr differenziert und valide wiedergaben. Der Wandel der Stadt hatte die traditionellen Gebietseinteilungen obsolet werden lassen. Eine 2005 eingesetzte Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Senatsverwaltungen, Bezirken und dem Statistischen Landesamt Berlin konnte einen Neugliederungsvorschlag erarbeiten, der 2006 mit einem Senatsbeschluss gültige Planungsgrundlage wurde. Die neuen Lebensweltlich orientierten Räume sind ebenfalls Bestandteil des Regionalen Bezugssystems und der darauf aufsetzenden Datenbereitstellung. Für die Datenbereitstellung wurde ein fachlich abgestimmter Datenpool erarbeitet, der aktuell um weitere Daten und eine webbasierte Ergebnispräsentation erweitert wird.

Blöcke

Die kleinste räumliche Unterteilung des Stadtgebiets ist der Block – im Regelfall eine Fläche, die von Straßen umgeben ist. Eine Blockeinteilung wurde erstmals 1950 für das Gebiet von Berlin-West vorgenommen. In den Jahren 1989/90 wurde im Auftrag des Magistrats von Berlin eine Blockeinteilung auch für

Berlin-Ost unter beratender Mitwirkung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz erstellt. Als Ausgangsbasis zur Einteilung dienten die Wohnbezirke des Territorialen Grundschlüssels (TGS). Obwohl Blockänderungen sehr restriktiv behandelt werden, hat die Zahl der Blöcke nach der Vereinigung – im Wesentlichen bedingt durch das Baugeschehen in der Stadt – stark zugenommen.

Straßen und Hausnummern

In den Jahren nach der Wiedervereinigung stieg auch die Zahl der Straßen und der Adressen in Berlin, als Folge des einsetzenden Baubooms, kräftig an. Abschließend ist noch zu erwähnen, dass seit der Vereinigung in Berlin etwa 325 Straßen umbenannt wurden. Ca. 125 weitere Straßen, ehemals durch die Grenze unterbrochen, waren neu zu verschlüsseln, behielten aber ihre Namen.

Anzahl der Straßen und Adressen in Berlin von 1992 bis 2009 (ausgewählte Jahre)

Jahr	Straßen mit gemeldeten Einwohnern	Adressen mit gemeldeten Einwohnern	
		Anzahl	
1992 ...	9 130	258 354	
1995 ...	9 138	264 001	
2000 ...	9 316	283 725	
2005 ...	9 349	295 278	
2009 ...	9 432	303 835	

Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg

Der neue Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-BB) ist seit dem 15. Mai 2009 in Kraft. Im Zentrale-Orte-System (ZOS) wird die räumliche Struktur der beiden Länder aufgespannt und verschränkt, die die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg bilden. Die Metropolfunktion wird durch das Land Berlin eingenommen. Der Stadt-Umland-Zusammenhang Berlin-Potsdam löst den nicht mehr gültigen „engeren Verflechtungsraum“ (eVR) bzw. „äußeren Entwicklungsraum“ (äER) ab. Zum engeren Verflechtungsraum zählten 63 Brandenburger Gemeinden, zum neuen Berliner Umland gehören 50 Gemeinden.

Autoren: *Hartmut Bömermann/Gabriele Gruber*

Quellen

- Statistisches Landesamt Berlin: Gebiet, Bevölkerung, Wahlen: Regionalgliederung vereinheitlicht; „Berliner Statistik – Monatsschrift“, Heft 1-6, 2000.
- Bömermann, H.; Jahn, S.; Nelius, K.: „Lebensweltlich orientierte Räume im Regionalen Bezugssystem (Teil 1). Werkstattbericht zum Projekt „Vereinheitlichung von Planungsräumen“; „Berliner Statistik – Monatsschrift“, Heft 8, 2006.
- Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin (Groß-Berlin-Gesetz), Preußische Gesetzsammlung, 1920, S. 123.
- Einigungsvertrag vom 31. August 1990 (BGBl. II S. 889).
- Gebietsreformgesetz vom 10. Juni 1998 (GVBl. S. 131).
- Senatsbeschluss vom 1. August 2006 (Vereinheitlichung von Planungsräumen für Fachplanungen in Berlin), SB 3798/06.
- Verordnung über den Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B) vom 31. März 2009 (GVBl. S.182).

1990–2010 **Berlin und Brandenburg**

Dienstleistungen

Positive Entwicklungen im Dienstleistungsbereich der Länder Berlin und Brandenburg

Mit dem Wirksamwerden eines Dienstleistungstatistikgesetzes im Jahr 2000 wurde dem Anliegen Rechnung getragen, statistische Informationen bereitzustellen, die mit der Veränderung der Wirtschaftsstrukturen zu einer immer stärker auf den Dienstleistungsbereich konzentrierten Volkswirtschaft quantitativ und qualitativ den neuen Anforderungen entsprechen sollten. Mit der Durchführung der jährlichen Strukturhebung im Dienstleistungsbereich bei Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit in den überwiegend unternehmensnahen und sehr heterogenen Dienstleistungsbereichen der Abschnitte I (Verkehr, Nachrichtenübermittlung) und K (Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung, sonstige unternehmensnahe Dienstleistungen) der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003 (WZ 2003) wurden Strukturdaten dieser Erhebungseinheiten in einem konsistenten Gesamtkonzept erhoben. Im Ergebnis steht ein amtliches Zahlenmaterial zur Verfügung, das als Grundlage für Analysen des Strukturwandels in diesem Wirtschaftsbereich dient und zur Qualitätsverbesserung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beiträgt. Da in den Anfangsjahren noch inhaltlich-methodische und technische Probleme zu lösen waren, bezieht sich dieser Beitrag auf den 5-Jahres-Zeitraum 2003 bis 2007. Die mittels Stichprobe für das Berichtsjahr 2003 neu gezogenen berichts-

pflichtigen Einheiten wurden als Grundgesamtheit bis zum Berichtsjahr 2007 befragt, Ausfälle durch die hohe Fluktuation in diesem Wirtschaftsbereich wurden durch jährliche Neuzugangsstichproben ersetzt.

Im Folgenden werden die Ergebnisse für alle Arbeitsstätten in Berlin bzw. im Land Brandenburg dargestellt; es werden also auch die Niederlassungen von Unternehmen und Einrichtungen mit Hauptsitz in anderen Bundesländern berücksichtigt, während umgekehrt die Niederlassungen von Berliner bzw. Brandenburger Unternehmen und Einrichtungen in den anderen Bundesländern nicht enthalten sind.

Berlin

Die Anzahl der Unternehmen und freiberuflichen Einrichtungen im Dienstleistungsbereich mit Sitz in Berlin erhöhte sich von 28 034 im Jahr 2003 auf 36 321 im Jahr 2007, das entspricht einer Zunahme von fast 30 %. Im Jahr 2007 erwirtschafteten 337 Tsd. Beschäftigte dieser Unternehmen einen Umsatz in Höhe von 37 Mrd. EUR. Die Anzahl der Arbeitsplätze wuchs in den Jahren 2003 bis 2007 um knapp 70 Tsd., der Umsatz stieg im gleichen Zeitraum um 12,4 Mrd. EUR. Mit einem Umsatzanteil von einem Drittel und einem Beschäftigtenanteil von mehr als der Hälfte war die Wirtschaftsabteilung der sehr heterogenen sonstigen unternehmensnahen Dienstleistungen (u. a. Rechtsanwälte, Steuerberater, Architekten, Reinigungsfirmen, Detekteien, Inkassobüros) im Betrachtungszeitraum die bedeutendste in Berlin. Weiterhin starken Einfluss auf das Gesamtergebnis beim Umsatz hatten die Wirtschaftsabteilungen Grundstücks- und Wohnungswesen sowie Verkehr mit einem durchschnittlichen Anteil von 22 % bzw. 19 %. Bemerkenswert ist hier aber der stark abweichende Beschäftigtenanteil in diesen beiden Abteilungen: Im Grundstücks- und Wohnungswesen betrug er durchschnittlich knapp 10 %, dagegen waren es beim Verkehr 19 % in Relation zu allen Beschäftigten. Am wenigsten trug die Wirtschaftsabteilung Forschung und Entwicklung mit einem Umsatzanteil von nicht einmal 2 % zum Gesamtvolumen bei.

Der Anteil der Investitionen im Dienstleistungsbereich gemessen am Umsatz betrug 2007 im Durchschnitt 13,3 %. Auch hier ist eine große Bandbreite zwischen den Abteilungen festzustellen: Die größten Investitionsanteile am Umsatz wiesen die Abteilun-

Tab. 1 **Umsatz, Investitionen, Zahl der tätigen Personen sowie Bruttolöhne und -gehälter in den Berliner Niederlassungen der Unternehmen/Einrichtungen ausgewählter Dienstleistungsbereiche Berlins in den Jahren 2003 und 2007**

Wirtschaftszweig	Einheit	2003	2007
Verkehr und Nachrichtenübermittlung			
Umsatz insgesamt!.....	Mill. EUR	8 109	11 941
Investitionen.....	Mill. EUR	941	1 270
Tätige Personen am 30. September	Anzahl	73 883	81 387
Bruttolöhne und -gehälter.....	Mill. EUR	2 185	2 303
Grundstücks- und Wohnungswesen; Vermietung beweglicher Sachen; Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt			
Umsatz insgesamt!.....	Mill. EUR	16 640	25 183
Investitionen.....	Mill. EUR	1 046	3 684
Tätige Personen am 30. September	Anzahl	193 337	255 330
Bruttolöhne und -gehälter.....	Mill. EUR	4 480	5 857

1 Summe von Umsatz oder Einnahmen aus selbstständiger Tätigkeit und sonstigen betrieblichen Erträgen

Abb. 1 **Tätige Personen im Wirtschaftsbereich der Unternehmensnahen Dienstleistungen in Berlin 2003 bis 2007**

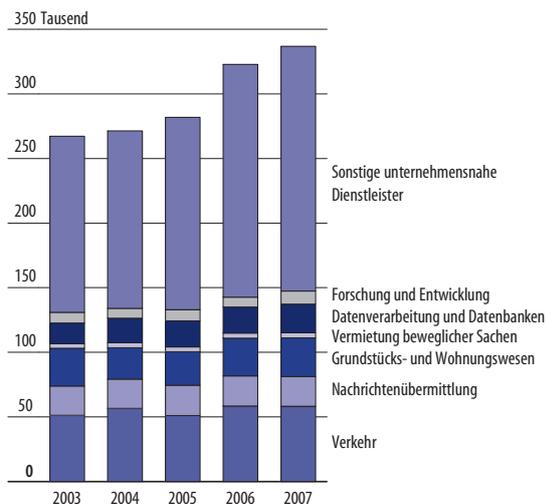
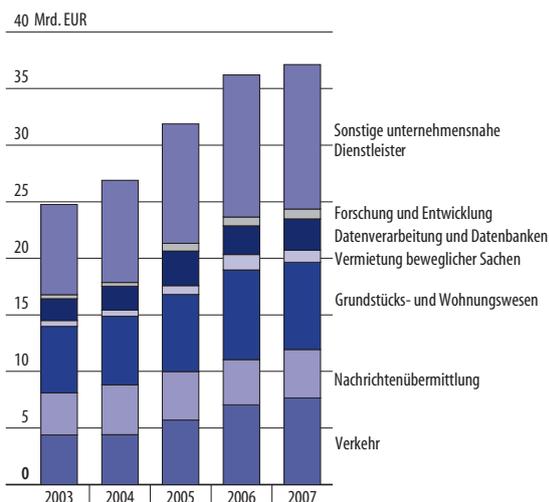


Abb. 2 **Umsätze im Wirtschaftsbereich der Unternehmensnahen Dienstleistungen in Berlin 2003 bis 2007**



gen Vermietung beweglicher Sachen mit 55,6 % und Grundstücks- und Wohnungswesen mit 31,2 % aus, dagegen betrug dieser Anteil bei Datenverarbeitung und Datenbanken sowie bei den sonstigen unternehmensnahen Dienstleistungen nicht einmal 4 %.

Erhebliche Abweichungen sind ebenfalls bei der Höhe der Durchschnittslöhne und -gehälter erkennbar. Der Mittelwert im Dienstleistungsbereich insgesamt betrug im Jahr 2007 für Berlin 24 233 EUR. Dem Spitzenwert von fast 47 Tsd. EUR in der Abteilung Forschung und Entwicklung stand ein durchschnittlicher Lohn je tätiger Person von nicht einmal 20 Tsd. EUR bei den sonstigen unternehmensnahen Dienstleistungen gegenüber. Die höchsten Löhne verzeichneten die Abteilungen, wo im Personalbereich hohe Kompetenz und ausgebildete Fachleute (z. B. Luft-

fahrt) sowie auch der Einsatz von ausgebildeten Wissenschaftlern und Akademikern (z. B. Forschung und Entwicklung) gefragt sind. Eine wesentliche Ursache für die weit unter dem Durchschnitt liegenden Löhne einiger Bereiche (z. B. private Kurierdienste, Wach- und Sicherheitsdienste, Reinigungsfirmen) ist neben der geringeren Qualifikation der starke Anteil der in Teilzeit tätigen Personen.

Brandenburg

Im Land Brandenburg erhöhte sich die Anzahl der Unternehmen und freiberuflichen Einrichtungen im Dienstleistungsbereich stetig von 12 675 im Jahr 2003 auf 16 415 in 2007, das entspricht einer Zunahme analog Berlin von fast 30 %. Im Jahr 2007 erwirtschafteten 143 Tsd. Beschäftigte einen Umsatz in Höhe von 12,5 Mrd. EUR. Die Anzahl der Arbeitsplätze wuchs in den Jahren 2003 bis 2007 um 26 Tsd., der Umsatz stieg im gleichen Zeitraum um 3,6 Mrd. EUR.

Die Anteile der Wirtschaftsabteilungen am Gesamtumsatz und den Beschäftigten des Dienstleistungsbereichs im Land Brandenburg waren nicht dieselben wie in Berlin. Mit einem Umsatzanteil von 31 % war der Verkehr im Betrachtungszeitraum der bedeutendste. Erheblichen Einfluss auf das Gesamtergebnis beim Umsatz hatten auch die Wirtschaftsabteilungen Grundstücks- und Wohnungswesen sowie die sonstigen unternehmensnahen Dienstleistungen mit einem durchschnittlichen Anteil von 29 % bzw. 26 %. Ganz anders verhält es sich mit den Beschäftigtenanteilen in den genannten Abteilungen: Im Verkehr betrug er durchschnittlich knapp 27 %, dagegen waren es beim Grundstücks- und Wohnungswesen nur 7 %, bei den sonstigen unternehmensnahen Dienstleistungen aber über 48 % in Relation zu allen Beschäftigten. Wie in Berlin trug die Wirtschaftsabteilung Forschung und Entwicklung mit einem Umsatzanteil von nur 1 % am wenigsten zum Gesamtvolumen bei.

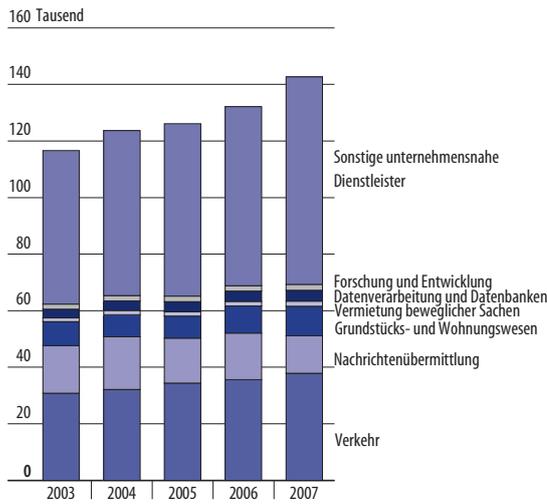
Der Anteil der Investitionen gemessen am Umsatz betrug 2007 im Durchschnitt der gesamten Branche 19,2 %. Die größten Investitionsanteile am Umsatz

Tab.2 **Umsatz, Investitionen, Zahl der tätigen Personen sowie Bruttolöhne und -gehälter in den Brandenburger Niederlassungen der Unternehmen/Einrichtungen ausgewählter Dienstleistungsbereiche im Land Brandenburg in den Jahren 2003 und 2007**

Wirtschaftszweig	Einheit	2003	2007
Verkehr und Nachrichtenübermittlung			
Umsatz insgesamt!	Mill. EUR	3 515	4 729
Investitionen	Mill. EUR	448	717
Tätige Personen am 30. September	Anzahl	47 638	51 094
Bruttolöhne und -gehälter	Mill. EUR	1 087	1 100
Grundstücks- und Wohnungswesen; Vermietung beweglicher Sachen; Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt			
Umsatz insgesamt!	Mill. EUR	5 375	7 776
Investitionen	Mill. EUR	2 259	1 680
Tätige Personen am 30. September	Anzahl	68 966	91 565
Bruttolöhne und -gehälter	Mill. EUR	1 108	1 410

1 Summe von Umsatz oder Einnahmen aus selbstständiger Tätigkeit und sonstigen betrieblichen Erträgen

Abb. 3 Tätige Personen im Wirtschaftsbereich Unternehmensnahe Dienstleistungen im Land Brandenburg 2003 bis 2007

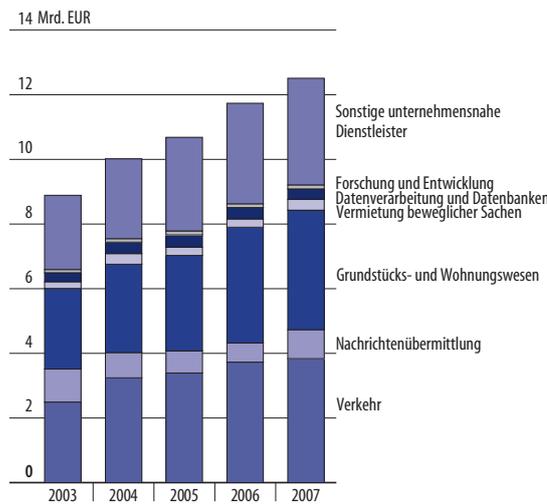


wiesen die Abteilungen Grundstücks- und Wohnungswesen mit 40,0 % und, mit deutlichem Abstand, Verkehr mit 17,3 % aus, dagegen betrug dieser Anteil bei Datenverarbeitung und Datenbanken sowie bei den sonstigen unternehmensnahen Dienstleistungen nicht einmal 5 %.

Starke Abweichungen sind gleichfalls bei der Höhe der Durchschnittslöhne und -gehälter sichtbar. Der Mittelwert im Dienstleistungsbereich insgesamt betrug im Jahr 2007 für das Land Brandenburg 17 593 EUR und war damit 6,6 Tsd. EUR niedriger als in Berlin. Den Spitzenwerten von rund 30 Tsd. EUR in den Abteilungen Datenverarbeitung und Datenbanken sowie Forschung und Entwicklung stand ein durchschnittlicher Lohn je tätiger Person von nicht einmal 14 Tsd. EUR bei den sonstigen unternehmensnahen Dienstleistungen gegenüber.

Autor: Jürgen Keiser

Abb. 4 Umsätze im Wirtschaftsbereich der Unternehmensnahen Dienstleistungen im Land Brandenburg 2003 bis 2007



Bautätigkeit

Das Baugeschehen in Berlin und Brandenburg seit 1991 im Überblick

In diesem Beitrag wird die Entwicklung des Baugeschehens in den Ländern Berlin und Brandenburg¹ dargestellt. Soweit wie möglich wurde als Ausgangspunkt 1991, das Jahr der Vereinheitlichung der Baustatistiken in Deutschland, gewählt. In einigen Fällen müssen die Betrachtungen wegen Lücken im Datenmaterial mit einem späteren Startjahr beginnen. Die Ergebnisse der amtlichen Bautätigkeitsstatistik² (Baugenehmigungen, Baufertigstellung, Bauüberhang, Bauabgang) enthalten Aussagen zu Art, Umfang und vielen weiteren Sachverhalten zu Bauten im Hochbau (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden). Des Weiteren werden mit ihren Angaben der Wohngebäude- und Wohnungsbestand fortgeschrieben. Schwerpunkt der folgenden Ausführungen sind die Baufertigstellungen und die Bestandsfortschreibungen in den Ländern Berlin und Brandenburg. Auf den Bauüberhang wird nicht eingegangen. Kurze methodische Erläuterungen werden an entsprechender Stelle vorgenommen³. Nach einer kurzen Beschreibung der Ausgangssituation in der gesamten Region erfolgen die Langzeitbetrachtungen zuerst für Berlin, dann für Brandenburg. Die Wohnungsversorgung in beiden Ländern wird danach im Verhältnis zur Lage in Deutschland beleuchtet. Abgeschlossen wird mit einem gemeinsamen Ausblick auf zu erwartende Entwicklungen. Regionale und sonstige tiefer gehende Analysen sind in diesem Beitrag nicht vorgesehen.

Ausgangslage in Berlin und Brandenburg

Mit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands fallen in Berlin die innerstädtischen Grenzen und die Stadt erhält wieder ein Umland, mit dem es in wechselseitige Beziehungen treten kann. Der Hauptstadtbeschluss von Mitte 1991, nachdem Berlin Sitz von Parlament und Regierung wird, fördert die ohnehin positive Grundstimmung in beiden Ländern hinsichtlich eines allseitigen Aufschwungs erheblich.

Daneben gibt es hohe Förderungen für Wohnungsbaumaßnahmen und Wirtschaftsansiedlungen. Ein beispielloser Bauboom setzt in beiden Ländern ein. Es werden neue Wohnsiedlungen errichtet, in Berlin vorwiegend im Ostteil, in Brandenburg vorwiegend im Berliner Umland. Neue Verwaltungs-, Büro- und sonstige Gebäude, die nicht überwiegend Wohnzwecken dienen (Nichtwohngebäude), werden gebaut, bestehende Gebäude aller Art in großem Umfang saniert, besonders Altbauten. Schlechte Gebäudezustände führen in beiden Ländern zu umfangreichen Abrissarbeiten, die auch den Rückbau von Plattenbauten betreffen.

Der erwartete Zuzug von Einwohnern fand in beiden Ländern, über den gesamten Zeitraum betrachtet, nicht statt. So wuchs in Berlin zwar die Bevölkerungszahl bis 1993, ging dann aber zurück und hat – trotz permanenter Steigerungen ab 2005 – bis heute den Stand von 1991, wenn auch knapp, nicht wieder erreicht. Brandenburg dagegen musste bis 1995 Bevölkerungsverluste hinnehmen, verzeichnete dann bis 2000 Gewinne. Danach nahm die Bevölkerungszahl wieder ab, um dann ab 2007 beständig und mit fallender Tendenz unter dem Stand von 1991 zu liegen.

Berlin

53 700 neue Gebäude und 190 800 Wohnungen fertiggestellt

In den Jahren 1991 bis 2009 wurden in Berlin 48 624 neue Wohngebäude (incl. Wohnheime) mit 161 406 Wohnungen errichtet (Tabelle 1). Weitere 4 219 Wohnungen wurden in neu erbauten Nichtwohngebäuden und 25 202 durch Baumaßnahmen fertiggestellt (Wohnungen, die in bestehenden Gebäuden umgebaut wurden, können bei Zusammenlegung den Bestand auch mindern). Gut drei Viertel aller Wohnungen entstanden bereits bis 1999.

Tab. 1

Fertiggestellte Wohngebäude und Wohnungen in Berlin 1991 bis 2009 (ausgewählte Zeiträume)

Zeitraum	neue Wohngebäude			Wohnungen insgesamt	Wohnfläche	Fläche/Wohnung
	Ins-gesamt	Wohnungen	Wohnungen/Gebäude			
	Anzahl			1 000 m ²	m ²	
1991 bis 1999 ...	25 949	122 172	4,7	144 294	11 969	83,0
2000 bis 2004	12 642	24 114	1,9	28 505	3 258	114,3
2005 bis 2009	10 033	15 120	1,5	18 028	2 330	129,2
Insgesamt	48 624	161 406	3,3	190 827	17 557	92,0

1 Mit Brandenburg ist in diesem Beitrag immer das Land, niemals die Stadt gemeint.

2 Die Bautätigkeitsstatistik liefert Informationen über die gemäß Landesbauordnung genehmigungs- und zustimmungsbedürftigen sowie kenntnisgabe- oder anzeigepflichtigen oder einem Genehmigungsverfahren unterliegenden Bauvorhaben im

Hochbau, bei denen Wohnraum oder sonstiger Nutzraum geschaffen oder verändert wird.

3 Tiefer gehende Informationen sind früheren Beiträgen dieser Zeitschrift zu entnehmen oder direkt beim Amt für Statistik Berlin-Brandenburg zu erfragen. Vieles findet sich auch auf der Homepage des Amtes: www.statistik-berlin-brandenburg.de

Abb. 1 Fertigestellte neue Gebäude in Berlin 1991 bis 2009

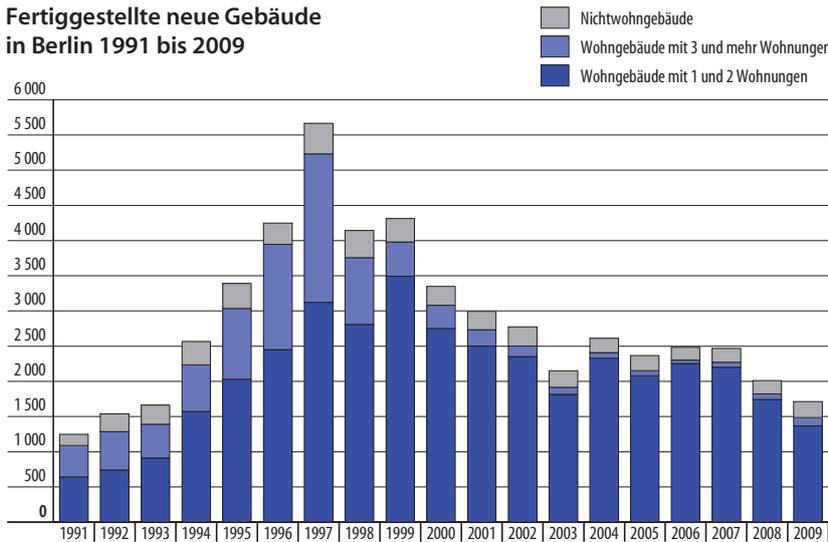
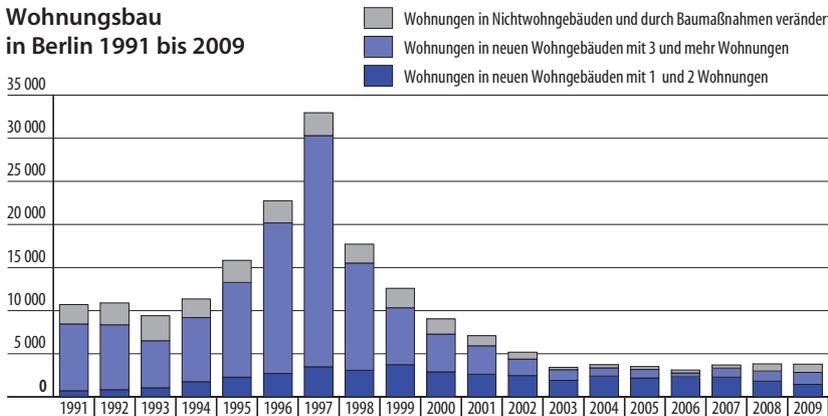


Abb. 2 Wohnungsbau in Berlin 1991 bis 2009



Tab. 2 Fertigestellte neue Nichtwohngebäude in Berlin 1991 bis 2009 (ausgewählte Zeiträume)

Zeitraum	Nichtwohngebäude	Nutzfläche	Fläche/Nichtwohngebäude
	Anzahl	1000 m ²	m ²
1991 bis 1999 ...	2 828	7 929	2 804
2000 bis 2004 ...	1 239	3 961	3 197
2005 bis 2009 ...	1 005	2 528	2 515
Insgesamt	5 072	14 418	2 842

Tab. 3 Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden in Berlin 1991 bis 2009 (ausgewählte Zeiträume)

Zeitraum	Wohngebäude	Nichtwohngebäude
	Anzahl	
1991 bis 1999 ...	15 279	1 898
2000 bis 2004 ...	6 311	943
2005 bis 2009 ...	4 081	676
Insgesamt	25 671	3 517

Zusammen mit den 5 072 neuen Nichtwohngebäuden (Tabelle 2) gab es in dem Zeitraum 53 696 Gebäudeneubauten. Im Jahr 2009 wurden nur noch 1 487 Wohngebäude neu und 3 815 Wohnungen neu bzw. umgebaut. Diese Wohnungen hatten eine durchschnittliche Größe vom 126 m² und waren damit um gut 50 % größer als 1991. Obwohl der Neubau von Wohngebäuden nach 1997 rückläufig war, liegt er immer noch deutlich über dem Stand von 1991 (Abbildung 1).

Im Jahr 2009 wurden gut doppelt so viel Gebäude mit 1 oder 2 Wohnungen errichtet wie 1991, wogegen die Zahl der Gebäude mit 3 und mehr Wohnungen (Mehrfamilienhäuser) um fast drei Viertel zurückging. Bei den Gebäuden mit 1 oder 2 Wohnungen

ist über den gesamten Zeitraum hinweg festzustellen, dass fast ausschließlich Einfamilienhäuser gebaut wurden (im Mittel 1,0 bis 1,1 Wohnungen in diesen Gebäuden). Die Größe neu errichteter Mehrfamilienhäuser lag 1991 im Durchschnitt bei 17 Wohnungen und 2009 bei 12 Wohnungen, nachdem 2006 mit 9 Wohnungen pro Gebäude das Minimum registriert wurde. In den 2009 gebauten Mehrfamilienhäusern, deren Anteil am Wohnungsneubau nur noch knapp 8 % betrug, wurden fast 49 % der Wohnungen errichtet. Die Abbildung 2 verdeutlicht, dass in Berlin in den letzten Jahren kaum noch neue Wohnungen in nennenswertem Umfang entstanden sind.

In den vergangenen 19 Jahren entstanden außerdem 5 072 neue Nichtwohngebäude mit einer Nutzfläche von 14,4 Mill. m². Allein durch Totalabriss war bei diesem Gebäudetyp im gleichen Zeitraum jedoch ein Abgang von 9,8 Mill. m² Nutzfläche, also fast 70 % der neu errichteten Fläche, zu verzeichnen. Im Wohnungsbau betrug dieser Abgang nur 6%. Obwohl auch die Zahl neu gebauter Nichtwohngebäude bis 1997 anstieg und danach rückläufig war, lag sie doch in keinem der betrachteten Jahre

unterhalb des Ausgangswertes von 1991. Mit dieser Entwicklung geht in etwa die damit neu geschaffenen Nutzflächen einher. Die Abbildung 3 zeigt die Anteile der auf die Gebäudearten entfallenden neu errichteten Nutzflächen in Nichtwohngebäuden, und zwar wegen der Datenlage erst seit 1994. Es ist jedoch zu beachten, dass auch die Nutzfläche

eines neuen Nichtwohngebäudes nur einer, nämlich der überwiegenden Nutzungsart, zugeordnet werden kann. So entstanden über den gesamten Zeitraum von 16 Jahren zwei Drittel der neu gebauten Nutzflächen in Büro- und Verwaltungsgebäuden und in Handels- und Lagergebäuden. Fabrik- und Werkstattgebäude folgten mit einem Anteil von 7 %, Hotels und Gaststätten mit 6 % und Anstaltsgebäude mit 5 %.

29 200 Gebäude baulich verändert

Neben den Neubauten wurden seit 1991 an 29 188 Gebäuden Baumaßnahmen – das sind Umbau, Ausbau, Erweiterung oder Wiederherstellung – durchgeführt, zu fast 90 % an Wohngebäuden (Tabelle 3). Im Jahr

Abb. 3 Verteilung der Nutzfläche neuer Nichtwohngebäude in Berlin nach Nutzungsart der Gebäude 1994 bis 2009

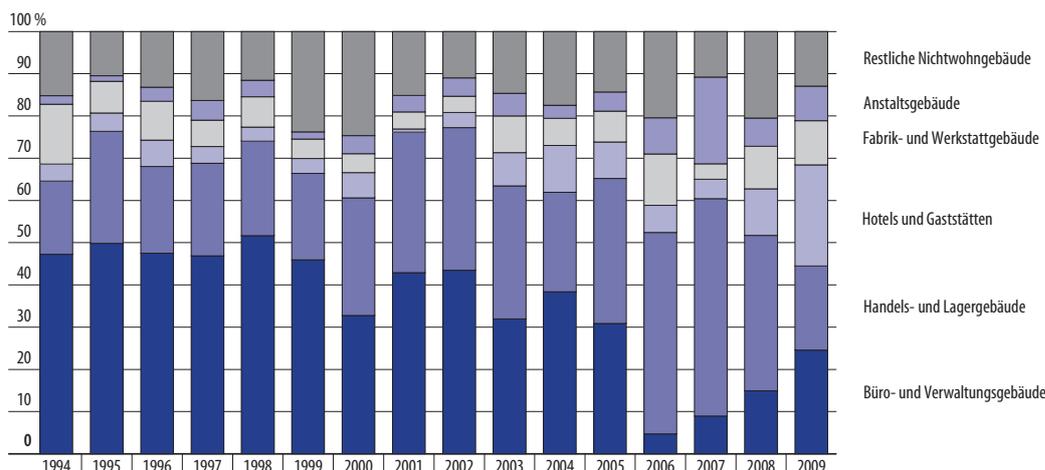
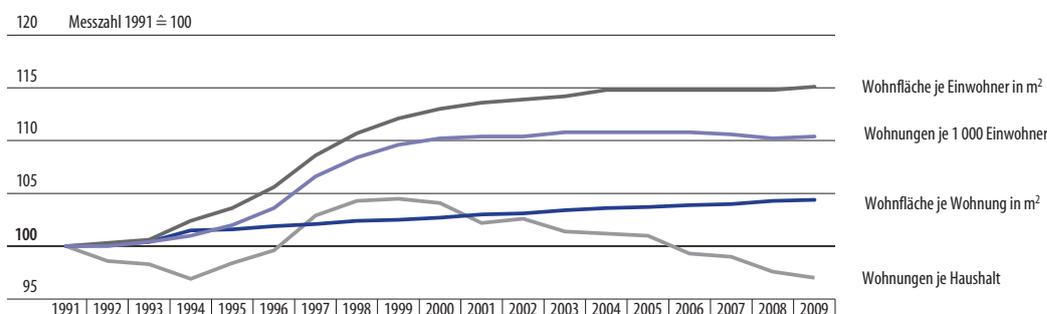


Abb. 4 Indikatoren der Wohnungsversorgung in Berlin 1991 bis 2009



2009 wurden bauliche Veränderungen an 713 Wohngebäuden und 130 Nichtwohngebäuden verzeichnet – in beiden Fällen mit die niedrigsten Fallzahlen im Zeitverlauf und um 50 % bzw. 45 % unter dem Ausgangswert. Derartige Aktivitäten werden in der Tendenz seit 1991 immer weniger registriert. Die Zahl der durch Baumaßnahmen fertiggestellten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden hat sich jedoch seit 2008 gegenüber den Vorjahren mehr als verdoppelt (höhere Werte gab es nur vor 2002), sodass deren Anteil am gesamten Wohnungsbau seitdem bei gut 20 % liegt (bei 13 % über den gesamten Zeitraum).

Wohnungsbestand um 10 % gestiegen

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg führt im Rahmen des bundesstatistischen Programms – wie alle Länder – eine Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes (ohne Wohnheime) durch, basierend auf der letzten Gebäude- und Wohnungszählung. Für Berlin-West und die alten Bundesländer war das 1987 und für Berlin-Ost und die neuen Bundesländer 1995. Zum Wohngebäudebestand im vereinten Berlin gibt es erst seit 1994 belastbare Zahlen. Nach diesen Berechnungen waren zum Jahresende 2009 in Berlin 1 894 564 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden vorhanden, 10 % mehr als 1991.

Von den seit 1991 neu errichteten 190 827 Wohnungen blieben also netto und für ausschließlich Wohnzwecke 171 422 übrig. Die Differenz von 19 405 Wohnungen liegt an Totalabgängen, Baumaßnahmen wie z. B. Zusammenlegungen von Wohnungen, Wohnungen in Wohnheimen, Nutzungsänderungen und anderem. Der Wohnungsbestand in Wohngebäuden mit 1 und 2 Wohnungen ist seit 1994 um 25 % und damit überdurchschnittlich gestiegen; deren Anteil an allen Wohnungen erhöhte sich von 9 % im Jahr 1994 auf 10 % 2009. Wohnungen in Nichtwohngebäuden liegen, obwohl leicht steigend, auch 2009 noch unter 1 % des gesamten Bestandes. Die Wohnungsversorgung in Berlin hat sich also in der Summe durchaus verbessert, da die Bevölkerungszahl von 1991 bisher nicht wieder erreicht wurde (Abbildung 4). 1991 gab es pro 1 000 Einwohner 500 Wohnungen und 19 Jahre später 552 (zum Vergleich: Zum Jahresende 1990 waren es im Westteil 500 und im Ostteil der Stadt 497 Wohnungen pro 1 000 Einwohner). Die Zahl der Haushalte⁴ dagegen ist von 1991 bis 2009 um 13 % gestiegen, und damit stärker als der Wohnungsbestand, sodass die Zahl der Wohnungen je 1 000 Haushalte von 982 auf 953 sank.

Im Rahmen der Fortschreibung wurden 315 205 Wohngebäude für das Jahresende 2009 berechnet – ein Plus von 16 %. Von Wohngebäuden mit 1 oder 2 Wohnungen gab es 25 % mehr, von Mehrfamilienhäusern nur knapp 6 %. Der Anteil von Mehrfamilienhäusern an allen Wohngebäuden sank dadurch von fast 50 % auf 45 %.

4 Die Angaben sind Ergebnisse des Mikrozensus, einer jährlich durchgeführten Befragung des AFS Berlin Brandenburg bei einem Prozent der Haushalte, die Auskunft über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung gibt.

Brandenburg

173 700 neue Gebäude und 272 400 Wohnungen entstanden

Im Vorfeld der Betrachtung des Baugeschehens in Brandenburg ist zu erwähnen, dass für die Jahre 1991, 1992 und voraussichtlich auch 1993 die Fertigstellungen zu niedrig ausgewiesen sind, weil – anders als in Berlin-Ost – für jene aus Bauvorhaben, die bereits in der DDR genehmigt wurden, keine Zahlen vorliegen. In den Jahren 1991 bis 2009 wurden in Brandenburg 158 017 neue Wohngebäude (incl. Wohnheime) mit 242 875 Wohnungen gebaut (Tabelle 4). In neuen Nichtwohngebäuden wurden 6 336 Wohnungen fertiggestellt und durch Baumaßnahmen weitere 23 228.

Fast 60 % aller Wohnungen entstanden bereits bis 1999.

Zusammen mit den 15 654 neuen Nichtwohngebäuden (Tabelle 5) wurden in den betrachteten 19 Jahren 173 671 Gebäude neu gebaut. Im Jahr 2009 gab es noch 4 047 Wohngebäudeneubauten und 6 043 neue oder umgebaute Wohnungen. Diese Wohnungen hatten eine durchschnittliche Größe vom 113 m². Wenn man wegen der Datenlücken 1994 als Vergleichsjahr heranzieht, ergibt sich ein Anstieg der Wohnfläche je Wohnung um 18 %. Der Neubau von Wohngebäuden erreichte mit 16 038 im Jahr 1998 seinen Höhepunkt, um danach kontinuierlich – und seit 2007 unter den Stand von 1994 – abzufallen (Abbildung 5). Mehrfamilienhäuser, deren Anteil am gesamten Gebäudeneubau ohnehin sehr gering ist, wurden im Jahr 2009 nur noch 102 Stück gebaut – 16 % von 1994. Die neu errichteten Wohngebäude mit 1 oder 2 Wohnungen waren überwiegend Einfamilienhäuser (im Durchschnitt 1,1 Wohnungen je Gebäude) und repräsentieren 70 % des Wohnungsneubaus innerhalb dieser Zeit. Wie Abbildung 6 zu entnehmen, war der Höhepunkt des Wohnungsbaus in Brandenburg Ende der 90er Jahre. Dabei entstanden neue Wohnungen auch in erheblichem Umfang in Mehrfamilienhäusern. Zu erwähnen ist allerdings, dass der Totalabriss von Wohngebäuden seit 1991 bei gut 4 Mill. m² lag, das sind mehr als 15 % der neuen Wohnfläche, und zu 80 % nach 2001 stattfand. Die Nutzfläche der seit 1991 entstandenen Nichtwohngebäude wurde mit 17,6 Mill. m² errechnet. Hier war durch Totalabriss im gleichen Zeitraum, aber mit sinkender Tendenz, ein Abgang von 14,2 Mill. m² zu verzeichnen, sodass netto nur 3,6 Mill. m² Nutzfläche in Nichtwohngebäuden in den 19 Jahren hinzukamen.

Der Neubau von Nichtwohngebäuden erreichte seinen Höhepunkt in den Jahren 1994 bis 1999, 2009 waren es mit 598 Nichtwohngebäuden nur noch knapp 50 %

Abb. 5 **Fertiggestellte neue Gebäude in Brandenburg 1994 bis 2009**

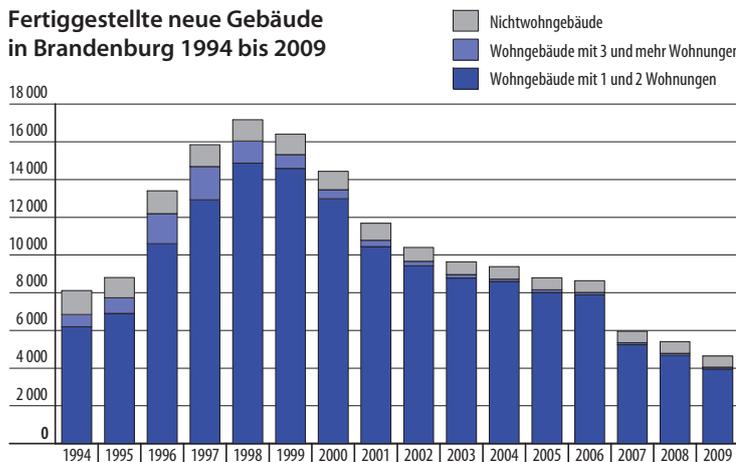
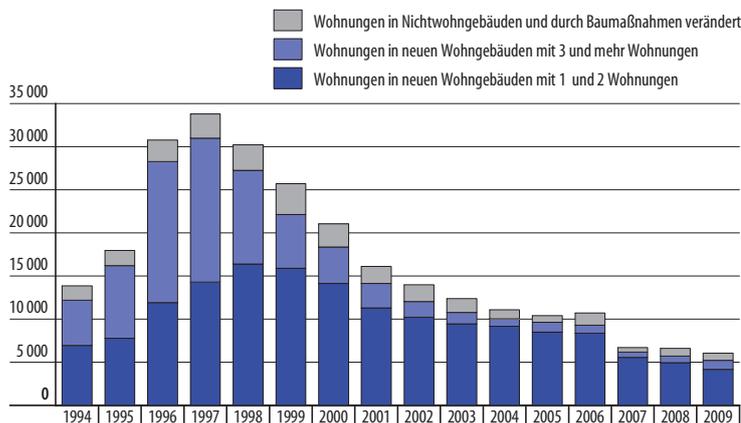


Abb. 6 **Wohnungsbau in Brandenburg 1994 bis 2009**



Tab. 4 **Fertiggestellte Wohngebäude und Wohnungen in Brandenburg 1991 bis 2009 (ausgewählte Zeiträume)**

Zeitraum	neue Wohngebäude			Wohnungen insgesamt	Wohnfläche 1000 m ²	Fläche / Wohnung m ²
	Ins-gesamt	Wohnungen	Wohnungen/Gebäude			
	Anzahl					
1991 bis 1999 ...	76 080	141 644	1,9	157 461	14 565	92,5
2000 bis 2004 ...	51 583	65 285	1,3	74 559	8 060	108,1
2005 bis 2009 ...	30 354	35 946	1,2	40 419	4 708	116,5
Insgesamt	158 017	242 875	1,5	272 439	27 333	100,3

Tab. 5 **Fertiggestellte neue Nichtwohngebäude in Brandenburg 1991 bis 2009 (ausgewählte Zeiträume)**

Zeitraum	Nichtwohngebäude	Nutzfläche	Fläche/ Nichtwohngebäude
	Anzahl	1000 m ²	m ²
1991 bis 1999 ...	8 639	10 548	1 221
2000 bis 2004 ...	3 953	4 107	1 039
2005 bis 2009 ...	3 062	2 978	972
Insgesamt	15 654	17 632	1 126

Abb. 7 Verteilung der Nutzfläche neuer Nichtwohngebäude in Brandenburg nach Nutzungsart der Gebäude 1994 bis 2009

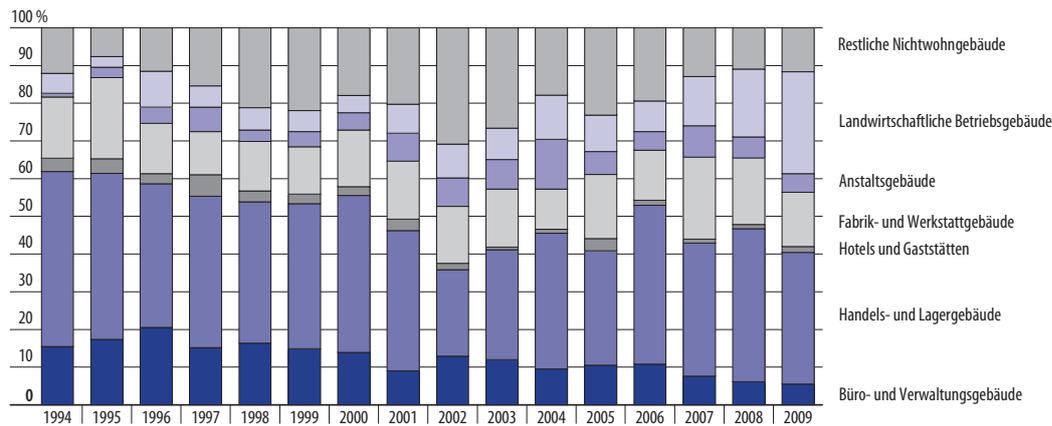
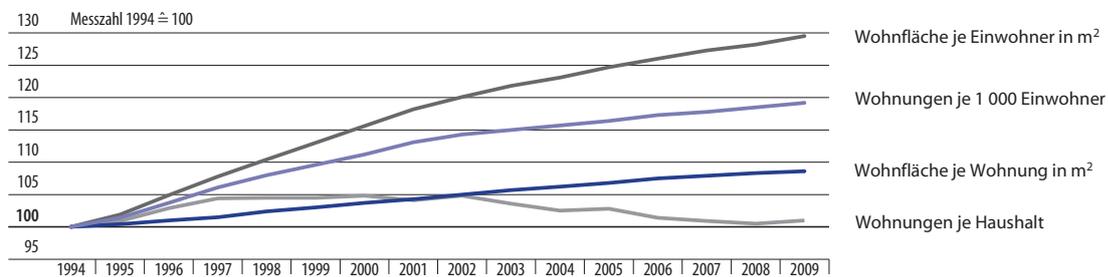


Abb. 8 Indikatoren der Wohnungsversorgung in Brandenburg 1994 bis 2009



von 1994. Diese Entwicklung entsprach in etwa der der neu geschaffenen Nutzflächen. Die Abbildung 7 zeigt die Anteile der auf die Gebäudearten seit 1994 entfallenden neu errichteten Nutzflächen. So entstanden über den gesamten 16-jährigen Zeitraum 38 % der neu geschaffenen Nutzflächen in Handels- und Lagergebäuden. Auf Fabrik- und Werkstattgebäude und Büro- und Verwaltungsgebäude entfielen zusammen 30 %. Flächen für landwirtschaftliche Betriebsgebäude hatten einen Anteil von gut 8 %. Anstaltsgebäude sowie Hotels und Gaststätten folgten mit 5 % bzw. knapp 3 %.

48 800 Gebäude baulich verändert

Neben den Neubauten wurden im Betrachtungszeitraum 48 785 Gebäude umgebaut, ausgebaut, erweitert oder wieder hergestellt, und zwar zu gut 80 % Wohngebäude betreffend (Tabelle 6). Die Jahre 1998 bis 2001 waren mit über 3 000 Baumaßnahmen pro Jahr die Hochzeiten bei Veränderungen an Wohnge-

bäuden. In dieser Zeit wurde mehr als ein Drittel aller Baumaßnahmen durchgeführt, danach war die Tendenz fallend. Die Entwicklung bei den Nichtwohngebäuden verlief seit 1999 (641 Maßnahmen) rückläufig. Im Jahr 2009 wurden noch bauliche Veränderungen an 1 302 Wohngebäuden und 322 Nichtwohngebäuden verzeichnet – in beiden Fällen die niedrigsten Fallzahlen seit 1994. Der Anteil der durch Baumaßnahmen fertiggestellten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden am gesamten Wohnungsbau über den betrachteten Zeitraum liegt bei 8,5 %. Auf diese Art entstandene Wohnungen sind, mit einigen Schwankungen, in der Tendenz seit 2001 rückläufig.

Wohnungsbestand um 18 % gestiegen

Die Fortschreibungen des Wohnungs- und Gebäudebestandes (ohne Wohnheime), die das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg jährlich durchführt, ergaben zum Jahresende 2009 für Brandenburg 1 277 930 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden und damit fast 18 % mehr als 1991. Von den seit 1991 neu errichteten 272 439 Wohnungen blieben also netto und für ausschließlich Wohnzwecke 191 275 übrig. Die Differenz von 81 164 Wohnungen entsteht durch Totalabgänge, Baumaßnahmen wie z. B. Zusammenlegungen von Wohnungen, Wohnungen in Wohnheimen, Nutzungsänderungen und anderem.

Der Wohnungsbestand in Wohngebäuden mit 1 und 2 Wohnungen ist seit 1994, seitdem es auch in Brandenburg erst belastbare Zahlen zu Gebäuden gibt, um 35 % und damit überdurchschnittlich gestiegen. Deren Anteil an allen Wohnungen erhöhte sich damit von 42 % im Jahr 1994 auf 48 % 2009. Wohnungen in Nichtwohngebäuden lie-

Tab. 6 Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden in Brandenburg 1991 bis 2009 (ausgewählte Zeiträume)

Zeitraum	Wohngebäude	Nichtwohngebäude
	Anzahl	
1991 bis 1999 ...	17 768	3 877
2000 bis 2004 ...	14 062	2 584
2005 bis 2009 ...	8 437	2 057
Insgesamt	40 267	8 518

gen, obwohl generell leicht steigend, auch 2009 unter 2 % des gesamten Bestandes. Die Wohnungsversorgung in Brandenburg hat sich durch die umfangreichen Bauaktivitäten und den Bevölkerungsrückgang sehr verbessert. So gab es 1991 pro 1 000 Einwohner 427 Wohnungen und 19 Jahre später 509 (zum Vergleich: Zum Jahresende 1990 gab es in Brandenburg 421 Wohnungen pro 1 000 Einwohner). Die Zahl der Haushalte ist von 1991 bis 2009 um 20 %, damit etwas stärker als der Wohnungsbestand, gestiegen. Die Zahl der Wohnungen je 1 000 Haushalte ging dadurch zwar zurück, aber auf einem hohen Niveau – von 1 046 auf 1 026 Wohnungen. Ein Überblick über die Indikatoren der Wohnungsversorgung in Brandenburg im Zeitverlauf findet sich in Abbildung 8.

Zur Entwicklung des Wohngebäudebestandes ist festzustellen, dass deren Zahl seit 1994 um 31 % auf 616 838 im Jahr 2009 gestiegen ist. Das sind fast doppelt so viele wie in Berlin, bedingt durch die hohe Zahl der Gebäude mit 1 oder 2 Wohnungen, die in Brandenburg in 2009 einen Anteil von 86 % (in Berlin von 10 %) hatten. Wohngebäude mit 1 oder 2 Wohnungen gab es seit 1994 fast 37 % und Mehrfamilienhäuser nur gut 6 % mehr.

Deutschland

Wohnungsversorgung erheblich verbessert⁵

Der Wohnungsbestand in Wohn- und Nichtwohngebäuden in Deutschland hat seit 1991 um 18 % zugenommen. Die Bevölkerungszahl war 2009 noch um knapp 2 % über der von 1991 (ist aber seit 2003 konstant rückläufig). Brandenburg lag mit einem Zuwachs von ebenfalls 18 % neu erbauter Wohnungen an der Spitze der neuen Bundesländer. In Berlin betrug der Anstieg 10 %. Ein Plus von mehr als 20 % vermeldeten Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Die Abbildung 9 gibt einen Überblick über den Wohnungsbestand je 1 000 Einwohner in den Jahren 1995 und 2009 nach Bundesländern. Danach hat sich die Wohnungsversorgung deutlich verbessert und Brandenburg und Berlin liegen in den betrachteten Jahren über dem Bundesdurchschnitt von 439 Wohnungen im Jahr 1995 und 491 Wohnungen im Jahr 2009. Die neuen Bundesländer haben mittlerweile alle die Grenze von 500 Wohnungen pro 1 000 Einwohner überschritten. In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin kommen inzwischen im Durchschnitt auf 1 000 Einwohner mehr als 550 Wohnungen. Es wurde in den Jahren nicht nur mehr, sondern auch größer gebaut. So stieg die durchschnittliche Wohnfläche in Deutschland von 83,6 m² im Jahr 1995 auf 86,6 m² und damit um knapp 4 %. Im gleichen Zeitraum konnte für Berlin ein Anstieg der Wohnfläche von ebenfalls knapp 4 % und für Brandenburg von 18 % berechnet werden. In den neuen Bundesländern, den drei Stadtstaaten und Nordrhein-Westfalen wird kleiner gebaut als in den restlichen alten Bundesländern. So wurden 2009 durchschnittliche Wohnungsgrößen von 70,0 m² für Sachsen bis zu 85,1 m² für Nordrhein-Westfalen ermittelt, Berlin lag mit 70,5 m² am unteren Ende und Brandenburg mit 78,4 m² in der Mitte der Spanne.

Abb. 9 Wohnungsbestand je 1 000 Einwohner in Deutschland 1995 und 2009 nach Bundesländern

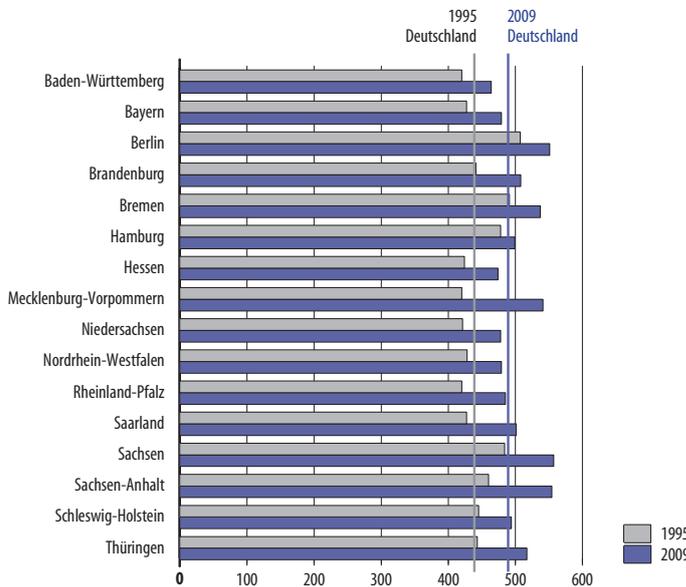
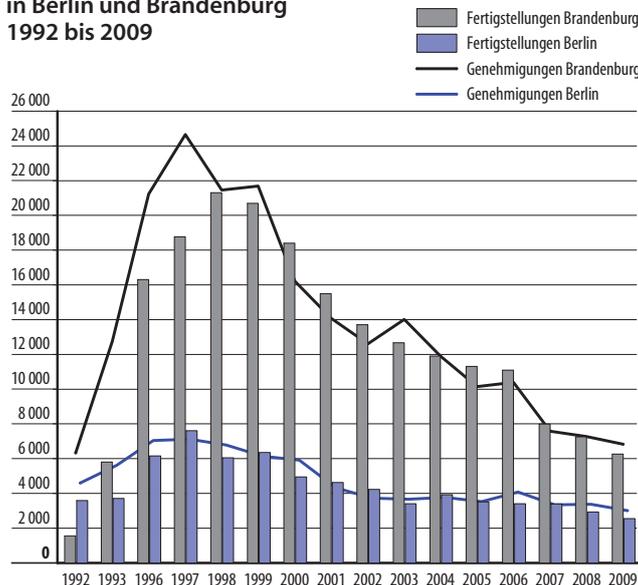


Abb. 10 Genehmigungen und Fertigstellungen neuer oder baulich veränderter Gebäude in Berlin und Brandenburg 1992 bis 2009



⁵ Das den folgenden Ausführungen zugrunde liegende Zahlenmaterial für Deutschland und Bundesländer wurde Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes bzw. Auswertungen der Online-Datenbanken der amtlichen Statistik entnommen.

Wieder mehr Baugenehmigungen in Berlin und Brandenburg

Am Ende des Beitrages bleibt festzuhalten, dass in den betrachteten 19 Jahren in beiden Ländern durch Neubauten oder Baumaßnahmen eine stolze Zahl neuer oder baulich veränderter Gebäude und Wohnungen geschaffen wurden – in Berlin rund 82 900 Gebäude und 190 800 Wohnungen, in Brandenburg 222 500 Gebäude und 272 400 Wohnungen. Genehmigungen wurden in diesem Zeitraum in Berlin für rund 92 300 Bauvorhaben an Gebäuden und für 212 600 Wohnungen erteilt, in Brandenburg für 252 700 Bauvorhaben an Gebäuden und für 318 200 Wohnungen. Die Kosten dieser Bauvorhaben waren in der Summe in Berlin mit 62,0 Mrd. EUR und in Brandenburg mit 57,3 Mrd. EUR veranschlagt worden. Die Verläufe von Fertigstellungen und Genehmigungen von 1992 bis 2009 in Berlin und Brandenburg sind aus Abbildung 10 ersichtlich.

Hervorzuheben ist insbesondere, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen besser geworden ist und beide Länder in Deutschland überdurchschnittlich positioniert sind. Ob jedoch auch genügend Mietwohnungen in der nachgefragten regionalen Verteilung, der Lage, Größe, Ausstattung und vor allem der Miethöhe zur Verfügung stehen, kann hier nicht beurteilt werden. Festzustellen ist jedoch, dass der Wohnungsbau in Mehrfamilienhäu-

sern in beiden Ländern in den letzten Jahren praktisch kaum stattfand. Hinzu kommt, dass der Anteil von Eigentumswohnungen in Mehrfamilienhäusern an allen durch Neu- oder Umbau fertiggestellten Wohnungen im Jahr 2009 in Berlin bei ungefähr 30 % und in Brandenburg bei 5 % lag. Die Wohnungsbaugenehmigungen weisen in Berlin für jenes Jahr sogar einen Eigentumswohnungsanteil von 41 % aus, während er in Brandenburg unverändert blieb.

Die Zahl der Baugenehmigungen wird als Konjunkturindikator zur Beurteilung des Baumarktes betrachtet. So war das Jahr 1997 in beiden Ländern das mit der jeweils höchsten Zahl der Bauvorhaben (Berlin 7 000, Brandenburg 24 700) und seitdem ist der Trend bis 2009 rückläufig (Abbildung 10). Erst im Jahr 2010 wurde nun für beide Länder wieder ein Anstieg der Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnungsbau registriert. Von Januar bis August wurden in Berlin mit 2 160 Baugenehmigungen 14 % mehr erteilt als im Vorjahreszeitraum – allerdings nicht für Wohnungsbau in Mehrfamilienhäusern, in starkem Maße aber für 1 bis 2 Familienhäuser und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden und Wohnungsumbauten. In Brandenburg ist mit 4 736 Bauvorhaben der Anstieg mit 5 % moderater, aber es ist vor allem deutlich mehr Wohnungsneubau, speziell in Mehrfamilienhäusern geplant.

Autorin: Gabriele Gruber

Quellen

- Gesetz über die Statistik der Bautätigkeit im Hochbau und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes (Hochbaustatistikgesetz - HBauStatG) vom 5. Mai 1998 (BGBl. I S. 869).
- „Intensive Bautätigkeit im engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin“; „Berliner Statistik – Monatsschrift“, Heft 1-6, 2000.
- Evers, Klaus; „Bauboom zwischen Stagnation der Bevölkerung und Strukturwandel der Wirtschaft“; „Berliner Statistik – Monatsschrift“, Heft 11, 2005.

1990–2010 **Berlin und Brandenburg****Tourismus**

Die Entwicklung des Tourismus in Berlin und im Land Brandenburg

Der Tourismus hat im Verlauf der Jahre in starkem Maße an Bedeutung gewonnen und ist zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden. Hierbei sind das Beherbergungsgewerbe selbst zu nennen, das Gastgewerbe, der Einzelhandel und Verkehr, die weiteren Bereiche der dienstleistenden Wirtschaft sowie kulturelle Einrichtungen. Um den Tourismus als Wirtschaftsfaktor sowie dessen Entwicklung bzw. Ausgestaltung zu beobachten, sind entsprechende Informationen notwendig. Eine wichtige Datenquelle sind dabei die Ergebnisse der amtlichen Statistik zur Beherbergung im Reiseverkehr. Auf diese Ergebnisse wird nachfolgend zurückgegriffen, um die Entwicklung des Tourismus in Berlin und Brandenburg seit der deutschen Vereinigung bzw. seit dem ersten vollständigen Erfassungsjahr 1992, in wesentlichen Punkten zu skizzieren.

Methodisch ist hervorzuheben, dass in den Großstädten der Reiseverkehr bekanntermaßen vom Geschäfts- und Dienstreiseverkehr geprägt wird und seine Ergänzung im Urlaubstourismus erfährt. Im Unterschied dazu ist in den Flächenländern gerade ein hoher Anteil des Urlaubs- und Ferientourismus anzunehmen. Die monatlich durchgeführte Bundesstatistik bildet diese differenzierten Reiseströme allerdings nicht gesondert ab, sondern informiert über den Inlandtourismus insgesamt. Insoweit sind die Ergebnisse der Beherbergungsstatistik von Berlin als Großstadt und zugleich Land mit denen der meisten anderen Bundesländer, die Flächenländer sind, nicht für einen direkten Vergleich geeignet. Deshalb wird die Entwicklung des Tourismus für den Stadtstaat Berlin und für das Flächenland Brandenburg gesondert dargestellt.

Berlin**Beliebt bei Besuchern aus dem In- und Ausland**

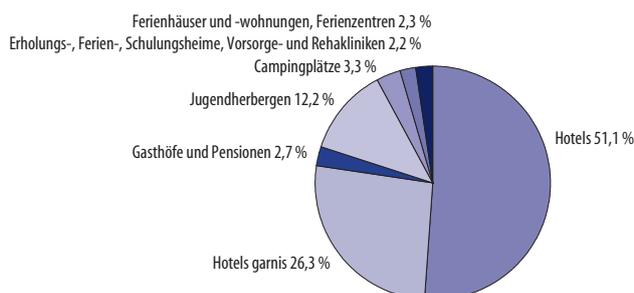
Die Entwicklung des Berlin-Tourismus ist eine Geschichte von Rekordzahlen bei den angekommenen Besuchern und deren Übernachtungen, von überdurchschnittlichen Steigerungsraten im Bundesvergleich, einem insgesamt schnell gestiegenen Übernachtungsangebot sowie darin enthaltener Ausweitung bestimmter Betriebsarten.

Bereits in den 90er Jahren wurden in Berlin zahlreiche neue Beherbergungseinrichtungen eröffnet und weitere vollständig um- bzw. ausgebaut. Diese Entwicklung setzte sich bis 2009 fort, sodass mehr als 710 Beherbergungsbetriebe mit neun und mehr Betten und einer Gesamtkapazität von rd. 105 000 Betten den Besuchern aus dem In- und Ausland zur Verfügung standen. Allein gegenüber dem Jahr 2000 war das eine Aufstockung um nahezu 70 % (+43 000 Betten) und im Vergleich zu 1992 eine Zunahme um das Anderthalbfache (+62 500 Betten). Marktbestimmend in Berlin sind die Hotels, die über mehr als die Hälfte des gesamten Bettenangebots verfügen, gefolgt von den Hotels garnis mit rd. 27 % (Abbildung 1).

Seit 1992 veränderte sich auch deutlich die Größe der Übernachtungseinrichtungen. Es entstanden in starkem Maße größere Häuser, d. h. mit 250 bis 499 Betten sowie im Weiteren sogar mit mehr als 500 Betten. Der Anteil dieser Häuser am Bettenangebot der Hotels, Hotels garnis, Pensionen und Gasthöfe insgesamt in Berlin stieg seit 1992 um 13 Prozentpunkte, auf nun fast 61 %. Neben dieser Entwicklung zeigte sich aber auch in einem anderen Segment eine deutliche Zunahme: Jugendherbergen, Hostels und ähnliche Beherbergungseinrichtungen. Bis zum Jahr 2000 mit kaum 1 000 angebotenen Betten, hatten diese Einrichtungen neun Jahre später ihr Angebot auf 13 000 Betten ausgeweitet und damit einen Anteil von 13 % am gesamten Übernachtungsangebot. Die oftmals zentral bzw. in Szenebezirken befindlichen Häuser erfreuen sich bei in- und ausländischen Besuchern großer Beliebtheit, wie aus der seit Jahren andauernden überdurchschnittlichen Bettenauslastung (2009: 54,2 %) geschlossen werden kann.

Die seit den 90er Jahren gewachsene Attraktivität der Stadt ließ die Gästezahl im Jahr 2009 auf 8,3 Mill. und die der gebuchten Übernachtungen auf nahezu 19 Mill. ansteigen. Mit dieser Größenordnung war Berlin nicht nur die meistbesuchte deutsche Stadt, sondern das Gästeaufkommen lag um mehr als ein

Abb. 1 **Schlafgelegenheiten¹ in den Beherbergungsbetrieben Berlins nach Betriebsarten 2009**



¹ Stand am jeweiligen 30. Juli, geöffnete Betriebe
Bei Campingplätzen rechnerischer Wert:
1 Stellplatz = 4 Schlafgelegenheiten

Drittel über dem von München (5,0 Mill.), das im Städtetourismus in Deutschland an zweiter Stelle rangiert. Allerdings sei erwähnt, dass die Zahl der Übernachtungen pro 100 Einwohner in München (747) erheblich höher ausfiel als in Berlin (550).

Die Zahl der Besucher hatte in Berlin im Jahr 2000 erstmalig die Marke von 5 Mill. und bei den Übernachtungen die der 11 Mill. überschritten. Führten die Ereignisse des 11. September 2001 in den USA bekanntermaßen in der Tourismuswirtschaft weltweit zu einem Einbruch, so wurde dieser in Berlin wieder seit dem 2. Halbjahr 2003 durch ein höheres Besuchervolumen überwunden. Der fortdauernde Anstieg der Besucher- und Übernachtungszahlen bis 2009 bedeutete, dass dieser deutlich über dem Bundesdurchschnitt lag (Abbildung 2).

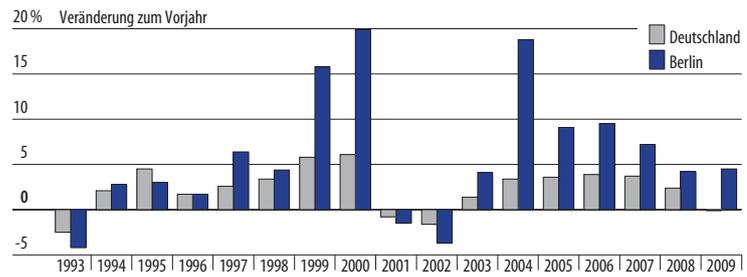
Und das Jahr 2009, das von großen weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten bestimmt wurde, konnte Berlin sogar mit einer positiven Tourismusbilanz abschließen: 4,5 % mehr Gäste und 6,2 % mehr Übernachtungen, was in deutlichem Unterschied zum Bundesergebnis stand (Gäste: -0,1 %; Übernachtungen: -0,2 %).

Die gestiegene Internationalität der Stadt kann wie folgt beschrieben werden:

Kam im Jahr 1992 mehr als jeder vierte Berlinbesucher nicht aus Deutschland, so war es im Jahr 2009 mehr als jeder Dritte. Von denen wiederum hatte jeder vierte Besucher seinen ständigen Wohnsitz außerhalb Europas. Gäste mit ständigem Wohnsitz auf dem amerikanischen Kontinent rangieren seit vielen Jahren auf einem der vorderen Plätze (anteilig 12 %) sowie innerhalb der dort nachgewiesenen Länder die Bürger mit einem US-Pass. Traditionell kommen sie besonders zahlreich in die Stadt und führten bis 2003 sogar das Ranking aller nachgewiesenen Länder an. Im Jahr 2009 hatte sich ihr Gäste- und Übernachtungsvolumen gegenüber 1992 mehr als verdoppelt: 238 000 Gäste und 586 000 Übernachtungen (Abbildung 3).

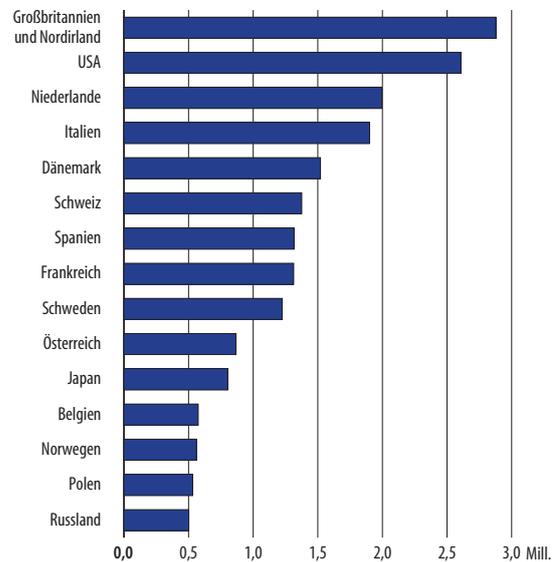
Der Anteil des Gästeaufkommens von den weiteren Kontinenten (ohne Europa), gemessen an der Gesamtzahl ausländischer Besucher, blieb in den vergangenen 18 Jahren weitestgehend gleich: Afrika und Australien (einschließlich Neuseeland und Ozeanien) zusammen über 2 % und Asien 7 %. In der letztgenannten Gästegruppe sind zunächst Bürger mit ständigem Wohnsitz in Japan zu nennen, die bis zum Jahr 2006 ihren höchsten Wert (61 000) erreichten, anschließend jedoch deutlich weniger einen Aufenthalt in Berlin vorsahen. Im Jahr 2009 entschieden sich 43 000 Japaner für einen Besuch mit Übernachtung (102 000) in der Spreemetropole, was im Vergleich zu 1992 ein Plus von nahezu einem Drittel bedeutet. Noch etwas höher fiel im Jahr 2009 die Zahl für Besucher aus Israel aus (47 000 und 153 000 registrierte Übernachtungen). Ihr Gäste- und Übernachtungsaufkommen war fast ausnahmslos angestiegen, insgesamt um mehr als das Sechsfache. Außerdem

Abb. 2 Entwicklung der Gästeankünfte in den Beherbergungsbetrieben¹ Berlins und Deutschlands 1993 bis 2009



¹ Betriebe mit mindestens 9 Betten sowie Campingplätze

Abb. 3 Gäste in den Beherbergungsbetrieben¹ Berlins nach den zehn aufkommensstärksten Herkunftsländern 1992 bis 2009

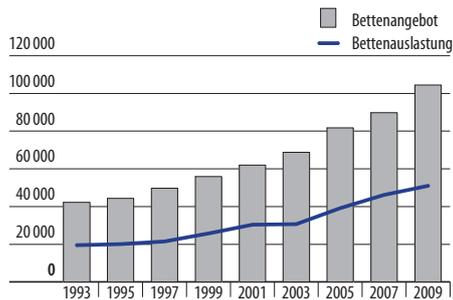


¹ Betriebe mit mindestens 9 Betten sowie Campingplätze

blieben israelische Besucher etwas länger in Berlin (3,2 Tage) als Gäste aus Japan (2,4 Tage). Eine weitere Gästegruppe aus dem asiatischen Raum ist zu erwähnen: China. Über fünf Mal größer fiel das Gäste- und Übernachtungsvolumen (34 000 bzw. 82 000) im Jahr 2009 gegenüber 1994 aus, dem für dieses Herkunftsländ ersten Nachweisjahr.

Das Interesse an Berlin bei den Besuchern anderer europäischer Länder war von jeher besonders groß, nahm allerdings seit 2004 nochmals deutlich zu. Ihr Anteil an allen ausländischen Gästen lag im Jahr 2009 bei fast 77 % bzw. 2,2 Mill. Gästen und 7,5 Mill. gebuchten Übernachtungen, verglichen mit 1992 eine Vervierfachung. Das europäische Länderranking wurde abermals im Jahr 2009 von Großbritannien und Nordirland (289 000 und 702 000) angeführt, mit einer nahezu vier Mal höheren Besucher- und Übernachtungszahl als noch im Vergleichsjahr. Belegte Italien bereits 1992 einen der vorderen Plätze, so war es im Jahr 2009 der zweite Platz (252 000 Gäste und 721 000 Übernachtungen) mit einem gegenüber 1992 auf das Fünffache angewachsenen Gäste- und Übernachtungsvolumen. Auch niederländische Bürger

Abb. 4 **Bettenangebot¹ und Bettenauslastung in den Berliner Beherbergungsstätten² 1993 bis 2009**



gehören seit Jahren zu den zahlenmäßig bedeutenden Besuchernationen an der Spree; ihre Gäste- und Übernachtungszahl (239 000 und 630 000) vervierfachte sich fast. Als weiteres wichtiges europäisches Land für den Berlin-Tourismus ist Spanien zu nennen, deren Besucher- und Übernachtungszahlen geradezu sprunghaft zunahmen. Im Jahr 2009 (193 000 Besucher und 573 000 Übernachtungen) entschieden sich immerhin neun Mal mehr Bürger der iberischen Halbinsel für einen Berlin-Aufenthalt (193 000 Besucher und 573 000 Übernachtungen) als noch 1992. Damit hatten sie traditionell besucherstarke Länder wie Dänemark (184 000 Besucher und 486 000 Übernachtungen) und Frankreich (158 000 Besucher und 403 000 Übernachtungen) auf die weiteren Plätze verdrängt. Bürger mit Wohnsitz in osteuropäischen Ländern, vor allem in Russland, Polen und auch Ungarn, kamen bis 2009 ebenfalls deutlich zahlreicher in die Speemetropole.

Betrachtet man die aus dem Verhältnis zwischen Besucher- und Übernachtungszahl errechnete durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Berlinbesucher, so lag sie im Jahr 2009 bei 2,3 Tagen (1992: 2,5 Tage). Diese, im Laufe der Jahre leichte Veränderung, ist ausschließlich auf die in der Mehrzahl aus Deutschland kommenden Gäste (2,1 Tage) zurückzuführen, zumal ausländische Reisende nach wie vor etwas länger in der Stadt weilen; im Jahr 2009 waren es 2,6 Tage. In- und ausländische Touristen blieben in Berlin im Durchschnitt auch länger als in München (2,0 Tage) oder Hamburg (1,9 Tage).

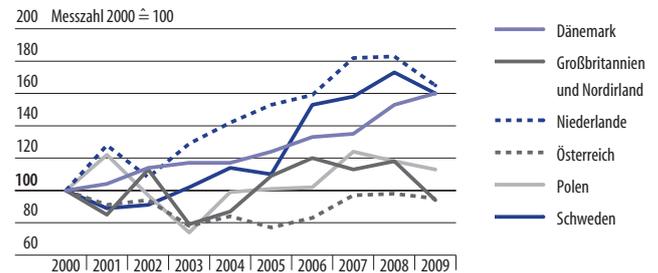
Wurde einleitend die beträchtliche Ausweitung des Berliner Übernachtungsangebots erwähnt, so zeigt ein Blick auf die Bettenauslastung, dass sie in den Beherbergungseinrichtungen mit neun und mehr Betten im Jahr 2009 durchschnittlich bei 49,9 % lag. Damit fiel sie zwar niedriger aus als in den vorangegangenen drei Jahren sowie im Jahr 2000 und 1992, aber dennoch höher als in den meisten Jahren seit der Wiedervereinigung Berlins (Abbildung 4).

Brandenburg

Tourismus wächst stetig

Ausgangspunkt für die Darstellung der touristischen Entwicklung im Land Brandenburg ist ebenfalls das Jahr 1992. Zu diesem Zeitpunkt wurden 580 Beherbergungseinrichtungen (mit neun und mehr Betten)

Abb. 5 **Entwicklung der Gästeankünfte aus ausgewählten Herkunftsländern in den Beherbergungsbetrieben¹ Brandenburgs 2000 bis 2009**



statistisch erfasst, die über eine Bettenkapazität von rund 34 000 verfügten. Hinzu kamen 140 Campingplätze für Urlaubscamping (mit 12 000 Stellplätzen).

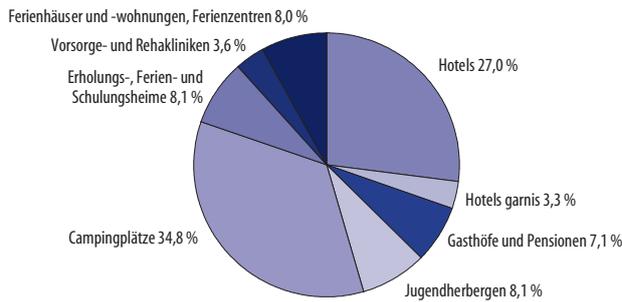
Die abwechslungsreiche Landschaft mit Seen und Flüssen sowie kulturhistorischen Sehenswürdigkeiten luden damals insgesamt 1,5 Mill. Gäste zur Übernachtung (4,6 Mill.) ein. Unter ihnen hatte etwa jeder 14. Besucher seinen ständigen Wohnsitz außerhalb Deutschlands. In den folgenden Jahren nahm die touristische Bedeutung im Land Brandenburg derart zu, dass im Jahr 2009 die Zahl der Übernachtungsmöglichkeiten auf über 1 400 mit fast 80 000 Betten angestiegen war. Campingfreunde konnten nun zwischen 180 Plätzen (mit 11 000 Stellplätzen) für ihren Urlaub wählen. Dieses insgesamt vorhandene Angebot nutzten in dem Jahr 3,7 Mill. in- und ausländische Besucher, für die 10,3 Mill. Übernachtungen erfasst wurden. Mit diesem Ergebnis blieb – in dem bekanntermaßen weltweit krisenbetroffenen Jahr 2009 – die Gästezahl im Land Brandenburg leicht unter der des Vorjahres (–0,6 %), wies aber gleichzeitig eine Zunahme der Übernachtungen (+0,8 %) aus.

Betrachtet man die touristische Entwicklung im Land Brandenburg seit den 90er Jahren, so wurde im Jahr 2001 ein zwischenzeitlicher Rekordstand mit 3,4 Mill. Übernachtungsgästen und 9,5 Mill. registrierten Übernachtungen erreicht. Allerdings zeigten die eingangs erwähnten Ereignisse im September 2001 in den USA auch Folgen für die touristische Entwicklung im Land Brandenburg durch schrumpfende Besucher- und Übernachtungszahlen. Erst ab 2005 konnte wieder ein deutlicher Gäste- und Übernachtungszuwachs verzeichnet werden.

In das Land Brandenburg zog es in den betrachteten Jahren vor allem Besucher aus anderen Bundesländern. Die absolute Zahl ausländischer Gäste (308 000) und deren Übernachtungen (663 000) waren im Jahr 2009 um drei Mal größer als noch 1992. Die anteilige Zunahme war allerdings, bezogen auf das Gäste- und Übernachtungsaufkommen insgesamt, geringfügig (+1,3 Prozentpunkte). Bei diesem Vergleich ist zu ergänzen, dass gerade der Anteil im Jahr 2009 (8,3 %) – durch einen deutlichen Rückgang der ausländischen Besucher – ungünstiger ausfiel als beispielsweise ein Jahr zuvor (9,3 %).

Für Bürger mit ständigem Wohnsitz in den Niederlanden (46 000 und 129 000 Übernachtungen) ist ein Aufenthalt im Land Brandenburg seit vielen Jahren

Abb. 6 **Schlafgelegenheiten¹ in den Beherbergungsbetrieben Brandenburgs nach Betriebsarten 2009**



¹ Stand am jeweiligen 30. Juli, geöffnete Betriebe
Bei Campingplätzen rechnerischer Wert:
1 Stellplatz = 4 Schlafgelegenheiten

besonders attraktiv; gemessen am gesamten ausländischen Besuchervolumen war es gut jeder Sechste. Seit dem ersten Erfassungsjahr 1992 stehen die Besucher aus den Niederlanden unangefochten an erster Stelle (+28 000). Aus Polen (33 000 und 66 000 Übernachtungen) kam etwa jeder zehnte Reisende. Auf der Besucherskala folgen im Weiteren schwedische Gäste (21 000 und 35 000 Übernachtungen). Zusammen mit Besuchern aus Dänemark (19 000 und 41 000 Übernachtungen) erreichten diese vier Länder im Jahr 2009 einen Anteil von gut 40 % am Gesamtvolumen ausländischer Besucher und Übernachtungen (Abbildung 5).

Das im Land Brandenburg vorhandene Übernachtungsangebot wird etwa zu rund zwei Dritteln von den Hotels, Hotels garnis, Gasthöfen und Pensionen geprägt und im Weiteren von den Sonstigen Beherbergungsstätten, zu denen Vorsorge- und Reha-Kliniken, Jugendherbergen ebenso gehören wie Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime sowie Feriencentren, Ferienhäuser und -wohnungen (Abbildung 6). Gerade in diesem letztgenannten Segment

entstanden im Land Brandenburg zahlreiche Betriebe und Einrichtungen seit 1992 (+120 bzw. ein Plus von 40 %), von denen viele vor allem nur im Sommerhalbjahr (Mai bis Oktober) für Gäste geöffnet haben. Der Angebotskatalog in den touristischen Reisegebieten wird durch zahlreiche Campingplätze ergänzt, die im Sommerhalbjahr 2009 eine Auslastung ihrer Stellplätze von durchschnittlich 11,4 % erreichten, was seit 2006 wieder einen Aufwärtstrend darstellt.

Für die Hotels, Hotels garnis sowie alle weiteren Übernachtungseinrichtungen mit neun und mehr Betten im Land Brandenburg wurde 2009 eine durchschnittliche Bettenauslastung von 34,5 % berechnet. Im Vergleich zu 1992 (35,3 %) stellt das allerdings eine Abnahme dar. Zum einen spiegelt sich hier die bereits erwähnte deutliche Angebotsausweitung wider und zum anderen, dass die Zahl der Übernachtungen nicht im gleichen Umfang zu der Gästezahl angestiegen ist. Dies bedeutet, dass die Besucher ihren Aufenthalt verkürzten; blieben sie 1992 durchschnittlich 3,2 Tage, waren es 2,8 Tage im Jahr 2009. Dies entspricht auch dem Bundesdurchschnitt. Insbesondere ausländische Besucher ließen sich für ihren Aufenthalt im Land Brandenburg im Jahr 2009 weniger Zeit (2,2 Tage) als noch 1992 (3,0 Tage).

Autorin: Astrid Langer

1990–2010 **Berlin und Brandenburg****Gastgewerbe**

Heterogene Entwicklung in Berlin und Brandenburg

Einleitend ist darauf aufmerksam zu machen, dass die unterschiedliche Datenlage für Berlin und dem Land Brandenburg zueinander sowie zum Bundesergebnis keine durchgängige Betrachtung über den gesamten Zeitraum von 1990 bis 2009 ermöglicht. Es werden die hochgerechneten Ergebnisse beginnend mit dem Jahr 1994 dargestellt, zunächst bis 2003 mit dem Basisjahr 2000 und die folgenden Jahre mit dem derzeitigen Basisjahr (2005 \pm 100). Den hochgerechneten Ergebnissen ab 2004 liegt außerdem die im selben Jahr gezogene Stichprobe zugrunde.

Berlin**Profitiert vom anhaltenden Touristenzustrom**

Das Berliner Gastgewerbe verlor in den Jahren 1994 bis 2003 gut ein Fünftel seiner Umsätze. Die grundsätzlich negative Entwicklung wurde nur in den Jahren 1997 bis 2000 von zeitweilig deutlichen Mehreinnahmen (+14 %) unterbrochen (Abbildung 1).

Für die Beschäftigung bedeutete das im gesamten Zeitraum einen Rückgang um 30 %. Von diesem beträchtlichen Beschäftigungsabbau waren insbesondere Vollbeschäftigte betroffen, für die mehr als jeder dritte Arbeitsplatz entfiel. Mit diesen Ergebnissen entwickelte sich das Berliner Gastgewerbe insgesamt deutlich ungünstiger als im Durchschnitt der Bundesländer. Im Bundesdurchschnitt sank der nominale Umsatz im betrachteten Zeitraum um etwas mehr als 11 % und bei den Beschäftigten um über 20 %.

Die zum Gastgewerbe gehörenden Bereiche – Beherbergungsgewerbe, Gaststättengewerbe sowie Kantinen und Caterer – waren von der Entwicklung unterschiedlich betroffen.

Der größte Bereich, das Gaststättengewerbe, dem Restaurants und Cafés ebenso zugeordnet sind wie auch Schankwirtschaften, Bars und Diskotheken, meldete Umsatzrückgänge in fast allen Jahren, am

stärksten in den Jahren 2002 und 2003. Im Zeitraum 1994 bis 2003 fielen die Umsätze um etwa 40 %. In ähnlicher Größenordnung wurde auch die Zahl der Beschäftigten reduziert, wobei die der Vollbeschäftigten sogar fast halbiert wurde.

Eine deutlich kompensierende Wirkung innerhalb des gesamten Wirtschaftsbereiches ging vom Beherbergungsgewerbe aus, das von der zunehmenden Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Tourismus profitierte. Steigende Gäste- und Übernachtungszahlen in den Beherbergungsbetrieben brachten trotz eines erheblich gestiegenen Bettenangebots und damit verbundenen Preisdrucks insgesamt, nach anfänglichen Umsatzeinbußen (1995 und 1996) bis Mitte 2001, deutlich höhere Umsätze: Vor allem waren es die Hotels, deren Einnahmen in diesem Zeitraum um weit mehr als ein Drittel anstiegen. Die positive Entwicklung wurde allerdings durch die Ereignisse des 11. September 2001 in den USA nicht nur in der Berliner Tourismuswirtschaft abrupt unterbrochen, sondern diese zeigten bekanntermaßen weltweit Folgen. In Berlin war die Zahl der Touristen für das Jahr 2001 erstmalig wieder leicht rückläufig im Vergleich zum Vorjahr und damit waren es auch die Umsätze im gesamten Beherbergungsgewerbe. In den Folgejahren blieben die Umsätze deutlich unter den Erwartungen, zumal weiterhin vor allem mehr Hotels und Hotels garnis neu eröffnet wurden, jedoch die Zahl in- und ausländischer Besucher zunächst nicht in annäherndem Maße anstieg. Dennoch konnte das Berliner Beherbergungsgewerbe insgesamt in den Jahren 1994 bis 2003 ein Umsatzplus von gut 6 % bilanzieren. Gegenläufig dazu entwickelte sich die Beschäftigtenzahl (-18 %), obgleich diese in den Jahren gestiegener Umsätze in weit geringerem Maße ebenfalls zugenommen hatte. Im Gesamtzeitraum wurde insbesondere die Zahl der Teilzeitbeschäftigten reduziert; bei ihnen entfiel fast jeder vierte Arbeitsplatz und in der Vollbeschäftigung jeder sechste.

Der kleinste Bereich innerhalb des Gastgewerbes, die Kantinen und Cateringunternehmen, erwirtschafteten im Jahr 2003 Mehrumsätze von 10 % gegenüber 1994. Dabei ging die Entwicklung bis zum Jahr 2000 unter deutlichen Schwankungen nach oben, verzeichnete jedoch in den Folgejahren Rückgänge. Die Beschäftigung wurde im gesamten Zeitraum um fast 13 % ausgeweitet und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten sogar noch stärker (+29 %).

Ab dem Jahr 2004 weisen die hochgerechneten Ergebnisse für das Berliner Gastgewerbe insgesamt eine positive Umsatzentwicklung aus, deren Verlauf

Abb. 1 **Entwicklung des Gastgewerbes in Berlin in den Jahren 1994 bis 2003**

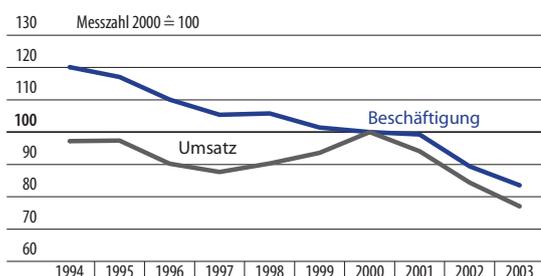
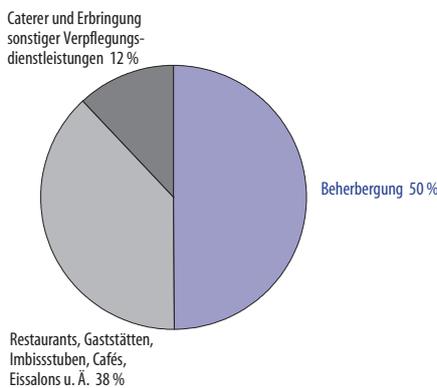


Abb. 2 **Entwicklung des Umsatzes im Gastgewerbe in Deutschland, in Berlin und Brandenburg in den Jahren 2004 bis 2009**



Abb. 3 **Anteil der Bereiche am Gesamtumsatz des Berliner Gastgewerbes im Jahr 2009**



im Wesentlichen durch das Beherbergungsgewerbe bestimmt wurde. Im Jahr 2009 lag der erzielte gastgewerbliche Umsatz in Berlin fast ein Viertel über dem des Jahres 2004 und damit in deutlichem Gegensatz zum Bundesdurchschnitt, der $-4,8\%$ betrug (Abbildung 2). Allerdings war zu diesem Zeitpunkt in Berlin auch erstmalig das Beherbergungsgewerbe von einem Umsatzrückgang ($-5,3\%$) betroffen und das trotz eines deutlich positiven Tourismusergebnisses ($4,5\%$ mehr Gäste). Insgesamt steigerte der Bereich der Hotels, Hotels garnis, Pensionen und weiteren Einrichtungen seit 2004 seine Umsätze um gut die Hälfte. Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass die Zahl der zu befragenden Unternehmen im Jahr 2007 in diesem Teilbereich, wie im gesamten Gastgewerbe, erhöht wurde und damit einen strukturbedingten Anstieg beinhaltet. Unter Berücksichtigung dieser methodischen Besonderheit ist dennoch festzustellen, dass die aufwärtsgerichtete Umsatzentwicklung des Berliner Beherbergungsgewerbes zum Bundesdurchschnitt gegenläufig verlief, wo nach zwischenzeitlich leichten Umsatzzunahmen bis zum Jahr 2009 lediglich wieder das Einnahmenniveau von 2004 erreicht wurde.

Die Gastronomie in Berlin konnte seit 2004 ihre Umsätze um über 4% erhöhen, was allerdings auf den Struktureffekt der bereits erwähnten Aktualisierung des Berichtspflichtigenkreises 2007 zurückzuführen ist. Unter dem Begriff Gastronomie werden seit Inkrafttreten der neuen Klassifikation (WZ 2008) Anfang 2009 gemeinsam mit den Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés und Eissalons sowie

sonstigen Verpflegungseinrichtungen (Schankwirtschaften, Diskotheken und Tanzlokale, Bars u. Ä.) auch die Caterer zusammengefasst (Abbildung 3).

Für die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ist diese Zuordnung hier bereits ab dem Jahr 2004 unterstellt. Die zu über einem Fünftel am Umsatz der Gastronomie beteiligten Caterer und sonstigen Verpflegungseinrichtungen konnten gegenüber 2004 ihre Umsatzsteigerung auch im Jahr 2009 ($+1,6\%$) weiter ausbauen.

Wie entwickelte sich im Berliner Gastgewerbe die Beschäftigung seit 2004? Bekanntermaßen wirkt eine günstige Umsatzentwicklung auf eine Verbesserung der Beschäftigungssituation in der Regel deutlich zeitverzögert sowie weit weniger ausgeprägt. Die gastgewerblichen Berliner Unternehmen folgten dem, d. h., bis Ende 2009 entstanden fast 9% mehr Arbeitsplätze. Allerdings wurden einzig im Beherbergungsgewerbe mehr Arbeitsplätze geschaffen, hauptsächlich für Teilzeit ($+88\%$) aber auch in der Vollbeschäftigung ($+40\%$). Mit den rückläufigen Umsätzen in diesem Teilbereich (s. o.) im Jahr 2009 wurden fast zeitgleich Arbeitsplätze von Vollzeit in Teilzeit umgewandelt, was sicherlich einen höheren Beschäftigungsabbau als den von $-2,2\%$ verhinderte.

In der Gastronomie schrumpfte die Zahl der Beschäftigten um $3,8\%$, abgefedert durch die zwischenzeitliche Aufstockung der Zahl der Berichtspflichtigen. Sogar in dem Teilbereich der Gastronomie – Caterer und weitere Verpflegungsdienstleister – wurde die Beschäftigtenzahl seit 2004 immerhin um über ein Viertel reduziert, entgegen der günstigen Umsatzentwicklung in diesem Zeitraum.

Brandenburg

2009 besseres Umsatzergebnis als Bundesdurchschnitt

Im Land Brandenburg konnte das Gastgewerbe für den Zeitraum 2004 bis 2009 zwar eine insgesamt positive Umsatzbilanz ziehen ($+6,4\%$), musste mit Blick auf das Jahr 2003 allerdings einen leichten Umsatzrückgang ($-0,7\%$) hinnehmen. Im Jahr 2009 blieben die Einnahmen leicht unter dem Vorjahresniveau ($-0,5\%$), was für das Brandenburger Gastgewerbe ein wesentlich besseres Ergebnis als im Durchschnitt aller Bundesländer bedeutete ($-4,9\%$).

Die Beschäftigung konnte von der Umsatzentwicklung in den gastgewerblichen Einrichtungen im Brandenburger Land im gesamten Zeitraum nicht profitieren; sie ging in den genannten Jahren um $2,1\%$ zurück (Abbildung 4).

Abb. 4 **Entwicklung der Beschäftigung im Gastgewerbe in Deutschland, in Berlin und Brandenburg in den Jahren 2004 bis 2009**

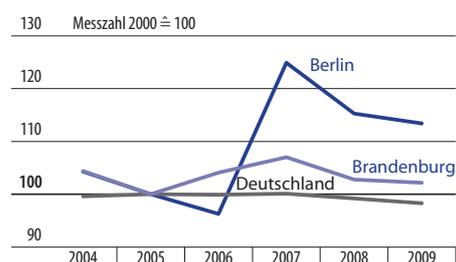
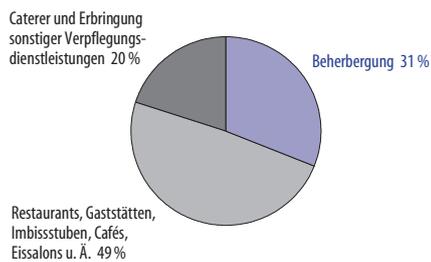


Abb. 5 Anteil der Bereiche am Gesamtumsatz des Brandenburger Gastgewerbes im Jahr 2009



Das Beherbergungsgewerbe im Land Brandenburg erzielte im gesamten Zeitraum ein Umsatzplus von 1,2 %. Für die Beschäftigung bedeutete diese Entwicklung den Wegfall von Arbeitsplätzen. Gegenüber 2004 sank die Beschäftigtenzahl um immerhin 7 %. Zu den zahlreichen Gründen dieser Entwicklung im Brandenburger Beherbergungsgewerbe gehörte sicherlich die erhebliche Angebotserweiterung mit einer nicht in gleichem Umfang gestiegenen Gästezahl sowie einer verkürzten Übernachtungsdauer.

Den größten Bereich des Brandenburger Gastgewerbes stellte die Gastronomie mit einem Anteil von fast 70 % am Gesamtumsatz dar (Abbildung 5).

Im Zeitraum 2004 bis 2009 konnten die Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés und Eissalons sowie im Weiteren die Cateringunternehmen und sonstigen Verpflegungsdienstleister – Schankwirtschaft-

ten, Diskotheken und Tanzlokale, Bars u. Ä. – die Umsätze um nahezu 9 % erhöhen. Vor allem die Caterer und Verpflegungsdienstleister schrieben in den letzten sechs Jahren schwarze Zahlen und schlossen allein das Jahr 2009 mit einem Umsatzplus gegenüber dem Vorjahr von 4,4 % ab. Im Gesamtzeitraum wirkte sich das positiv auf die Beschäftigungsentwicklung in diesem Bereich aus, sowohl in der Voll- aber noch stärker in der Teilzeitbeschäftigung; denn mehr als jeder dritte Arbeitsplatz entstand neu. Obwohl auch die Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés und Eissalons sowohl im Vergleich zu 2004 (+5,0 %) als auch im Jahr 2009 Mehreinnahmen (+1,6 %) erzielten, verlief die Beschäftigungsentwicklung negativ. Die Zahl ihrer Beschäftigten fiel unter die von 2004 (-3,4 %), mit einer deutlichen Verschiebung von der Voll- hin zur Teilzeitbeschäftigung.

Die Ergebnisse der gastgewerblichen Unternehmen im Land Brandenburg für weiter zurückliegende Jahre zeigen vor allem in den 90er Jahren in der Umsatzentwicklung Rückgänge, die mit dem Verlust von Arbeitsplätzen einhergingen. Zum Ende der 90er Jahre konnte das Brandenburger Gastgewerbe zumindest einen drei Jahre währenden Aufschwung verzeichnen, der neben Umsatzzuwächsen zu einer deutlich verzögerten und wesentlich weniger stark ausgeprägten Mehrbeschäftigung führte. Aufgrund einer nicht vorhandenen methodisch einheitlichen Datenbasis muss allerdings auf eine entsprechend detaillierte Ergebnisdarstellung verzichtet werden.

Autorin: Astrid Langer

1990 – 2010 **Berlin und Brandenburg****Einzelhandel**

Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung

Ausgangspunkt für die Entwicklung des Einzelhandels ab 1994 in den beiden Ländern sind die Ergebnisse im gesamten Bundesgebiet. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Datenlage für Berlin und das Land Brandenburg untereinander sowie zum Bundesergebnis grundsätzlich unterschiedlich ist und daher einer möglichen durchgängigen Betrachtung über den gesamten Zeitraum bis 2009 (Bundesgebiet) nicht gefolgt werden kann. Es werden deshalb die Jahre 1994 bis 2003 mit dem Basisjahr 2000 dargestellt, die folgenden Jahre mit dem derzeitigen Basisjahr (2005 \pm 100). Die hochgerechneten Ergebnisse ab 2004 beinhalten außerdem die im selben Jahr gezogene Stichprobe.

Deutschland

In Deutschland wies der nominale Einzelhandelsumsatz in den Jahren 1994 bis 2003 eine insgesamt positive Entwicklung aus (+4,4 %); allerdings mit rückläufigen Umsätzen in den beiden letzten Jahren, die sogar unter dem Niveau des Jahres 2000 blieben. In den folgenden Jahren ab 2004 zeigte die jahresdurchschnittliche Umsatzentwicklung zunächst ein leichtes Plus (Abbildung 1). Diese aufwärtsgerichtete Entwicklung wurde jedoch erstmals 2007 (-1,6 %) unterbrochen sowie abermals 2009 (-3,1 %). Im Vergleich zu 2004 konnte der Einzelhandel im Bundesdurchschnitt nur sehr geringfügig zulegen (+0,2 %).

Berlin**Einzelhandel im Auf und Ab der Konjunktur**

Der Einzelhandel in Berlin verzeichnete in dem ersten Zeitraum (1994 bis 2003) in immerhin sechs der insgesamt zehn Berichtsjahre deutliche Umsatzeinbußen, die schließlich im Jahr 2003 mit Mindereinnahmen von über 11 % im Vergleich zu 1994 zu Buche schlugen. Anzumerken ist, dass diese Abwärtsentwicklung von einem weit über dem Bundesdurchschnitt liegenden relativen Niveau ausging, da der Berliner Einzelhandel zu Beginn der 90er Jahre in deutlichem Maße vom Fehlen einer entsprechenden Infrastruktur im Umland profitierte. Die dann mit Fortgang der 90er Jahre im Berliner Umland neu entstandenen Verkaufseinrichtungen (insbesondere große Einkaufszentren an wichtigen Verkehrsknotenpunkten) ließen einen Teil der in Brandenburg wohnenden Käuferklientel zu diesen abwandern und gingen damit dem Berliner Einzelhandelsumsatz verloren. Im Jahr 1999 wurde die Talfahrt des Einzelhandels in der Stadt für drei Jahre durch eine leichte Belebung unterbrochen, die im Zusammenhang mit dem stattgefundenen Umzug der Bundesregierung vom Rhein an die Spree gestanden haben dürfte. Im Jahr 2002 ließen die wirtschaftlich zunehmend angespannte Situation in der Hauptstadt und die damit verbundene sinkende Kaufkraft den Einzelhandelsumsatz regelrecht einbrechen (-6,5 %). Die rückläufige Umsatzentwicklung über nahezu den gesamten Zeitraum blieb auch für die Beschäftigung nicht ohne Folgen. Die Berliner Verkaufseinrichtungen meldeten im Jahr 2003 eine um fast 30 % niedrigere Beschäftigtenzahl als 1994. Der Beschäftigtenabbau lag damit weit über dem Bundesdurchschnitt (-7,4 %). Darüber hinaus war auch die Umwidmung von Voll- zu Teilzeitstellen in Berlin wesentlich ausgeprägter. Die Zahl der Vollzeitstellen sank im Berliner Einzelhandel zwischen 1994 und 2003 um fast 50 % (Deutschland insgesamt: -20 %) und die der Teilzeitstellen um 3 % (Deutschland insgesamt: +6 %).

Die insgesamt abwärts gerichtete Entwicklung des Berliner Einzelhandels in diesem Zeitraum wies in ihrem Ausmaß und Verlauf in den einzelnen Wirtschaftsbereichen deutliche Unterschiede aus. Zwei Branchen sollen vor allem aufgrund ihrer gegenläufigen Entwicklung erwähnt werden: Der Bereich Apotheken (einschließlich Fachhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln, Kosmetik und Körperpflege), dem es möglich war, eine weitestgehend kontinuierliche und sehr deutliche Umsatz-

Abb. 1 **Umsatz (nominal) im Einzelhandel in Deutschland und Berlin 2004 bis 2009**

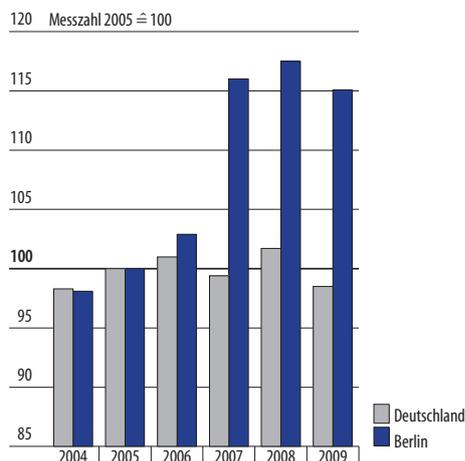


Abb. 2 **Zahl der Teilzeitbeschäftigten im Einzelhandel in Deutschland und Berlin 2004 bis 2009**

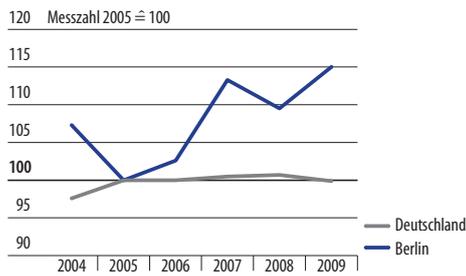
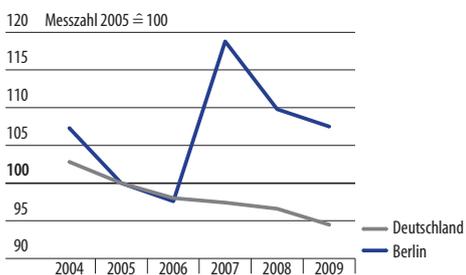


Abb. 3 **Zahl der Vollbeschäftigten im Einzelhandel in Deutschland und Berlin 2004 bis 2009**



steigerung (+62 %) zu erreichen, die außerdem mit einer Zunahme der Beschäftigtenzahl um gut ein Viertel einherging. Im Weiteren der Bereich Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, hier wiederum Verkaufseinrichtungen mit einem hauptsächlich auf Nahrungsmittel ausgerichteten Warenangebot: die Lebensmittelmärkte und Discounter. Sie konnten immerhin ab 1998 Mehreinnahmen erzielen, nach zunächst rückläufigen Umsätzen bis 1997. Im Jahr 2003 überstieg dann das Umsatzplus sogar leicht das des Jahres 1994 (+0,2 %). Eine positive Beschäftigungsentwicklung folgte dem jedoch nicht.

Der zweite große Zeitabschnitt von 2004 bis 2009 wies für den Berliner Einzelhandel eine insgesamt bessere Bilanz aus, da die Einzelhändler zumindest bis zum Jahr 2008 schwarze Zahlen schreiben konnten. Eine erhebliche Umsatzzunahme innerhalb dieses Gesamtzeitraums wies das Jahr 2007 (+12,7 %) aus. Diese Zunahme war in starkem Maße strukturell geprägt, da es sich aufgrund der Dynamik in diesem Wirtschaftsbereich und zur Verbesserung der Genauigkeit der Ergebnisse unbedingt als notwendig erwies, die bereits bestehende Zahl Auskunft gebender Handelsunternehmen um weitere zu ergänzen. Um zukünftig u. a. auch derartige Brüche zu vermeiden, ist ab dem Geschäftsjahr 2009 für die monatliche Statistik eine jährliche Aktualisierung des Berichtskreises vorgesehen, mit der dann jeweils eine Rotation der auskunftspflichtigen Unternehmen verbunden ist. Für die Interpretation des Ergebnisses 2007 ist zu ergänzen, dass die seit Jahresbeginn eingetretene Mehrwertsteuererhöhung sich eher dämpfend auf das Konsumklima ausgewirkt haben dürfte, bis hin, dass es zu vorgezogenen Käufen bereits in 2006 kam, die das Ergebnis selbigen Jahres (2006) wiederum

leicht überhöhten (+2,9 %). Es wird immer wieder auf die positive Wirkung des Faktors Tourismus auch für den Einzelhandel verwiesen, wenngleich durch die amtliche Statistik ein entsprechender Nachweis aufgrund fehlenden Datenmaterials nicht erbracht werden kann. Für das Umsatzergebnis 2006 darf aber unterstellt werden, dass die Fußballweltmeisterschaft, mit Spielorten auch in der Spree-Metropole, sich begünstigend auf die Kassen der Berliner Einzelhändler ausgewirkt hat. Anders gestaltet sich das Jahr 2009, dem ersten Jahr rückläufiger Einzelhandelsumsätze (-1,9 %) seit 2004. Hier zeigte die gute Bilanz des Berlin-Tourismus (+4,5 % Gäste) eine eher weniger positiv auszumachende Wirkung auf den Einzelhandel der Stadt. Die Berliner Einzelhändler fast aller Branchen verzeichneten Mindereinnahmen, die sogar erstmalig seit 2004 auch wieder Lebensmittelmärkte und Discounter betrafen (-1,1 %). Dagegen konnten Apotheken (einschließlich medizinischer und orthopädischer Artikel, Kosmetik und Körperpflege) weiterhin Mehreinnahmen erzielen (+4,4 %), obwohl diese nicht mehr die hohen Zuwachsraten der Endneunziger und Folgejahre erreichten.

Die sich stabilisierende Umsatzentwicklung des Berliner Einzelhandels bis 2008 trug zu einer insgesamt verbesserten Beschäftigungssituation bei, zu mal jeder zehnte Arbeitsplatz im Zeitraum 2004 bis 2009 neu hinzukommen war. Interessant ist für das Jahr 2009, dass die Zahl der Beschäftigten wesentlich weniger reduziert wurde (-0,2 %) als die Umsätze zurückgingen, zumal Unternehmen bei Umsatzrückgängen erfahrungsgemäß sofort mit einem Beschäftigungsabbau reagieren. Im Vordergrund stand zunächst die Umwidmung von Arbeitsplätzen für Vollbeschäftigung (-3,7 %) in die für Teilzeitbeschäftigung (+2,5 %). Mit diesem Ergebnis fiel die Beschäftigung im Berliner Einzelhandel im Jahr 2009 günstiger aus als im Bundesdurchschnitt (-1,2 %; Vollzeit: -2,0 %; Teilzeit: -0,6 %) und auch im Vergleich zu 2004 (-2,1 %), wie die Abbildungen 2 und 3 belegen.

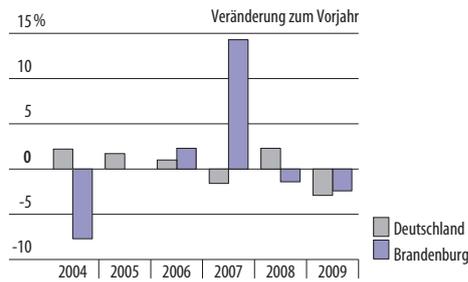
Brandenburg

Konjunktur für Einzelhändler schwierig

Im Unterschied zu Berlin verlief die Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel des Landes Brandenburg in den vergangenen Jahren wesentlich heterogener. In den Jahren 2004 bis 2009 wurde ein Umsatzplus von über 12 % erreicht, was aber fast ausschließlich auf die bereits erwähnte Aktualisierung des Berichtspflichtigenkreises im Jahr 2007 und den damit verbundenen Struktureffekt zurückzuführen ist. Die Zahl der Beschäftigten stieg im gesamten Zeitraum um fast 5 %, wobei diese Zunahme weitestgehend in dem Jahr der Berichtskreisaktualisierung stattfand.

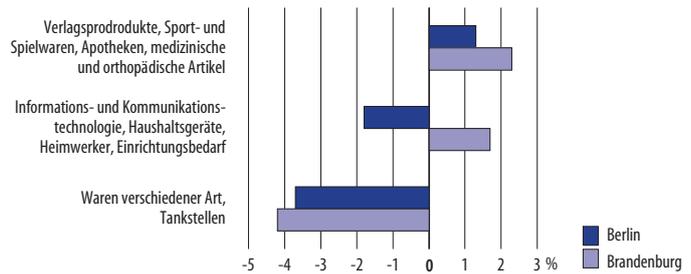
Betrachtet man das Jahr 2009, so schlossen die Brandenburger Einzelhändler mit einem Einnahmenminus (-2,4 %) ab (Abbildung 4). Dieses Minus fiel zwar etwas besser aus als im Bundesdurchschnitt (-3,1 %), aber Brandenburger Einzelhändler waren nun schon das zweite Jahr infolge von fehlenden Umsätzen betroffen, während der bundesweite Einzelhandel 2008 im Durchschnitt noch einen Umsatzzuwachs meldete (+2,3 %).

Abb. 4 Entwicklung des Umsatzes (nominal) im Einzelhandel in Deutschland und Brandenburg 2004 bis 2009



In den einzelnen Branchen des Brandenburger Einzelhandels fielen die Umsatzeinbußen sehr unterschiedlich aus. Deutlich rückläufige Umsätze mussten auch gerade die den Gesamtumsatz bestimmenden Branchen hinnehmen. So meldeten die zahlreich vorhandenen Lebensmittelmärkte und Discounter, die immerhin über die Hälfte des gesamten Brandenburger Einzelhandelsumsatzes erbringen, für das Jahr 2009 Verluste von fast 4 % gegenüber dem Vorjahr. Als ein Grund für diese Entwicklung wird das starke Anwachsen der Verkaufsfläche in den letzten Jahren genannt sowie außerdem der damit einhergehende Preiskampf, wie es u. a. in der Jahresbilanz 2009 des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg heißt. Deutlich günstiger verlief dagegen die Umsatzentwicklung 2009 für alle Einzelhändler, zu deren Hauptsortiment Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik gehören, oder aber Haushaltsgeräte, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf. Diese Einzelhändler konnten nach Abschluss des Jahres 2009 schwarze Zahlen schreiben und hatten auch im Vergleich zu 2004 ein Umsatzplus erreicht. Noch bessere Ergebnisse erzielte der zusammengefasste und gleichfalls sehr heterogene Bereich des Einzelhandels in Verkaufsräumen mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern, in denen u. a. ebenfalls die Apotheken enthalten sind. Erwirtschaftete dieser Bereich insgesamt im Jahr 2009 Mehreinnahmen von 2,3 %, so ergab sich allein bei den Apotheken (einschließlich des Einzelhandels medizinischer und orthopädischer Artikel, Kosmetik und Körperpflege) ein Plus von sogar fast 4 % und im Vergleich zu 2004 von immerhin 20 %. Für den gesamten genannten Einzelhandelsbereich errechnete sich im Jahr 2009 ein Umsatzplus gegenüber 2004 von 7 %, wobei allein der Bereich Apotheken zu mehr als der Hälfte an dieser Umsatzerzielung beteiligt war.

Abb. 5 Veränderung des Umsatzes ausgewählter Einzelhandelsbereiche in Berlin und Brandenburg 2009 im Vergleich zum Vorjahr



Die beiden genannten Gesamtbereiche entwickelten sich 2009 im Land Brandenburg günstiger als in Berlin, zumal in Berlin der zusammengefasste Bereich Einzelhandel in Verkaufsräumen mit Informations- und Kommunikationstechnik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf gegenüber dem Vorjahr rückläufige Umsätze (-1,8 %) auswies, wenngleich auf deutlich höherem absoluten Niveau als im Land Brandenburg (Abbildung 5).

In den beiden zusammengefasst dargestellten Bereichen (Einzelhandel mit Informations- und Kommunikationstechnik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf; Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie im Weiteren u. a. die Apotheken) schrumpfte im Land Brandenburg trotz der positiven Umsatzbilanz die Zahl der Beschäftigten. Vor allem entfielen in den beiden sehr heterogenen Bereichen Arbeitsplätze in Vollzeit, die nur teilweise in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt wurden. Eine seit 2008 anhaltende rückläufige Beschäftigung kennzeichnete allerdings den Einzelhandel im Land Brandenburg insgesamt, mit der allein in den letzten beiden Jahren 7 % der Arbeitsplätze vollständig entfielen.

In dieser Größenordnung hatte der Einzelhandel im Land Brandenburg letztmalig 1998 und 1999 die Zahl der Beschäftigten reduziert, ohne dass die Umsätze in gleichem Umfang ausgeblieben wären. Erst etwa ab dem Jahr 2000 zeichnete sich für die Brandenburger Einzelhändler eine leichte Umsatzzunahme mit einer verzögert wirksam gewordenen Mehrbeschäftigung ab, begünstigt durch die nunmehr umfangreich vorhandene Infrastruktur.

Autorin: Astrid Langer

1990–2010 **Berlin und Brandenburg**

Gewerbeanzeigen

In Berlin und Brandenburg

Die Gewerbeanzeigenstatistik ist eine Totalerhebung auf der gesetzlichen Grundlage der Gewerbeordnung¹. Die Statistik liefert Informationen über die Aufnahme und Beendigung gewerblicher Tätigkeiten und deren Anlässe. Sie sammelt Information über die Zahl der Gewerbean- und -abmeldungen nach Wirtschaftsbereichen, Rechtsformen, Anzahl der tätigen Personen und Bundesländern. Außerdem werden bei Personenunternehmen Geschlecht und Staatsangehörigkeit der Gewerbetreibenden ermittelt. Die An- und Abmeldungen werden danach unterschieden, welche Gründe für die Meldung maßgeblich waren. Nicht der Gewerbeordnung unterliegen die „Freien Berufe“, die „Land- und Forstwirtschaft“, der „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ sowie die „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ und daher werden sie auch nicht in der Statistik erfasst.

Um Aufschluss über die Zahl und Art der in einer Gemeinde ansässigen Gewerbebetriebe zu erhalten, sind Gewerbetreibende gesetzlich verpflichtet, Änderungen wie z. B. der Rechtsform, der Art der Tätigkeit oder des Standorts dem zuständigen Gewerbeamt anzuzeigen. Die Kopien dieser An- und Abmeldungen werden statistisch ausgewertet. Die Meldebogen sind gleichzeitig die Erhebungsbogen für die Statistik. Die Gewerbeanzeigenstatistik ist somit eine Sekundärstatistik. Seit 2006 werden die Gewerbeummeldungen von der amtlichen Statistik nicht mehr ausgewertet. Das Gewerbeamt ist in der Regel noch vor einer Meldung beim Handelsgericht, der zuständigen Kammer oder dem Finanzamt die erste Verwaltungsinstanz, der ein Gewerbetreibender über Ereignisse seiner gewerblichen Tätigkeit zu berichten hat.

Um die Berichtswege zwischen Gewerbeamt und den anderen Verwaltungsinstanzen wie z. B. den Statistischen Ämtern zu beschleunigen, wird bundesweit – auch in Zusammenarbeit mit den Statistikbehörden – angestrebt, die Meldung durch den Gewerbetreibenden möglichst auf elektronischem Weg zu erhalten. Die 12 Berliner Gewerbeämter liefern die Gewerbeummeldungen auf diese Weise bereits seit über 15 Jahren. In einem Flächenland wie Brandenburg ist das Ziel schwieriger zu erreichen. Für die Finanzierung des Angebots der elektronischen Gewerbeummeldung sind die Kommunen und die ihnen zugeordneten Gewerbeämter zuständig. Die Kosten von Hard- und Software bei gleichzeitig geringer Anzahl der Gewerbeummeldungen machen es „kleinen“ Gewerbeämtern oft schwer, diesen Verfahrensweg

zu beschreiten. So werden rund 65 % der Brandenburger Gewerbeummeldungen monatlich elektronisch geliefert, dies entspricht in etwa den Meldungen der kreisfreien Städte und größeren Gemeinden oder Ämtern insgesamt. Das Land Brandenburg ist bestrebt, für die restlichen Gewerbeämter zukünftig eine Möglichkeit der elektronischen Datenlieferung zu eröffnen.

Die Beschleunigung der Berichtswege ist nur ein Aspekt des Vorhabens, gleichzeitig soll auch eine Entlastung des Gewerbetreibenden und eine Erleichterung des Verwaltungsvollzuges erreicht werden. Auch die amtliche Statistik modernisiert die eigenen Produktionswege der Gewerbeanzeigenstatistik. In Zukunft wird deren Datenbank in Deutschland zentral gehalten und gewartet werden. Dezentral durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder findet weiterhin die Pflege der Daten und die länderspezifische Auswertung und Veröffentlichung statt.

Nachfolgend wird ein Blick auf die Entwicklung der Gewerbeanzeigen in Berlin und Brandenburg der letzten 20 Jahre geworfen. Da die Unterscheidung von Betriebsgründungen und Kleingewerbe seit 2003 eingeführt wurde, können hier nur die allgemeinen und umfassenden An- und Abmeldungen dargestellt werden. Ab 2004 wird auch das Meldeverhalten der Betriebe kurz diskutiert. Abschließend wird für Berlin und Brandenburg das Anzeigengeschehen nach Wirtschaftssektoren vorgestellt.

Gewerbeanzeigen

Auf den betrachteten Zeitraum von etwa 20 Jahren bezogen fallen jährlich durchschnittlich etwa 120 000 Gewerbeanzeigen in der Region an. Davon sind im Mittel etwa 60 % der Meldungen an Berliner Gewerbeämtern abgegeben worden. Durchschnittlich sind 56 % der Gewerbeummeldungen in der Region Anmeldungen.

Im gesamten Zeitraum ist in beiden Bundesländern die Anzahl der Anmeldungen höher als jene der Abmeldungen, in Berlin bis auf den Zeitraum von 1998 bis 2001 sogar mit deutlichem Abstand. Seit 2004 ist in Brandenburg eine Angleichung der Anzahl von An- und Abmeldungen zu bemerken.

¹ Bekanntmachung der Neufassung der Gewerbeordnung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 14 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2258).

Abb. 1a Gewerbeanzeigen in Berlin 1990 bis 2009

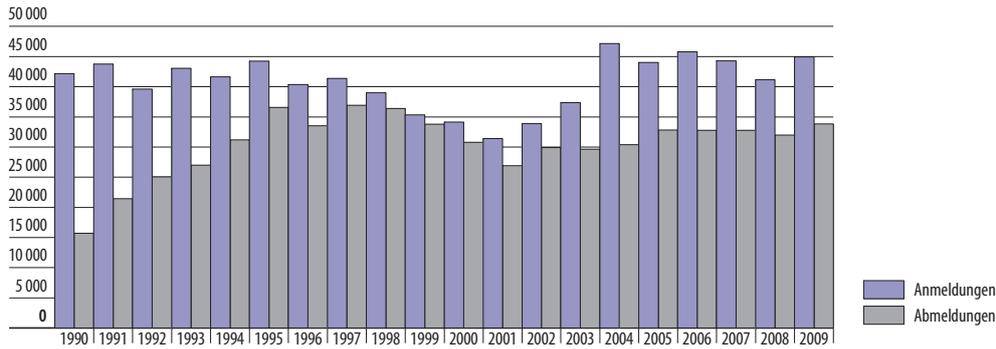


Abb. 1b Gewerbeanzeigen in Brandenburg 1991 bis 2009

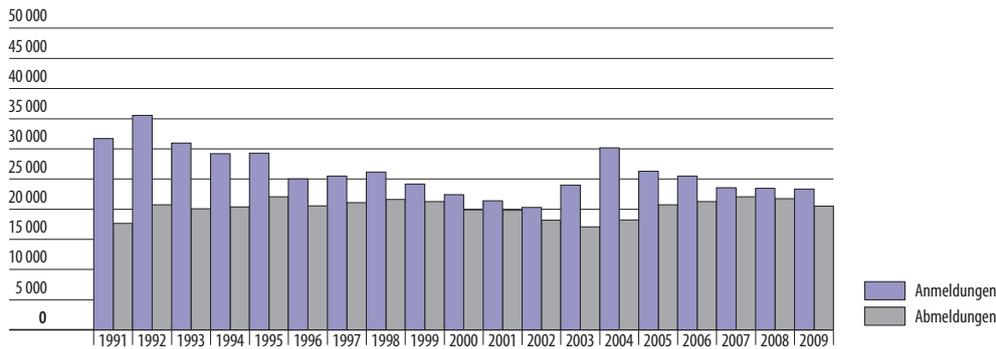


Abb. 2a Veränderung der Gewerbeanzeigen zum Vorjahr in Berlin 1991 bis 2009

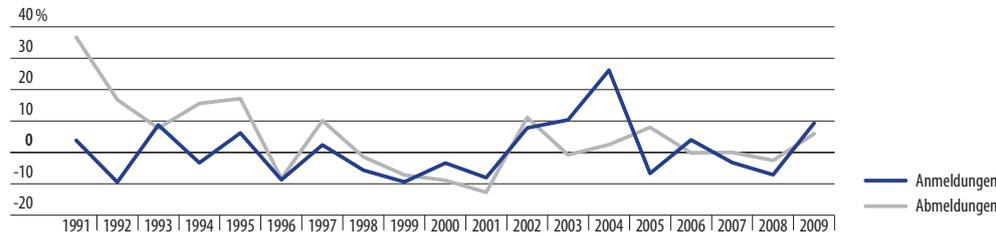
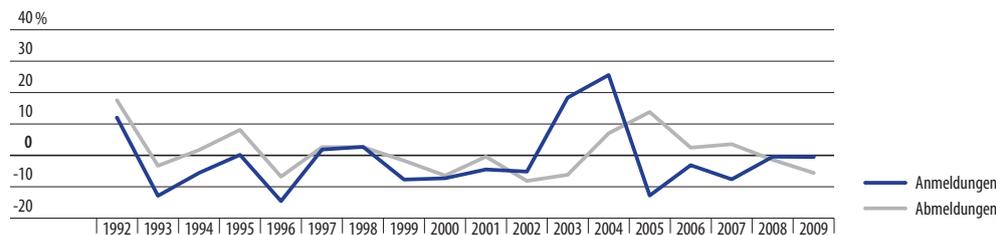


Abb. 2b Veränderung der Gewerbeanzeigen zum Vorjahr in Brandenburg 1992 bis 2009



Im Vergleich mit Brandenburg fällt für Berlin (Abbildungen 1 a/b) der kontinuierliche Anstieg der Abmeldungen von 1990 bis 1998 auf, der sich dann in den Folgejahren auf ein Niveau von über 30 000 Meldungen einpegelte, während in Brandenburg das Durchschnittsniveau über 20 000 Meldungen im Jahr lag.

Seit 2002 ist in Berlin die Schwächephase abgeschlossen, in der beginnend 1997 An- und Abmeldungen abnahmen, wobei der Abstand zwischen ihnen (Differenz) immer geringer wurde. Danach konsolidierten sich die Abmeldungen auf einem Niveau von 30 000 Anzeigen, während die Jahresanzahl der

Anmeldungen wieder zunahm. 2004 erreichten die Anmeldungen den höchsten Stand seit 1990 mit über 45 000 Anzeigen. Möglicherweise war im betrachteten Zeitraum die erste Phase bis 1997 geprägt von einer Gründungseuphorie nach der Vereinigung, während die zweite Phase bis 2002 durch Ernüchterung gekennzeichnet war. Die anschließende dritte Phase – geprägt durch Euro-Einführung und EU-Erweiterung – konnte die konjunkturelle Schwäche der Übergangsjahre der Nachwendzeit durch eine stabile Wachstumsphase ablösen.

Diese Interpretation wird durch die obenstehenden Grafiken (Abbildungen 2 a/b) der Veränderung

Abb. 3a Messzahl der Gewerbeanzeigen in Berlin 1991 bis 2009

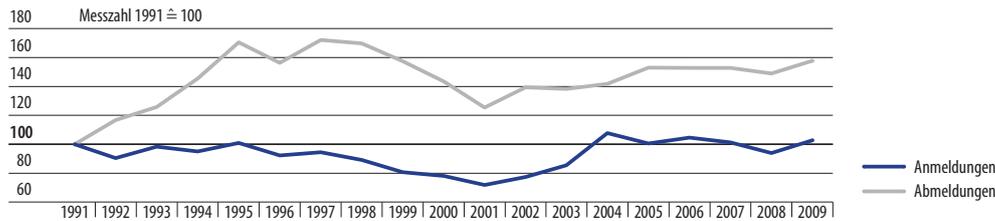


Abb. 3b Messzahl der Gewerbeanzeigen in Brandenburg 1991 bis 2009

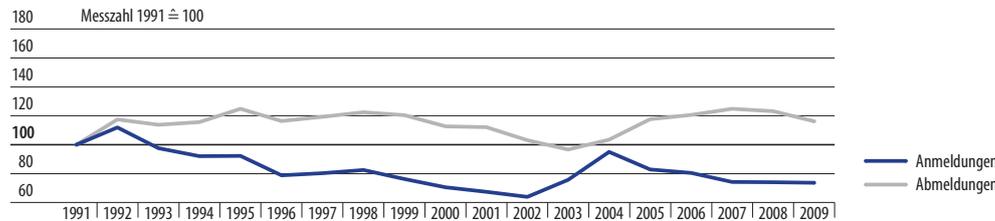
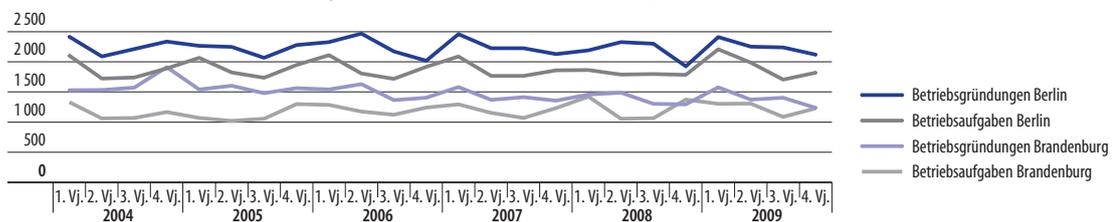


Abb. 4 Betriebliche Gewerbemeldungen in Berlin und Brandenburg 2004 bis 2009 quartalsweise



gen gegenüber dem Vorjahr bestätigt. In beiden Bundesländern war ab 1990/92 eine besonders aktive Phase des Gewerbegeschehens, betont durch stärkere Veränderungen, zu beobachten. Von 1996 bis 2001 fielen die Veränderungen nicht mehr so extrem aus, waren sogar rückläufig. Die Jahre 2002 bis 2005 waren als eine aktive, progressive Phase, bestimmt durch die Zuwächse bei den Anmeldungen, gekennzeichnet. Seit 2006 scheint eine neuerliche Konsolidierungsphase stattzufinden.

Die Messzahl der Gewerbean- und -abmeldungen (Abbildungen 3 a/b) relativiert allerdings diese Interpretation.

Die Abmeldungen in Berlin stiegen bis 1997 auf ein Niveau von etwa 170 Prozent gegenüber dem Startjahr 1991, um sich dann auf ein Niveau um 150 Prozent einzupendeln. Demgegenüber unterschreiten die Anmeldungen den Startwert von 1991 deutlich und erreichen erst 2004 Werte größer als jene des Bezugsjahres. Auch die Veränderung der Differenz zwischen den beiden Indizes erlaubt keine Schlussfolgerung, außer jener einer relativ konstanten Entwicklung.

Die Darstellung der Messzahl der Gewerbean- und -abmeldungen für Brandenburg ist noch weniger auffällig: An- und Abmeldungen liegen im gesamten Zeitraum nahe dem 100%-Niveau des Startjahres. Die Anmeldungen weisen ähnlich wie Berlin durchgängig niedrigere Werte als die Abmeldungen auf. Die Differenz zwischen den beiden Merkmalen ist überwiegend kleiner als bei den Indizes für Berlin.

Zusammenfassend ist die Ähnlichkeit der Verläufe der Gewerbemeldungen zwischen beiden Ländern auffällig. Ein deutlicher Unterschied ist nur in der Größenordnung der Anzahl der Meldungen festzu-

stellen. Allein dadurch hebt sich die Metropole aus der Gleichförmigkeit heraus. Vermutlich ist die Zunahme der Gewerbeanmeldungen im Jahr 2004 auf die EU-Erweiterung zurückzuführen. In diesem Jahr haben vermehrt unternehmerische Menschen aus den neuen Mitgliedstaaten der EU in Berlin ein Gewerbe angemeldet. Für die Region haben die nachfolgenden Jahre mehr konsolidierende als krisenhafte Auswirkungen. Abschließend sei zur Relativierung der Interpretation des Meldegeschehens darauf hingewiesen, dass die Gewerbeanzeigenstatistik eine Sekundärstatistik ist, die sich aus dem Vollzug von gesetzlich definiertem Verwaltungshandeln ableitet. Der Datenausweis des Meldegeschehens kann damit auch den internen rechtlich-administrativen Bedingungen des Handelns der Gewerbeämter (Löschung von Amts wegen) unterliegen.

Betriebliche Gewerbemeldungen

Die Gewerbeanzeigenstatistik unterscheidet seit 2003 zwischen Meldungen des Kleingewerbes und der Betriebe. Das sogenannte Existenzgründergeschehen der An- und Abmeldungen von Betrieben findet starkes Interesse in der Öffentlichkeit. Gründungen von Betrieben werden definiert als Gründung einer Haupt-, Zweigniederlassung oder unselbstständigen Zweigstelle durch eine natürliche oder juristische Person, die entweder im Handels-, Vereins- oder Genossenschaftsregister eingetragen ist oder die Handwerkseigenschaft besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt. Auch bei den Gewerbemeldungen der Betriebe zeigt sich die unterschiedliche Durchschnittszahl der Meldungen, die beiden Länder heben sich deutlich voneinander ab.

Das Berliner Gründergeschehen (Abbildung 4) bewegt sich im Zeitraum seit 2004 in einem Korridor zwischen 1700 Abmeldungen als Minimum und 2 500 Anmeldungen als Maximum für die einzelnen Jahresquartale um das Niveau von 2 000 Meldungen je Quartal. Etwas niedriger liegt der Korridor der Gewerbemeldungen in Brandenburg mit einem Maximum von 1 920 Anmeldungen und einem Minimum von 1 020 Abmeldungen, im Durchschnitt bei 1 100 Meldungen. Gleichzeitig verringert sich auch die Differenz zwischen den Ausprägungen der beiden Merkmale. In Berlin ist eine geringe – in Brandenburg eine starke – Abnahme der Differenz feststellbar, d. h., die Annäherung der Anzahl der An- und der Abmeldungen ist in Brandenburg größer als in Berlin (Abbildung 5). Das betriebliche Gründungs-geschehen ist im Trend leicht abnehmend.

Gewerbeanzeigen in Berlin und Brandenburg nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Nachfolgend werden die Gewerbemeldungen in beiden Bundesländern innerhalb der Wirtschaftsbereiche der Klassifikation der Wirtschaftszweige vorgestellt. Ausgewiesen werden die Merkmalswerte bei dieser Betrachtung für die Jahre 1992, 1995, 2000, 2005 und 2009.

Hierbei ist zu beachten, dass bis 1995 eine Klassifizierung nach der Systematik der Wirtschaftszweige 1979, der WZ 1979, durchgeführt wurde, danach führte die Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 1993) beachtliche Änderungen in der Systematik ein, die im Jahr 2003 zusätzlich kleinere Anpassungen als WZ 2003 erhielt, um schließlich 2008 mit der NACE Rev 2.0², der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft wiederum eine umfassende und deutlich veränderte Zuordnung der wirtschaftlichen Tätigkeiten zu erhalten. Bis 2008 hatte zum Beispiel der Abschnitt „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ eine stabile Zuordnung, mit dem Nachteil, dass der Bereich „Information und Kommunikation“ (I&K) nicht differenziert genug in die Verschlüsselung einging. Mit der gegenwärtig rechtsgültigen Klassifikation erhält I&K einen eigenen Wirtschaftsabschnitt, wobei Logistik, Gütertransport und Personenverkehr im alten Abschnitt „Verkehr und Lagerei“ etwas feiner differenziert zurückgeblieben ist.

In den nachfolgenden Grafiken wurde versucht, diese Veränderungen zu berücksichtigen. Im Jahr 2009 zeigen sich unvermeidlich deutliche Veränderungen gegenüber den Vorjahren, die durch die Erneuerung der Wirtschaftszweigsystematik zu begründen sind.

Land- und Forstwirtschaft; Fischerei und Fischzucht

Diese beiden Wirtschaftsabschnitte wurden durch die WZ 2008 sehr verändert. Die Dienstleistungsunternehmen wie Gartenbau oder Landschaftsbau wurden in den Abschnitt N „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ oder Abschnitt M „Erbringung von freiberuflichen, wis-

senschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ verlagert. Eine Veränderung, die sich in Berlin deutlich bemerkbar macht. Wobei für diesen Wirtschaftsbereich keine Verpflichtung für eine Gewerbemeldung besteht.

Verarbeitendes Gewerbe

Wegen der Veränderungen durch die WZ-Umstellung, aber auch durch den unterschiedlichen Ausweis der Gewerbemeldungen in der Statistik von Berlin und Brandenburg in ihren jeweiligen Veröffentlichungen, ist eine vergleichende Darstellung erst ab dem Jahr 2000 möglich.

Vermindern sich die Berichtskreise der Statistiken des „Verarbeitenden Gewerbes“ schon durch den allgemeinen Strukturwandel, der sich auf diesen Wirt-

Abb. 5 Existenzgründergeschehen in Berlin und Brandenburg 2004 bis 2009 quartalsweise

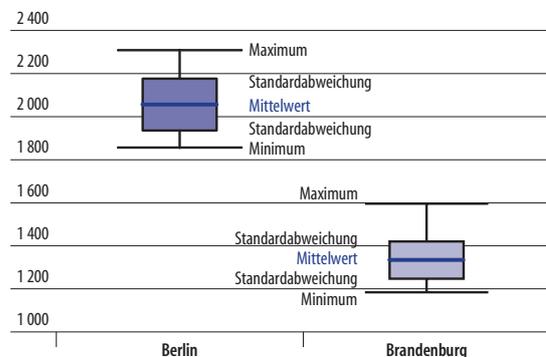


Abb. 6 Gewerbemeldungen in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht in Berlin 1992 bis 2009 und in Brandenburg 1995 bis 2009 (ausgewählte Jahre)

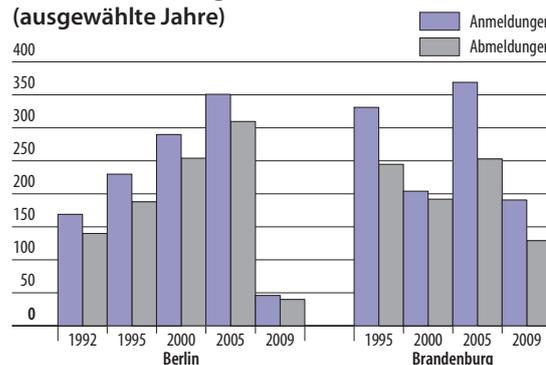
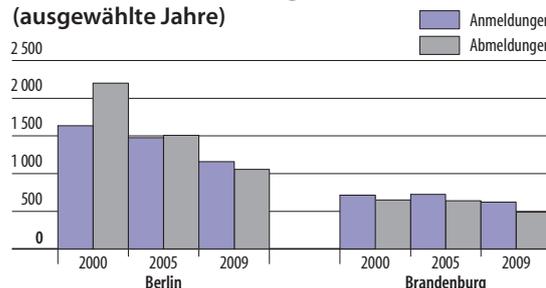


Abb. 7 Gewerbemeldungen im Verarbeitenden Gewerbe in Berlin und Brandenburg 2000 bis 2009 (ausgewählte Jahre)



²„Nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté européenne“

Gewerbemeldungen in Berlin und Brandenburg 1992 bis 2009 (ausgewählte Jahre) ...

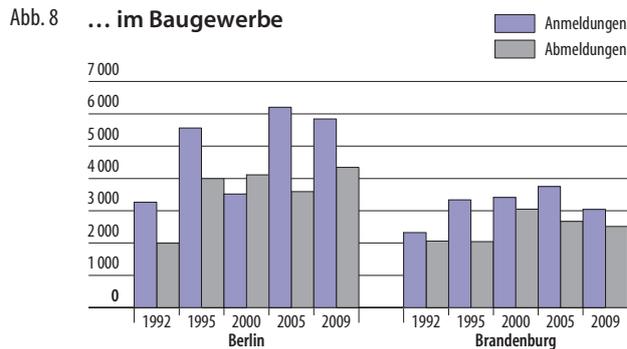


Abb. 9 ... im Handel, in der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern

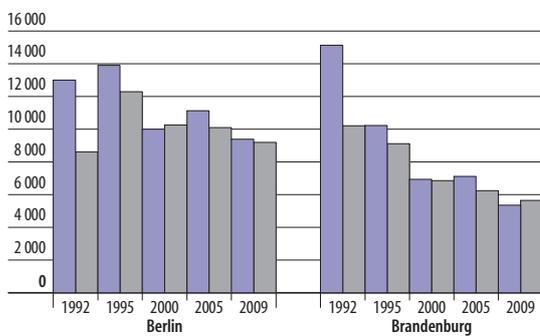
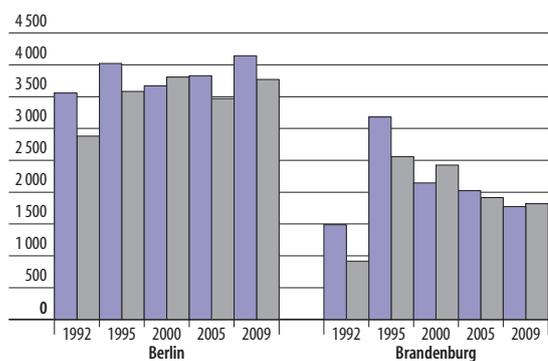


Abb. 10 ... im Gastgewerbe



schaftsbereich sowohl in der Metropole als auch im Umland bemerkbar macht, verlieren sie zusätzlich durch die Reform der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 die Wirtschaftseinheiten des Verlag- und Druckgewerbes und jene der Herstellung von Videos oder CDs usw. an den neu gebildeten Abschnitt J „Information und Kommunikation“. Auch die Abteilung „Recycling“ der WZ 2003 wird aus dem Abschnitt „Verarbeitendes Gewerbe“ in den neuen Abschnitt E „Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen“ der WZ 2008 verlagert.

Baugewerbe

Dieser Wirtschaftsbereich unterlag durch die Einführung der neuen WZ 2008 nur geringfügigen Veränderungen, hier ist die erforderliche Kontinuität für Zeitreihenvergleiche nicht gestört.

Das Baugewerbe als der Wirtschaftsbereich mit den meisten Handwerksunternehmen zeigt Unterschiede des Meldegeschehens zwischen Berlin und Brandenburg. Während in Berlin im betrachteten Zeitraum durchschnittlich 4 900 Anmeldungen zu verzeichnen waren, meldeten sich in Brandenburg durchschnittlich 3 200 Gewerbetreibende im Baugewerbe an. Ähnlich sehen auch die durchschnittlichen Vergleichswerte für die Abmeldungen aus: Berlin 3 600, Brandenburg 2 500 Abmeldungen. Auch in der Betrachtung der Entwicklung zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen den beiden Bundesländern: Während das Jahr 2000 in Berlin einen Einbruch bei den Anmeldungen verzeichnen musste, ist ein derartiges Ereignis in Brandenburg nicht feststellbar.

Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

Wie beim Baugewerbe ist auch dieser Wirtschaftsbereich durch die WZ-Umstellung kaum beeinflusst. Der Vergleich der Entwicklung in diesem Wirtschaftsbereich zwischen Berlin und Brandenburg zeigt, dass in Brandenburg die Gewerbemeldungen insgesamt (15 000 Anmeldungen im Jahr 1992 gegenüber nur noch knapp 6 000 Anmeldungen im Jahr 2009) stark abgenommen haben, wobei es im letzten Jahr gleichzeitig etwas mehr Ab- als Anmeldungen gab. Auch die Berliner Gewerbeanzeigen unterlagen diesem rezessiven Trend, aber nicht in dem gleichen Ausmaß wie in Brandenburg. Der Handel hat im betrachteten Zeitraum in der Gesamtregion einen deutlichen Rückgang, zumindest aus der Sicht der Gewerbeanzeigenstatistik, erleiden müssen.

Gastgewerbe

Wie beim Baugewerbe und Handel ist auch das Gastgewerbe kaum von den Neuerungen der WZ 2008 betroffen und eine Fortschreibung der Zeitreihenbetrachtung möglich. Für diesen Wirtschaftsbereich fallen beim Vergleich des Meldegeschehens ähnlich dem Bau die unterschiedlichen Größenordnungen für die beiden Bundesländer auf: Durchschnittlich meldeten sich im Gastgewerbe in Berlin 3 850 Gewerbetreibende an, während es in Brandenburg gut 2 100 Anmeldungen gab. 1995 war für Brandenburg das Jahr, in dem die meisten An- und Abmeldungen von den Gewerbeämtern verarbeitet wurden, in den Jahren danach nahm das Meldegeschehen in Brandenburg kontinuierlich ab. Auf der anderen Seite ist in Berlin die Entwicklung relativ konstant auf einem Niveau zwischen 3 600 und 4 100 Anmeldungen. Gemeinsam ist in beiden Bundesländern, dass das Jahr 2000 offensichtlich einen krisenhaften Charakter für diesen Wirtschaftssektor hatte, denn in beiden Ländern wurden mehr Ab- als Anmeldungen verzeichnet, wobei die Anmeldungsanzahl niedriger als im Vor- und in Berlin auch im Folgejahr lag. Zumindest aus der Sicht der Gewerbeanzeigenstatistik profitiert Brandenburg im Wirtschaftsbereich des Gastgewerbes nicht von der Anziehungskraft der Metropolregion.

Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Dieser Wirtschaftsabschnitt der Klassifikationen von 1979, 1995 und 2003 gibt die I&K-Unternehmen an den entsprechend benannten neuen Abschnitt der WZ 2008 ab. Mit „Verkehr und Lagerei“ kann dem Bereich „Logistik und Transport“ durch diese Verminderung zukünftig eine eindeutige Beobachtung und Bewertung zuwachsen. In beiden Bundesländern ist seit 1995 das Meldegeschehen sowohl bei den An- als auch bei den Abmeldungen rückläufig.

Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen

Für den von der WZ-Umstellung wenig betroffenen Wirtschaftsbereich zeigt sich in beiden Bundesländern ein Rückgang der Gewerbemeldungen, wobei die Brandenburger Entwicklung der Berliner (auf niedrigerem Niveau) anscheinend nachläuft: kontinuierliche Abnahme der Anmeldungen, 2009 deutlich mehr Abmeldungen als Anmeldungen.

Übrige Wirtschaftsbereiche (überwiegend Dienstleistungen)

In dieser Darstellung werden neben den Dienstleistungsbereichen noch die Abschnitte „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“, „Energieversorgung“ und „Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen“ zusammengefasst.

Der Wirtschaftssektor „Dienstleistungen“ hat im Rahmen der Revision der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 deutlichen Zuwachs durch die Umordnung aus den anderen Wirtschaftsabschnitten erhalten (vgl. Landwirtschaft und Verarbeitendes Gewerbe). Auch innerhalb des Dienstleistungssektors wurden neue Abschnitte gebildet, wie zum Beispiel „M – Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ oder die Verselbstständigung des „Grundstücks- und Wohnungswesens“ in einen eigenen Abschnitt L oder der Abschnitt R „Kunst, Unterhaltung und Erholung“.

Trotz dieser Veränderungen ist für beide Bundesländer erkennbar, dass das Jahr 2000 ein Krisenjahr war, für Brandenburg der Endpunkt einer Phase des Rückgangs der Gewerbemeldungen. Die Jahre danach sind durch Wachstum gekennzeichnet, zumindest für die hier ausgewiesenen Jahre. Beiden Bundesländern ist der deutliche Abstand zwischen An- und Abmeldungen gemeinsam.

Autor: Thomas Heymann

Gewerbemeldungen in Berlin 1992 bis 2009 und in Brandenburg 1995 bis 2009 (ausgewählte Jahre) ...

Abb. 11

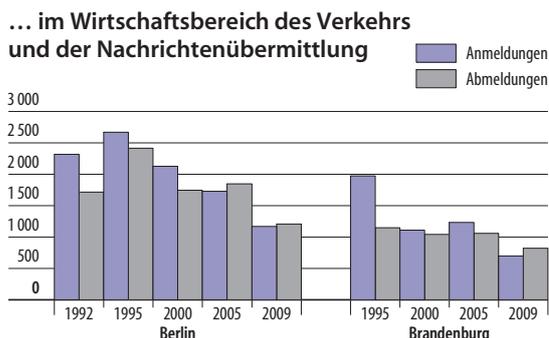


Abb. 12

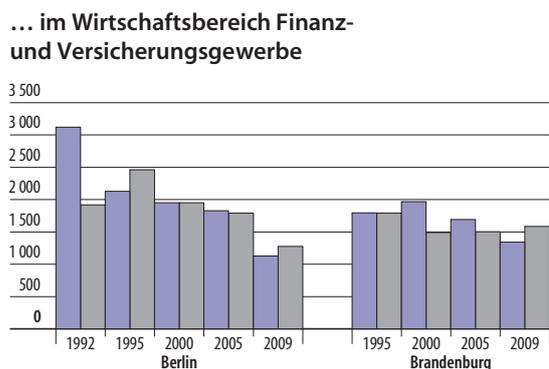
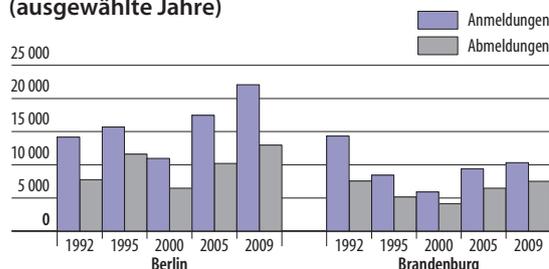


Abb. 13

Gewerbemeldungen im Wirtschaftsbereich Dienstleistungen und übrigen Wirtschaftsbereichen in Berlin und Brandenburg 1992 bis 2009 (ausgewählte Jahre)



1990–2010 **Berlin und Brandenburg****Preise**

Verbraucherpreise in Berlin und Brandenburg

Die Ergebnisse der Statistik der Verbraucherpreise zählen zu den bekanntesten und meist beachteten Ergebnissen der amtlichen Statistik. Mit der Verbraucherpreisstatistik wird der Verbraucherpreisindex ermittelt. Dieser Index zeigt monatlich die Preisentwicklung der Güter des privaten Konsums an und gilt insofern als Maßstab für die allgemeine Preisentwicklung. Er ist ein zentraler Wirtschaftsindikator und von elementarer Bedeutung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen. Er dient als Orientierungsmaßstab bei Tarifverhandlungen, bei der Festsetzung von Renten, Diäten, Sozialhilfesätzen und Unterhaltsleistungen oder in vertraglichen Vereinbarungen über die Höhe wiederkehrender Zahlungen sowie zur Preisbereinigung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

In Berlin und im Land Brandenburg werden dafür monatlich Preise für rd. 700 bundeseinheitlich festgelegte Waren und Dienstleistungen (Warenkorb) in einem repräsentativ ausgewählten möglichst gleich bleibenden Berichtskreis beobachtet. Mit wenigen Ausnahmen sind dafür geschulte Preiserheber verteilt über einen Zeitraum von jeweils drei Wochen in Berlin und in 15 repräsentativ ausgewählten brandenburgischen Gemeinden unterwegs. Ein Teil der monatlich etwa 14 000 Einzelpreise in Berlin und der ca. 25 000 Einzelpreise im Land Brandenburg, die die Grundlage des Verbraucherpreisindex bilden, werden auch telefonisch, schriftlich oder über das Internet erhoben. Hinzu kommen noch zentral durch das Statistische Bundesamt und ausgewählte Statistische Landesämter erhobene Preise. Dabei handelt es sich um Preise für Waren und Dienstleistungen, die i. d. R. einer bundeseinheitlichen Preisgestaltung unterliegen und keine regionalen Unterschiede aufweisen (z. B. Bahntarife, Versandhandelspreise, Tabakpreise oder Preise von Handelsketten wie C & A und H & M).

Erfasst werden in der Verbraucherpreisstatistik ausschließlich Verkaufspreise einschließlich der Mehrwert- und anderer Verbrauchssteuern (z. B. Mineralölsteuer, Tabaksteuer). Preisnachlässe, die allen Verbrauchern ohne spezielle Konditionen oder individuelle Verhandlungen gewährt werden, finden ebenso Berücksichtigung wie die verschiedenen Geschäftstypen des Einzelhandels (z. B. Warenhaus, Verbrauchermarkt, Supermarkt, Discounter, Fachmarkt, Fachgeschäft). Basierend auf der Verbrauchsbedeutung des jeweiligen Geschäftstyps gemessen an den Umsatzzahlen existiert je Bundesland für jede Erhebungsposition eine genaue Vorgabe, wie viele

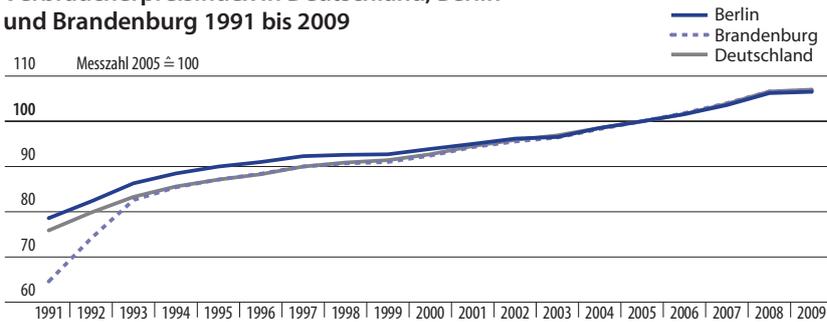
Preise je Geschäftstyp monatlich zu erheben sind. Besondere Aufmerksamkeit bei der Preiserhebung verlangen Mengen- und Qualitätsänderungen, da die Preisstatistik nur „reine“ Preisänderungen nachweisen soll. Geänderte Preise infolge einer besseren oder schlechteren Qualität oder einer veränderten Menge sollen mittels spezieller Berechnungsverfahren möglichst unberücksichtigt bleiben.

Die Preisänderungen der einzelnen Güter gehen entsprechend ihren Ausgabenanteilen am Gesamtbudget privater Haushalte für den privaten Konsum im Basisjahr in den Verbraucherpreisindex ein. Hierzu wird für das jeweilige Basisjahr auf der Grundlage der Ausgaben privater Haushalte eine – ab dem Basisjahr 2000 bundeseinheitliche – Verbrauchsstruktur (Wägungsschema) mit Wägungsanteilen (Gewichten) festgelegt. Bis zur Einführung eines neuen Basisjahres werden die Verbrauchsstrukturen konstant gehalten. Warenkorb und Wägungsschema bleiben daher für das jeweilige Preisbasisjahr unverändert und werden in der Regel in fünfjährigem Abstand aktualisiert.

Mit dem Aufbau der Verbraucherpreisstatistik in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost wurde bereits im Laufe des Jahres 1990 begonnen. Da die Ausgabenverhältnisse privater Haushalte im Beitrittsgebiet unmittelbar nach der Wiedervereinigung noch nicht denen im früheren Bundesgebiet entsprachen, wurde die Erhebung zwar nach den Vorgaben der Bundesstatistik (z. B. Berechnung von Indizes für drei spezielle Haushaltstypen), jedoch zunächst mit speziellem Warenkorb und abweichenden Gewichten (z. B. für Wohnungsmieten) durchgeführt. Für die ehemals geteilte Stadt Berlin wurden daher zunächst für den Ost- und Westteil der Stadt getrennte Indizes berechnet, die vor allem in den ersten Jahren starke Abweichungen bei den Veränderungsraten aufwiesen. Aus den getrennt berechneten Indizes wurden dann Gesamtberliner Indizes ermittelt.

Erst ein Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung mit der Umstellung auf das Basisjahr 2000 wurde ein bundeseinheitlicher Warenkorb und ein bundeseinheitliches Wägungsschema eingeführt, d. h. hatten sich die Ausgabenverhältnisse privater Haushalte im früheren und neuen Bundesgebiet weitestgehend angenähert, sodass dies möglich und vertretbar war. Gleichzeitig entfiel mit dieser Umstellung auch der bis dahin übliche Nachweis von Indizes für spezielle Haushaltstypen. Auch die Ausgabenverhältnisse der drei speziellen Haushaltstypen hatten sich inzwischen soweit angeglichen, dass ein getrennter Nachweis dafür ebenfalls nicht mehr erforderlich war und

Abb. 1 Verbraucherpreisindex in Deutschland, Berlin und Brandenburg 1991 bis 2009



nur noch ein Verbraucherpreisindex für alle privaten Haushalte berechnet wurde.

Die nachfolgend dargestellten Ergebnisse konzentrieren sich auf die Entwicklung der Verbraucherpreise in Berlin und im Land Brandenburg im Zeitraum 1991 bis 2009 auf der Preisbasis 2005 \pm 100, wobei auf fachliche und methodische Besonderheiten nicht weiter eingegangen wird.

Abweichung des Verbraucherpreisindex in Berlin und in Brandenburg vom Bundesdurchschnitt

Sowohl der Berliner als auch der brandenburgische Verbraucherpreisindex wich im betrachteten Zeitraum mehr oder weniger vom Bundesdurchschnitt ab. Während der Preisindex in Berlin bis 2005 fast durchweg über dem Index im Bundesgebiet insgesamt lag, bewegte sich der Index im Land Brandenburg bis 2005 in der Regel unter dem Bundesdurchschnitt bzw. auf gleicher Höhe mit diesem. Nach 2005 kam es dann kaum noch zu nennenswerten Abweichungen zwischen den landesspezifischen Indizes und dem Bundesindex, wobei der Verbraucherpreisindex im Land Brandenburg immer leicht über dem in Berlin lag.

2009 niedrigste Veränderungsrate seit der Wiedervereinigung

Von 1991 bis 2009 sind die Verbraucherpreise in Berlin um 35,5 % und im Land Brandenburg um 65,3 % gestiegen, wobei in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung besonders hohe jährliche Veränderungsrate kennzeichnend waren. Im Jahr 2009 war die weltweite Wirtschaftskrise bestimmend für die Verbraucherpreise. Diese lagen im Durchschnitt des Jahres 2009 kaum höher als im Vorjahr und damit deutlich unterhalb der für die Geldpolitik wichtigen Zwei-Prozent-Marke. In Berlin betrug die Entwicklung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr +0,3 % und im Land Brandenburg +0,2 %. Dies war zumindest im Land Brandenburg die niedrigste Veränderungsrate seit Beginn der Berechnung eines Verbraucherpreisindex im wieder vereinten Berlin und in den neuen Bundesländern. In Berlin wurde nur im Jahr 1999 eine noch niedrigere Jahresveränderung nachgewiesen und in den Jahren 1998 und 2003 lag diese hier ebenfalls bei +0,3 %. Neben Rückgängen bei den Nahrungsmittelpreisen war dies fast ausschließlich auf die teilweise dramatischen Einbrüche bei den Weltmarktpreisen für Energierohstoffe zurückzuführen.

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt traten bis 1993 insbesondere im Land Brandenburg erwartungsgemäß große Abweichungen zu den bundesdurchschnittlichen jährlichen Preisveränderungen auf. Wie auch in den anderen neuen Bundesländern schlugen sich die gravierenden Änderungen in der Preisgestaltung

im Land Brandenburg in den ersten Jahren in sehr hohen Veränderungsrate nieder. Im wieder vereinten Berlin lagen die Veränderungsrate durch die Berücksichtigung der Preisentwicklung im Westteil der Stadt in dieser Zeit zwar deutlich unter denen im Land Brandenburg, aber bis 1993 ebenfalls über denen im Bundesdurchschnitt.

Die hohen Veränderungsrate Anfang der 90er Jahre waren vor allem auf den Wegfall staatlicher Subventionen und in einer Vielzahl merklicher Preiserhöhungen in anderen Bereichen des privaten Konsums zurückzuführen. An erster Stelle stehen dabei die Wohnungsmieten, die auf der Basis 2005 \pm 100 in den Gesamtindex mit einem Gewicht von knapp 24 % eingehen und deren Veränderungsprozess sich schrittweise fast über ein Jahrzehnt hinzog. Aber auch für kommunale Gebühren wie für Wasser, Abwasser, Gas, Strom, Müllentsorgung, Verkehrstarife, Kindertagesstätten, Freizeit und Kulturdienstleistungen sowie für das Gesundheits- und Sozialwesen, Verpflegungs- und Beherbergungsdienstleistungen und Versicherungs- und Finanzdienstleistungen wurden in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung deutliche Preissteigerungen ermittelt. Auch für Post- und Kurierdienstleistungen, Telefon und Telefax musste zunächst wesentlich mehr ausgegeben werden, bevor dann ab etwa der Mitte der 90er Jahre

Tab.1 Durchschnittliche jährliche Veränderung des Verbraucherpreisindex in Deutschland, Berlin und Brandenburg 1992 bis 2009 in %

Jahr	Berlin	Brandenburg	Deutschland
1992	4,7	14,7	5,1
1993	4,9	11,5	4,4
1994	2,5	3,4	2,8
1995	1,7	2,0	1,8
1996	1,1	1,5	1,4
1997	1,4	1,8	1,9
1998	0,3	0,8	1,0
1999	0,1	0,3	0,6
2000	1,3	1,5	1,4
2001	1,2	2,1	1,9
2002	1,3	1,3	1,5
2003	0,3	0,9	1,0
2004	2,1	2,0	1,7
2005	1,5	1,7	1,5
2006	1,6	1,8	1,6
2007	2,0	2,2	2,3
2008	2,5	2,5	2,6
2009	0,3	0,2	0,4

Abb. 2 Verbraucherpreisindex für ausgewählte Abteilungen in Berlin 1991 bis 2009

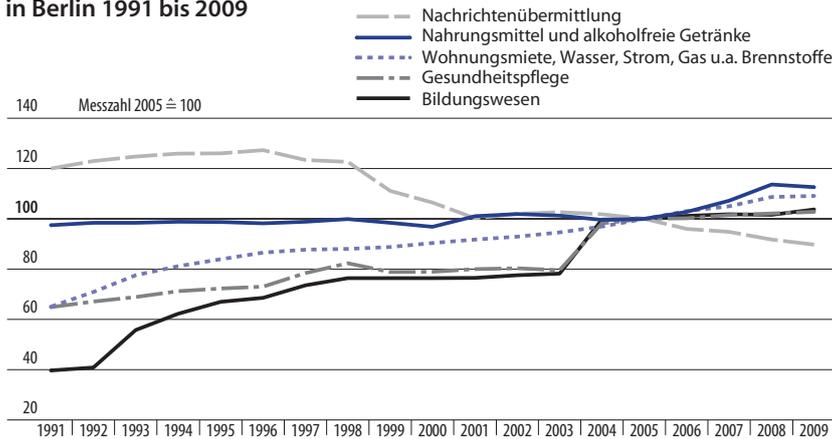
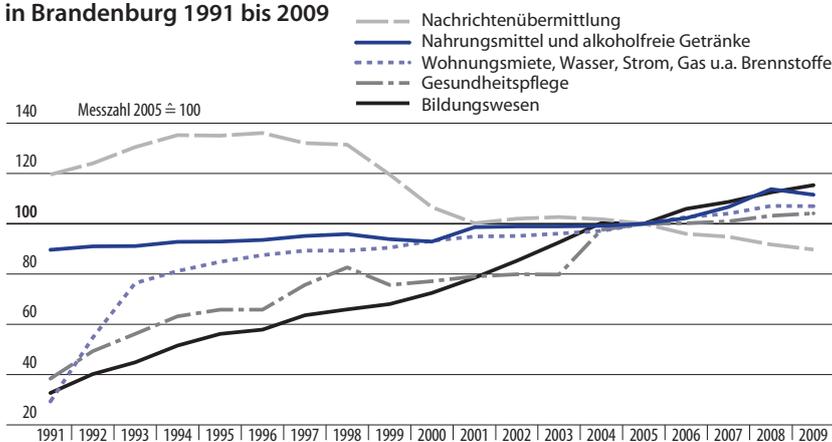


Abb. 3 Verbraucherpreisindex für ausgewählte Abteilungen in Brandenburg 1991 bis 2009



erste Preisreduzierungen insbesondere für den Bereich der Information und Kommunikation einsetzen. Lediglich für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke wurden in dieser Zeit sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg nur moderate Preisveränderungen festgestellt.

Von 1995 bzw. 1996 bis zum Jahr 2003 lagen die Preissteigerungen unter der Zwei-Prozent-Marke, wobei sich die Umstellung auf den Euro zu Beginn des Jahres 2001 im Land Brandenburg stärker auf die Preisentwicklung niederschlug als in Berlin. Während

und in Brandenburg 49,0%. Da die deutschen Verbraucher für Energie und Nahrungsmittel zusammen rund ein Fünftel ihrer gesamten Konsumausgaben aufwenden, gehen Preisveränderungen in diesen Güterbereichen mit einem hohen Gewicht in den Verbraucherpreisindex ein. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise hätte sich der Verbraucherpreisindex beispielsweise 2009 gegenüber 2008 in Berlin nicht um nur 0,3% und im Land Brandenburg nicht um nur 0,2% erhöht, sondern um 0,8% bzw. um 1,1%.

Von 2008 bis 2009 gingen zwar sowohl die Energie- als auch die Nahrungsmittelpreise zurück, allerdings fiel die Senkung der Energiepreise wesentlich stärker aus. Dies war insbesondere darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2009 im Jahresdurchschnitt ein deutlicher Rückgang des Rohölpreises zu beobachten war. Da sich die Preise vieler Energieprodukte am internationalen Rohölpreis orientieren, wirken sich deren Veränderungen (Tabelle 3) auf die Entwicklung der Energiepreise besonders aus. Auch die Preise für weitere wichtige Energierohstoffe wie Erdgas und Kohle sind 2009 gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken.

Mit dem Preisrückgang von -7,1% bzw. -4,9% im Jahr 2009 lagen die Verbraucherpreise für Energie in Berlin und im Land Brandenburg auch erstmals wieder unter denen des Vorjahres. In den letzten 10 Jahren waren sie dagegen Jahr für Jahr gestiegen – der moderate Preisrückgang im Land Brandenburg im Jahr 2002 einmal ausgenommen.

Tab. 2 Jährliche Veränderung des Verbraucherpreisindex für Nahrungsmittel und Energie in Berlin und Brandenburg 2000 bis 2009 in %

Jahr	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke		Energie	
	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg
2000	-1,5	-1,1	•	13,4
2001	4,3	6,2	4,9	6,6
2002	0,8	0,3	1,3	-0,2
2003	-0,6	-	2,1	4,3
2004	-1,7	0,2	3,4	4,1
2005	0,4	0,8	9,9	9,8
2006	2,8	2,3	8,5	9,1
2007	4,3	4,3	3,8	3,3
2008	6,1	6,7	8,3	9,8
2009	-1,0	-1,9	-7,1	-4,9

in Brandenburg 2001 eine jährliche Veränderung von +2,1% nachgewiesen wurde, waren es in Berlin nur +1,2%. Im Bundesgebiet insgesamt wurde für 2001 eine jährliche Veränderung von +1,9% ermittelt.

Energiepreise bestimmten zunehmend die Gesamtentwicklung

In den letzten Jahren wurde die Gesamtentwicklung der Verbraucherpreise neben den Nahrungsmittelpreisen zunehmend durch die Preisentwicklung für Energie (Strom, Gas, Heizöl, Fernwärme, Zentralheizung, feste Brennstoffe und Kraftstoffe) bestimmt. Während sich Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke in den letzten 10 Jahren in Berlin um 16,2% und im Land Brandenburg um 20,1% verteuerten, betrug die Erhöhung der Energiepreise in diesem Zeitraum in Berlin 39,7%

Innerhalb der Energiepreise wirkte sich insbesondere die Preisentwicklung für Mineralölprodukte (Heizöl und Kraftstoffe) auf die Veränderung der Verbraucherpreise insgesamt aus. Hier machte sich das Auf und Ab der Ölpreise besonders bemerkbar.

Fazit

Die Entwicklung der Verbraucherpreise zeigt auch in Berlin und im Land Brandenburg in 20 Jahren nach der Wiedervereinigung im Detail betrachtet bei vielen Gütern des privaten Konsums ein ständiges Auf und Ab in der Preislandschaft. Nicht alle der monatlich preisstatistisch beobachteten 700 Waren und Dienstleistungen werden stetig teurer. In einigen Bereichen sind auch verbraucherfreundliche Entwicklungen festzustellen. Da der Gesamtindex ein gewichteter Mittelwert ist, der die Gesamtentwicklung aller 700 Güter widerspiegelt, sieht die im Detail betrachtete Entwicklung durchaus anders aus. Wie die Entwicklung der Verbraucherpreise im Jahr 2009 zeigt, profitieren die Verbraucher in Zeiten der Wirtschaftskrise von der niedrigsten Preisentwicklung seit Beginn der Berechnung eines Verbraucherpreisindex für das wieder vereinte Berlin und das Land Brandenburg. Für das Jahr 2010 ist hingegen auch in Berlin und Brandenburg wieder ein spürbares Anziehen des Preisauftriebs zu erwarten. Dafür spricht die bisher von Januar bis August 2010 ermittelte durchschnittliche jährliche Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres von +1,2 % in Berlin und +0,8 % im Land Brandenburg.

Autorin: Elke Zimmer

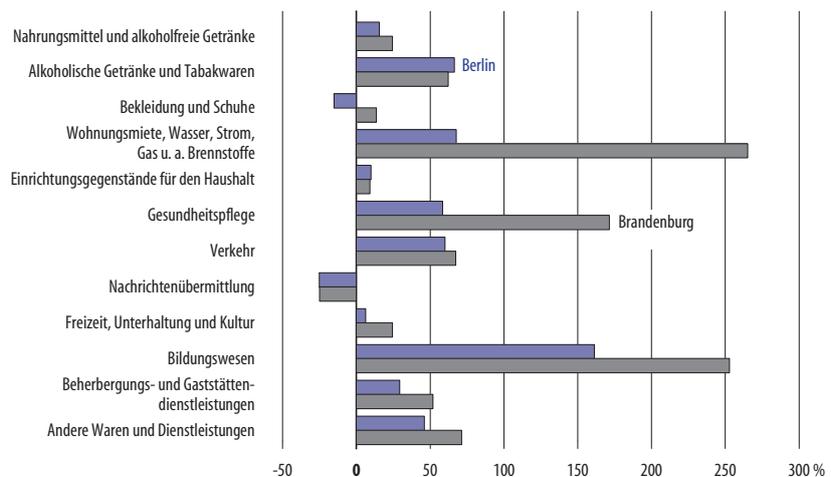
Tab.3 Veränderung des Verbrauchpreisindex gegenüber dem Vorjahr für ausgewählte Energieprodukte in Berlin und Brandenburg 2000 bis 2009 in %

Jahr	Heizöl		Kraftstoffe		Gas		Strom	
	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg
2000	•	57,7	•	19,7	10,4	16,0	-8,6	3,1
2001	•	-1,6	1,2	1,8	14,0	24,4	5,4	3,0
2002	•	-8,9	2,7	2,1	-10,6	-5,8	9,8	3,3
2003	•	4,5	2,8	4,4	6,2	5,6	-	5,8
2004	•	10,5	5,1	4,5	0,7	1,4	-	4,0
2005	•	28,5	8,6	8,7	9,3	9,8	5,3	4,0
2006	•	11,9	6,3	5,7	18,7	16,2	2,7	6,6
2007	-0,8	-0,5	3,6	3,7	2,0	3,3	7,4	4,1
2008	29,6	29,3	6,3	7,3	12,1	8,0	1,2	8,0
2009	-31,1	-24,3	-9,7	-11,3	-4,3	-2,9	-	6,6

Tab.4 Veränderung des Verbrauchpreisindex gegenüber dem Vorjahr mit und ohne Einbeziehung der Mineralölprodukte (Heizöl und Kraftstoffe) in Berlin und Brandenburg 2000 bis 2009 in %

Jahr	Veränderung des Verbraucherpreisindex			
	mit Mineralölprodukten		ohne Mineralölprodukten	
	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg
2000	1,3	1,5	•	0,7
2001	1,2	2,1	1,3	2,3
2002	1,3	1,3	1,3	1,2
2003	0,3	0,9	0,2	0,9
2004	2,1	2,0	1,9	1,8
2005	1,5	1,7	1,1	1,3
2006	1,6	1,8	1,3	1,6
2007	2,0	2,2	2,0	2,1
2008	2,5	2,5	2,1	2,1
2009	0,3	0,2	1,0	0,8

Abb.4 Veränderung des Verbraucherpreisindex in Berlin und Brandenburg 2009 gegenüber 1991 nach Abteilungen



1990–2010 **Berlin und Brandenburg****Preise**

Baupreise in Berlin und Brandenburg

Mit der Statistik der Baupreise werden Preisindizes für Bauwerke ermittelt, die die Entwicklung der Preise für den Neubau ausgewählter Bauwerksarten (Wohn-, Büro- gewerbliche Betriebsgebäude) und die Instandhaltung (von Mehrfamiliengebäuden) widerspiegeln. Diese Indizes dienen zum einen der Konjunkturbeobachtung im Baugewerbe. Zum anderen werden Baupreisindizes häufig auch bei der Schätzung aktueller oder historischer Verkehrswerte bzw. Anschaffungs-/Wiederbeschaffungswerte sowie zur Anpassung vertraglich vereinbarter Zahlungen genutzt (Wertsicherungsklauseln). Außerdem werden sie zur Deflationierung anderer wirtschaftlicher Größen wie z. B. der Auftragseingänge und -bestände im Baugewerbe verwendet.

In Berlin und im Land Brandenburg werden dafür Preise für zurzeit 190 bundeseinheitlich festgelegte Bauleistungen in repräsentativ ausgewählten Unternehmen mit Sitz in Berlin und im Land Brandenburg, die regelmäßig diese Bauleistungen als Auftragnehmer ausführen, beobachtet. Die vierteljährlich für die Monate Februar, Mai, August und November rund 1 200 Einzelpreise in Berlin und rund 1 400 Einzelpreise im Land Brandenburg werden schriftlich in Berlin bei rund 300 Unternehmen und in Brandenburg bei rund 350 Unternehmen erhoben. Hinzu kommen noch einige zentral durch das Statistische Bundesamt erhobene Preise.

Erfasst werden in der Baupreisstatistik Preise für die Ausführung ausgewählter, fest umrissener Bauleistungen, die aus Vertragsabschlüssen zwischen Bauherren und Bauunternehmen stammen (ohne Umsatzsteuer), d. h. keine sich möglicherweise noch ändernden Angebotspreise. Die Beschreibungen der zu befragenden Bauleistungen erfolgen in Anlehnung an das Standardleistungsbuch für das Bauwesen (StLB-Bau) bzw. an den Standardleistungskatalog für den Straßen- und Brückenbau (STLK). Sie umfassen den Herstellungsvorgang und -ablauf bis zur fertigen Leistung, unter Zugrundelegung der anerkannten Regeln der Technik und der gesetzlichen und behördlichen Vorschriften.

Die Preisänderungen für die Ausführung der einzelnen Bauleistungen gehen entsprechend ihrer Bedeutung (Gewicht) für den Neubau der jeweiligen Bauwerksart in Basisjahr in den Index ein. Diese aus dem Baugeschehen des Basisjahres abgeleiteten Gewichte (Wägungsanteile) werden in bauwerkspezifi-

schen Wägungsschemata festgelegt und bleiben bis zur Umstellung auf ein neues Basisjahr unverändert. Aus den Indexwerten der vier Erhebungsmonate werden Jahresdurchschnitte ermittelt.

Baupreisindizes für das wieder vereinte Berlin und das Land Brandenburg stehen seit 1991 zur Verfügung. Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf den Zeitraum 1991 bis 2009 auf der Preisbasis 2005 \triangleq 100, wobei auch hierbei auf fachliche und methodische Besonderheiten nicht weiter eingegangen wird.

Baupreisindizes Anfang der 90er Jahre kontinuierlich gestiegen

Von 1991 bis 2009 sind die Preise für den Neubau von Wohngebäuden – Bauleistungen am Bauwerk – in Berlin um 25,0 % und im Land Brandenburg um 58,1 % gestiegen. Etwas höher fiel in Berlin der Preisanstieg für Bürogebäude und gewerbliche Betriebsgebäude mit +29,8 % bzw. +33,0 % aus. Deutlich darüber hinaus haben sich die Preise für Instandhaltungsarbeiten für Mehrfamiliengebäude ohne Schönheitsreparaturen (+35,4 %) erhöht. Die Preise für Schönheitsreparaturen in einer Wohnung sind in Berlin im Beobachtungszeitraum mit +21,8 % dagegen nicht so stark gestiegen.

Im Land Brandenburg lag auch die Veränderung der Bauleistungspreise für Nichtwohngebäude und Instandhaltung wie beim Neubau von Wohngebäuden wesentlich höher als in Berlin. So verteuerte sich der Neubau von Bürogebäuden im Jahr 2009 gegenüber 1991 um 64,9 % und der für gewerbliche Betriebsgebäude um 65,5 %. Während die Instandhaltung für Mehrfamiliengebäude ohne Schönheitsreparaturen mit +76,2 % noch teurer wurde, waren 2009 für Schönheitsreparaturen in einer Wohnung 37,1 % mehr als 1991 zu zahlen (Abbildungen 1 und 2).

Der Bau von Straßen war 2009 im Vergleich zu 1991 in Berlin sogar um 10,1 % günstiger. Im Land Brandenburg dagegen erhöhten sich auch hier die Preise um 25,7 %. Etwas weniger stark wie für Wohn- und Nichtwohngebäude sind sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg die Preise für Brücken im Straßenbau gestiegen (Berlin: +20,5 %; Brandenburg: +42,0 %). Der Bau von Ortskanälen wurde von 1991 bis 2009 in Berlin um 5,0 % und in Brandenburg um 26,6 % teurer.

Abb. 1 Baupreisindex für ausgewählte Bauwerksarten in Berlin 1991 bis 2009

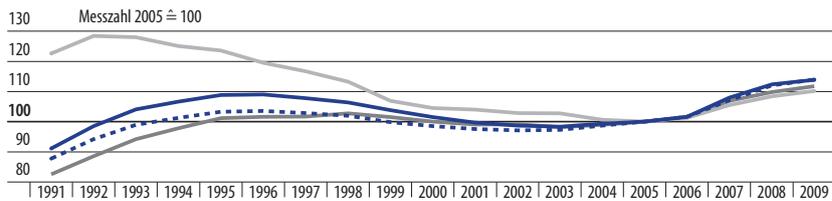


Abb. 2 Baupreisindex für ausgewählte Bauwerksarten in Brandenburg 1991 bis 2009

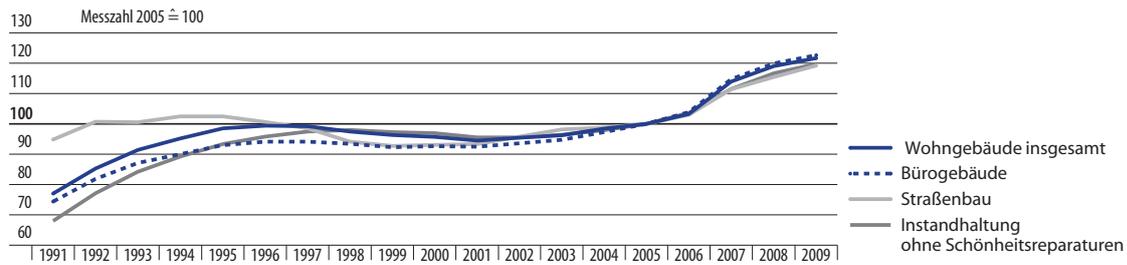
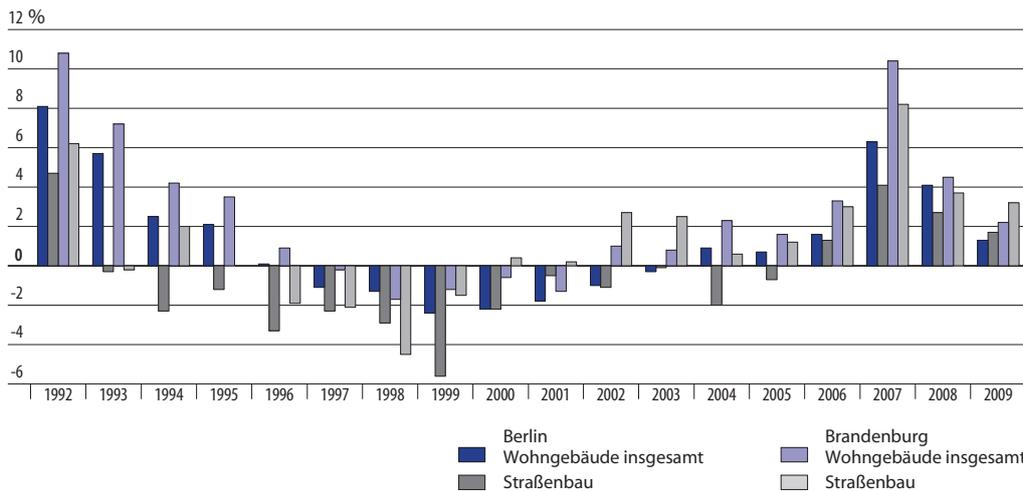


Abb. 3 Veränderung der Baupreisindizes für Wohngebäude und Straßenbau gegenüber dem Vorjahr in Berlin und Brandenburg 1992 bis 2009



**Hohe Veränderungsrate
nach der Wiedervereinigung gingen
von Jahr zu Jahr zurück**

Bis 1996 sind die Bauleistungspreise für Wohn- und Nichtwohngebäude sowie für Instandhaltung sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg kontinuierlich gestiegen, wobei aber das in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung hohe Niveau der jährlichen Veränderung von Jahr zu Jahr sank. Ab 1998 kam es dann bei diesen Bauwerksarten über mehrere Jahre zu einem Rückgang der Preise gegenüber dem jeweiligen Vorjahr. Bei den sonstigen Bauwerken setzte der Preisverfall sogar schon früher ein. So wurden für den Straßenbau bereits 1993 erste Preisrückgänge gegenüber dem vergleichbaren Vorjahr festgestellt.

Der nächste größere Preisauftrieb bei den Bauleistungspreisen war 2004 zu verzeichnen. Von da

an stiegen die Bauleistungspreise bei nahezu allen Bauwerksarten in Berlin und im Land Brandenburg wieder stetig. Auch das Niveau der jährlichen Veränderung erhöhte sich von Jahr zu Jahr und erreichte 2007, in erster Linie aber zurückzuführen auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 % auf 19 %, wieder einen vorläufigen Höhepunkt. Ab 2008 schwächte sich der Preisauftrieb dann wieder deutlich ab, lag aber zumindest im Land Brandenburg im Jahr 2009, dem Jahr der weltweiten Wirtschaftskrise, mit fast durchweg jährlichen Veränderungsrate von über 2 % noch immer über diesem für die Geldpolitik wichtigen Schwellenwert. In Berlin bewegten sich die Veränderungsrate für die Baupreisindizes 2009 in der Mehrzahl kurz unter der Zwei-Prozent-Marke. Hier war die Wirtschaftskrise noch bestimmender für die Entwicklung der Bauleistungspreise als im Land Brandenburg (Abbildung 3).

Tab.1 Preisindex für Roh- und Ausbaurbeiten in Berlin und Brandenburg 2000 bis 2009 (2005 = 100)

Jahr	Rohbauarbeiten		Ausbauarbeiten	
	Index	Veränderung zum Vorjahr in %	Index	Veränderung zum Vorjahr in %
Berlin				
2000 ...	102,8	x	99,9	x
2001 ...	100,3	-2,4	99,2	-0,7
2002 ...	98,7	-1,6	98,8	-0,4
2003 ...	98,4	-0,3	98,4	-0,4
2004 ...	99,6	1,2	99,0	0,6
2005 ...	100,0	0,4	100,0	1,0
2006 ...	102,3	2,3	101,0	1,0
2007 ...	109,2	6,7	107,0	5,9
2008 ...	113,7	4,1	111,2	3,9
2009 ...	114,5	0,7	113,4	2,0
Brandenburg				
2000 ...	99,1	x	92,6	x
2001 ...	96,3	-2,8	92,7	0,1
2002 ...	97,2	0,9	93,7	1,1
2003 ...	97,4	0,2	95,0	1,4
2004 ...	99,3	2,0	97,3	2,4
2005 ...	100,0	0,7	100,0	2,8
2006 ...	104,6	4,6	102,2	2,2
2007 ...	117,1	12,0	111,4	9,0
2008 ...	121,9	4,1	116,7	4,8
2009 ...	124,6	2,2	119,4	2,2

Preisentwicklung für den Roh- und Ausbau verlief ähnlich wie für Bauwerksarten

Betrachtet man die Entwicklung der Baupreise nach den Leistungsarten Roh- und Ausbauarbeiten, zeigt sich sowohl für den Roh- als auch den Ausbau ein ähnliches Bild wie für die Preisentwicklung nach Bauwerksarten. Allerdings entwickelten sich die Leistungsarten insbesondere in den letzten 10 Jahren unterschiedlich stark. So gab es in dieser Zeit sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg Jahre, in denen die jährliche Preisveränderung für Rohbauarbeiten über der für Ausbauarbeiten lag und andererseits auch Jahre, in denen es genau umgekehrt war. Dagegen gab es kaum ein Jahr, in dem die Preisentwicklung auf annähernd gleichem Niveau verlief.

Fazit

Die Entwicklung der Bauleistungspreise war seit Beginn der Berechnung von Baupreisindizes für das wieder vereinte Berlin und das Land Brandenburg durch längere Phasen des Preisauftriebs und durch Phasen der Preisabschwächung, die zeitweilig auch durch kontinuierliche Preisrückgänge geprägt waren, gekennzeichnet. Im Jahr 2009 spiegelten sich die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auch in der Entwicklung der Bauleistungspreise wider. Während die Veränderungsrate in Berlin 2009 unter die Zwei-Prozent-Marke auf +1,3 % sank, lag sie im Land Brandenburg immerhin noch bei +2,2 %. Für das Jahr 2010 ist sowohl in Berlin als auch in Brandenburg mit einer weiteren Erhöhung der Bauleistungspreise gegenüber dem Jahr 2009 zu rechnen. Sie wird in etwa auf dem Niveau von 2009 oder leicht darüber liegen. Immerhin betrug die Veränderungsrate im Durchschnitt der bisherigen Berichtsmonate Februar, Mai und August 2010 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in Berlin +1,4 % und in Brandenburg +1,7 %.

Autorin: Elke Zimmer

1990 – 2010 **Berlin und Brandenburg**

Insolvenzen

Insolvenzordnung, Insolvenz- und Überschuldungsstatistik

Aufgabe der Insolvenzstatistik ist es, über die Situation von zahlungsunfähigen Schuldnern, deren Fälle vor Gericht anhängig werden, zu berichten und die volkswirtschaftlichen Auswirkungen zu beschreiben. Darüber hinaus wird die Insolvenzstatistik dazu herangezogen, die Effizienz der Verfahren auf der Grundlage des Insolvenzrechts zu bewerten.

Die Insolvenzstatistik liefert monatliche Informationen über die Zahl der Insolvenzen von Unternehmen, Verbrauchern, ehemals selbstständig Tätigen und anderen natürlichen Personen (wie z.B. Gesellschafter größerer Unternehmen) sowie über die Höhe der angemeldeten voraussichtlichen Forderungen. Bei der Insolvenz eines Unternehmens wird zusätzlich der Eröffnungsgrund, der Wirtschaftszweig, die Rechtsform, das Gründungsjahr, die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer sowie die Anordnung von Eigenverwaltung erfragt. Darüber hinaus wird zwei Jahre nach dem Eröffnungsjahr bei allen laufenden Insolvenzverfahren untersucht, in welcher Weise möglicherweise ein Verfahren zu Ende geführt und welches finanzielle Ergebnis erzielt werden konnte. Die Insolvenzordnung¹ kennt zwei Verfahren der Entschuldung: Regelinsolvenzverfahren werden für Unternehmen und ehemals selbstständig Tätige mit 20 und mehr Gläubigern angewandt, während für die übrigen Schuldner ein vereinfachtes Verfahren zu Geltung kommt. Die wichtigsten und größten Schuldnergruppen sind Unternehmen, ehemals Selbstständige und private Haushalte (bekannt als Verbraucherinsolvenzen). Mit der Einführung der Insolvenzordnung 1999 erhielten natürliche Personen mit dem vereinfachten Insolvenzverfahren die Möglichkeit, innerhalb von sieben Jahren aus der Schuldenfalle herauszukommen. Ab dem 1. Dezember 2001 verkürzte sich die Wohlverhaltensphase auf sechs Jahre. Es dauerte einige Jahre nach der Einführung der Insolvenzordnung, bis sich Verbraucherinsolvenzverfahren in der Statistik auffällig bemerkbar machten. Bereits während der Einführungszeit wurde von Justizverwaltungen, Verbänden und Verbraucherorganisationen große Hoffnung in die Insolvenzstatistik gesetzt. Es wurde erwartet, eine neue Informationsquelle über die Unternehmens-, ganz besonders über die Verbraucherinsolvenzen, zur Verfügung gestellt zu bekommen. Ein Grund für die langsame Zunahme der Anzahl von einfachen

Insolvenzverfahren liegt wahrscheinlich darin, dass der „verschuldete Verbraucher“ vor dem Gang zum Gericht in der Regel zuerst eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchen musste.

Diese nicht öffentlich organisierten Institutionen sollen alle Mittel und Wege der Entschuldung prüfen und anwenden. Die Verbraucherinsolvenz ist dabei nur eine Möglichkeit der Entschuldung. Gegenwärtig wird auf freiwilliger Basis eine beobachtende Statistik der Schuldnerberatungsstellen („Überschuldungsstatistik privater Haushalte“) bundesweit auf ihre Interpretier- und Anwendbarkeit geprüft. Die Erkenntnisse über den Prozess der Verschuldung und damit über die wirtschaftlich-finanziellen Verhältnisse von Schuldnern und ihren Gläubigern bieten eine bessere Erklärungsgrundlage als die Insolvenzstatistik, die sich letztlich auf Aussagen über Erfolg oder Misserfolg der Insolvenzverfahren beschränkt.

In Berlin und Brandenburg

Wie die Abbildungen 1a und 1b zeigen, bilden – von der Anzahl der Verfahrensanträge her gesehen – die Verbraucher ab 2004 in Brandenburg und ab 2005 in Berlin die größte Schuldnergruppe. Von der Größenordnung der Gläubigerforderungen her gesehen, wiegen die Unternehmensinsolvenzen am schwersten, zumal deren Insolvenz häufig den Verlust des Arbeitsplatzes für Arbeiter und Angestellte bedeutet.

Gegenwärtig wird eine Novellierung der Insolvenzstatistik vorbereitet, die den Berichtsweg erweitern soll: Die Insolvenzverwalter von verschuldeten Unternehmen liefern der Statistik indirekt über den zuständigen Insolvenzrichter Angaben über die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger.

Auf der Grundlage des erweiterten Gesetzes liefern die Insolvenzverwalter zusätzlich Angaben über die tatsächlichen Ergebnisse der Entschuldung und Befriedigung der Gläubiger direkt der amtlichen Statistik. Damit kann dieser wichtige Aspekt der volkswirtschaftlichen Auswirkung einer Insolvenz, der bisher nicht im erforderlichen Umfang bei der statistischen Beobachtung zum Tragen kam, verstärkt dokumentiert und interpretiert werden.

Die prozentuale Darstellung der Veränderungen der Anzahl der Insolvenzverfahren nach Schuldnergruppen gegenüber dem Vorjahr lässt die Bedeutung der Einführung der Unterscheidung von Verbrauchern und ehemals selbstständig Tätigen deutlich werden. Besonders in Berlin, aber auch in Brandenburg, ist die Einführungsphase von 1999 bis 2002 klar zu erkennen.

¹ „Insolvenzordnung“ vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch Artikel 8 Abs. 7 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2355).

Abb. 1a Insolvenzverfahren nach Schuldnergruppen in Berlin 1990 bis 2009

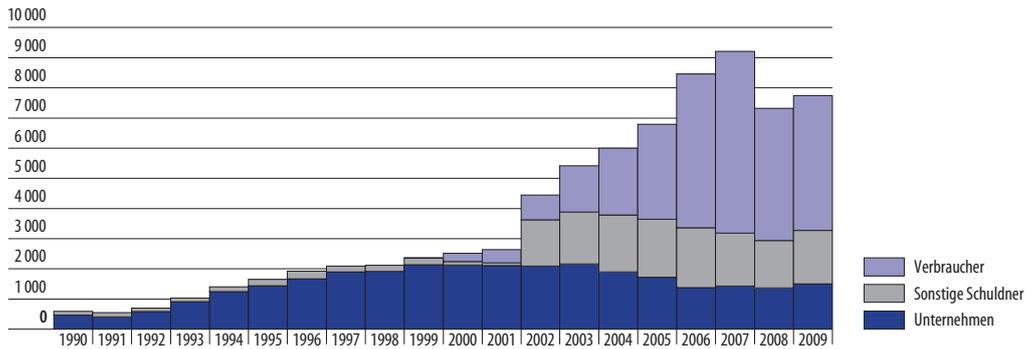


Abb. 1b Insolvenzverfahren nach Schuldnergruppen in Brandenburg 1992 bis 2009

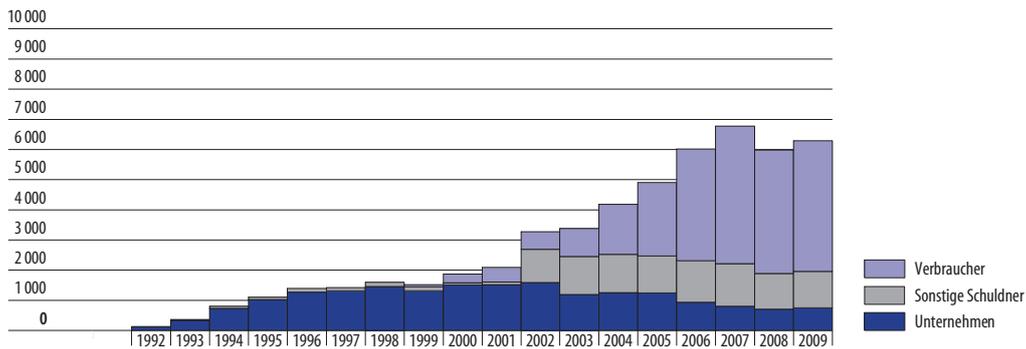


Abb. 2a Insolvenzverfahren in Berlin 1990 bis 2009

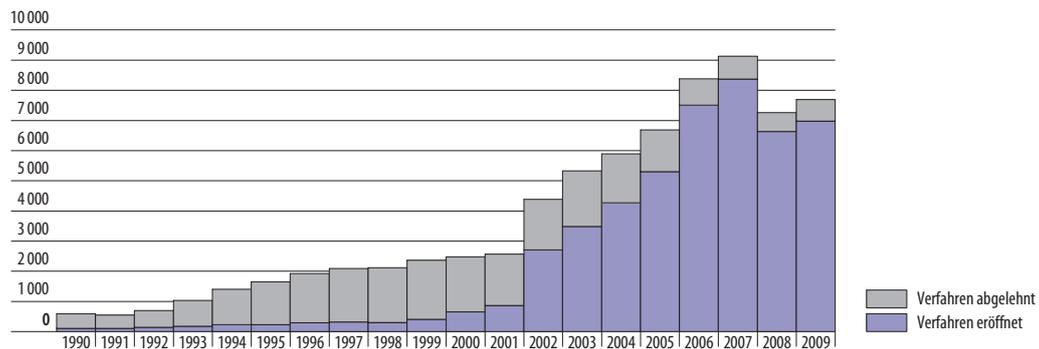
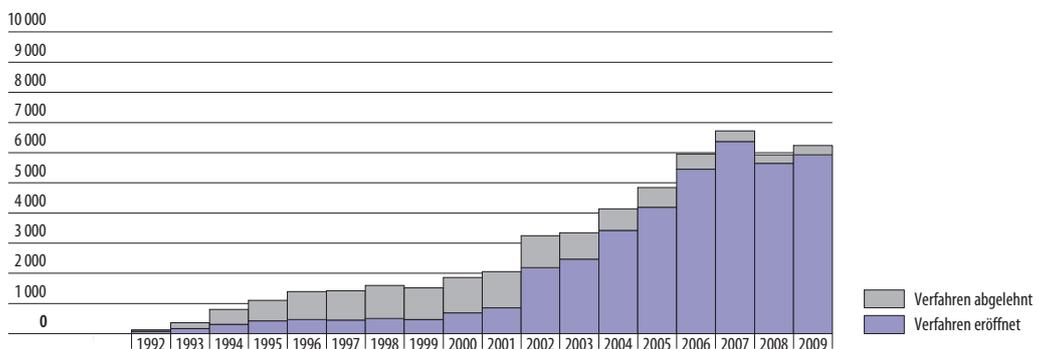


Abb. 2b Insolvenzverfahren in Brandenburg 1992 bis 2009



Ziel der Insolvenzordnung ist, durch die Eröffnung eines Regelinsolvenzverfahrens den volkswirtschaftlichen Schaden gering zu halten und die Gläubiger möglichst zu befriedigen. Die Zielerreichung lässt sich auch an der Entwicklung der Anzahl der mangels Masse abgelehnten Anträge bzw. der nicht eröffneten Verfahren erkennen: Bis 2009 nahm deren An-

zahl von Jahr zu Jahr ab. Je mehr Verfahren eröffnet werden können, desto größer die Chance, einen für den Schuldner gangbaren Weg der Befriedigung der Gläubigerforderungen zu finden.

Positiv fällt weiterhin die Abnahme der Anzahl der Anträge auf Verfahrenseröffnung insgesamt in den letzten zwei Jahren (Abbildungen 2 a/b) auf.

Abb. 3 Unternehmensinsolvenzen in Berlin und Brandenburg 1992 bis 2009

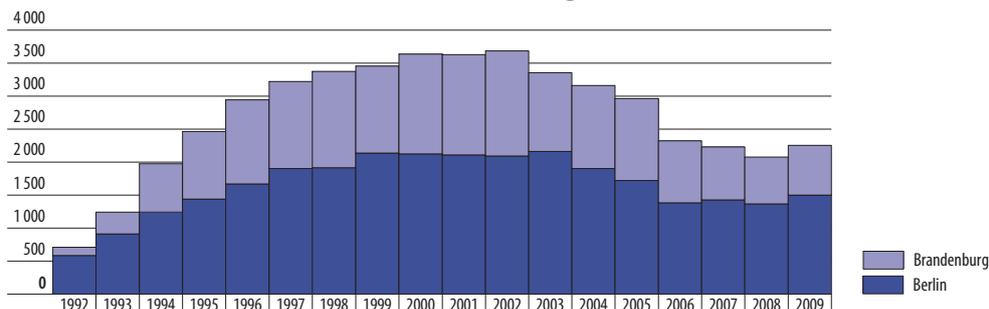
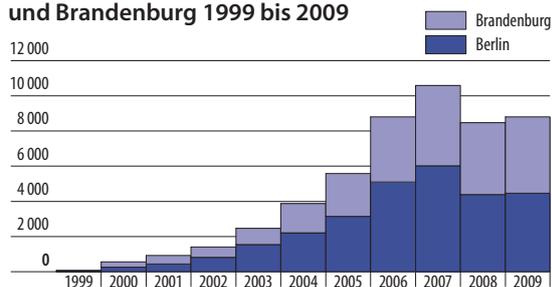


Abb. 4 Verbraucherinsolvenzen in Berlin und Brandenburg 1999 bis 2009



Die Unternehmensinsolvenzen (Abbildung 3) haben seit 1992 in Berlin und Brandenburg kontinuierlich zugenommen und erreichten 2000 zusammen ein Niveau von knapp über 3 600 Verfahren. In den folgenden Jahren bis 2004 gab es nur geringe Veränderungen. Danach ist eine jährliche Verringerung der Anzahl der Unternehmensinsolvenzen feststellbar. Nur das Krisenjahr 2009 fällt durch eine Vermehrung der Verfahrenszahl auf (in der Region 2 250 Anträge, knapp 180 mehr als im Vorjahr). Dennoch, gegenüber 2002, dem Jahr mit dem Höchststand an Anträgen von Unternehmen in der Krise, hat sich 2009 die Anzahl der Verfahrensanträge um 40 % verringert.

Die Verfahrensfälle der Verbraucher (Abbildung 4) nahmen seit 1999 in der Region langsam und stetig zu, verblieben aber bis 2002 unter der Marke von 2 000 Vorgängen. In den folgenden Jahren nahmen die jährlichen Zuwachsraten bis 2006 zu. Der höchste Stand an Verbraucherinsolvenzen war schließlich sowohl in Berlin als auch in Brandenburg im Jahr 2007 mit insgesamt 10 600 Anträgen erreicht. Wobei für Berlin 2006 und 2007 die deutlich größeren Zuwachsraten als in Brandenburg festzustellen sind. Im Folgejahr nahm in Brandenburg die Antragsanzahl gegenüber 2007 ab, blieb aber oberhalb des Wertes von 2006.

Verbraucherinsolvenzen in Berlin und Brandenburg
absolute Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

Jahr	Anzahl
1999	x
2000	474
2001	365
2002	484
2003	1 056
2004	1 408
2005	1 704
2006	3 228
2007	1 782
2008	-2110
2009	322

Auch in Berlin lag die Anzahl der Verfahrensanträge deutlich unter dem Wert von 2007, sogar unterhalb des Wertes von 2006. In beiden Bundesländern wurden in den letzten beiden Jahren rund 4 000 Verfahrensanträge für Verbraucherinsolvenzen verzeichnet. Möglicherweise ist damit ein Durchschnittsmaß der jährlich auftretenden Verschuldungen privater Haushalte erkennbar.

Neben der Zunahme der Anzahl der Verbraucherinsolvenzen bewirkte die Einführung der Schuldnergruppe der „ehemals selbstständig Tätigen“ (Abbildung 5), als die drittgrößte Schuldnergruppe, die Zunahme der Insolvenzverfahren insgesamt. Diesem Schuldnerkreis wird die Möglichkeit des Abbaus von Schulden aus der Zeit ihrer gewerblichen Tätigkeit eröffnet.

Die Insolvenzordnung schreibt vor, die Verfahren für ehemals selbstständig Tätige bei einer nicht überschaubaren Verschuldungssituation als Regelinsolvenzverfahren oder bei einer Verschuldung mit weniger als 20 Gläubigern als vereinfachtes Verfahren zu behandeln.

Die Abbildung 5 zeigt die monatliche Entwicklung der Insolvenzverfahren insgesamt seit 2004 in der Region Berlin und Brandenburg, unterschieden in die vier Schuldnergruppen Unternehmen, Verbraucher, sonstige Schuldner und ehemals selbstständig Tätige. Zu Beginn dieser Zeitreihe hatten bis auf die sonstige Schuldner (Nachlassinsolvenzen und natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä.) alle Schuldnergruppen in etwa den gleichen Anteil an den Verfahren insgesamt. Dieses gleichrangige Verhältnis veränderte sich langsam: Im Januar 2007 schließlich wurden 60 % aller Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens von natürlichen Personen im Rahmen der Verschuldung ihrer privaten Haushalte angemeldet, Unternehmen stellten zu 16 % einen Antrag auf Eröffnung eines Regelinsolvenzverfahrens. Die ehemals Selbstständigen meldeten mit rund 20 % aller Anträge ähnlich häufig wie in den Vorjahren und -monaten. Dieses Verhältnis der drei Hauptschuldnergruppen an den Verfahrensanträgen insgesamt blieb bis 2009 mit kleinen Schwankungen erhalten. Wobei die Verbraucherinsolvenzen den Wert vom Januar 2007 (1 108 Anträge) nicht mehr erreichten.

Die Insolvenzverfahren insgesamt nahmen (in Berlin 1990 \pm 100 und Brandenburg 1992 \pm 100) konstant zu (Abbildungen 6 a/b). Wobei für Berlin das Jahr 2000 und für Brandenburg das Jahr 2002 einen Wendepunkt der Entwicklung der Verfahrensabläufe darstellt. Ab diesen Zeitpunkten gibt es weniger Antragsablehnungen mangels Masse als Verfahrenseröffnungen. Seitdem ist das Verhältnis abnehmend. Zumindest der volkswirtschaftliche Schaden, der durch eine Verfahrensablehnung entsteht (keine Möglichkeit, die Forderungen der Gläubiger zu befriedigen), nimmt seitdem ab.

Offen und damit noch nicht veröffentlicht ist die Ermittlung der tatsächlichen Ergebnisse der Ent-

Abb. 5 Insolvenzen in der Region Berlin-Brandenburg 2004 bis 2009 monatlich nach Schuldnergruppen

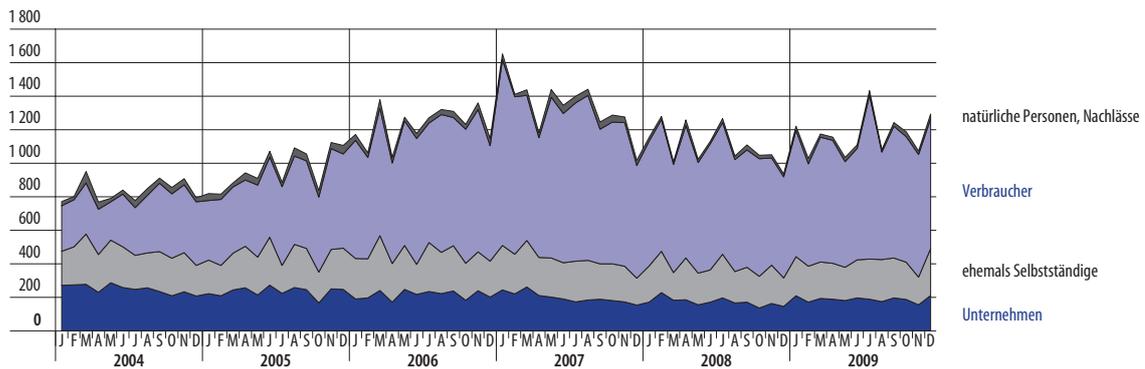


Abb. 6a Entwicklung der Insolvenzverfahren in Berlin 1990 bis 2009

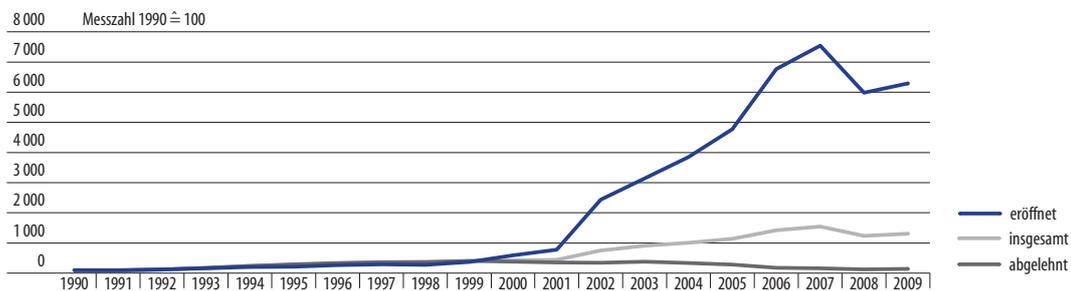
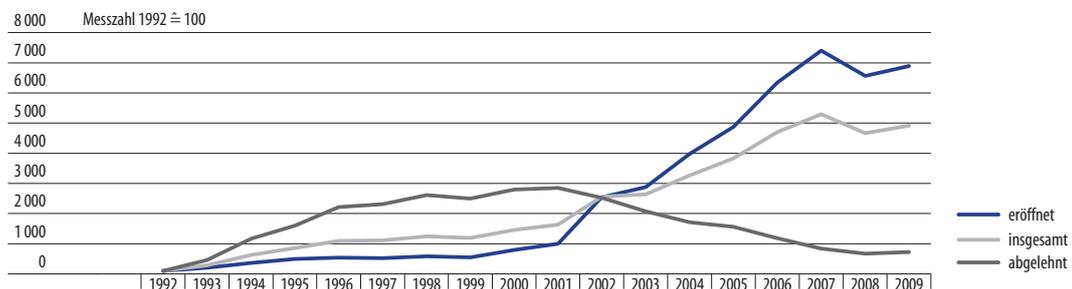


Abb. 6b Entwicklung der Insolvenzverfahren in Brandenburg 1992 bis 2009



schuldung, welche erst nach sechs bzw. sieben Verfahrensjahren feststellbar sind. Die Ermittlung der finanziellen Ergebnisse ist gegenwärtig eine der Hauptaufgaben und einer der inhaltlichen Schwerpunkte der Insolvenzstatistik. Die anfänglich erwähnte Novellierung der Insolvenzordnung soll die statistische Beobachtung gerade an dieser Stelle einen entscheidenden Schritt voran bringen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der deutliche Anstieg der Gesamtanzahl der Insolvenzverfahren nicht auf eine Zunahme der Unternehmensinsolvenzen zurückzuführen ist, sondern auf die Erneuerung des Gesetzesrahmens. Durch die neuen Verfahrensregelungen ist die gerichtlich geführte Befriedigung der Gläubigerinteressen bei gleichzeitiger Verhinderung der Zerstörung von privaten Existenzen besser gesichert. Die in das Gesetz neu aufgenommenen Schuldnergruppen – Verbraucher und ehemals selbstständig Tätige – begründen den Zuwachs der Insolvenzverfahren insgesamt. Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen ist dagegen sowohl in Berlin als auch in Brandenburg rückläufig.

Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen

Nachfolgend eine kurze Replik auf die Frage, ob die Unternehmensinsolvenzen besonders in bestimmten Wirtschaftsbereichen auftreten.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Anzahl der Insolvenzverfahren von Unternehmen seit 2002 rückläufig ist. 2009 lagen in Berlin weniger Anträge vor als 2002 (-28,4 Prozentpunkte), in Brandenburg verringerte sich die Anzahl der Anträge sogar um 52,6 Prozentpunkte. Wirkte sich diese Verringerung auf alle Wirtschaftsbereiche gleichermaßen aus oder gab es spezifische Sektoren, die in immer geringerem Maße von Firmenpleiten betroffen waren?

Zu berücksichtigen ist, dass die für die Beobachtung der wirtschaftlichen Aktivität von Unternehmen erforderliche Klassifikation der Wirtschaftszweige im betrachteten Zeitraum mehrmals einer Revision der Zuordnungen und der aktuellen Beschreibung von wirtschaftlicher Tätigkeit unterzogen werden musste. Die letzte Revision fand im Jahr 2008 statt und hatte schwerwiegende Veränderungen mit sich ge-

Abb. 7 Unternehmensinsolvenzen in Berlin und Brandenburg 2002 bis 2009

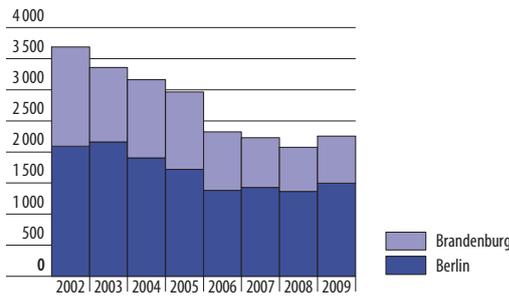


Abb. 8a Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen in Berlin 2002 bis 2009

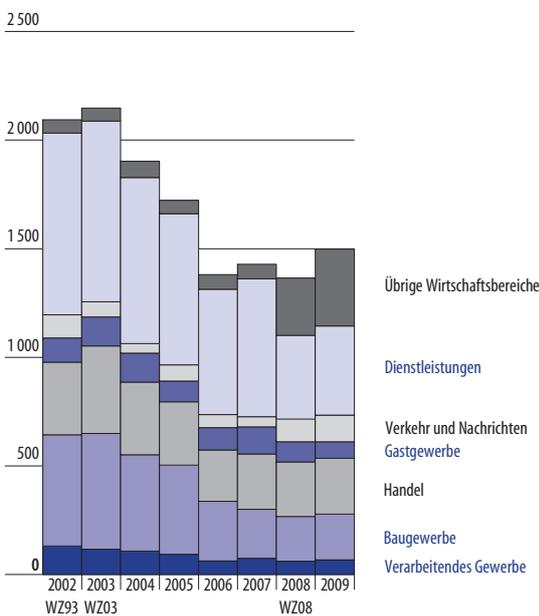
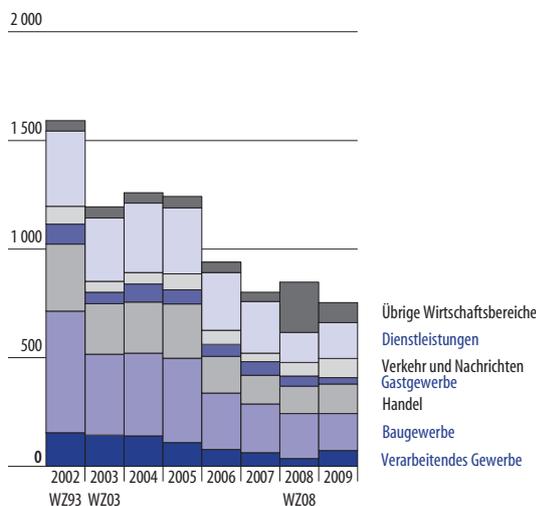


Abb. 8b Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen in Brandenburg 2002 bis 2009



bracht. Dienstleistungen, Handel und Vermietungen für die Landwirtschaft bis 2008 im Wirtschaftsbereich Landwirtschaft angesiedelt, wurden nach der letzten Revision anderen Wirtschaftsbereichen zugeordnet. Die „reine“ landwirtschaftliche Tätigkeit verblieb im Abschnitt Land- und Forstwirtschaft, Fischerei der WZ 2008. Aus dem bisher gültigen Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ wurde letzterer Bereich 2008 einem neuen Wirtschaftsabschnitt zugewiesen: „Information und Kommunikation“, dem auch aus dem „Verarbeitenden Gewerbe“ Unternehmen der Druck- und Verlagstätigkeit zugordnet wurden. Dies nur als einige Beispiele der aktuellen Veränderung durch die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008). Die Abbildungen 8 a/b sollen somit nur einen vereinfachten Überblick über die Unternehmensinsolvenzen seit 2002 nach Wirtschaftsbereichen in Berlin und Brandenburg geben.

Insolvenzverfahren von Unternehmen seit 2002 nach Wirtschaftsbereichen

Den größten Abbau an Insolvenzanträgen weist das Baugewerbe sowohl in Berlin (-60 Prozentpunkte 2009 gegenüber 2002) als auch in Brandenburg (-70 Prozentpunkte) auf. Aber auch das Verarbeitende Gewerbe (ähnlich wie bei den Dienstleistungen) verzeichnet in beiden Bundesländern eine Verminderung der Firmenpleiten um rund 50 Prozentpunkte. In Brandenburg kann für das Gastgewerbe 2009 eine Verminderung der Insolvenzanträge von 68 Prozentpunkten gegenüber 2002 festgestellt werden. Allein im Wirtschaftsbereich Verkehr haben die Anträge von Unternehmen auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens 2009 gegenüber 2002 zugenommen: In Berlin um 15 und in Brandenburg um 7 Prozentpunkte.

In Berlin verharrt die Gesamtanzahl der Verfahrensanträge auf relativ hohem Niveau, während der deutliche Rückgang der Unternehmensinsolvenzen in Brandenburg auf den Abschluss der Umstrukturierungsphase (Nachwendezeit, EU-Erweiterung und allgemeiner Strukturwandel zum tertiären Sektor) schließen lässt. Dies belegt der starke Rückgang im sekundären Sektor.

Die Abnahme der mangels Masse abgelehnten Anträge von verschuldeten Unternehmen beweist weiterhin, dass die Regelungen der Insolvenzordnung inzwischen greifen und wohl Mittel sind, um den gesamtwirtschaftlichen Schaden so gering wie möglich zu halten.

Dies lässt sich leider noch nicht für die Verbraucherinsolvenzen feststellen. Andererseits kann die Insolvenzordnung nur den Schaden verringern, aber nicht die Gründe der Verschuldungen klären und damit die Ursachen einer Verschuldungskrise beheben.

Autor: Thomas Heymann

1990–2010 **Berlin und Brandenburg**

Steuern

Unterschiedlich starke Entwicklung der Einkommensteuer

Die nachfolgenden Ausführungen sollen einen Überblick über die Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik seit der deutschen Wiedervereinigung geben. Einführend sei angemerkt, dass es sich bei der Einkommensteuer, zu der auch die Lohnsteuer der Arbeitnehmer gehört, um eine der bedeutendsten staatlichen Einnahmequellen handelt. Aus den Steuereinnahmen werden öffentliche Leistungen, wie Bildung, Infrastruktur, innere/äußere Sicherheit und soziale Absicherung finanziert.

Die Einkommensteuerstatistik dient der Beurteilung der Struktur und Wirkungsweise der Einkommensteuer und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung. Aufgrund ihrer Datenvielfalt bietet die Lohn- und Einkommensteuerstatistik vielfältige Analysemöglichkeiten. Neben rein steuerlichen Betrachtungen sind Untersuchungen und Simulationsrechnungen über die Einkommensverteilung möglich. Besonders die Bezieher hoher Einkommen sind in keiner anderen Statistik so genau erfasst, wie in der Lohn- und Einkommensteuerstatistik.

Sie hat wichtige fiskalpolitische Aufgaben. Im Rahmen der Bundesstatistik werden die Schlüsselzahlen für die Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer ermittelt, die Grundlage für den Länderfinanzausgleich sind. Ein besonderes Interesse liegt auch in der Betrachtung der Einkommensstruktur der freiberuflich Tätigen. Die Ergebnisse fließen zudem in die Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein. Sie gehen auch in Berichte der Bundesregierung (z. B. Armuts- und Reichtumsbericht, Bericht zur Lage der freien Berufe) ein. Zu den Hauptnutzern der Einkommensteuerstatistik zählen das Bundesministerium der Finanzen und die jeweiligen Länderressorts. Daneben werden die Informationen über die Einkommensteuer intensiv von der Wissenschaft aber auch von Wirtschaftsverbänden, Interessenvertretungen, Unternehmen, Kirchen und privaten Interessenten als Quelle für Analysen genutzt. Durch die Bereitstellung von Mikrodaten für die Wissenschaft im Rahmen der Arbeit der Forschungsdatenzentren des Bundes und der Länder erhöht sich das Analysenpotenzial um ein Vielfaches.

Das Einkommensteuerrecht unterscheidet sieben Einkunftsarten, die der Einkommensteuer unterliegen:

1. Land- und Forstwirtschaft,
2. Gewerbebetrieb,
3. selbstständiger Arbeit,
4. nicht selbstständiger Arbeit,

5. Kapitalvermögen,
6. Vermietung und Verpachtung,
7. sonstige im Sinne des §22 Einkommensteuergesetz (EStG).

Einkünfte sind bei den ersten drei Einkunftsarten der Gewinn, bei den anderen Einkunftsarten der Überschuss der Einnahmen über die Werbungskosten.

Die Summe der Einkünfte vermindert um den Altersentlastungsbetrag, den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende, den Freibetrag für Land- und Forstwirte und ausländische Steuern vom Einkommen ist der *Gesamtbetrag der Einkünfte*. Zum *Einkommen* gelangt man, wenn man von diesem Betrag die Sonderausgaben, die außergewöhnlichen Belastungen, Steuervergünstigungen sowie den Verlustabzug abzieht und Einkommen nach dem Gesetz über die Besteuerung bei Auslandsbeziehungen dazuaddiert. Die Verminderung des Einkommens um die Freibeträge und um sonstige abzuziehende Beträge ergibt *das zu versteuernde Einkommen*; dieses bildet die Bemessungsgrundlage für die tarifliche Einkommensteuer. Die *festzusetzende Einkommensteuer* errechnet sich nach Abzug von Steuerermäßigungen von der gemäß Grund- oder Splittingtabelle ermittelten tariflichen Einkommensteuer. Diese sehr vereinfachte Berechnung (durch gesetzliche Änderungen geringfügige Modifikationen in den Berichtsjahren) soll für die folgenden Betrachtungen einen groben Überblick zum Zusammenhang der Kennziffern liefern.

Rechtsgrundlagen für die Lohn- und Einkommensteuerstatistik sind das Gesetz über Steuerstatistiken (StStatG) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) und das Einkommensteuergesetz in seiner jeweils geltenden Fassung.

Die Einzeldaten der Einkommensteuerstatistik unterliegen sowohl dem Steuer- (§30 Abgabenordnung) als auch dem Statistikgeheimnis (§16 BStatG) und damit einem besonders hohem Schutz.

Die seit 1992 in 3-jährigem Rhythmus durchzuführende Bundesstatistik ist, wie auch die anderen Steuerstatistiken, eine Sekundärerhebung, d. h., es werden die im Rahmen des Besteuerungsverfahrens von der Finanzverwaltung festgestellten Angaben von den Rechenzentren der Landesfinanzbehörden an die Statistischen Ämter der Länder übermittelt.

Da die Statistik zum weitaus größten Teil auf den Ergebnissen der maschinellen Einkommensteueranmeldung der Finanzverwaltung beruht, muss die Fertigstellung der Veranlagungen erst abgewartet werden, bevor die Daten verarbeitet und plausibili-

siert werden können. Hier liegt der Hauptgrund für die späte Vorlage der Ergebnisse. Die Fristen für die Abgabe der Einkommensteuererklärungen können sich bis zu zwei Jahre (in begründeten Einzelfällen noch länger) nach Ende des Veranlagungsjahres erstrecken; zusätzlich ist die Bearbeitungsdauer in der Finanzverwaltung zu berücksichtigen. Seit der deutschen Wiedervereinigung wurden demzufolge 5 Berichtsjahre abgeschlossen und ausgewertet.

Die Statistik erhebt umfangreiche Angaben, die im Rahmen des Besteuerungsverfahrens festgestellt werden. Hierzu gehören Bruttolohn, Einkünfte, Einkommen, zu versteuerndes Einkommen, Sondervergünstigungen, Lohn-, Einkommen- und Kirchensteuer, vermögenswirksame Leistungen einschließlich Arbeitnehmer-Sparzulage, sonstige aus dem Einkommensteueraufkommen gezahlte Zulagen, Lohn- und Einkommensersatzleistungen mit den im Besteuerungsverfahren festgestellten Angaben Geschlecht, Geburtsjahr, Religion, Stellung im Beruf, Kinderfreibeträge, Kindergeld, Wohnsitzgemeinde, Wirtschaftszweig/Art des Freien Berufs, Art der Steuerpflicht, Steuerklasse und Veranlagungsart. Regionale Auswertungen liegen für Berlin bis 1995 nach Bezirken, ab 1998 als Landesergebnis und für das Land Brandenburg nach Gemeinden vor.

Neben der dreijährlichen Lohn- und Einkommensteuerstatistik existiert eine vom Statistischen Bundesamt als Geschäftsstatistik jährlich durchgeführte Einkommensteuerstatistik. Sie beinhaltet nur die veranlagten Fälle und führt keine detaillierten Plausibilitätsprüfungen durch.

Aufgrund der Vielzahl der Gesetzesänderungen in der Einkommensbesteuerung sind die Ergebnisse einzelner Berichtsjahre nur eingeschränkt vergleichbar. Genannt seien hier z.B. die Steuerentlastungsgesetze 1999/2000/2002, das Gesetz zur Einführung einer Entfernungspauschale 2000 oder das Gesetz zur Familienförderung 2001. Da das Einkommensteuergesetz ein Bundesgesetz ist, sind die Ergebnisse räumlich vergleichbar.

Einbeziehung der elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen ab 2004

Zur Betrachtung von Entwicklungen für die Länder Berlin und Brandenburg werden Eckwerte ausgewählt. Zur Erhebungsgesamtheit zählen alle Einkommensteuerveranlagungen und zusätzlich bei Steuerpflichtigen, die keine Veranlagung durchführen, die abgegebenen Lohnsteuerkarten, bzw. ab dem Jahr 2004 auch die elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen. Im Vergleich zu 2001 kommt es durch die erweiterte Datenbasis ab 2004 zu einem sprunghaften Anstieg bei den Fallzahlen. Bis zum Jahr 2001 wurden nur die lohnsteuerpflichtigen Personen in die Statistik einbezogen, wenn deren Lohnsteuerkarte zur Auswertung dem Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellt wurde. Erst ab 2004 werden nicht veranlagte Lohnsteuerzahler weitgehend vollständig nachgewiesen. Da es sich bei diesen „neuen“ Steuerfällen überwiegend um Steuerpflichtige mit relativ geringen Einkünften handelt, ist die Anzahl zwar gestiegen, das Durchschnittseinkommen oder die durchschnittliche Steuerbelastung (Verhältnis von festgesetzter Steuer zu Steuerpflichtigen) jedoch gesunken.

Erhebungseinheiten sind die unbeschränkt und beschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen, die als Steuerpflichtige erfasst und nachgewiesen werden. Das sind zum einen alleinstehende Personen (getrennt veranlagter Ehegatte; ein im Haushalt der Eltern lebendes Kind mit eigenen Einkünften) oder zum anderen zusammenveranlagte Ehepaare (ein Ehepaar zählt als ein Steuerpflichtiger). Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf *unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige*, d.h. diejenigen, die im Inland einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, sowie die im Ausland lebenden deutschen Behördenangehörigen mit deren Familien. Die unbeschränkte Steuerpflicht erstreckt sich auf alle in- und ausländischen Einkünfte.

Da Hauptgliederungsmerkmal dieser Statistik die Höhe des Gesamtbetrags der Einkünfte (GdE) ist und sich die folgenden Aussagen auf die Fälle beziehen, die einen positiven GdE aufweisen, muss angemerkt werden, dass ab dem Berichtsjahr 1998 auch die Fälle mit einem GdE von null in die Ergebnisse einfließen.

Starke Veränderung der Zahl der Steuerpflichtigen in Berlin

Sieht man sich die Entwicklung der Steuerpflichtigen (mit positiven GdE) an, so lassen sich für Berlin und Brandenburg seit 1992 recht unterschiedliche Entwicklungen belegen. Stellt man 2001 dem ersten Erhebungsjahr gegenüber, so ist für Berlin ein Rückgang von über 95 000 Steuerpflichtigen zu verzeichnen. Allein von 1998 zu 2001 verringerte sich die Zahl der unbeschränkt Steuerpflichtigen um über 44 000. Diese Veränderung ging einher mit einem geringen Anstieg des GdE (um 2 %). Ursache dieser gegenläufigen Entwicklung war ein deutlicher Rückgang bei den Steuerpflichtigen mit geringen Einkünften, bei gleichzeitigem Anstieg der Zahl der Steuerpflichtigen mit höheren Einkünften.

Parallelen lassen sich bei dieser Entwicklung auch zur Berliner Bevölkerungsentwicklung ziehen. Von 1996 bis zum Jahr 2000 kam es hier zu einer Verringerung der Einwohnerzahl um über 86 000. Dieser Fakt spiegelt sich auch in anderen hier betrachteten Kennzahlen wider.

Tab.1 Steuerpflichtige, Einkünfte und festgesetzte Steuern in Berlin und Brandenburg 1992 bis 2004

Jahr	Steuerpflichtige	Gesamtbetrag der Einkünfte	Festgesetzte Steuern
	Anzahl		
Berlin			
1992	1 077 005	31 756	5 845
1995	1 090 843	34 316	6 532
1998	1 025 834	32 547	6 433
2001	981 226	33 210	6 369
2004	1 331 927	36 640	6 485
Brandenburg			
1992	628 477	12 830	1 515
1995	741 103	18 426	2 483
1998	798 667	20 270	3 009
2001	809 283	21 646	3 180
2004	963 303	24 367	3 627

Abb. 1a Anzahl der Steuerpflichtigen in Berlin und Brandenburg 1992 bis 2004

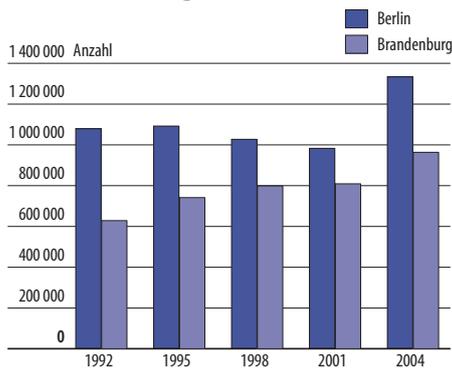


Abb. 1b Entwicklung der Steuerpflichtigen in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1992 bis 2004

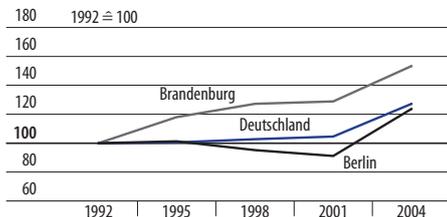
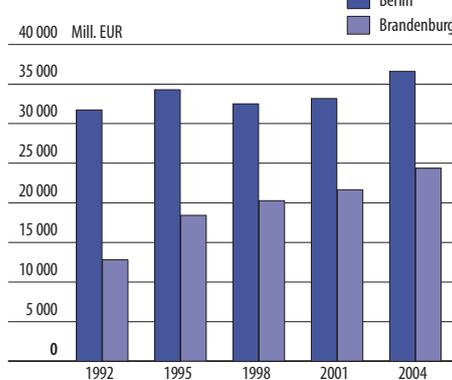


Abb. 2a Gesamtbetrag der Einkünfte der Steuerpflichtigen in Berlin und Brandenburg 1992 bis 2004



Tab. 2 Entwicklung des Steuergeschehens in Berlin und Brandenburg 1992 bis 2004

Merkmal	1992	1995	1998	2001	2004
Berlin					
Steuerpflichtige	100	101,3	95,2	91,1	123,7
Gesamtbetrag der Einkünfte	100	108,1	102,5	104,6	115,4
Einkommen	100	106,4	100,4	104,0	113,8
Zu versteuerndes Einkommen ...	100	107,2	105,0	107,9	118,1
Festgesetzte Steuern	100	111,8	110,1	109,0	110,9
Brandenburg					
Steuerpflichtige	100	117,9	127,1	128,8	153,3
Gesamtbetrag der Einkünfte	100	143,6	158,0	168,7	189,9
Einkommen	100	141,0	154,8	171,4	197,4
Zu versteuerndes Einkommen ...	100	149,7	177,8	195,5	225,5
Festgesetzte Steuern	100	163,9	198,6	209,9	239,4

Von 1995 zu 1998 nahmen in Berlin der GdE um fast 1,8 Mrd. EUR (um 5,2 %) und die festgesetzten Steuern um 99 Mill. EUR (um 1,5 %) ab.

Mit dem Auswertungsjahr 2004 und den erstmalig einbezogenen elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen kam es in Berlin zu einer Erhöhung der Anzahl der Steuerpflichtigen um über 350 000 zur Vorerhebung. Diese Steigerung um ca. 35 % führte bei den festgesetzten Steuern lediglich zu einer Veränderung um unter 2 % (116 Mill. EUR). Im Vergleich zu 1992 konnten 640 Mill. EUR mehr Lohn- und Einkommensteuer eingenommen werden.

Im Land Brandenburg kontinuierliche Steigerungen

Im Land Brandenburg zeichnete sich über die Jahre hinweg eine andere Entwicklung ab; es gab nur Steigerungen. 1995 gegenüber 1992 fielen die Steigerungsraten mit jeweils über 40 % recht hoch aus, ausgenommen bei den Steuerpflichtigen, der absolute Anstieg um über 112 000 machte „nur“ 18 % Steigerung aus. In den folgenden Berichtsjahren fand eine kontinuierliche Zunahme statt.

Bei Untersuchung der prozentualen Entwicklung in Brandenburg lassen sich bis auf die Entwicklungsrate der Anzahl der Steuerpflichtigen im Jahr 2004 erheblich höhere Steigerungen als in Berlin oder auch als in der gesamtdeutschen Entwicklung feststellen.

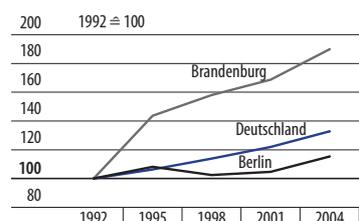
Die Steigerungen für die Brandenburger Ergebnisse lassen sich teilweise durch den Zuzug von Berliner Steuerfällen in angrenzende Brandenburger Landkreise oder kreisfreie Städte begründen.

Wie aus den Grafiken zu entnehmen ist, liegt Berlin mit seiner Entwicklung knapp unter der für ganz Deutschland aufgezeigten. Deutlich größere Veränderungen gab es in Brandenburg. Die Zuwachsraten reichen dort von über 50 % bei den Steuerpflichtigen, über fast 90 % für den GdE bis hin zur mehr als verdoppelten festgesetzten Steuer.

Angleichung beim durchschnittlichen Gesamtbetrag der Einkünfte

Lag Berlin 1992 mit dem durchschnittlichen GdE noch um 3 % über dem bundesdeutschen Wert von ca. 28 700 EUR, wurden 2004 nur noch 92 % des gesamtdeutschen Betrages (ca. 30 000 EUR) erreicht.

Abb. 2b Entwicklung des Gesamtbetrages der Einkünfte der Steuerpflichtigen in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1992 bis 2004



Messzahl 1992 = 100

Etwas anders gestaltete sich die Brandenburger Entwicklung. 2004 machte der Brandenburger Wert nur etwa 84 % des gesamtdeutschen Wertes aus, aber im Vergleich zu 1992 ist eine deutliche Steigerung (um 13 Prozentpunkte) erreicht worden.

Auch 2004 Brandenburgs Steuerbelastungsquote noch unter dem deutschen Durchschnittswert

Während Berlins Steuerbelastungsquote (Verhältnis von der festgesetzten Einkommensteuer zum GdE) in den fünf Berichtsjahren jeweils über den für Deutschland ermittelten Werten lag, wurde 1992 für Brandenburg noch ein um 6 Prozentpunkte niedrigerer Wert berechnet. Der Abstand verringerte sich bis 2004 auf 2,3 Prozentpunkte. Einheitlich verlief in Berlin und Brandenburg die Tendenz einer sinkenden Steuerbelastungsquote von 1998 zu 2001. Für Berlin und Deutschland setzte sich diese Tendenz mit einem Rückgang von über 1 Prozentpunkt, für Berlin sogar mit einem Wert von 1,5 Prozentpunkten auch 2004 weiter fort. Für Brandenburg musste eine geringfügig höhere Quote angezeigt werden.

Ab Berichtsjahr 2001 rückläufiger Durchschnittssteuersatz

Dieser Steuersatz gibt an, welcher Prozentsatz des gesamten zu versteuernden Einkommens an Steuern zu zahlen ist. Von jedem Euro des zu versteuernden Einkommens waren von den Steuerpflichtigen in Berlin 2004 ca. 21 Cent und in Brandenburg knapp 18 Cent Steuer zu entrichten.

Dieses von der Politik verfolgte Ziel ließ sich ab dem Erhebungsjahr 2001 mit der Bundesstatistik belegen. Brandenburgs Wert liegt zwar bei dieser Kennziffer unter den für Berlin und Deutschland ausgewiesenen, aber die positive Entwicklung zeigt sich nur in geringem Maße.

Die Tendenz der Angleichung der verschiedensten Kennzahlen dieser Statistik der östlichen Bundesländer an die für Gesamtdeutschland ermittelten Durchschnittswerte wird sich sicherlich in den nächsten Jahren weiter fortsetzen und auch in den Statistiken widerspiegeln. Die Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2007 werden voraussichtlich 2011 veröffentlicht.

Tab. 3 **Steuerbelastungsquote in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1992 bis 2004**

Jahr	Steuerbelastungsquote in %		
	Berlin	Brandenburg	Deutschland
1992 ...	18,4	11,8	17,8
1995 ...	19,0	13,5	17,3
1998 ...	19,8	14,8	18,8
2001 ...	19,2	14,7	18,3
2004 ...	17,7	14,9	17,2

Abb. 3a **Festgesetzte Steuern in Berlin und Brandenburg 1992 bis 2004**

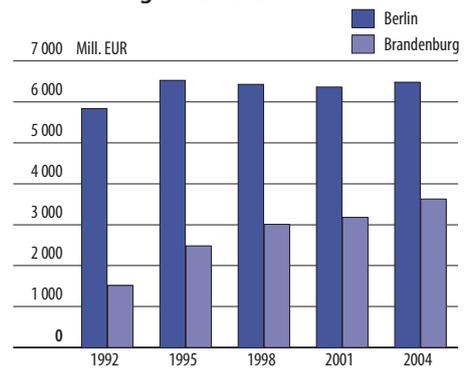


Abb. 3b **Entwicklung der festgesetzten Steuern in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1992 bis 2004**

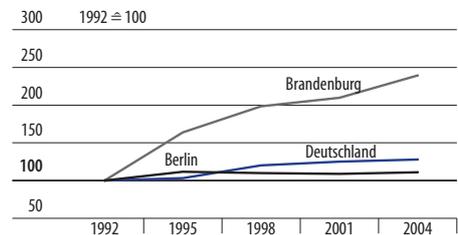


Abb. 4 **Durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1992 bis 2004**

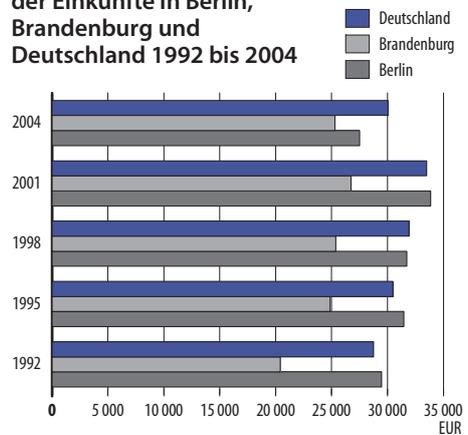


Abb. 5 **Steuerbelastungsquote in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1992 bis 2004**

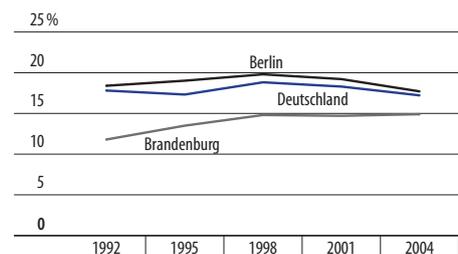
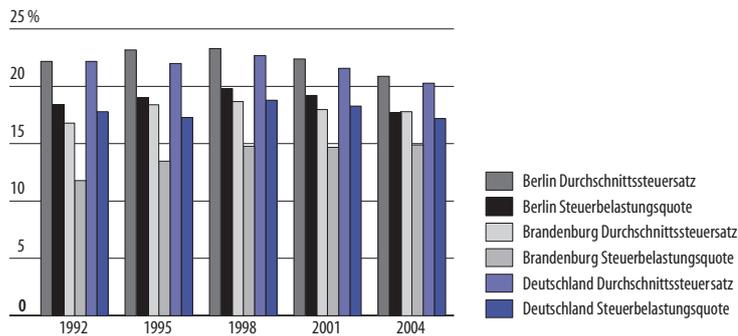


Abb. 6 **Durchschnittssteuersatz und Steuerbelastungsquote in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1992 bis 2004**



Die mit dieser Statistik abgebildeten Entwicklungsrichtungen lassen durch die eingangs beschriebenen methodischen und gesetzlichen Änderungen Aussagen dieser aggregierten Kennzahlen in der Zeitreihe nur bedingt zu. Tiefere Auswertungen bzw. Analysen einzelner Kennzahlen beispielsweise gegliedert nach Größenklassen des GdE, die Entwicklung der Bruttolöhne, der Einkunftsarten usw. liefern vielfältige Informationen.

So stammen mehr als vier Fünftel der Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit; 88 % der Berliner und 92 % der Brandenburger bezogen hieraus Einkünfte.

te. Zweitwichtigste Einkunftsquelle waren 2004 in Berlin die Einkünfte aus selbstständiger Arbeit, gefolgt von den Einkünften aus Gewerbebetrieb; demgegenüber war in Brandenburg die Reihenfolge umgekehrt.

Der deutsche Einkommensteuertarif ist sozial ausgewogen, d.h. wer mehr verdient, muss einen größeren Teil seines Einkommens abführen als jener, der über geringe Einkünfte verfügt.

Er wird wesentlich dadurch bestimmt, dass die Steuerbelastung sowohl dem Finanzbedarf des Staates als auch der Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen angepasst sein muss. Die durch die Einkommensteuerreformen von der Politik beabsichtigten Effekte spiegeln sich in dieser Bundesstatistik wider.

Pauschale Aussagen, wie z.B., dass ca. ein Viertel der Steuerpflichtigen drei Viertel des gesamten Einkommensteueraufkommens erbringen, können durch weitergehende Auswertungen der Datenbestände belegt bzw. konkretisiert werden.

Autorin: *Viola Traeder*

1990 – 2010 **Berlin und Brandenburg**

Öffentliche Haushalte

Personalentwicklung im öffentlichen Dienst in Berlin und Brandenburg

Die Statistik zum Personal des öffentlichen Dienstes zeigt die Entwicklung der Personalausstattung seit 1991 für Berlin insgesamt (West- und Ost-Berlin) sowie für das Land Brandenburg seit 1992. Die Versorgungsempfängerstatistik für Berlin stellt die Zeitreihen der Versorgungsfälle seit 1991 und die Versorgungsempfängerstatistik für Brandenburg für den Zeitraum ab 1995 dar.

Berlin

Seit 1991 wird der Personalbestand des Landes Berlin in der Landesverwaltung einheitlich geführt.

Die Anzahl der Beschäftigten im Berliner Landesdienst verringerte sich von ca. 344 500 im Jahr 1991 um 45,2 % auf ca. 189 000 im Jahr 2009. Nachdem sich der Personalbestand bis zum Jahr 2008 fast halbiert hat (um 45,6 %) – im Vergleich zum Ausgangsjahr 1991 – ist für das Jahr 2009 erstmals ein geringfügiger Anstieg im Berliner Landesdienst um knapp 1 500 Beschäftigte zu verzeichnen.

Die Entwicklung des Personalbestandes führte zu einer Erhöhung dieser auf über 55 %; im Jahr 1991 lag der Frauenanteil bereits bei fast 54 %. Gleichwohl führte der in den 90er Jahren massiv erfolgte Personalabbau sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern zu einem starken absoluten Rückgang der Beschäftigtenzahlen. Über 81 200 Frauenarbeitsplätze (-44 %) gegenüber 74 400 Männerarbeitsplätzen (-47 %) wurden weniger ausgewiesen.

Der bis 2005 erhebliche Personalabbau im unmittelbaren Landesdienst (um 53 %) verlangsamte sich in den letzten Jahren sichtbar und kam in 2009 fast zum Stillstand.

Dabei ist die Entwicklung des Personalbestandes in der Hauptverwaltung gegenläufig zu der Entwicklung in den Bezirksverwaltungen: 1991 gab es über 162 000 Beschäftigungsverhältnisse in den Bezirksverwaltungen. Davon gingen rund 40 000 Beschäf-

tigte des Schulbereiches 1996 in die Zuständigkeit der Hauptverwaltung über.

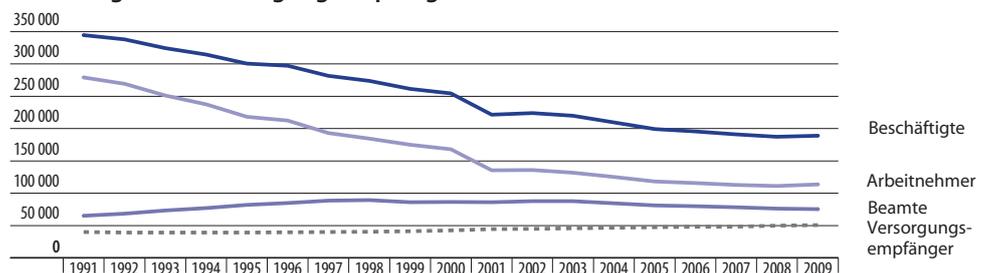
Im Jahr 2009 wurden nur noch ca. 25 000 Beschäftigte für die Bezirksverwaltungen ausgewiesen, ein Rückgang zu 1991 um 84,7 %. Diese Umverteilung wirkt sich auf die Bestandsentwicklung in der Hauptverwaltung entsprechend aufbauend aus: Bis 1996 hatte sich der Personalbestand auf 138 % erhöht. Seitdem erfolgte ein Personalabbau von 24 900 Beschäftigungsverhältnissen. In 2009 liegt er jetzt noch bei 109,4 % zum Basisjahr 1991.

Auch die Zahl der Beamtinnen und Beamten im unmittelbaren Landesdienst hat sich erhöht. Hintergrund ist die Verbeamtungswelle ehemals Angestellter in den 90er Jahren. Die Spitze lag im Jahr 1998 bei über 84 000. In den letzten 10 Jahren reduzierte sich der Bestand um 12 000 und liegt mit 116,5 % noch immer über den Vergleichszahlen von 1991. Dagegen sank die Zahl der Arbeitnehmer auf 24,1 % im Jahr 2009, das sind rund 57 000 Beschäftigte von ehemals 237 000 in 1991.

In Folge der jahrelangen Verlagerung von Aufgabenbereichen aus dem unmittelbaren Landesdienst in den mittelbaren Landesdienst bewegte sich im mittelbaren Landesdienst der Personalbestand bei ca. 64 000 Beschäftigten in 2000 und pendelte sich in den Folgejahren um die 60 000 ein. Damit wächst der Anteil dieser Beschäftigtenverhältnisse in den letzten Jahren langsam weiter an und liegt in 2009 bei 32 % aller Landesbeschäftigten.

Die Zahl der Versorgungsempfänger im Land Berlin hat sich im Zeitraum 1991 bis 2009 ständig erhöht. In den 90er Jahren waren es um die 40 000 Empfänger von Versorgungsbezügen. Seitdem hat sich ihre Zahl bis zum Jahresbeginn 2009 auf über 50 000 erhöht. Den größten Anteil dabei hatten im Jahr 1991 mit gut 58 % die Ruhegehaltsempfänger. Durch die Zunahme dieser Versorgungsfälle um rund 15 000 stieg ihr

Abb. 1 **Beschäftigte und Versorgungsempfänger des Landes Berlin 1991 bis 2009**



Tab. 1 **Versorgungsempfänger des Landes Berlin nach Versorgungsart**

Merkmal	1991	1995	2000	2005	2009
Öffentlicher Dienst insgesamt	39 826	39 205	42 648	47 309	50 570
Ruhegehalt	23 197	23 889	28 476	33 917	37 946
Witwen-/Witwergeld	15 481	14 292	13 185	12 279	11 723
Waisengeld	1 148	1 024	987	1 113	901
darunter weiblich insgesamt	•	•	•	22 285	23 905
Unmittelbarer Landesdienst ...	38 338	37 855	41 263	46 035	46 377
Mittelbarer Landesdienst	1 488	1 350	1 385	1 274	4 193

Anteil an der Gesamtzahl im Jahr 2009 auf gut 75 %. Im gleichen Zeitraum wurde eine stete Verringerung der Zahlfälle von Witwen- und Witwergeld um über 3 700 verzeichnet. Die Fälle von Waisengeld pendeln um die 1 000 Zahlfälle pro Jahr und liegen 2009 mit 901 Fällen auf dem niedrigsten Stand innerhalb des Vergleichszeitraums seit 1991. Letztere machen mit einem Anteil von nur noch knapp 1,8 % den geringsten Anteil aus. Für die gegenläufige Veränderung der Versorgungsempfängerzahlen im unmittelbaren und mittelbaren Landesdienst ist eine Methodikänderung die Ursache. Die Versorgungsempfänger von ausgegliederten Einrichtungen werden ab 2009 dem mittelbaren Landesdienst zugeordnet.

Brandenburg

Die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst Brandenburgs verringerte sich von knapp 199 500 im Jahr 1992 (um 44,5 %) auf ca. 110 800 im Jahr 2009 und erreicht damit den niedrigsten Stand seit der Wende. Parallel vollzog sich der Abbau des Personals im unmittelbaren Landesdienst (um 47 %), aber hier wurde der Hauptteil des Personalabbaus vor allem von den Verwaltungen der Gemeinden getragen (fast 60 %). Bereits im Jahr 1999 hatte sich deren Personalstand halbiert, infolge der Verwaltungsreformen in den 90er Jahren (Ämterbildung, Kreisreform). Dies setzte sich ab 2000 mit der Gebietsreform fort, die ihren Abschluss im Oktober 2003 fand. Der niedrigste Stand wurde im Jahr 2006 festgestellt. Inzwischen ist wieder ein moderater Personalanstieg zu verzeichnen.

Die Landesverwaltung befand sich in den 90er Jahren noch im Aufbau und erreichte 1996 mit fast 74 000 Bediensteten ihren höchsten Bestand. Insofern wurde ein tatsächlicher Personalabbau von über 26 000 Beschäftigten realisiert, davon allein zum Vorjahr 2008 von über 8 800. Diese Veränderungen

relativieren sich dahingehend, dass durch Ausgründungen und Verlagerungen von Arbeitsaufgaben der Personalbestand in den Landesbetrieben und in den rechtlich selbstständigen Einrichtungen um 7 800 Bedienstete zunahm. Ergo ergibt sich ein realer Personalabbau von ca. 1 000 Bediensteten im Landesdienst gegenüber dem Vorjahr.

Der öffentliche Dienst Brandenburgs wurde und wird weiblich dominiert: 1991 lag der Frauenanteil bei fast 70 %, inzwischen liegt dieser bei knapp 65 %. In abso-

luten Zahlen ausgedrückt, fand aber ein Abbau von über 66 500 weiblichen Arbeitsplätzen statt. Bei den Männern wurden ca. 22 100 Arbeitsplätze eingespart – damit existieren im Vergleich zu 1992 fast 36 % weniger Beschäftigungsplätze für Männer.

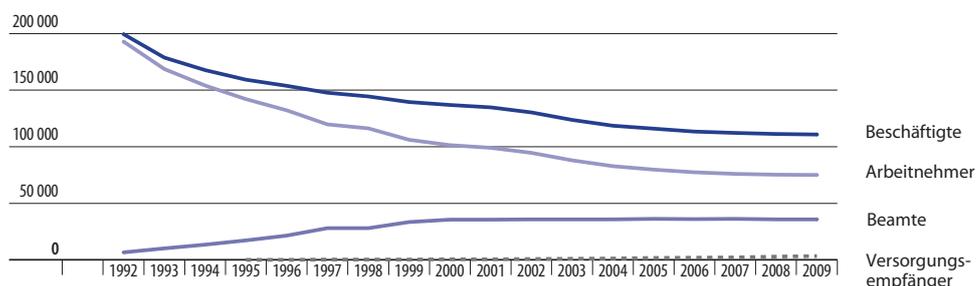
1992 wurden 6 600 Beamte und Richter gezählt, das waren gut 3,3 % der öffentlich Bediensteten. Mit dem Aufbau der Landesverwaltung – Neueinstellungen in der Landesverwaltung und Verbeamtung der Polizisten, Finanzbediensteten und der Lehrer – wurde im Jahr 2005 der höchste Stand an beamteten Beschäftigten (36 257 Beamte) erzielt. Im Vergleich dazu verringerte sich die Zahl der Beamten um 511 auf 35 746 Beamte im Jahr 2009. Damit macht der Anteil der Beamten am Personal rund 32 % aus.

Seit dem Jahr 2000 zeigt sich im öffentlichen Dienst ein relativ konstanter Personalbestand von ca. 36 000 Beamten. Analog stellt sich die Situation bei den Gemeindeverwaltungen dar: Hier ist seit Ende der 90er Jahre ein ziemlich konstanter Personalbestand von knapp 2 000 Beamten zu verzeichnen.

Die Anzahl der Arbeitnehmer (früher Angestellte und Arbeiter) im öffentlichen Dienst Brandenburgs wurde erheblich reduziert, um fast 118 000 Arbeitsplätze im Jahr 2009 gegenüber dem Beginn der Nachweisführung in 1992. Allein in den Gemeindeverwaltungen wurden fast 60 000 Arbeitnehmer und in der Landesverwaltung fast 73 000 weniger Arbeitnehmer gezählt. Durch Privatisierung wurde im Bereich der Gemeinden (Sonderrechnungen), das betraf Eigenbetriebe bzw. kommunale Krankenhäuser, eine Personalreduzierung auf knapp 10 % der ursprünglichen Arbeitnehmerzahlen von 1992 erzielt.

Die Zahl der im Land Brandenburg im Jahr 1995 überschaubaren 69 Versorgungsfälle/ Versorgungsempfänger hat sich bis 2009 kontinuierlich auf über 3 316 Versorgungsempfänger erhöht. Von den knapp

Abb. 2 **Beschäftigte und Versorgungsempfänger des Landes Brandenburg 1992 bis 2009**



Tab. 2 **Versorgungsempfänger des Landes Brandenburg nach Versorgungsart**

Merkmal	1995	2000	2005	2009
Öffentlicher Dienst insgesamt.....	69	505	1 631	3 316
Ruhegehalt	54	314	1 170	2 634
Witwen-/Witwergeld	7	105	273	486
Waisengeld	8	86	188	196
darunter weiblich insgesamt	•	•	514	1073
Unmittelbarer Landesdienst.....	66	425	1 514	2 958
Landesdienst	23	317	1 265	2 600
Gemeinden/GV einschl. Zweckverbände	43	108	249	358
Mittelbarer Landesdienst.....	3	80	117	358

3 000 Versorgungsempfänger des unmittelbaren Landesdienstes entfielen in 2009 nur 12 % auf Versorgungsempfänger aus dem gemeindlichen Bereich, der Hauptteil mit 2 600 Versorgungsempfängern kommt aus dem Landesdienst.

Mit mehr als 79 % haben die Ruhegehaltsempfänger den größten Anteil. 15 % entfallen auf Zahlfälle für Witwen und Witwer sowie knapp 6 % auf Waisen. Die Zahl der Waisengeldempfänger bewegt sich in den letzten Jahren um die 200 Fälle. Relativ konstant ist seit 2005 der Anteil der weiblichen Versorgungsempfänger mit fast einem Drittel aller Versorgungsempfänger.

Autorin: *Ilka Seyer*

Der Erwerbsstatus der Bevölkerung im Land Brandenburg 2005 bis 2008 im Ergebnis einer Längsschnittuntersuchung des Mikrozensus

Der Erwerbsstatus im Allgemeinen

In dieser Längsschnittanalyse wurden die Personen betrachtet, welche in allen vier Jahren von 2005 bis

Der Arbeitsmarkt ist ein häufiges Thema in den letzten Jahren. Besonders die Neuen Bundesländer, wie auch Brandenburg, mit ihrer hohen Arbeitslosenquote stehen im Ruf von Perspektivlosigkeit: Für junge Menschen sei der Berufseinstieg sehr schwierig. Für ältere Menschen, ebenso wie für Langzeitarbeitslose, wäre die Arbeitsuche zunehmend aussichtslos. Als Grundlage für eine Chance im Erwerbsleben zählen der Schulabschluss und eine entsprechende Berufsausbildung. Um die Gültigkeit dieser Annahmen zu überprüfen, widmet sich eine Untersuchung der Mikrozensusdaten ebenfalls diesen Themen. Doch der Arbeitsmarkt ist ein dynamischer Prozess und als solcher muss er betrachtet werden. Statische Aufnahmen des Mikrozensus einzelner Jahre liefern hierzu im Längsschnitt einen Einblick.

2008 an der Befragung zum Mikrozensus beteiligt waren. Dabei handelte es sich um insgesamt 6 015 Personen. Bei der genaueren Betrachtung in Altersgruppen wurden allerdings nur Personen ab 15 Jahren berücksichtigt, sodass 4 096 Personen der Analyse unterzogen werden konnten. In diesem Beitrag wird ausschließlich die Panel-Datei ausgewertet. Damit ergeben sich Abweichungen zu bereits veröffentlichten Ergebnissen.

Der Mikrozensus betrachtet den Erwerbsstatus mittels vier verschiedener Gruppen. Die Unterteilung ergibt sich durch die Gruppe der Erwerbstätigen (ET), der Erwerbslosen (EL), der Arbeitssuchenden Nichterwerbspersonen (AS NE) und der Sonstigen Nichterwerbspersonen (S NE). Die Auswertung der Mikrozensusdaten für die Jahre 2005 bis 2008 stimmt optimistisch. Es zeichnet sich sowohl ein Aufwärtstrend in der Erwerbstätigkeit ab als auch ein Abwärtstrend in allen anderen Kategorien. So stieg der Anteil der Erwerbstätigen von 66 % aller Befragten im Jahr 2005 auf 72 % im Jahr 2008. Die Erwerbslosenquote sank in dieser Zeit hingegen um 4 Prozentpunkte.

Eine genauere Betrachtung dieser beiden Gruppen ermöglicht zudem mithilfe der Längsschnittanalyse, Aussagen über die Beständigkeit eines Arbeitsplatzes sowie zur Langzeitarbeitslosigkeit. Betrachtet man die Erwerbslosen aus 2005 über die vier Jahre hinweg, wurde folgende Entwicklung festgestellt: Nur 8,5 % der Erwerbslosen aus 2005 waren auch im Jahr 2008 erwerbslos, davon lediglich 0,5 % über den gesamten Betrachtungszeitraum. 45,5 % der Erwerbslosen aus 2005 waren im Jahr 2008 letztendlich erwerbstätig, 46 % der Erwerbslosen zählten am Ende des betrachteten Zeitraumes zu den Nichterwerbspersonen. Insgesamt waren 81 % der Erwerbslosen aus 2005 mindestens in einem Jahr des Betrachtungszeitraumes erwerbstätig.

Die genauere Analyse der Erwerbstätigen aus dem Jahr 2005 liefern die folgenden Ergebnisse: 51,5 % der Erwerbstätigen aus 2005 waren auch zum Ende der vier Jahre erwerbstätig, 18 % durchgängig. Lediglich 5,6 % der Erwerbstätigen aus 2005 waren zum Abschluss der Betrachtung erwerbslos. Allerdings zählten 43,3 % der ehemals Erwerbstätigen im Jahr 2008 zu den Nichterwerbspersonen.

Der Erwerbsstatus unter Beachtung der Altersgruppen

Wie bereits erwähnt stellt sich nicht nur die Frage nach der Schwierigkeit in den Arbeitseinstieg im Allgemeinen, sondern auch die Differenzierung nach Altersgruppen ist von Belang. Zur Interpretation der Daten ist eine Aufschlüsselung der Alterszusammensetzung sinnvoll. Die für den Längsschnitt aus 2005 bis 2008 relevanten befragten Personen setzten sich aus folgenden Anteilen zusammen: 13 % waren zwischen 15 und unter 25 Jahren. Mit 52 % (2005) bis 50 % (2008) stellten die 25- bis unter 50-Jährigen den größten Teil; 35 % (2005) bis 37 % (2008) der relevanten Probanden waren der Altersgruppe der 50- bis unter 65-Jährigen zugehörig.

Nach Analyse der Jahre 2005 bis 2008 lässt sich feststellen, dass der hauptsächliche Anteil der Erwerbstätigen durchgängig von der Altersgruppe der 25- bis unter 50-Jährigen gedeckt wird, der Trend hierzu allerdings rückläufig ist.

Bildeten die 25- bis unter 50-Jährigen 2005 noch 64 % der Erwerbstätigen, so waren es im Jahr 2008 nur noch 58 %. Dementgegen steht eine positive Entwicklung der Gruppe der 15- bis unter 25-Jährigen, durch welche die Verdrängung der mittleren Altersgruppe geschah. Diese bildete zu Beginn der Befragung noch einen Anteil von 28 %, stellte zuletzt jedoch bereits 33 % der Erwerbstätigen. Die 50- bis unter 65-Jährigen blieben dagegen konstant bei einem Anteil von 8 % (2005) bis 9 % (2008).

Abb. 1 **Erwerbstätige in Brandenburg 2005 bis 2008**

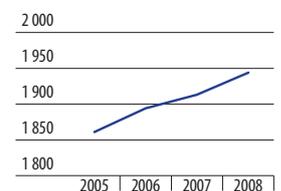


Abb. 2 **Erwerbslose in Brandenburg 2005 bis 2008**

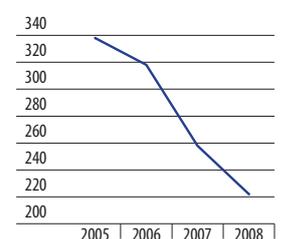


Abb. 3 Erwerbstätige in Brandenburg 2005 bis 2008 nach Altersgruppen

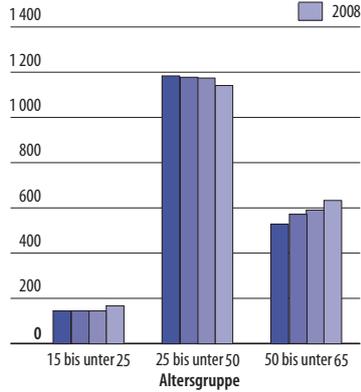
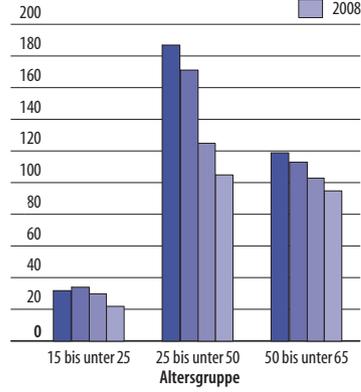


Abb. 4 Erwerbslose in Brandenburg 2005 bis 2008 nach Altersgruppen



Einen ähnlichen Verlauf zeigte allerdings auch die Entwicklung der Erwerbslosigkeit. Auch diese Gruppe wird dominiert von der Altersgruppe der 25- bis unter 50-Jährigen. Diese Dominanz stellt sich aber auch hier als rückläufig heraus: Sind 2005 noch 56 % aller Erwerbslosen zwischen 25 und 49 Jahren, so verringerte sich dieser Anteil im Laufe der Betrachtung um 9 Prozentpunkte.

Anders als bei der Erwerbstätigkeit geschieht der prozentuale Anstieg bei der Gruppe der 50- bis unter 65-Jährigen. Diese gerieten im betreffenden Zeitraum häufiger in die Erwerbslosigkeit. Bildeten sie anfänglich lediglich 35 % der Erwerbslosen, so waren 2008 schon 43 % aller Erwerbslosen aus dieser Altersgruppe; die 15- bis unter 25-Jährigen bilden mit relativ konstanten 9 % bis 10 % das Schlusslicht.

Der Erwerbsstatus innerhalb der Altersgruppen

Betrachtung der 15- bis unter 25-Jährigen

Für diese Altersgruppe zeichnet sich ein positiver Trend ab. Bereits 2005 lag die Erwerbstätigenquote hier bei 40 %. Der Anteil der Nichterwerbspersonen lag insgesamt zwar bei 52 %, da der Großteil dieser mit 50 % aber zu den sonstigen Nichterwerbsperso-

nen zählte, ist anzunehmen, dass es sich hier vorwiegend um Schüler und Studenten handelt. Nur 9 % der Befragten in dieser Altersspanne waren 2005 tatsächlich erwerbslos. Während die Erwerbstätigenrate innerhalb der vier Jahre um 6 Prozentpunkte stieg, also insgesamt auf 46 %, sanken die Quoten in allen anderen Bereichen. So sank die Zahl der Erwerbslosen von 9 % auf 6 %, die Zahl der Nichterwerbspersonen verringerte sich um 4 Prozentpunkte, also auf insgesamt 48 %.

Betrachtung der 25- bis unter 50-Jährigen

Auch hier spiegelt sich der allgemeine Trend wider: So findet sich in dieser Altersgruppe mit ganzen 80 % die höchste Erwerbstätigenquote. Diese stieg sogar noch im Betrachtungszeitraum um weitere 6 Prozentpunkte auf 86 % im Jahr 2008. Im Gegenzug verringerte sich der Anteil der Erwerbslosen bis 2008 im Vergleich zu 2005 um 5 Prozentpunkte auf letztlich 8 %. Der Anteil der Nichterwerbspersonen blieb hingegen relativ konstant zwischen 7 % zu Beginn der Befragung und 6 % im Jahr 2008.

Betrachtung der 50- bis unter 65-Jährigen

Selbst in der Gruppe der 50- bis unter 65-Jährigen ist die allgemeine Entwicklung sichtbar: So stieg auch hier die Anzahl der Erwerbstätigen kontinuierlich von 54 % zu Beginn auf 63 % zum Ende der Befragung. Die Erwerbslosigkeit ging hingegen nur um 2 Prozentpunkte zurück auf letztlich 10 % im Jahr 2008. Dafür zeichnete sich ein deutlicher Rückgang der Nichterwerbspersonen ab: Zählten 2005 noch 34 % zu den Nichterwerbspersonen, so waren es 2008 nur noch 27 % der 50- bis unter 65-Jährigen. Bei diesen han-

Abb. 5 Erwerbsstatus ... der 15- bis unter 25-Jährigen ...

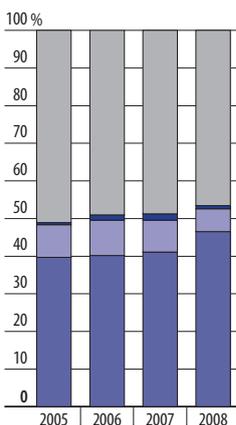


Abb. 6 ... der 25- bis unter 50-Jährigen ...

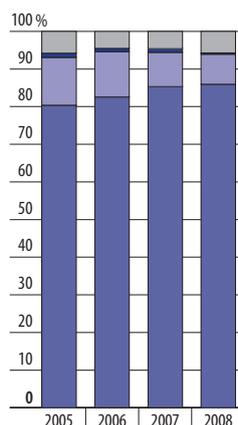


Abb. 7 ... der 50- bis unter 65-Jährigen in Brandenburg 2005 bis 2008

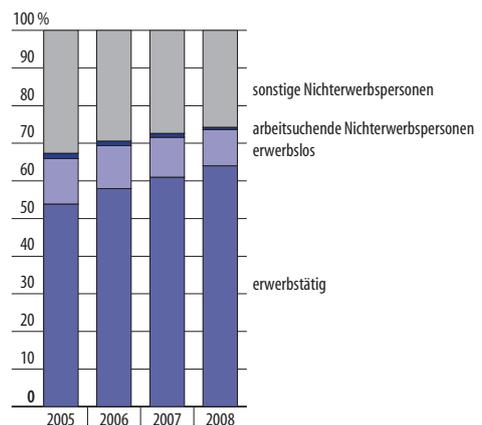
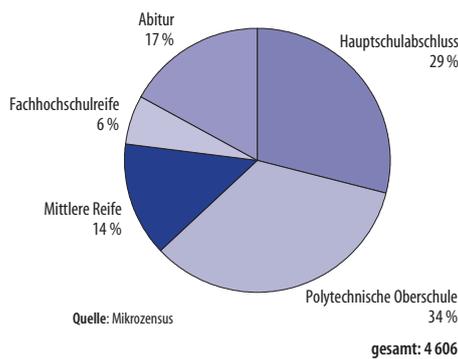


Abb. 8 Schulabschlüsse in Brandenburg im Jahr 2007



delt es sich vorwiegend um Sonstige Nichterwerbspersonen. Es ist zu erwarten, dass es sich hierbei um Rentner und Frührentner handelt. Lediglich 1 % der Nichterwerbspersonen aus dieser Gruppe war arbeitssuchend.

Der Analyse zufolge zeichnet sich also ein kontinuierlicher, positiver Trend in allen Altersstufen ab. Das Problem der Perspektivlosigkeit und der vergeblichen Arbeitssuche scheint in Brandenburg nicht vorherrschend zu sein.

Der Erwerbsstatus unter Beachtung der Schulausbildung

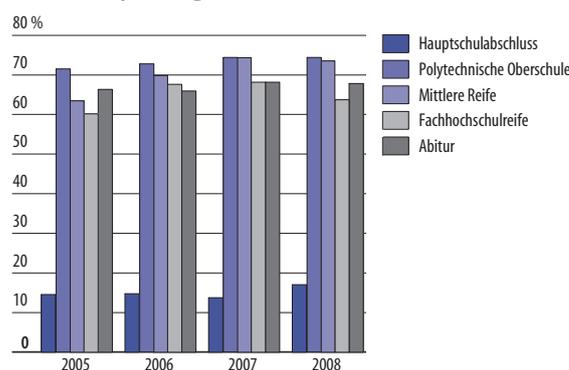
Wie die Analyse der Mikrozensusdaten zeigte, ist es in Brandenburg unüblich, über keinen Schulabschluss zu verfügen; bei lediglich 1 % der betrachteten Personen war ein solcher nicht vorhanden.

Mit ca. 35 % ist der am häufigsten vertretene Schulabschluss in Brandenburg der der Polytechnischen Oberschule der DDR, dicht gefolgt vom Hauptschulabschluss mit etwa 29 %. Hochschulreife haben 17 %, die Mittlere Reife 14 %. Etwa 6 % erreichten die Fachhochschulreife. Die Veränderungen in diesem Bereich sind nur minimal.

Erwerbstätigkeit ohne einen Schulabschluss

Zwischen den Kategorien vorhandener Schulabschluss und fehlender Schulabschluss gibt es deutliche Unterschiede bezüglich der Erwerbstätigkeit. Nur knapp ein Drittel der Personen ohne Schulabschluss waren in dem Betrachtungszeitraum erwerbstätig, wohingegen mehr als die Hälfte der Schulabsolventen zu den Erwerbstätigen gehören.

Abb. 9 Erwerbstätige in Brandenburg 2005 bis 2008 nach dem jeweiligen Schulabschluss



Anfangs machte sich jedoch auch hier die bisher beobachtete positive Entwicklung des Arbeitsmarktes bemerkbar. Waren 2005 noch 30 % der Schulabbrecher erwerbstätig, so konnten 2006 schon 35 % einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Jedoch war diese Entwicklung schon 2007 wieder rückläufig und die Erwerbsquote der Schulabbrecher sank bis 2008 auf nur 20 %.

Die Relevanz eines Schulabschlusses für eine berufliche Zukunft ist damit also trotz aller Aufwärtsbewegungen nicht von der Hand zu weisen.

Erwerbstätigkeit mit einem Schulabschluss

Wie bereits erwähnt, scheint der Schulabschluss förderlich für die berufliche Zukunft zu sein.

Wie sehr die Chancen auf die Erwerbstätigkeit steigen, hängt allerdings auch von der Art des Schulabschlusses ab. Die höchste Erwerbstätigenrate weisen die Absolventen der Polytechnischen Oberschule auf: Knapp drei Viertel aller Befragten aus dieser Gruppe sind erwerbstätig. Weiterhin ist in der Abbildung 9 sehr schnell der deutliche Unterschied zwischen der Erwerbstätigenrate der Hauptschulabsolventen und der der anderen zu erkennen.

Zudem zeichnen sich hier auch andere Entwicklungen ab: So steigt die Erwerbstätigenquote der Absolventen der Polytechnischen Oberschule sowie der Personen mit Mittlerer Reife, Fachhochschul- oder Hochschulreife bis 2007, um im Jahr 2008 einen Einbruch zu erleben. Bei den Hauptschulabsolventen jedoch erfolgt ein solcher schon im Jahr 2007 um knapp 1 Prozentpunkt, erlebt aber im darauffolgenden Jahr einen Anstieg um 2,5 Prozentpunkte auf letztlich 17 %.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass auch die Art des Schulabschlusses von großer Bedeutung ist. Zu groß ist der Unterschied der Erwerbstätigenquoten, um den Zusammenhang zwischen der Schulausbildung und der Erwerbstätigkeit zu leugnen, besonders im Vergleich zwischen dem Abschluss an der Polytechnischen Oberschule der DDR und der Hauptschule. Gerade, dass sich die besonders dominanten Schulabschlüsse so sehr in diesem Punkt unterscheiden, macht die Tragweite der Wahl des richtigen Schulabschlusses deutlich. So scheint es in Brandenburg sehr wohl berufliche Perspektiven zu geben, wenn die nötige Ausbildung vorhanden ist.

Der Erwerbsstatus in Verbindung mit dem Berufsabschluss

Eine nicht unwesentliche Rolle spielt im Bereich der Betrachtung des Erwerbslebens der Brandenburger natürlich auch die berufliche Ausbildung. Obwohl der Großteil offensichtlich auch über einen Berufsabschluss verfügt, ist er dennoch scheinbar unüblicher als der Schulabschluss – allerdings mit einer leicht positiven Entwicklung: 78 % aller Brandenburger hatten bereits 2005 einen Berufsabschluss. Dementgegen standen 22 % der Befragten, die über keinerlei berufliche Abschlüsse verfügten. Dieses Verhältnis verschob sich im Laufe der Mikrozensusanalyse allerdings kontinuierlich, sodass bereits im Endjahr der Betrachtung schon 83 % einen Berufsabschluss hatten; allein 17 % waren zu diesem Zeitpunkt noch ohne einen solchen.

Erwerbstätigkeit ohne einen Berufsabschluss

Ähnlich wie das Fehlen des Schulabschlusses bereitet auch die mangelnde Berufsausbildung Probleme bei der Arbeitssuche. Zu Beginn der Betrachtung hatten

es nur 26 % der Personen ohne Berufsabschluss geschafft, eine Erwerbstätigkeit zu finden. Trotzdem scheint sich die allgemeine, bisher beobachtete positive Entwicklung auch innerhalb dieser Personengruppe bemerkbar zu machen: Der Anteil der Erwerbstätigen stieg bis 2008 um 4 Prozentpunkte.

Konstant hielt sich der Anteil der Erwerbs-

losen bei 7 %. Der Anteil der Nichterwerbspersonen sank von 67 % auf 63 %. Von Bedeutung ist hier aber sicherlich die Zusammensetzung der Nichterwerbspersonen. Nur 2 % zählen hierbei zu den arbeitssuchenden Nichterwerbspersonen. Zusammengefasst mit den Erwerbslosen lässt sich also sagen, dass trotz fehlenden Berufsabschlusses nur 9 % auf Arbeitssuche sind.

Betrachtet man im Gegenzug die Gruppe der Personen mit einem Berufsabschluss, so ist festzustellen, dass es deutliche Unterschiede gibt: Durchgängig gehen hier knapp 60 % einer Erwerbstätigkeit nach. Im Schnitt waren 10 % auf Arbeitssuche, davon zählten durchschnittlich 9 % zu den Erwerbslosen. Inwieweit also ein Berufsabschluss tatsächlich mit der Arbeitssuche korreliert, bleibt nach dieser Analyse unklar. Möglich sind auch gesundheitliche Aspekte, die eine berufliche Ausbildung von vornherein ausschließen. Fakt ist aufgrund der Datenlage, dass die Erwerbslosenquote bei Personen ohne einen Berufsabschluss geringer ist.

Erwerbstätigkeit mit einem Berufsabschluss

Wie bereits erwähnt, liegt die Erwerbstätigenquote bei Personen mit einem Berufsabschluss wesentlich höher. Die allgemeine positive Entwicklung wirkt sich hier ebenso aus. In den vier Jahren stieg die Erwerbstätigenquote um 3 Prozentpunkte auf 59 %. Die Zahl der Nichterwerbspersonen lag bis 2007 bei 33 % und stieg im Jahr 2008 noch einmal um 1 Prozentpunkt. Der Anteil der Erwerbslosen sank in dieser Zeit von 11 % auf 7 %, deckte sich also zum Ende mit der Erwerbslosenrate von Personen ohne Berufsausbildung.

Verteilung der Abschlüsse

Da in den Jahren nur recht geringe Veränderungen in der prozentualen Besetzung und vor allen Dingen hinsichtlich der Verhältnisse der Zusammensetzung der Berufsabschlüsse festzustellen sind, wird hier beispielhaft die Zusammensetzung aus dem Jahr 2007 betrachtet.

Die bei den Brandenburgern häufigste Berufsausbildung ist, mit zwei Dritteln aller Berufsabschlüsse, demnach der Abschluss einer Lehrausbildung (65 %), gefolgt vom Abschluss der Fachschule der DDR und dem Fachschulabschluss mit jeweils 9 %. Mit jeweils 7 % zählt zudem der Abschluss einer Universität und der Fachhochschulabschluss zu den gängigen Berufsabschlüssen.

Kaum verbreitet sind dagegen das Berufsvorbereitungsjahr, die Promotion und der Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung als höchster Berufsabschluss mit einem Anteil jeweils unter 1 %.

Erwerbsstatus innerhalb der Abschlüsse – Erwerbstätigkeit

Natürlich gibt es auch unter den Berufsabschlüssen Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung, die im Folgenden betrachtet werden. So finden wir den höchsten Anteil an Erwerbstätigen unter den Absolventen der Verwaltungsfachhochschule. Dieser Umstand ändert sich jedoch temporär im Jahr 2007 nach der Einführung der zusätzlichen Auswahl. Kurzfristig sind in diesem Jahr 94 % aller Absolventen des Vorbereitungsdienstes für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung erwerbstätig, im darauffolgenden Jahr sind es nur noch 76 %. Bis dahin und auch nachfolgend nimmt der Anteil der er-

Abb. 10 **Entwicklung der Berufsabschlüsse 2005 bis 2008**

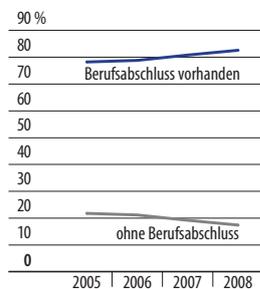
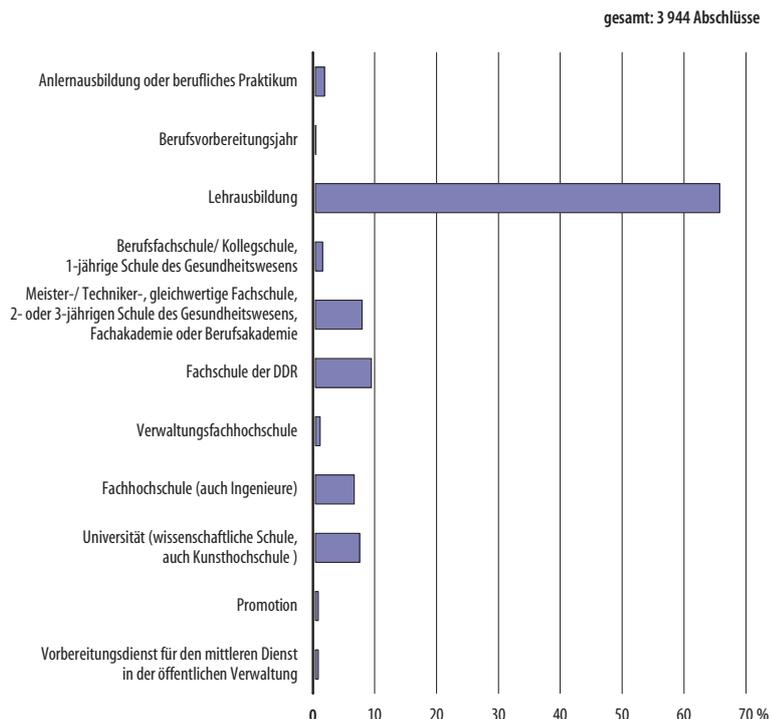


Abb. 11 **Verteilung der Berufsabschlüsse in Brandenburg im Jahr 2007**



Quelle: Mikrozensus

Abb. 12 **Erwerbstätigkeit in Brandenburg 2005 bis 2008 nach dem höchsten beruflichen Abschluss**

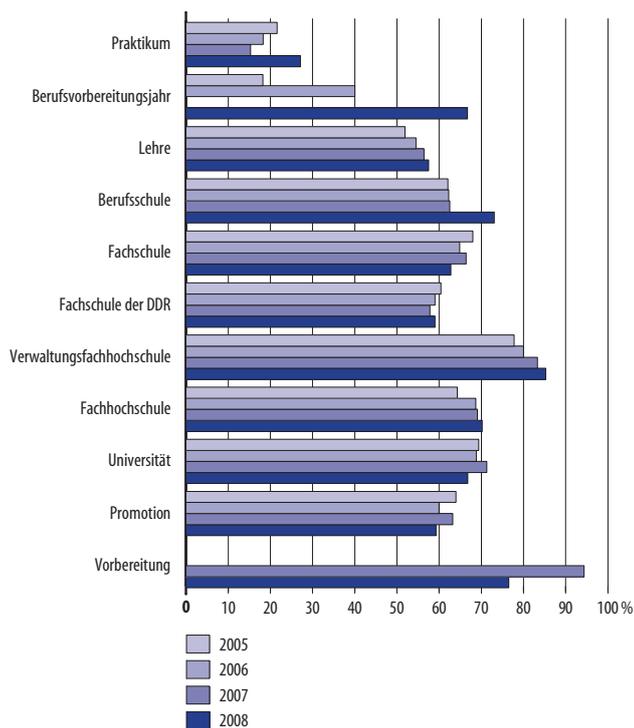
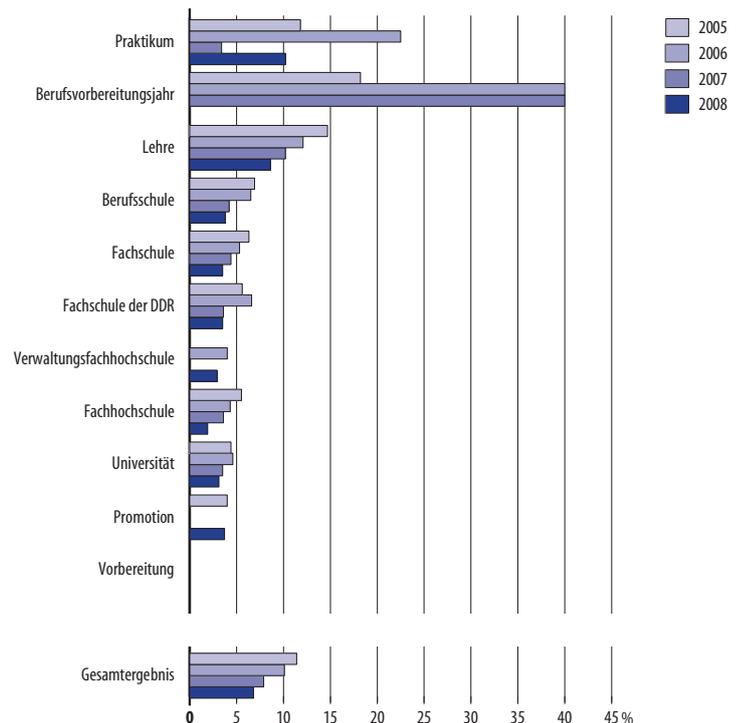


Abb. 13 **Erwerbslosigkeit in Brandenburg 2005 bis 2008 nach dem höchsten beruflichen Abschluss**



werbstätigen Verwaltungsfachhochschulabsolventen zu und macht zuletzt im Jahr 2008 ganze 85 % aus.

Besonders gute Aussichten gibt es auch für die Absolventen der Universität und der Fachhochschule: Knapp zwei Drittel sind hier erwerbstätig. Zudem scheint sich ein steigender Trend bei den Fachhochschulabsolventen anzudeuten. Hier konnte sich die Erwerbstätigenquote von anfänglich 65 % kontinuierlich um 5 Prozentpunkte steigern, anders bei den Universitätsabsolventen: Hier alterniert der Anteil der Erwerbstätigen um die 70 %, findet allerdings 2008 sein vorläufiges Minimum bei 67 %.

Auch beim Großteil der anderen Absolventen sind über alle Jahre mehr als 50 % erwerbstätig. Die Absolventen der Lehrausbildung erreichen diese zwar mit 52 % nur knapp, können aber 2008 einen Anteil von 57 % an Erwerbstätigen vorweisen.

Erwerbsstatus innerhalb der Abschlüsse – Erwerbslosigkeit

Um genauere Aussagen über den Erfolg eines jeweiligen Berufsabschlusses auf dem Arbeitsmarkt treffen zu können, ist es ebenso notwendig, die Erwerbslosen zu betrachten. Wie der Abbildung 13 zu entnehmen ist, liegen die Erwerbslosenraten erfreulicherweise unter 45 %. Aufgrund der teilweise sehr detaillierten Untergliederung der Ausbildungsarten sind die Fallzahlen gering (teilweise knapp über 10), was einen größeren Stichprobenfehler verursacht. Die niedrigste Erwerbslosenrate findet sich bei den Absolventen des Vorbereitungsdienstes für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung. Zwar können ohnehin nur die letzten zwei Jahre betrachtet werden, doch gibt es hier keine Erwerbslosen.

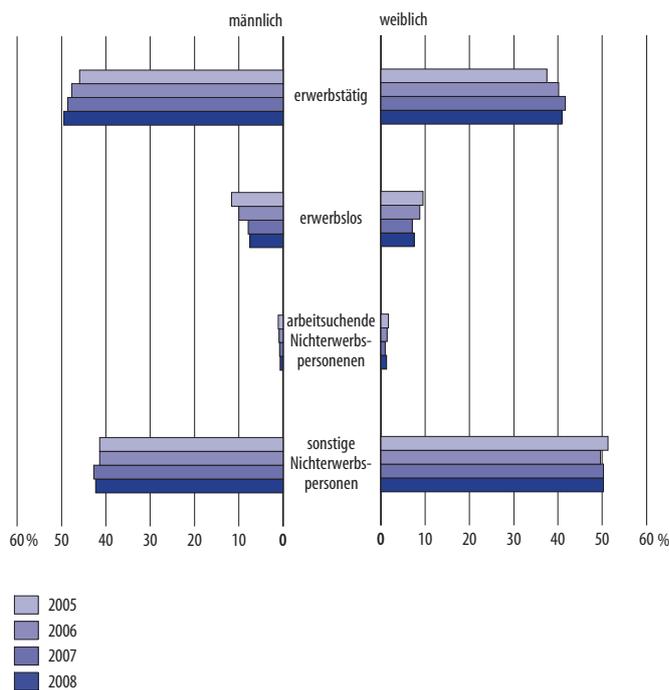
Ähnlich gut sieht es bei den Promovierten aus: Tatsächlich erwerbslos sind hier nur in den Jahren 2005 und 2008 jeweils 4 %, in den anderen Jahren liegt auch hier der Anteil bei 0 %. Gleichrangig muss an dieser Stelle die Gruppe der Absolventen der Verwaltungsfachhochschule genannt werden, diese weisen im Schnitt die gleiche Rate auf: Im Jahr 2005 liegt der Anteil der Erwerbslosen mit diesem Abschluss bei 1 % und steigt im Folgejahr auf 4 %, 2007 sind 0 % erwerbslos, allerdings steigt der Anteil 2008 erneut und befindet sich dann bei 3 %.

Werden diese Ergebnisse mit den vorausgehenden Untersuchungen zur Erwerbstätigkeit verglichen, so lässt sich feststellen, dass die Zukunftsaussichten für Abschlüsse der Verwaltung sehr gut aussehen. Bei der näheren Betrachtung der Promovierten ergibt sich, dass es mit den Erwerbstätigen mit durchschnittlich 61,5 % und den Erwerbslosen mit durchschnittlich 2 % noch eine Differenz von 36,5 Prozentpunkten zu betrachten gilt. Diese wird ausschließlich von den sonstigen Nichterwerbstätigen gedeckt. Betrachtet man diese Untergruppe genauer, so lässt sich zudem feststellen, dass all diese Personen über 65 Jahre alt sind. Es ist also stark davon auszugehen, dass es sich hierbei um pensionierte Promovierte handelt.

Zu den Personen mit einer durchgängigen Erwerbslosenrate unter 5 % zählen auch die Absolventen der Universität. Im Laufe der Betrachtung stieg sie im Jahr 2006 zwar um 0,5 Prozentpunkte auf insgesamt 4,5 % leicht an, fiel allerdings in den folgenden Jahren wieder, sodass 2008 nur 3 % der Absolventen einer Universität erwerbslos waren.

Das Studium scheint also der Mühe wert und eröffnet Perspektiven.

Abb. 14 **Erwerbsstatus der Brandenburger 2005 bis 2008 nach Geschlecht**



Geschlechtsspezifische Betrachtung des Erwerbsstatus im Allgemeinen

Im Zuge dieser Analyse soll die geschlechtsspezifische Betrachtung nicht fehlen, sie liefert im Vergleich optimistische Ergebnisse. Zwar gibt es noch Differenzen zwischen Männern und Frauen, allerdings erfahren beide Gruppen dieselben Entwicklungen.

Bei den Männern lag die Erwerbstätigenrate bei 46 % im Jahr 2005 und stieg bis 2008 um 3 Prozentpunkte. Bei den Frauen war diese Rate zwar geringer, allerdings ist hier vorerst ein stärkerer Anstieg zu erkennen: So stieg der Anteil der erwerbstätigen Frauen von anfänglich 37 % auf vorerst 42 % im dritten Betrachtungsjahr, sank dann allerdings noch einmal um 1 Prozentpunkt, sodass sich eine Gesamtsteigerung von 4 Prozentpunkten ergab. Es kann also eine langsame Annäherung der Erwerbstätigenquote erkannt werden.

Eine vergleichbare Aussage ist auch über die Erwerbslosigkeit zu treffen: Bei den Männern lag der Anteil der Erwerbslosen im Jahr 2005 noch bei 12 %, sank aber kontinuierlich auf 8 %. Die Frauen hingegen hatten 2005 noch eine geringere Erwerbslosenrate als die Männer, diese lag bei 9 %. Sie sank zwar auch durchgehend bis 2007 auf 7 %, stieg aber im Folgejahr noch einmal leicht auf 7,5 %. Eine Annäherung von Männern und Frauen im Bereich des Erwerbslebens ist gegeben.

Autorin: *Katharina Kolo*

Frau Kolo ist Studentin an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus im Fach Wirtschaftsmathematik. Sie absolvierte ein Praktikum im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg am Standort Cottbus.

Schülerleistungen und regionaler Kontext

Eine Zusammenhangsanalyse für Berliner Grundschulen

Zahlreiche Studien der empirischen Bildungsforschung sowie die Ergebnisse internationaler Schulleistungstudien belegen den Zusammenhang zwischen sozialer bzw. kultureller Herkunft und Bildungserfolg. Ein aktueller Bundesländervergleich der Kompetenzen von Neuntklässlern in den Fächern Deutsch und Englisch bzw. Französisch zeigt, dass die Verknüpfung zwischen sozialer Herkunft und sprachlicher Leistungen in Berlin am stärksten ist. Zudem erzielten Schüler mit Migrationshintergrund deutlich schlechtere Ergebnisse als Schüler ohne Migrationshintergrund (Köller et al. 2010). Im Rahmen der empirischen Bildungsforschung wird häufig die Abhängigkeit des Schulerfolgs vom sozioökonomischen und kulturellen Status des Elternhauses thematisiert. Nur in wenigen Studien wird die Verknüpfung zwischen sozialökologischen Merkmalen der Schulumwelt und den Schülerleistungen untersucht. Insbesondere für Grundschulen in Städten, die ihre Schülerschaft ortsnah rekrutieren, erscheint eine derartige Analyse sinnvoll. Davon ausgehend, dass die Struktur und Mischung sozialer und ethnischer Gruppen in

Wohngebieten einen Effekt auf die Bewohner in diesen Gebieten haben, unabhängig von deren individuellen Merkmalen, kann geschlussfolgert werden, dass Einstellungen und Verhalten zur Bildung und zum Lernen durch die Gegebenheiten am Wohnort beeinflusst werden. Entsprechend agieren Schulen je nach Standort unter sehr unterschiedlichen Bedingungen. Ob die Rahmenbedingungen am Schulstandort in einem Zusammenhang mit den Leistungen der Schüler stehen, soll die vorliegende Arbeit zeigen. In Berlin erfolgt die Zuweisung der Schüler an die Grundschulen auf Grundlage von Einschulungsbereichen, sodass die Schülerschaft jeder Schule einem bestimmten Raum, also dem geografisch abgegrenzten Einschulungsbereich, zugeordnet werden kann. Mit Hilfe von Ergebnissen flächendeckender Schulleistungstests und Daten zur Bevölkerungsstruktur auf Ebene der Einschulungsbereiche wird untersucht, ob die Leistungen der Schüler an den einzelnen Schulen mit den sozialstrukturellen und kulturellen Gegebenheiten der Schulumgebung in systematischem Zusammenhang stehen.

Die Bedeutung des räumlichen Kontextes für die Schulleistungen

Nach den Erkenntnissen der Stadtforschung vollzieht sich in den Städten eine Sortierung der Bevölkerung aufgrund von materiellen Barrieren sowie sozialen und kulturellen Diskriminierungen, woraus sich eine räumliche Ungleichverteilung von Bevölkerungsgruppen im Stadtgebiet ergibt. Ausgehend von den Nachbarschaftstheorien resultieren daraus sehr unterschiedliche Wohnumwelten, die insbesondere für Kinder und Jugendliche Entwicklungschancen eröffnen oder begrenzen (Häußermann 2003).

Wird von ortsnahen Einzugsgebieten der Schulen ausgegangen, ist die soziale und kulturelle Bevölkerungsstruktur der Schulumgebung bestimmend für die Zusammensetzung der Schülerschaft. Entsprechend spiegelt sich in der Komposition der Schüler die soziale, kulturelle und auch bildungsspezifische Struktur der Elternschaft und unterschiedlicher Nachbarschaftskulturen wider. Die Merkmale der Elternschaft werden also über die Kinder in die Schule „hineingetragen“ und prägen die Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen die Arbeit der Schulen stattfindet.

Aus der räumlichen Ungleichverteilung von Bevölkerungsgruppen in den Städten nach sozialen und kulturellen Gesichtspunkten resultiert demnach die räumlich unterschiedliche soziale und kulturelle Zusammensetzung der Schüler einer Schule. Diese soziale und kulturelle Segregation wird verstärkt durch die gezielte Vermeidung und Wahl von Schulen durch bildungsbewusste Eltern. In den entsprechenden Wohngebieten kann so die Konzentration der benachteiligten Schüler an den Schulen deutlich höher sein als die Konzentration der benachteiligten Bevölkerungsgruppe im Wohngebiet an sich.

Die Komposition der Schülerschaft einer Schule gestaltet sich also je nach Standort sehr unterschiedlich. Entsprechend den Befunden der empirischen Bildungsforschung ist die Klassen- bzw. Schulkomposition maßgeblich für den Schulerfolg des einzelnen Schülers (vgl. z.B. Schümer 2004). Darüber hinaus konnte in einigen Studien gezeigt werden, dass ein Teil der Leistungsvarianz von Schülern auf wirtschaftliche, ethnische und soziale Bedingungen in der Schulumgebung zurückzuführen ist (vgl. Baumert et al. 2005; Bonsen et al. 2009).

Schülerleistungen sollten daher nicht losgelöst vom sozioökonomischen Umfeld einer Schule interpretiert werden, der regionale Kontext muss berücksichtigt werden.

Vor dem Hintergrund der Nachbarschaftstheorien und den Befunden der Bildungsforschung soll untersucht werden, ob auch für Berliner Grundschüler kontextabhängige Leistungsunterschiede festzustellen sind. Als Kontext wird in diesem Zusammenhang der Einschulungsbereich einer Grundschule verstanden, da die Schüler aus diesem in die Grundschulen rekrutiert werden. Für die Untersuchung werden Daten der amtlichen Regionalstatistik zur sozioökonomischen und demografischen Bevölkerungsstruktur aggregiert auf die Ebene der Einschulungsbereiche. Zudem werden die Ergebnisse der flächendeckenden Lernstandserhebung im dritten Jahrgang (VERA 3) des Schuljahres 2008/09 zur Messung der Schülerleistungen in den einzelnen Grundschulen genutzt.

Aus den vorgestellten theoretischen Überlegungen und den bisherigen Befunden der Bildungsforschung werden folgende Hypothesen abgeleitet:

1. In sozial benachteiligten Gebieten, also Einschulungsbereichen mit einer höheren Quote an Sozialleistungsempfängern, sind die Schülerleistungen an den sich dort befindenden Grundschulen schlechter als in Gebieten mit geringerer Hilfeempfängerquote.
2. In Einschulungsbereichen mit höheren Anteilen an privilegierten Bevölkerungsmitgliedern zeichnen sich die Grundschulen durch bessere durchschnittliche Schülerleistungen aus.
3. Grundschulen in Einschulungsbereichen mit hoher Konzentration von Minoritäten weisen schlechtere durchschnittliche Leistungen auf als Grundschulen in Einschulungsbereichen mit niedrigerer Konzentration:
 - a. Je nach Herkunftsland der Migranten haben deren Anteile an der Gesamtbevölkerung im Einschulungsbereich einen positiven oder einen starken bzw. schwachen negativen statistischen Effekt auf die Leistungen der Schüler in den Grundschulen der jeweiligen Einschulungsbereiche.
 - b. Je nach „Zuwanderungsgeneration“ wirkt sich die höhere Präsenz von Personen mit Migrationshintergrund im Einschulungsbereich in starkem oder weniger starkem Maße auf die Schülerleistungen in den ansässigen Grundschulen aus.
4. In Einschulungsbereichen mit schlechterer Wohnqualität erzielen die Schüler in den dort vorhandenen Grundschulen, aufgrund der vermuteten geringeren Präsenz von privilegierten Bevölkerungsgruppen, im Durchschnitt schlechtere Leistungen als in Einschulungsbereichen mit besserer Wohnqualität.
5. In Einschulungsbereichen mit höherer residenteller Stabilität schneiden die Schüler in den sich

dort befindenden Grundschulen besser ab als in Einschulungsbereichen mit starker Bevölkerungsfuktuation.

Analyseebene

Das Konzept der Nachbarschaftsforschung wird in dieser Arbeit auf den Einschulungsbereich einer Grundschule übertragen.

Der Einschulungsbereich ist die naheliegende Einheit zur Erfassung sozialer Kontexte für die Arbeit von Schulen. Insbesondere dann, wenn Schulkinder über ihre Adresse einer bestimmten – in der Regel der nächstgelegenen – Grundschule zugewiesen werden, wie dies in Berlin der Fall ist. Hintergrund ist das Anliegen, Grundschulern kurze Schulwege zu sichern und sie in ihrem sozialen Umfeld zu belassen. Dazu werden Straßenzüge oder Wohnquartiere, die eine geografische Einheit bilden, den einzelnen Grundschulen zugeordnet. Die resultierenden Einschulungsbereiche decken sich häufig mit den sozialen Kontexten wie den sozialen Netzwerken der Elternschaft. Da Spezialschulen überregional rekrutieren, ist es sinnvoll, Sonder- und Privatschulen aus der Analyse auszuschließen.

Für das Schuljahr 2008/2009 wurden in Berlin insgesamt 339 Einschulungsbereiche festgelegt. Dem überwiegenden Teil der Einschulungsbereiche ist jeweils eine Grundschule zugewiesen, einigen zwei. Eine Ausnahme bildet der Bezirk Mitte: Hier befinden sich in einem Einschulungsbereich bis zu sechs Grundschulen.

Sieben Einschulungsbereiche wurden aus der Betrachtung ausgeschlossen, da eine Zuordnung der statistischen Daten aus dem Einwohnerregister nicht möglich war. Zudem wurden zwei weitere Bereiche ausgeschlossen, da für die entsprechenden Schulen keine Schülerleistungsdaten für das Schuljahr 2008/2009 vorliegen. Es verbleiben 330 Einschulungsbereiche mit insgesamt 370 Grundschulen¹ für die Analyse.

Die Charakterisierung der Einschulungsbereiche erfolgt anhand von Daten aus dem Einwohnerregister und von der Bundesagentur für Arbeit. Die Schülerleistungen der einzelnen Schulen werden anhand der Ergebnisse der Vergleichsarbeiten, die von allen Drittklässlern in öffentlichen Grundschulen bearbeitet wurden (VERA 3), gemessen.

Aufgrund der Einschulungsbereiche, die jeweils mehrere Schulen einschließen, soll die Zusammenhangsanalyse zwischen den Schülerleistungen und den Indikatoren zur Bevölkerungsstruktur auf Ebene der Grundschulen und nicht auf Ebene der Einschulungsbereiche erfolgen.

Daten

In diesem Abschnitt wird die Operationalisierung der Variablen beschrieben. Da die Bevölkerungsstruktur im Ostteil Berlins deutlich von der im Westteil abweicht, wird die Verteilung der vorliegenden Merkmale für beide Teile getrennt dargestellt. Dazu wurden die einzelnen Einschulungsbereiche anhand des ehemaligen Mauerverlaufs dem Ost- bzw. Westteil der Stadt zugeordnet. Die östliche Region setzt sich damit aus 100 Einschulungsbereichen, die westliche aus 230 zusammen.

¹ Von den 394 teilnahmeverpflichteten Grundschulen wurden 24 aus der Analyse ausgeschlossen, da für diese keine

Schülerleistungen vorlagen. Es handelt sich hierbei überwiegend um Sonderschulen.

Abb. 1 Anteil der Berliner Grundschulen nach durchschnittlicher Lösungshäufigkeit im Fach Deutsch des Schuljahres 2008/2009

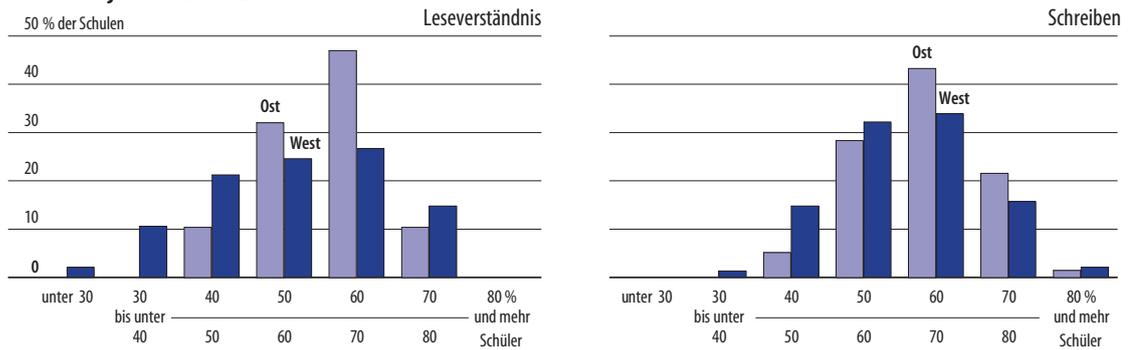
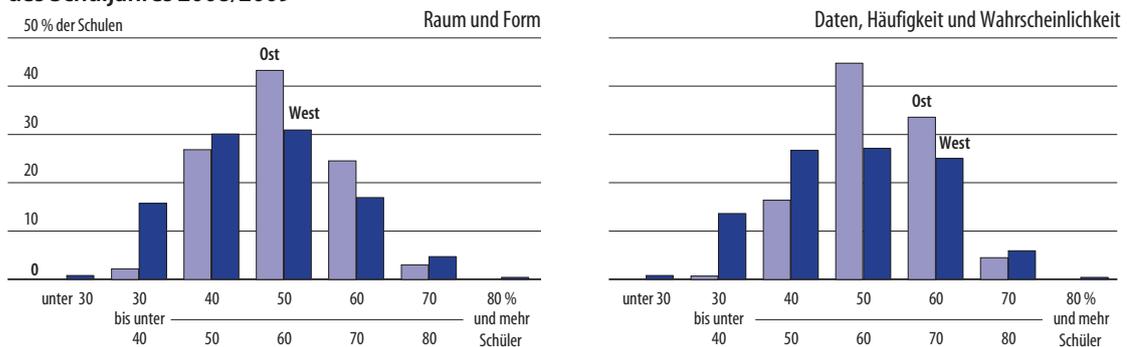


Abb. 2 Anteil der Berliner Grundschulen nach durchschnittlicher Lösungshäufigkeit im Fach Mathematik des Schuljahres 2008/2009



Beschreibung der zu erklärenden Variablen

Zur Messung der Schülerleistungen, als in der Analyse zu erklärende Größe, werden die Ergebnisse der Lernstandserhebungen (VERA 3) genutzt. Es liegen die Lösungshäufigkeiten für die Testbereiche im Fach Deutsch (Leseverständnis und Schreiben) und die Testbereiche im Fach Mathematik (Raum und Form und Daten, Häufigkeit und Wahrscheinlichkeit) vor.

Wie aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur im Ost- und Westteil Berlins zu erwarten war, weicht die Verteilung der Lösungshäufigkeiten in den einzelnen Schulen des Ostteils von der Verteilung im Westteil ab (Abbildung 1). Im Fach Deutsch schnitten die Schulen in der östlichen Region besser ab als die Schulen im Westteil der Stadt. In beiden Testbereichen erreichte deutlich mehr als die Hälfte (für den Bereich Schreiben sogar zwei Drittel) der Schulen im Osten eine durchschnittliche Lösungshäufigkeit von mindestens 60 %. Im Westen dagegen überwogen Schulen deutlich, die im Bereich Leseverständnis eine durchschnittliche Lösungshäufigkeit unter 60 % erreichten, im Bereich Schreiben traf dies auf fast die Hälfte aller Schulen zu. Auch anhand der Mittelwerte wird deutlich, dass der Ostteil in beiden Testbereichen im Mittel besser abschnitt als der Westteil Berlins. Die Spannweite der Lösungshäufigkeiten war im westlichen Berlin größer als im Osten. Anders als im östlichen Teil gab es im Westen Schulen, deren Schülerschaft im Fach Deutsch durchschnittlich nur bis zu 40 % der Aufgaben richtig gelöst hatte (Tabelle 1).

Bei Betrachtung der Anteile der Schulen, deren Schülerschaft im Durchschnitt über 70 % der Aufgaben richtig gelöst hat, wird deutlich, dass im Bereich Leseverständnis die westliche Region besser

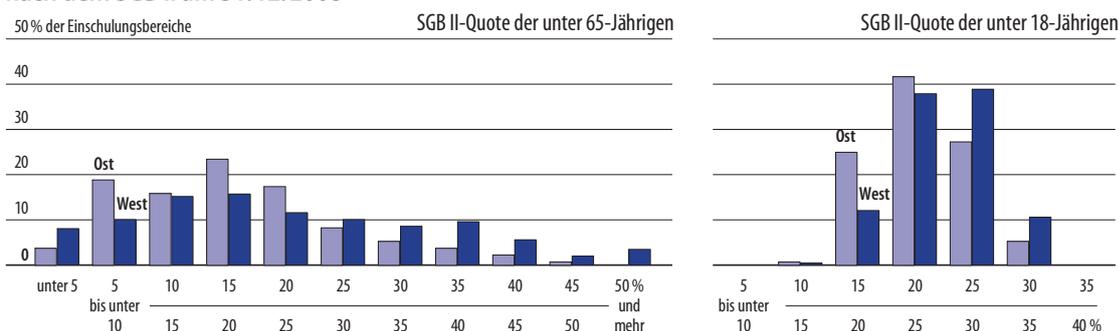
abschnitt, während es im Bereich Schreiben im Ostteil anteilig mehr Schulen gab, deren Schülerschaft sich auf sehr hohem Leistungsniveau befand (Abbildung 1).

Auch in den beiden mathematischen Testbereichen erreichten die Schulen in der östlichen Region bessere Leistungen als in der westlichen. Allerdings gab es hier deutliche Niveauunterschiede zwischen den beiden Testbereichen. Im Bereich Raum und Form schnitten beide Regionen schlechter ab als im Bereich Daten, Häufigkeit und Wahrscheinlichkeit. Für den Testbereich Raum und Form erreichten mehr als zwei Drittel der Schulen im Ostteil der Stadt eine durchschnittliche Lösungshäufigkeit von mehr als 50 %, im Westteil traf dies nur auf etwas mehr als die Hälfte der Schulen zu (Abbildung 2). Im zweiten mathematischen Testbereich Daten, Häufigkeit und Wahrscheinlichkeit schafften es mehr als 80 % der Schulen im Ostteil, ein Niveau von 50 % durchschnittlicher Lösungshäufigkeiten zu überschreiten, im Westteil währenddessen weniger als 60 % (Abbildung 2). Auch hier wird anhand der Mittelwerte, die im Osten größer ausfielen als im Westen, das bessere durchschnittliche Abschneiden der Schulen im Ostteil deutlich. Wie in den Bereichen des Faches Deutsch war auch im Fach Mathematik die Spannweite der erreichten durchschnittlichen Leistungen im westlichen Berlin größer als im östlichen. In beiden mathematischen Testbereichen gab es in der westlichen Region sowohl Schulen, deren Schüler im Durchschnitt nicht mehr als 30 % der Aufgaben richtig gelöst haben, als auch Schulen, die ein Niveau von über 80 % der Lösungshäufigkeiten erreichen konnten. Im Ostteil war dies nicht der Fall (Tabelle 1).

Tab. 1 **Streuungsmaße der Berliner Grundschulen nach durchschnittlicher Lösungshäufigkeit im Schuljahr 2008/2009**

Testbereich	Minimum	Maximum	Mittelwert	Standardabweichung	Minimum	Maximum	Mittelwert	Standardabweichung
	Ost				West			
Lesen	44,5	79,9	61,0	8,0	27,2	79,7	55,8	12,5
Schreiben	43,5	83,9	63,7	8,2	34,9	83,5	60,4	10,0
Raum und Form	37,4	78,0	54,9	7,9	26,9	83,7	51,4	10,7
Daten, Häufigkeit und Wahrscheinlichkeit...	39,7	75,2	57,4	7,3	27,5	83,3	52,9	11,3

Abb. 3 **Verteilung der Personen in den Berliner Einschulungsbereichen in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II am 31.12.2008**



Beschreibung der Regressoren und theoretischer Bezugsrahmen

Um den regionalen Kontext charakterisieren zu können, wurden die Anteile folgender Merkmale berechnet und auf die Ebene der Einschulungsbereiche aggregiert: Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund, Adressen in einfacher Wohnlage, Personen mit einer Wohndauer von mindestens fünf Jahren sowie Daten von der Bundesagentur für Arbeit zu den Leistungsempfängern nach dem SGB II, davon Erwachsene, Kinder, Alleinerziehende.

Indikator zur Messung der sozialen Benachteiligung Leistungsempfänger nach dem SGB II

Die Quote der Leistungsempfänger nach dem SGB II wird häufig als Indikator für soziale Problemlagen oder Armut in einer Region genutzt. Eine hohe Konzentration von Sozialleistungsempfängern im Wohnumfeld von Kindern und Jugendlichen kann als Indikator für Berufs- und Beschäftigungsaussichten interpretiert werden.

Bei Leistungen nach dem SGB II (häufig als „Hartz IV“ bezeichnet) handelt es sich um einheitliche feste Regelsätze, die ein „soziokulturelles Existenzminimum“ sichern sollen. Einen Anspruch haben Personen unter 65 Jahren, die über kein ausreichendes Einkommen bzw. Vermögen zur Sicherung ihres materiellen Lebensunterhaltes verfügen. Die Höhe der Leistungen ist standardisiert und wurde bemessen an den Ausgaben der unteren Einkommensgruppen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Insofern befinden sich Leistungsempfänger nach dem SGB II am unteren Verteilungsrand der Gesellschaft (Sozialstrukturatlas 2008: 166), damit ist der

Leistungsbezug ein Indikator relativer Einkommensarmut (vgl. Bömermann et al. 2009).

In allen Einschulungsbereichen gibt es Leistungsempfänger nach dem SGB II. Im Ostteil Berlins liegt die Empfängerquote zwischen 3 % und 48 %, im Westteil zwischen 2 % und 55 % (siehe Tabelle 2). Es gibt also sowohl im Ost- als auch im Westteil der Stadt Einschulungsbereiche, in denen etwa die Hälfte der unter 65-Jährigen Hartz IV-Leistungen empfangen.

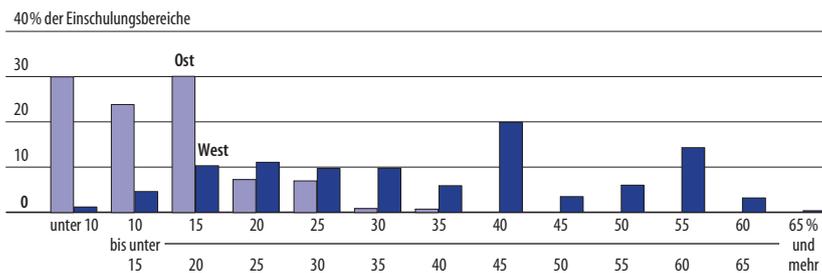
Die Verteilung der Leistungsempfängerquote ist im Osten Berlins anders als im Westen. Während im Ostteil in etwa 20 % der Einschulungsbereiche mehr als ein Viertel der Bevölkerung in Bedarfsgemeinschaften lebt, ist dies im Westen bei 40 % der Einschulungsbereiche der Fall (Abbildung 3).

Auch die Verteilung der Kinder in Bedarfsgemeinschaften weicht im Osten von der Verteilung im Westen ab, dort lebt in etwas mehr als 30 % der Einschulungsbereiche mindestens ein Viertel aller Minderjährigen in Bedarfsgemeinschaften. Im Westen trifft dies sogar auf nahezu 50 % der Einschulungsbereiche zu (Abbildung 3).

Wie in Tabelle 2 (Seite 86) ersichtlich, liegt in beiden Regionen in allen Einschulungsbereichen die minimale Quote der unter 18-jährigen Leistungsempfänger bei rund 15 %. Die durchschnittliche Quote liegt im Osten bei 23 %, im Westen bei 25 % und ist damit höher als die Empfängerquote unter den Erwachsenen (18- bis 65-Jährigen) mit 17 % im Ostteil und 22 % im Westteil.

Die Zahl der Haushalte mit Alleinerziehenden und deren Kindern unter 18 Jahren ist in Berlin im gesamtdeutschen Vergleich mit 7,4 % besonders hoch (AFS, ISQ 2008: 31). Alleinerziehend zu sein, ist häufig mit ökonomischen Problemen verbunden und ver-

Abb. 4 **Personen mit Migrationshintergrund in den Berliner Einschulungsbereichen am 31.12.2008**



langt zudem vom verantwortlichen Elternteil eine besondere Organisationsleistung, was sich auf die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder niederschlagen kann. Faktoren wie die Inkonsistenz der Familienstruktur oder mangelnde finanzielle und soziale Absicherung können sich auf den Bildungserfolg der Kinder von Alleinerziehenden auswirken (Böhnisch 2009: 346, Baumert et al. 2005: 331).

Wie Tabelle 2 zeigt, gibt es alleinerziehende Sozialleistungsempfänger in allen Einschulungsbereichen, sowohl im Ost- als auch im Westteil Berlins. Allerdings beträgt deren Anteil in keinem Einschulungsbereich mehr als 7 % und ist somit überall eher gering. Sowohl im Westen als auch im Osten liegt die Quote der alleinerziehenden Leistungsempfänger in weniger als einem Viertel der Einschulungsbereiche über 3 %.

Indikator zur Messung der Konzentration von Minoritäten

Personen mit Migrationshintergrund

Dass die Konzentration von Minoritäten in Wohngebieten einen Risikofaktor hinsichtlich der (schulischen) Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche darstellt, zeigen amerikanische Nachbarschaftsstudien (Chase-Lansdale, Gordon 1996; Halpern-Felsher et al. 1997). In der vorliegenden Arbeit dient als Indikator die Konzentration von Migranten. Für Deutschland liegen keine mit den o. g. Befunden vergleichbaren Ergebnisse der amerikanischen Nachbarschaftsforschung vor. Trotzdem wird häufig davon ausgegangen, dass lokale Migrantenkulturen eine erfolgreiche Bildungskarriere von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien eher erschweren (z. B. Bertram 2003; Esser 2004).

Für Berlin kann die Konzentration von Zuwanderern (als Indikator für ethnische Segregations-tendenzen) in den einzelnen Einschulungsbereichen mithilfe der Daten des Einwohnerregisters berechnet werden. Dort werden sowohl Ausländer als auch Einwohner mit Migrationshintergrund erfasst. Ausländer sind Personen mit ausschließlich ausländischer oder ungeklärter Staatsangehörigkeit bzw. Staatenlose. Einwohner mit Migrationshintergrund sind Deutsche mit Geburtsort im Ausland, mit Einbürgerungs- oder Optionskennzeichen² oder Deutsche unter 18 Jahren ohne eigene Migrationsmerkmale, die bei mindestens einem Elternteil mit Geburtsort im Ausland oder mit Einbürgerungskennzeichen gemeldet sind.

Darüber hinaus kann nach verschiedenen Herkunftsgruppen differenziert werden, die anhand der Staatsangehörigkeit bzw. anhand des Geburts-

landes einer Person oder deren Eltern (sofern diese Person bei den Eltern gemeldet ist) erfasst werden.

Für die vorliegende Analyse wurde die Gruppe der Ausländer und der Personen mit Migrationshintergrund zusammengefasst, da eine getrennte Betrachtung keine abweichenden Ergebnisse erbracht hat. Im Folgenden werden die Bezeichnungen Personen mit Migrationshintergrund bzw. Migrationsgeschichte, Migranten und Zuwanderer synonym verwendet, hiermit sind Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund in ihrer Gesamtheit gemeint.

In Berlin leben in allen Einschulungsbereichen Personen mit Migrationshintergrund. Im Ostteil der Stadt liegt die Quote zwischen 5 % und 36 %, im Westteil zwischen 9 % und 67 % (Tabelle 2). Im Westteil gibt es entsprechend Einschulungsbereiche, in denen mehr als die Hälfte aller Einwohner einen Migrationshintergrund haben. Dies trifft auf fast ein Viertel der Einschulungsbereiche zu. Dagegen liegt die Quote der Zuwanderer im Ostteil Berlins bei dem überwiegenden Teil der Einschulungsbereiche unter 20 % (Abbildung 4).

Die Migranten in Berlin lassen sich nach Herkunftsgruppen differenzieren. Es wurden die Personen mit türkischer, russischer und polnischer Migrationsgeschichte identifiziert, da diese den überwiegenden Anteil der in Berlin lebenden Personen mit Migrationshintergrund ausmachen. Zudem wurden Einwohner mit vietnamesischer Zuwanderungsgeschichte selektiert, da geprüft werden soll, ob deren Präsenz, wie in bisherigen Befunden der Bildungsforschung, in positivem Zusammenhang mit den Schülerleistungen steht. Tabelle 2 zeigt, dass die Migranten türkischer Herkunft im Westteil der Stadt am stärksten repräsentiert sind. Hier gibt es Einschulungsbereiche, in denen die Quote 41 % beträgt. Der durchschnittliche Anteil dieser Zuwanderungsgruppe liegt im Westteil bei 9 %. Deutlich geringer fallen die Quoten der polnischen Zuwanderer in den Einschulungsbereichen der westlichen Region aus; hier beträgt der maximale Anteil polnischer Migranten 10 %. Im Ostteil der Stadt sind die Migrantenquoten im Allgemeinen geringer als im Westteil. Die russischen und polnischen Zuwanderer bilden hier die größten Zuwanderungsgruppen. Der maximale Anteil an russischen Einwanderern beträgt

² Im Inland geborene Kinder ausländischer Eltern erhalten seit Januar 2000 die deutsche Staatsangehörigkeit, sofern ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat. Bis zur Vollendung des 23. Lebens-

jahres müssen die Personen mit Optionsregelung erklären, ob sie diese oder die Staatsangehörigkeit der Eltern führen wollen. In Berlin trifft diese Optionsregelung auf mehr als 50 % der unter 6-Jährigen zu (Amt für Statistik 2008: 35-36).

9 %³, die höchste Quote der polnischen Migranten beträgt 6 %. Die vietnamesischen Migranten sind mit maximal 4 % und durchschnittlich unter 1 % unter den drei betrachteten Zuwanderungsgruppen am geringsten vertreten.

Indikatoren zur Messung der Wohnqualität Wohnlage

Je nach Ressourcenausstattung hat ein Haushalt mehr oder weniger Möglichkeiten bei der Wohnstandortwahl. Reichere Bevölkerungsgruppen sind weniger Beschränkungen ausgesetzt als ärmere. Wohnungspreise und Miethöhen richten sich einerseits nach der Beschaffenheit und Lage der Wohnung, andererseits nach dem sozialen Milieu bzw. Prestige, das mit einem Wohngebiet assoziiert wird.

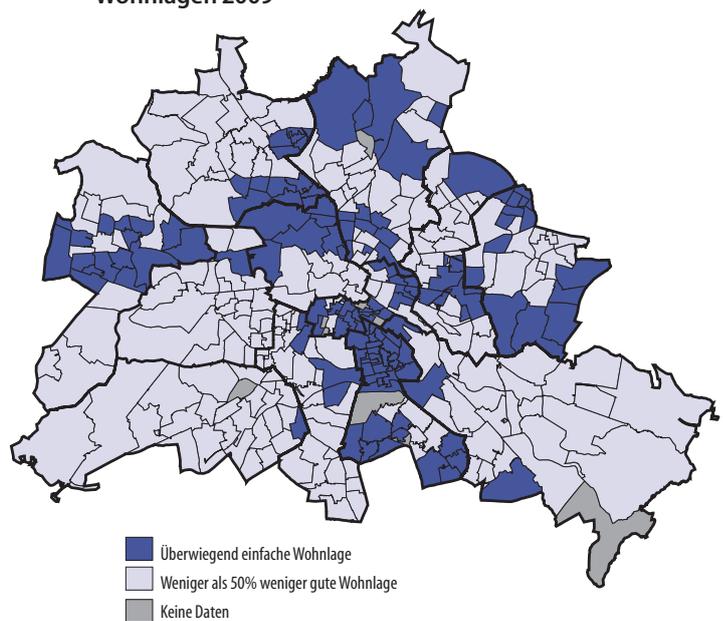
Die Wohnlage ist ein Indikator für die Lagequalität des Wohnumfeldes und wurde auf Grundlage von wissenschaftlichen Untersuchungen, Begehungen und Abstimmungen für alle Adressen in Berlin festgelegt. Die Zuordnung erfolgte nach drei Qualitätsstufen: einfache, mittlere und gute Wohnlage.

Einfache Wohnlagen im inneren Stadtgebiet weisen wenige Grün- und Freiflächen auf, das Straßensbild ist hier überwiegend ungepflegt und/oder die Gebäude befinden sich in schlechtem Zustand. Zudem gibt es starke Beeinträchtigungen von Industrie und Gewerbe. In Stadtrandlagen finden sich einfache Wohnlagen in Gebieten mit erheblich verdichteter Bauweise oder in Gebieten mit offener Bauweise aber schlechtem Gebäudezustand, ungepflegtem Straßensbild, ungünstigen Verkehrsverbindungen und wenigen Einkaufsmöglichkeiten. Gute Wohnlagen dagegen zeichnen sich in den Gebieten des inneren Stadtbereichs durch das Vorhandensein von Grün- und Freiflächen und ein gepflegtes Straßensbild aus. Es gibt einen sehr guten Verkehrsanschluss und gute bis sehr gute Einkaufsmöglichkeiten. Außerdem sind dies Gebiete mit „gutem Image“. In Gebieten mit überwiegend offener Bebauung sind gute Wohnlagen stark durchgrünt, das Wohnumfeld ist gepflegt, der Zustand der Gebäude ist gut und die Verkehrsanbindung normal. Auch hier wird diesen Gebieten ein „gutes Image“ attestiert (www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/mietspiegel/de/wohnlagen.shtml).

Für die Analyse wird der Anteil an Adressen in einfacher Wohnlage im jeweiligen Einschulungsbereich herangezogen. Es wird davon ausgegangen, dass dieses Merkmal als ein Indikator für ein „schlechtes Image“ zu interpretieren ist. Davon wird abgeleitet, dass sich privilegierte Bevölkerungsgruppen von Wohngebieten mit überwiegend einfacher Wohnlage distanzieren, während gleichzeitig Haushalte mit geringer Ressourcenausstattung in derartige Quartiere gelenkt werden.

Entsprechend Tabelle 2 gibt es sowohl im Westen als auch im Ostteil Berlins Einschulungsbereiche, in denen keiner Adresse eine einfache Wohnlage be-

Abb. 5 Verteilung der Berliner Wohnlagen 2009



scheinigt wurde. Es gibt aber auch Einschulungsbereiche, in denen sich alle Adressen in einfacher Wohnlage befinden. Unterscheidet man die Einschulungsbereiche danach, ob sich die überwiegende Zahl der Adressen in einfacher Wohnlage befindet oder nicht, zeigt sich, dass im Ostteil ein Drittel aller Einschulungsbereiche eine überwiegend einfache Wohnlage aufweist, im Westen etwas mehr als 40 %. Die geografische Karte (Abbildung 5) zeigt, dass sowohl im Südosten als auch im Südwesten sowie Nordwesten sich weniger als 50 % der Adressen in einfacher Wohnlage befinden. Dies sind Regionen mit überwiegend mittlerer oder guter Wohnlage bzw. Gebiete ohne betroffenen Wohnraum. Letzteres trifft auf große Teile von Köpenick zu (www.stadtentwicklung.berlin.de).

Einwohnerdichte

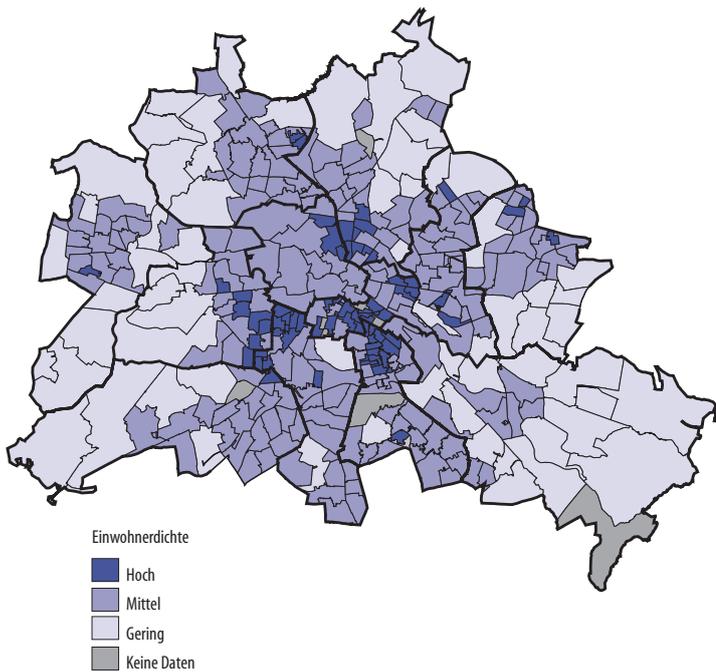
Die Siedlungsdichte dient, wie die Wohnlage, als Maß für die Wohnqualität eines Quartiers. Es wird angenommen, dass eine dichte Besiedlung die Wohnqualität schmälert und die entsprechenden Wohngebiete daher weniger attraktiv erscheinen lässt. Entsprechend finden sich in Regionen mit hoher Siedlungsdichte eher benachteiligte als privilegierte Bevölkerungsgruppen. Die Bevölkerungsdichte soll zudem als Indikator für die regionale Unterscheidung zwischen Innenstadt- und Randregionen dienen.

Wie Tabelle 2 zu entnehmen ist, leben in der östlichen Region im Durchschnitt ca. 79 Einwohner auf einer Fläche von 1 km², im Westen sind es etwa 90 Einwohner. Die Einwohnerdichte weist sowohl im Ostteil als auch im Westteil eine enorme Spannweite auf. Sie variiert im Ostteil zwischen 2,2 und 347,3 Einwohner pro km² und im Westteil zwischen 3,0 und 327,2 Einwohner pro km². Anhand der geografischen Karte (Abbildung 6)⁴ wird deutlich, dass sich die Einschulungsbereiche, die dem oberen Verteilungsrand zuzuordnen sind, überwiegend im Innenstadtbereich befinden. Lediglich in den Bezirken Marzahn-Hellersdorf, Hohenschönhausen und Reinickendorf

³ Russische Aussiedler sind hier nicht enthalten, da diese die deutsche Staatsangehörigkeit haben.

⁴ Für die Kartierung wurden drei Kategorien gebildet, wobei die oberen 20 % der Verteilung als „hoch“, die unteren 20 % als „gering“ und die übrigen 60 % als „mittel“ eingestuft wurden.

Abb. 6 Verteilung der Berliner Einwohnerdichte am 31.12.2008



Tab. 2 Streuungsmaße der Indikatoren

Indikator	Einheit	Minimum	Maximum	Mittelwert	Standardabweichung
Ost					
SGB II-Quote ¹	%	3,1	47,9	18,2	9,5
der Erwachsenen	%	3,0	44,2	16,5	8,2
der unter 18-Jährigen	%	15,0	32,8	23,0	4,3
Alleinerziehende					
SGB II-Leistungsempfänger ¹	%	0,2	6,1	2,3	1,3
Adressen in einfacher Wohnlage	%	0,0	100	35,6	32,8
Einwohner mit Wohndauer					
von mindestens 5 Jahren	%	30,4	83,5	54,7	9,8
Einwohnerdichte	Anzahl/km ²	224	34 730	7 904	6 181
Ausländer und Bevölkerung					
mit Migrationshintergrund	%	5,2	35,8	13,9	6,5
davon					
russisch	%	0,2	9,4	1,3	1,3
polnisch	%	1,1	5,9	2,7	0,9
vietnamesisch	%	0,0	4,3	0,9	0,9
West					
SGB II-Quote ¹	%	2,4	54,3	22,7	13,0
der Erwachsenen	%	2,5	51,6	20,8	11,9
der unter 18-Jährigen	%	15,0	34,5	25,0	4,0
Alleinerziehende					
SGB II-Leistungsempfänger ¹	%	0,2	6,6	2,2	1,2
Adressen in einfacher Wohnlage	%	0,0	100	44,2	40,2
Einwohner mit Wohndauer					
von mindestens 5 Jahren	%	38,0	72,6	58,3	7,2
Einwohnerdichte	Anzahl/km ²	295	32 718	9 005	5 510
Ausländer und Bevölkerung					
mit Migrationshintergrund	%	9,2	67,5	31,7	14,5
davon					
türkisch	%	0,4	40,6	8,9	6,8
polnisch	%	0,8	10,3	3,9	1,5

¹ der unter 65-Jährigen

befinden sich insgesamt sechs Einschulungsbereiche, in denen die Einwohnerdichte sehr hoch ist. Einschulungsbereiche mit geringer Bevölkerungsdichte befinden sich überwiegend in den Berliner Randbezirken. Allerdings sind die südlichen Teile der Bezirke Tempelhof und Neukölln sowie Teile von Steglitz-Zehlendorf, Marzahn-Hellersdorf, Spandau und Reinickendorf dem mittleren Bereich der Verteilung zuzuordnen. Insofern eignet sich die Einwohnerdichte nur bedingt als Indikator für die regionale Unterscheidung in Innenstadt- und Randregionen.

Indikator zur Messung der residentuellen Stabilität
Wohndauer

Ein wesentlicher Befund der amerikanischen Nachbarschaftsforschung ist, dass die residentuelle Stabilität von Wohngebieten eine bedeutende Rolle für die Entwicklungs- und Sozialisationsprozesse von Kindern und Jugendlichen spielt (Sampson et al. 2002; Baumert et al. 2005: 333). Es hat sich z. B. gezeigt, dass eine stabile Wohnbevölkerung einen positiven Effekt auf das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen hat, während sich eine starke Bevölkerungsfluktuation negativ auswirkt (Leventhal, Brooks-Gunn 2002: 328).

Üblicherweise dient der Anteil an Familien mit Hausbesitz an der Bevölkerung als Indikator für die Stabilität von Wohnstrukturen und nachbarschaftlichen Netzwerken (Baumert et al. 2005: 333). Ein vergleichbarer Indikator ist der Anteil an Einfamilienhäusern, dieser liegt für Berlin jedoch nicht kleinräumig vor und ist zudem für die Analyse nicht geeignet, da davon auszugehen ist, dass in Berlin Einfamilienhäuser überwiegend in privilegierten Gebieten zu finden sind. So würden sesshafte Einwohner mit geringen materiellen Ressourcen keine Berücksichtigung finden. Daher soll als alternative Größe der Anteil an Adressen mit einer Wohndauer von mindestens fünf Jahren am Wohnsitz herangezogen werden.

Tabelle 2 zeigt, dass die Spannweite der Wohndauer im Ostteil der Stadt größer ist als im Westteil. Im Osten gibt es Einschulungsbereiche, in denen lediglich 30 % der Bewohner mindestens fünf Jahre wohnhaft sind, andererseits gibt es aber auch solche Gebiete, in denen mehr als 80 % der Einwohner sesshaft sind. Im Westen sind in allen Einschulungsbereichen mindestens 38 % der Einwohner länger als fünf Jahre ansässig, in keinem Einschulungsbereich jedoch mehr als 73 % der Bewohner.

Anhand der geografischen Karte (Abbildung 7)⁵ wird sichtbar, dass sich die Einschulungsbereiche mit den höchsten Anteilen an sesshaften Einwohnern überwiegend an den Stadtgrenzen befinden. Die Einschulungsbereiche mit der höchsten Bevölkerungsfuktuation befinden sich dagegen im Innenstadtbereich. Die meisten dieser Einschulungsbereiche mit geringem Anteil an sesshaften Einwohnern weisen zudem überwiegend einfache Wohnlagen auf.

⁵ Auch hier wurden die oberen 20 % der Verteilung als „hoch“, die unteren 20 % als „gering“ und die übrigen 60 % als „mittel“ eingestuft.

Kontrollvariablen

Schülerleistungen werden von einer Vielzahl weiterer Faktoren determiniert, die in der vorliegenden Arbeit nicht berücksichtigt werden können. Es können jedoch einige Merkmale zur Komposition der getesteten Schülerschaft zur Analyse herangezogen werden, da die entsprechenden Informationen im VERA-Datensatz enthalten sind. Dabei handelt es sich um den Anteil an Schülern mit nichtdeutscher Herkunftssprache, den Anteil an Schülern mit einer Teilleistungsstörung⁶ im Fach Deutsch bzw. Mathematik, dem Anteil an Wiederholern und dem Anteil an männlichen Schülern.

Analysestrategie

Um den Zusammenhang zwischen den Leistungen der Berliner Drittklässler und den Merkmalen des regionalen Kontextes zu untersuchen, werden multiple lineare Regressionsanalysen durchgeführt. So kann geprüft werden, welche der Indikatoren bei Kontrolle der übrigen vorliegenden Merkmale als statistische Einflussgrößen zu identifizieren sind. Dazu wird die Verteilung der Schülerleistungen aus einer Linearkombination der vorliegenden Indikatoren statistisch erklärt. Die Berechnungen erfolgen für den Ost- und Westteil aufgrund der sehr unterschiedlichen Bevölkerungsverteilung jeweils separat.

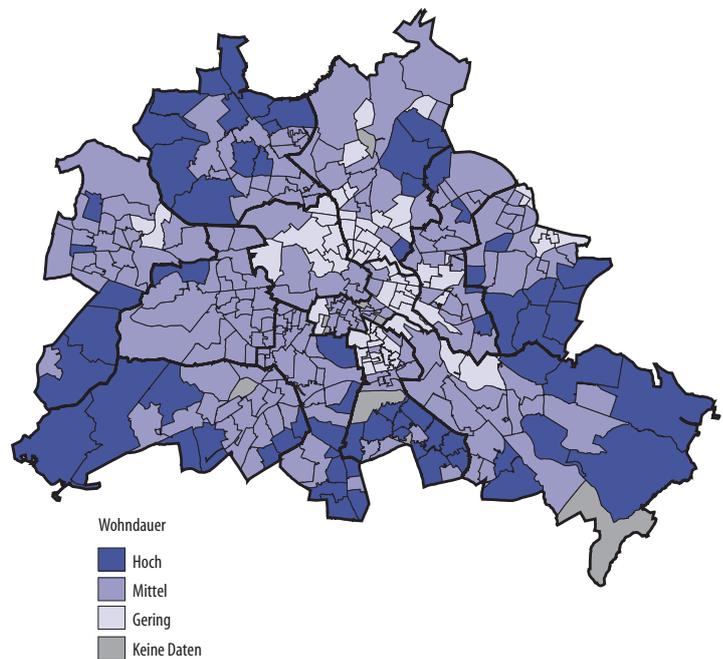
Ergebnisse

Zusammenfassung der Hypothesenbewertung

Das durchschnittliche Leistungsniveau der Schüler von Schulen in sozial benachteiligten Gebieten ist tendenziell niedriger als in nicht benachteiligten Gebieten. Diese Annahme wurde in **Hypothese 1** getroffen und kann sowohl im Ostteil Berlins als auch im Westteil für die vier Testbereiche Leseverständnis, Schreiben, Raum und Form sowie Daten, Häufigkeit und Wahrscheinlichkeit bestätigt werden. Die SGB II-Quote, als Indikator für die soziale Belastung in einem Einschulungsbereich, steht in deutlich negativem Zusammenhang mit den durchschnittlichen Lösungshäufigkeiten im Fach Deutsch und Mathematik. Im Vergleich zu den übrigen Indikatoren ist die SGB II-Quote in der östlichen Region in allen Testbereichen die einflussstärkste Größe, in der westlichen Region die zweitstärkste nach dem Anteil an Schülern mit nichtdeutscher Herkunftssprache im Jahrgang.

Die **Hypothese 2**, wonach eine Konzentration von privilegierten Bevölkerungsgruppen in positivem Zusammenhang mit den durchschnittlichen Schülerleistungen steht, konnte aufgrund der Datenlage nicht überprüft werden. Um die Konzentration von privilegierten Bevölkerungsgruppen zu messen, würde sich beispielsweise der Anteil an Personen mit sehr hohem Einkommen oder der Anteil an Erwerbstätigen in professionellen akademischen Berufen eignen. Solche Daten liegen für Berlin jedoch nicht kleinräumig vor. Alternative Indikatoren, wie der An-

Abb.7 Verteilung der Wohndauer in Berlin am 31.12.2008



teil an Schulabgängern mit Hochschulreife und das mittlere Haushaltseinkommen, sind ebenfalls nicht kleinräumig verfügbar.

Gemäß **Hypothese 3** wirkt sich eine hohe Konzentration von Minoritäten im Einschulungsbereich negativ auf die durchschnittlichen Schulleistungen aus. Um diese Konzentration zu messen, sind die Ausländerquoten und die Quoten der Personen mit Migrationshintergrund verfügbar. Diese Indikatoren stehen in sehr engem Zusammenhang mit den Anteilen an Schülern mit nichtdeutscher Herkunftssprache, die für die getesteten Drittklässler der einzelnen Schulen vorliegen⁷. Für die Analysen wurde die Quote der Schüler mit nichtdeutscher Herkunft im Jahrgang herangezogen. Davon ausgehend, dass hohe Migrantenquoten im Jahrgang mit vergleichsweise hohen Migrantenquoten im Einschulungsbereich korrespondieren, kann die Hypothese 3 für den Westteil Berlins für alle Testbereiche bestätigt werden. Der Anteil an Schülern mit nichtdeutscher Herkunftssprache im Jahrgang ist sowohl im Fach Deutsch als auch im Fach Mathematik im westlichen Teil Berlins einflussstärkstes Merkmal. Zudem erweist sich dieser Indikator im Ostteil der Stadt für den Testbereich Leseverständnis als relevante Einflussgröße, wenn auch mit dem vergleichsweise schwächsten gewichteten Effekt. Da für den Anteil an Schülern nichtdeutscher Herkunft im Ostteil der Stadt keine Effekte auf den Bereich Schreiben und die beiden Testbereiche im Fach Mathematik nachweisbar waren, wurden hier die Migrantenquoten der Einschulungsbereiche

⁶ Bei Teilleistungsstörungen handelt es sich um Leistungsdefizite, die in begrenzten Funktionsbereichen trotz hinreichender Intelligenzleistungen und regelmäßiger Förderung sowie körperlicher und seelischer Gesundheit auftreten

und nicht aus einer entsprechenden Behinderung erklärt werden können. Dies können Leserechtschreib- oder Rechenschwächen sein (Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, ICD-10).

⁷ Insofern kann nur eines dieser Merkmale bei der Regressions-schätzung berücksichtigt werden. Es erscheint plausibler, die Migrantenquoten im Jahrgang als Prädiktor zu heranzuziehen, da somit dem Problem der Selektivität

Rechnung getragen werden kann. Durch die gezielte Vermeidung von Schulen und das Ausweichen auf Privatschulen durch bildungsbewusste Eltern sind die Migrantenquoten an den Schulen teilweise höher als im

Einschulungsbereich. Die Quote der Schüler nichtdeutscher Herkunft liefert entsprechend ein realistischeres Bild der Schülerzusammensetzung als die Quote der Migranten im Einschulungsbereich.

als Variable in den Modellen aufgenommen. Dieses Merkmal erwies sich lediglich für den Testbereich Daten, Häufigkeit und Wahrscheinlichkeit als (vergleichsweise schwache) Einflussgröße. Die Hypothese 3 kann im Ostteil entsprechend nur für die Testbereiche Leseverständnis und Daten, Häufigkeit und Wahrscheinlichkeit bestätigt werden.

Die **Hypothese 3a**, wonach von den Zuwanderern je nach Herkunftsland positive oder starke bzw. schwache negative statistische Effekte auf die durchschnittlichen Schülerleistungen nachzuweisen sind, kann mit Einschränkungen bestätigt werden. Im Westteil werden negative statistische Effekte der Anteile türkischer Migranten auf die Deutschleistungen konstatiert. Effekte auf die Mathematikleistungen können nicht nachgewiesen werden. Der Quote polnischer Zuwanderer werden nur sehr schwache, nicht signifikante, negative statistische Effekte zugewiesen.

Im Ostteil erweist sich die Quote der russischen Migranten als wesentliche Einflussgröße für die Bereiche Leseverständnis und Schreiben im Fach Deutsch und für den Bereich Daten, Häufigkeit und Wahrscheinlichkeit im Fach Mathematik. Die Anteile an polnischen Zuwanderern erweisen sich demgegenüber für beide Testbereiche im Fach Mathematik und ebenfalls für den Bereich Schreiben als relevant. Die Zusammenhänge zwischen den Anteilen an polnischen sowie russischen Migranten und den Schülerleistungen sind jeweils negativ. Gemessen an den gewichteten Effekten kommt dem Anteil an russischen Migranten ein größerer negativer statistischer Effekt zu als dem Anteil an polnischen Migranten sowohl im Bereich Schreiben als auch im Bereich Daten, Häufigkeit und Wahrscheinlichkeit, den beiden Testbereichen, in denen sich beide Migrantenquoten als relevant erweisen. Dem Anteil an vietnamesischen Migranten wird ein positiver statistischer Effekt auf die durchschnittlichen Schreibleistungen zugewiesen. Für die übrigen Testbereiche fallen die Effekte dieser Zuwanderungsgruppe sehr schwach und nicht signifikant aus.

Eine Unterscheidung nach Zuwanderungsgeneration lässt die Datenlage nicht zu, daher kann **Hypothese 3b** nicht überprüft werden.

Entsprechend **Hypothese 4** steht die Wohnqualität im negativen Zusammenhang mit den durchschnittlichen Schülerleistungen. Dies kann im Westteil für alle vier Testbereiche bestätigt werden. Einschulungsbereiche mit höheren Anteilen an Adressen in einfacher Wohnlage weisen geringere Lösungshäufigkeiten auf als Einschulungsbereiche mit besserer Wohnqualität.

Für den Ostteil kann die Hypothese nicht bestätigt werden, vielmehr wird sie für den Testbereich Raum und Form im Fach Mathematik widerlegt. Schüler in Einschulungsbereichen mit überwiegend einfacher Wohnlage weisen in diesem Testbereich im Durchschnitt bessere Leistungen auf.

Der Indikator Einwohnerdichte hat sich als unwesentlich herausgestellt.

Die **Hypothese 5** kann sowohl für den Ost- als auch für den Westteil der Stadt nicht bestätigt werden. Es hat sich gezeigt, dass der Anteil an Einwohnern mit einer Wohndauer von mindestens fünf Jahren im Ostteil der Stadt in negativem Zusammen-

hang mit den Leistungen im Bereich Leseverständnis und Daten, Häufigkeiten und Wahrscheinlichkeiten steht. Im Westteil werden diesem Indikator ebenfalls negative statistische Effekte auf die durchschnittlichen Leistungen im Testbereich Schreiben und den beiden Bereichen Raum und Form sowie Daten, Häufigkeit und Wahrscheinlichkeit im Fach Mathematik zugewiesen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Ergebnisse der Analysen fallen für die einzelnen Testbereiche teilweise sehr unterschiedlich aus. Es sind jedoch klare Tendenzen erkennbar. Zunächst wird deutlich, dass die Ergebnisse der Region Ost erheblich von denen in der Region West abweichen. Als wesentlichste Einflussgröße im westlichen Berlin erweist sich der Anteil an Schülern nichtdeutscher Herkunft im Jahrgang, und zwar über alle vier Testbereiche hinweg. Im Ostteil der Stadt ist die SGB II-Quote der bedeutendste Indikator, ebenfalls in allen Testbereichen. Dieses Merkmal ist auch im Westteil ein wichtiger Faktor. Bei Berücksichtigung der Anteile an türkischen bzw. polnischen Migranten anstelle der Migrantenquoten im Jahrgang erweist sich die SGB II-Quote als stärkster Prädiktor. Für die Ergebnisse im Fach Deutsch zeigt sich, dass die Quote der türkischen Zuwanderer ein einflussstarkes Merkmal darstellt. Im Osten sind je nach Testbereich die Anteile an russischen, polnischen und vietnamesischen Migranten relevante Größen.

Dass die Anteile der unterschiedlichen Migrantengruppen und die SGB II-Quoten in den Einschulungsbereichen, trotz Kontrolle von Jahrgangsmerkmalen wie Wiederholerquote und Schülern mit Teilleistungsstörungen, die einflussstärksten Größen bilden, kann ein Indiz für negative Nachbarschaftseffekte sein. Deutlich wird zumindest, dass Schulen in Einschulungsbereichen mit höheren SGB II-Quoten sowohl im Ostteil als auch im Westteil sowie solche mit höheren Anteilen an Migranten schlechter abschneiden. Darüber hinaus wurde gezeigt, dass die Quote der Sozialleistungsempfänger unter den Erwachsenen auch bei Kontrolle der Quote der minderjährigen Hilfeempfänger einen eigenständigen Einfluss hat. Dies deutet darauf hin, dass hier negative Nachbarschaftseffekte wirken.

Zudem weisen Schulen in Einschulungsbereichen des Westteils mit schlechterer Wohnqualität ein geringeres Leistungsniveau auf. Befinden sich Schulen also in benachteiligten Gebieten, wirkt sich dies negativ auf die durchschnittlichen Leistungen aus.

Eine stabile Bevölkerungszusammensetzung steht im Westen wie im Osten im negativen Zusammenhang mit den durchschnittlich erreichten Leistungen. Auch wenn dieser Befund nicht den Erwartungen entspricht, bildet er keinen Widerspruch zu den Nachbarschaftstheorien. Während sich in privilegierten Gebieten die Sesshaftigkeit als positiver Einflussfaktor auf die schulische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen erweisen sollte, kann von einer stabilen Bevölkerungszusammensetzung in benachteiligten Gebieten ein negativer Effekt ausgehen. Da hier die SGB II-Quote (als Indikator für soziale Benachteiligung), die Migrantenquote und die Wohnqualität kontrolliert wurden, ist davon auszugehen,

Tab.3 Abhängigkeit der Schülerleistungen vom regionalen Kontext

Merkmal	Fach Deutsch				Fach Mathematik			
	Lesen		Schreiben		Raum und Form		Daten, Häufigkeit und Wahrscheinlichkeit	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West
Leistungsempfänger (SGB II)	-	-	-	-	-	-	-	-
Türkische Migranten		-		-				
Polnische Migranten				-				-
Russische Migranten	-			-				-
Vietnamesische Migranten....				+				
Wohnlage		-		-	+	-		-
Wohndauer	-			-		-		-

- Negativer Zusammenhang
+ Positiver Zusammenhang

dass es weitere benachteiligende Faktoren gibt, die hier nicht spezifiziert wurden. Hierbei könnte es sich um die Konzentration anderer benachteiligter Bevölkerungsgruppen, wie beispielsweise die der Langzeitarbeitslosen handeln.

Die Tabelle 3 zeigt einen Überblick über die relevanten Indikatoren, denen ein Effekt auf die Leistungsvarianz der Lösungshäufigkeiten in den jeweiligen Testbereichen zugewiesen wurde. (Lesehilfe: Im Bereich Leseverständnis haben sich im Ostteil der Stadt die SGB II-Quote, der Anteil an russischen Zuwanderern und die Wohndauer als bedeutend für die Variation der Leistungen erwiesen, im Westteil die SGB II-Quote, der Anteil an türkischen Migranten und die Wohnlage.)

Bewertung der Ergebnisse

An dieser Stelle soll noch einmal zusammenfassend auf Einschränkungen hinsichtlich der Datenlage und die Aspekte, die in dieser Analyse nicht berücksichtigt werden konnten, hingewiesen werden, da sich daraus Einschränkungen bei der Interpretation der Befunde ergeben haben.

Die vorliegenden Befunde sind Ergebnisse multipler linearer Regressionen. Diese Analysemethode beruht auf einem additiven Ansatz, d. h., es wird davon ausgegangen, dass sich die einzelnen Indikatoren separieren und in ihren Wirkungen aufsummieren lassen. Dem Sachverhalt, dass die spezifizierten Variablen ein Beziehungsgefüge bilden, wird dabei keine Rechnung getragen. Die vorliegenden Ergebnisse müssen also als Tendenzen aufgefasst werden.

Zudem können nicht spezifizierte Drittvariablen im Hintergrund wirken, die mit den Prädiktoren korreliert sind. Dies weist auf ein Problem hin: Es muss davon ausgegangen werden, dass die vorliegenden Modelle deutlich unterspezifiziert sind. Zur Erklärung von Leistungsunterschieden anhand des re-

gionalen Kontextes reichen die in der vorliegenden Analyse verwendeten Indikatoren nicht aus. Neben strukturellen Merkmalen zur sozialen und kulturellen Zusammensetzung der Bevölkerung müssten Faktoren wie die gesellschaftliche Wertschätzung von Bildung sowie institutionelle Merkmale wie die Professionalität der Lehrkräfte in den Modellen kontrolliert werden.

Darüber hinaus kann nicht überprüft werden, ob die geschätzten statistischen Effekte tatsächlich dem Kontext zuzuschreiben sind. Die vorliegenden Befunde beruhen auf Aggregatdatenanalysen, Individualmerkmale liegen nicht vor. Es wird folglich nicht der Einfluss von Umgebungen des Individuums auf individuelle Fähigkeiten oder Leistungen, sondern der Einfluss von Aggregatmerkmalen auf Aggregatmerkmale untersucht. Diese können jedoch auch ein Ergebnis der Komposition, also der Zusammensetzung der Merkmale, sein. Es kann zwar der Zusammenhang zwischen örtlichem sozialem Milieu und durchschnittlichen Schulleistungen untersucht werden, es wird aber nicht klar, ob die geschätzten Effekte auf die Komposition oder den Kontext zurückzuführen sind. Darüber hinaus darf anhand der vorliegenden Befunde nicht von einer Wirkung von Merkmalen des Kontextes auf das Verhalten der Individuen in diesem Kontext geschlossen werden. Es ist zudem davon auszugehen, dass die vorliegenden Effekte überschätzt werden, da die Berechnungen aufgrund von Aggregatdaten erfolgt sind.

Die vorliegenden Ergebnisse geben lediglich einen Hinweis darauf, welche Indikatoren die Schülerleistungen beeinflussen können. Aufgrund der teilweise sehr starken Aggregateffekte lässt sich jedoch vermuten, dass systematische Zusammenhänge zwischen den Merkmalen des Kontextes und den Schülerleistungen bestehen.

Autorin: *Christin Laschke*

Frau Laschke war Studentin der Freien Universität Berlin, Institut für Soziologie, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften. Ihre Diplomarbeit entstand in Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Quellen

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AFS); Institut für Schulqualität (ISQ) (2008): Bildung in Berlin und Brandenburg 2008.
- Baumert, J.; Carstensen, C. H.; Siegle, T. (2005): Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lebensverhältnisse und regionale Disparitäten des Kompetenzerwerbs. In: Prenzel, M. (Hg.): Deutsches PISA-Konsortium: PISA 2003 – der zweite Vergleich der Länder in Deutschland – was wissen und können Jugendliche? Berlin (u. a.): Waxmann, S. 323 – 384.
- Bertram, H. (2003): Demographische Entwicklung, regionale Disparitäten und Bildungschancen. Konferenz der Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland. Darmstadt 9. 10. 2003.
- Bömermann, H.; Klumpe, M.; Laschke, C.; Malchin, A.; Pattloch, D. (2009): Wählerverhalten und soziales Umfeld: Ökologische Kommentierung der Wahlergebnisse 2009 in Berlin und Brandenburg. In: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, 5 + 6, S. 110 – 117.
- Böhnisch, L. (2009): Familie und Bildung. In: Tippelt, R.; Schmidt, B. (Hg.): Handbuch Bildungsforschung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 339 – 350.
- Bonsen, M., Bos, W., Imhäuser K.; Makles, A., Schräpler, J.-P., Terpoorten, T. und Weishaupt, W. (2009): Prüfung der Leistungsfähigkeit und Verbesserung der Struktur amtlicher Daten im Rahmen der Konstruktion von schulbezogenen Sozialindizes. BMBF-Projekt, Förderkennzeichen PLI3051A, Endbericht.
- Chase-Lansdale, P. L.; Gordon, R. A. (1996): Economic hardship and the development of five- and six-year-olds: Neighborhood and regional perspectives. In: Child development, 67, S. 3 338 – 3 367.
- Esser, H. (2004): Does the new immigration require a new theory of intergenerational integration? In: International Migration Review, 38(3), S. 1 126 – 1 159.
- Halpern-Felsher, B.; Connell, J. P.; Spencer, M. B.; Aber, J. L.; Duncan, G. J.; Clifford, E.; Crichlow, W.; Usinger, P.; Cole, S. S. (1997): Neighborhood and family factors predicting educational risk and attainment in African American and white children and adolescents. In: Brooks-Gunn, J.; Duncan, G. J.; Aber, J. L. (Hg.): Neighborhood poverty: Vol. 1. Context and consequences for children. New York: Russell Sage Foundation, S. 146 – 173.
- Häußermann, H. (2003): Armut in der Großstadt. Die Stadtstruktur verstärkt soziale Ungleichheit. In: Informationen zur Raumentwicklung, 3/4.2003, S. 143 – 157.
- Köller, O.; Knigge, M.; Tesch, B. (2010): Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich. Befunde des ersten Ländervergleichs zur Überprüfung der Bildungsstandards für den Mittleren Schulabschluss in den Fächern Deutsch, Englisch und Französisch. Zusammenfassung.
- Leventhal, T.; Brooks-Gunn, J. (2000): The neighborhoods they live in: Effects of neighborhood residence on child and adolescent outcomes. In: Psychological Bulletin, 126(2), S. 309 – 337.
- Sampson, R. J.; Morenoff, J. D.; Gannon-Rowley, T. (2002): Assessing “neighborhood effects”: social processes and new direction in research. In: Annual Review of Sociology, 28, S.443 – 478.
- Schümer, G. (2004): Zur doppelten Benachteiligung von Schülern aus unterprivilegierten Gesellschaftsschichten im deutschen Schulwesen. In: Schümer, G. (Hg.): Die Institution Schule und die Lebenswelt der Schüler. Wiesbaden: VS Verlag, S. 73 – 114.

Internetressourcen

- www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/mietspiegel/de/wohnlagen.shtml (14. 05. 2010)
- www.Statistik-Berlin-Brandenburg.de (20. 04. 2010)

Softwareressourcen

- SPSS Version 15.0
- MapInfo Professional Version 7.5

Historisches 1910

Volks- und Viehzählung am 1. Dezember 1910

Im Jahr 1910 fand die letzte Volkszählung im Deutschen Reich vor Ausbruch des 1. Weltkrieges statt. Bei der Reichsgründung 1871 wurde sofort erstmalig und ab 1875 alle fünf Jahre gezählt. Lagen früher die Motive für diese „Hohe Schule der Statistischen Erhebungen“ in der Abbildung der Entwicklung – besonders der Steuern und der Wehrkraft – sowie der Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, so wird heutzutage die optimale Planung und Verteilung der Ressourcen bemüht. Die eigentliche Durchführung der Zählung hat sich wesentlich verändert. Wurde 1910 noch jeder Bürger durch einen Zählungsbeauftragten persönlich aufgesucht und erfasst, wird es 2011 ein Registerabgleich mit einer Ergänzungsstichprobe sein. Die Datenverarbeitung wurde immer umfassender und effektiver genutzt. Zur Zählung 1910 wurden aber bereits Lochkarten eingesetzt.

In der Tageszeitung einer 12 000 Seelen-Stadt fanden sich interessante Artikel, die einen heute je nach Mentalität schmunzeln oder staunen lassen. Allein anhand dieser Beiträge lässt sich vortrefflich aufzeigen, was sich mittlerweile alles verändert hat – oder eben auch nicht.

Am 22. Oktober 1910, also 6 Wochen vor dem Stichtag, wandte sich Dr. Blenk als *Wirklich Geheimer Oberregierungsrat und Präsident des Königlich Preussischen Statistischen Landesamtes mit einer Ansprache an die Bevölkerung über die Bedeutung und Ausführung der Volkszählung sowie der Viehzählung in Preußen am 1. Dezember 1910*. Knapp drei Wochen vor dem Stichtag gab es dann am 11. November 1910 die erste Bekanntmachung des Bürgermeisters im Stadtanzeiger und Amtsblatt zur *außerordentlichen Viehzählung am 1. Dezember im preussischen Staat*. Es folgte reichlich eine Woche vor dem 1. Dezember eine Bekanntmachung an die *Herren Zähler*, die damit ersucht wurden, die Zählpapiere im Rathaus entgegenzunehmen. Dann sechs Tage später an die Haushaltsvorstände, die noch kein *Zählmaterial* erhalten hatten, mit der Aufforderung, unverzüglich

Bekanntmachung.

Diejenigen Haushaltungsvorstände und einzel-Lebenden Personen mit eigener Hauswirtschaft, denen für die am 1. Dezember stattfindende **Volkszählung bis zum 30. d. Mts.** noch kein **Zählmaterial** zugestellt worden ist und die somit aus irgend einem Umstände übergangen sein sollten, werden hiermit ersucht, hiervon **unverzüglich** im Zimmer 5 des Rathauses Mitteilung zu machen.

Sprenberg, den 29. November 1910.

Der Vorsitzende der Zählungskommission
Carl Schur
Stadttrat.

Bekanntmachung.

Am 1. Dezember d. Jrs. findet im preussischen Staate eine **außerordentliche Viehzählung**

für: **Pferde, Rinder, Schafe und Schweine** statt.

Die Ausführung des Zählgeschäftes erfolgt in der Stadt Sprenberg durch die Polizeiergenten durch Ausgabe von Zählkarten, welche gemäß den auf der Rückseite derselben gegebenen Erklärungen von den **viehhaltenden Haushaltungsvorständen** auszufüllen sind.

Die Stadt ist zu diesem Zweck in 4 Zählbezirke eingeteilt, die in ihrer Begrenzung den 4 Polizeireviere entsprechen.

Die **Aufnahme** erfolgt nach dem **Stande vom 1. Dezember d. J.** von **Gehöft zu Gehöft** und in diesem von **Haushaltung zu Haushaltung** mittels Eintragung des durch wirkliche Zählung ermittelten Viehstandes in die Zählkarte A. Für jede Haushaltung mit Vieh der zu Anfang erwähnten Art muß eine Karte ausgefüllt werden; ebenso über dasjenige Vieh, dessen Besitzer nicht auf dem Gehöfte wohnt. **Haushaltungen ohne Vieh stellen keine Karte aus.** Es ist dafür zu sorgen, daß bei der Zählung auch besondere Viehbestände, wie Vieh in Schlachthäusern, Viehquarantänen, auf Schiffen, in Landkolonien usw., Pferde in Bergwerken nicht übergangen werden.

Vieh, das in der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember mit der Eisenbahn befördert wird, ist auf dem Empfangsbahnhofe zu zählen, dabei ist der Name und Wohnort des Abenders wie des Empfängers auf der Zählkarte zu bemerken. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß auch das aus dem **Auslande** eingeführte Vieh gezählt wird.

Vorübergehend abwesendes Vieh wird bei der Haushaltung, zu der es gehört, mitgezählt; dagegen bleibt es da, wo es nur **vorübergehend** anwesend ist, z. B. in Wirtshäusern, Ausspannungen, unbedachtigt.

Indem wir erwarten, daß die Zähler bei der Ausübung des Zählgeschäftes die notwendige Unterstützung seitens der Einwohnerschaft finden werden, bemerken wir noch ausdrücklich, daß die **Zählungsergebnisse nur den Zwecken der Staats- und Gemeindeverwaltung, sowie zur Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Zwecke dienen.** Insbesondere soll festgestellt werden, ob durch die heimische Viehzucht die für die Volksernährung nötigen Fleischmengen gewonnen werden können.

Zu **Steuerszwecken** werden die in den Zählkarten enthaltenen Angaben **in keinem Falle** verwendet.

Die ausgefüllten, durch Namensunterschrift bezeugten Zählkarten sind von den Haushaltungsvorständen oder deren Vertretern am **2. Dezember zur Abholung bereit zu halten.**

Sprenberg, den 11. November 1910.

Der Magistrat
Rath.

Bekanntmachung.

Auf Befehl des Bundesrates findet im Deutschen Reich am
1. Dezember d. J. eine
Völkzählung

statt, deren Ausführung mittels Zählkarten erfolgen wird.
Die Stadt Spremberg ist zu diesem Zwecke in Zählbezirke eingeteilt, für welche je ein Zähler bestellt worden ist.

Nr.	Umfang des Zählbezirks	Name und Stand des Zählers
1	Wartplatz Nr. 1-16	Gesichtsführer Heinrich Köhrens
2	Wartplatz Nr. 17-23 Kampstraße Nr. 1-7	Kaufmann Otto Wlasig
3	Kampstraße Nr. 8-19	Kaufmann Adolf Wlasig
4	Kampstraße Nr. 20-29	Kaufmann Hermann Gietler
5	Kampstraße Nr. 30-39	Kaufmann Paul Rentsch jr.
6	Kampstraße Nr. 40-49	Kaufmann Paul Schlegel
7	Reiterstraße Nr. 1-9	Hotelbesitzer Max Schupmann
8	Reiterstraße Nr. 10-19	Revisor Robert Walsche
9	Georgienstraße Nr. 1-8 Reiterstraße Nr. 1-11	Fabrikant Theodor Willinger
10	Reiterstraße Nr. 12-25 Dresdener Allee Nr. 1-5	Lehrer Wiame
11	Reiterstraße Nr. 1-5 Reiterstraße Nr. 1-5	Buchhändler Augustus
12	Reiterstraße Nr. 1-8	Lehrer Müller
13	Reiterstraße Nr. 1-7 Wartplatz Nr. 1-4	Gewerkevereinssekretär Bierhub
14	Reiterstraße Nr. 8-18 Wartplatz Nr. 1-3	Lehrer Lehmann
15	Reiterstraße Nr. 1-5 Schloßstraße Nr. 1-5	Lehrer Schneider
16	Schloßstraße Nr. 6-9 Schloßstraße Nr. 1-7 Schloßstraße Nr. 1-5	Agent Carl Jähde
17	Schloßstraße Nr. 6-11 Kampstraße Nr. 1-7	Lehrer Otto Rohd
18	Altebergstraße Nr. 1-3 Kampstraße Nr. 1-6 Reiterstraße Nr. 1-6	Postfachgehilfe Hartmann
19	Reiterstraße Nr. 7-15 Am der Spree Nr. 1-5	Strogelhilfe Jähde
20	Reiterstraße Nr. 16-24	Kaufmann Carl Jakob
21	Reiterstraße Nr. 1-15	Strogelhilfe Ratsch
22	Reiterstraße Nr. 1-10	Lehrer Gerns
23	Reiterstraße Nr. 11-21	Buchhändler Otto Dreilow
24	Reiterstraße Nr. 1-10 Reiterstraße Nr. 1-7	Strogelhilfe Richter
25	Reiterstraße Nr. 1-10	Lehrer Richter
26	Reiterstraße Nr. 11-19	Kaufmann Max Aldert
27	Reiterstraße Nr. 1-10 Reiterstraße Nr. 1-4	Malermaler Max Ratz
28	Reiterstraße Nr. 11-19	Revisor Richard Hinz
29	Reiterstraße Nr. 20 und 21 Reiterstraße Nr. 1-11 Schloßstraße Nr. 1-3 Reiterstraße Nr. 1-6	Müller Ritsch
30	Reiterplatz Nr. 1-16	Revisor Weimann
31	Reiterstraße Nr. 1-11	Uhrmacher Demold Richter
32	Reiterstraße Nr. 12-19	Lehrer Jense
33	Reiterstraße Nr. 20-28	Restaurateur Max Hünig
34	Reiterstraße Nr. 28a-31 Reiterstraße Nr. 1-11 Schloßstraße Nr. 1-3 Reiterstraße Nr. 1-6	Revisor Georg Hünig
35	Reiterstraße Nr. 1-6a Reiterstraße Nr. 8a (Schwarz)	Lehrer Grollmich
36	Reiterstraße Nr. 1-8	Lehrer Bohrlisch
37	Reiterstraße Nr. 1-6	Kaufmann Gottlieb Sander
38	Reiterstraße Nr. 31a-38 Reiterstraße Nr. 1	Wagenbauer Carl Hilde
39	Reiterstraße Nr. 38a-44	Revisor Wilhelm Hünig
40	Reiterstraße Nr. 45-50	Revisor Adolf Umlauf
41	Reiterstraße Nr. 51-60 Kampstraße Nr. 7 und 8	Revisor und Papierhändler Otto Hünig
42	Reiterstraße Nr. 61-66 Kampstraße Nr. 1-6	Kaufmann Julius Rau
43	Reiterstraße Nr. 1-6 Reiterstraße Nr. 12 Kampstraße Nr. 1-16	Kaufmann Georg Lehmann
44	Reiterstraße Nr. 17-23 Kampstraße Nr. 14 und 15	Kaufmann Georg Schur
45	Reiterstraße Nr. 1-8 und Nr. 9-13	Webegeschirrfabrik. G. Jandob
46	Reiterplatz Nr. 1-10	Tuchfabrikant Georg Willinger
47	Reiterstraße Nr. 1-3 Reiterstraße Nr. 1-4 Reiterstraße Nr. 4a-7	Lehrer Eding
48	Reiterstraße Nr. 1-4 und Nr. 8-15	Kaufmann Johannes Griebel
49	Reiterstraße Nr. 1-7	Lehrer Gumbold
50	Reiterstraße Nr. 8-10 Reiterstraße Nr. 1-4	Kaufmann Georg Meise
51	Reiterstraße Nr. 5, 5a und 6 Reiterstraße Nr. 1-5	Restaurateur Georg Waidhof
52	Reiterstraße Nr. 6-14	Lehrer Richter
53	Reiterstraße Nr. 15-19	Kaufmann Hermann Rode
54	Reiterstraße Nr. 20-25	Agent Wirth Reuter jr.
55	Reiterstraße Nr. 26-32	Strogelhilfe Ströb
56	Reiterstraße Nr. 33-40 Am den Röhlen Nr. 1-5 Waldstraße Nr. 1-3	Lehrer Adolf Rohd
57	Reiterstraße Nr. 1-8	Fabrikant Anton Müller
58	Reiterstraße Nr. 9-13	Strogelhilfe Buch
59	Reiterstraße Nr. 14-25	Kaufmann Max Wetsch
60	Reiterstraße Nr. 26-37	Lehrer Winterfeldt
61	Reiterstraße Nr. 1-5	Lehrer Eding
62	Reiterstraße Nr. 6-11	Lehrer Hermann Schulz
63	Reiterstraße Nr. 1-9 Reiterstraße Nr. 1-5	Kaufmann Carl Bartsch
64	Reiterstraße Nr. 6-8 Reiterstraße Nr. 1-16	Tuchfabrikant Carl Richard
65	Reiterstraße Nr. 1-9	Revisor Paul Berg
66	Reiterstraße Nr. 1-5, 6 und 7 Reiterstraße Nr. 1-10	Büchsenmacher Richard Paul
67	Reiterstraße Nr. 11-20	Stationsgehilfe Georg
68	Reiterstraße Nr. 1-8	Kaufmann Oskar Müller
69	Reiterstraße Nr. 9-19	Strogelhilfe Reinhold Gumbert
70	Reiterstraße Nr. 20-24a Reiterstraße Nr. 1-3	Büchsenmacher Paul Krause
71	Reiterstraße Nr. 25-34 Reiterstraße Nr. 5a Reiterstraße Nr. 1 und 2	Lehrer Paul Giede
72	Reiterstraße Nr. 35-41	Lehrer Paul Schulz
73	Reiterstraße Nr. 42-58	Revisor Michael
74	Reiterstraße Nr. 59-64	Lehrer Rehd
75	Reiterstraße Nr. 65-68	Revisor Richard Winkler
76	Reiterstraße Nr. 69-72	Revisor Richard Julius Hrehl
77	Reiterstraße Nr. 73-86	Strogelhilfe Gullow
78	Reiterstraße Nr. 87-93	Kaufmann Richard Retzow
79	Reiterstraße Nr. 1-3 Reiterstraße Nr. 1-3	Strogelhilfe Dewa
80	Reiterstraße Nr. 4-8	Revisor Richard Carl Kohn
81	Reiterstraße Nr. 9-13	Lehrer Ratz
82	Reiterstraße Nr. 14-24	Lehrer Schulz
83	Reiterstraße Nr. 25-28	Lehrer Otto
84	Reiterstraße Nr. 29-31	Büchsenmacher Emil Gertch

Der Magistrat.
Rath.



Eröffnung der Spielwaren- Ausstellung Goth. Richter.

Alle Leute und Eltern, welche für
ihre Kinder bei der diesjährigen
Weihnachtsbescherung
des Vaterländischen Frauen-
vereins berücksichtigt werden wollen,
werden aufgefordert sich in der Zeit
vom **23.-28. November** bei
unserer Vorlesenden **Frau Con-
fiscatorin Steffen, Dresdenstr. 14 I**
zu melden.
Spätere Meldungen können nicht
berücksichtigt werden.
Der Vorstand.



**Herren-Schnür-, Bog- und
Schnallenstiefel**
in allen Lederarten, neueste
Formen, mit und ohne Ad-
kappe von 7-16 Mk.



Knopf- und Schnürstiefel
für Damen in feinstem
Gewebe und Stoffkappe
mit und ohne Adkappe
von 7-16 Mk.

**Schafstiefel, Lange Stiefel,
Jagd-Stiefel**
in größter Auswahl
Grobes Lager in
Winter-Schuwaren.
Gummi-Schuhe
Holz-Schuhe
Paul Richter,
Schuhwarengeschäft
Hob- und Reparaturwerkstatt
Dresdenerstraße 4.

darüber im Zimmer 5 des Rathauses Mit-
teilung zu machen. Zwischenzeitlich wurde
die Liste des *Umfanges der Zählbezirke* sowie
Name und Stand der 84 Zähler veröffentlicht.
Das waren allesamt honorire Persönlich-
keiten: Agent, Bäckermeister, Bahnmeister,
Bildhauerbesitzer, Buch- und Papierhän-
dler, Fabrikant, Fuhrwerksbesitzer, Geschäftsführer,
Gewerkevereinssekretär, Hausvater,

Hotelbesitzer, Invalide, Kantor, Kaufmann,
Küster, Lagerhalter, Lehrer, Malermeister,
Rentier, Rentner, Restaurateur, Tuchfabrikant,
Uhrmacher, Wagenbauer, Webeschirrfabrikant,
Webereibesitzer sowie Büro-,
Kassen-, Sparkassen- und Stationsgehilfe.
Sie alle hatten jeweils 10 bis 20 Gebäude in
den insgesamt 84 Zählbezirken der Stadt zu
erfassen.

Veröffentlichungen **Oktober und November 2010****Berlin****Bevölkerungsentwicklung und
Bevölkerungsstand**

1. Quartal 2010	vj 1/10
A I 1/A II 4	6,00 EUR

Wanderungen

1. Quartal 2010	vj 1/10
A III 1	6,00 EUR

**Flächenerhebung nach Art
der tatsächlichen Nutzung**

Jahr 2009	j 09
A V 3	8,00 EUR

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
am Arbeitsort im Land Berlin**

30. Juni 2009	vj 2/09
A VI 15	8,00 EUR

Studierende an Hochschulen

Wintersemester 2009/2010	j 09
B III 1	8,00 EUR

Hochschulfinanzen

Jahr 2008	j 08
B III 7	8,00 EUR

Sportvereine

am 1. Januar 2010	j 10
B V 1	7,00 EUR

Gewerbeanzeigen

August 2010	m 08/10
D I 1	7,00 EUR

Insolvenzen

01.04. bis 30.06.2010	vj 2/10
D III 1	7,00 EUR

**Verarbeitendes Gewerbe (sowie Berg-
bau und Gewinnung von Steinen und Erden)**

August 2010	m 08/10
E I 1	7,00 EUR
Jahr 2009	j 09
E I 1	8,00 EUR

**Verarbeitendes Gewerbe,
Auftragseingangindex**

August 2010	m 08/10
E I 3	6,00 EUR

Baugewerbe

August 2010	m 08/10
E II 1/E III 1	7,00 EUR

Baugenehmigungen

September 2010	m 09/10
F II 1	6,00 EUR

**Ausfuhr und Einfuhr
Vorläufige Ergebnisse**

August 2010	m 08/10
G III 1	8,00 EUR

Beherbergungskapazität

Juli 2010	m 07/10
G IV 1	6,00 EUR

**Straßenverkehrsunfälle
Vorläufige Ergebnisse**

August 2010	m 08/10
H I 1	7,00 EUR

Personenverkehr mit Bahnen und Bussen

Jahr 2009	5j 09
H I 5	7,00 EUR

Binnenschifffahrt

2. Vierteljahr 2010	vj 02/10
H II 1	6,00 EUR

**Tageseinrichtungen und öffentlich
geförderte Kindertagespflege**

01. März 2010	j 10
K V 7	7,00 EUR

**Leistungen an Asylbewerber
Ausgaben und Einnahmen**

Jahr 2009	j 09
K VI 1	6,00 EUR

Empfänger von Regelleistungen

Jahr 2009	j 09
K VI 2	7,00 EUR

Empfänger von besonderen Leistungen

Jahr 2009	j 09
K VI 3	6,00 EUR

Personal im öffentlichen Dienst

30.06.2009	j 09
L III 2	8,00 EUR

Verbraucherpreisindex

Oktober 2010	m 10/10
M I 2	7,00 EUR

Preisindizes für Bauwerke

August 2010	vj 3/10
M I 4	7,00 EUR

Vierteljährliche Verdiensterhebung

2. Quartal 2010	vj 2/10
N I 1	7,00 EUR

Abfallentsorgung

2007 bis 2008	2j 08
Q II 1	8,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Behlertstr. 3a
14467 Potsdam

E-Mail: vertrieb@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 0331 8173-1777
Fax: 030 9028-4091

Brandenburg

Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstand		Ernteberichterstattung über Gemüse und Erdbeeren		Gäste, Übernachtungen und Beherbergungskapazität	
2. Quartal 2010	vj 2/10	August 2010	m 08/10	August 2010	m 08/10
A I 1, A II 4	6,00 EUR	C II 3	6,00 EUR	G IV 1	6,00 EUR
Bevölkerung der Gemeinden		Viehbestände		Straßenverkehrsunfälle Vorläufige Ergebnisse	
30. Juni 2010	hj 1/10	3. Mai 2010	j 10	August 2010	m 08/10
A I 2	7,00 EUR	C III 2	6,00 EUR	H I 1	7,00 EUR
Bevölkerungsentwicklung und Flächen der kreisfreien Städte, Landkreise und Gemeinden		Schlachtungen und Fleischerzeugung		Personenverkehr mit Bussen und Bahnen	
Jahr 2009	j 09	September 2010	m 09/10	Jahr 2009	5j 09
A I 4; A V 2	8,00 EUR	C III 6	6,00 EUR	H I 5	7,00 EUR
Ergebnisse des Mikrozensus		Legehennenhaltung, Eierzeugung und Schlachtungen von Geflügel		Binnenschifffahrt	
Jahr 2009	j 09	01. 01. bis 30.09.2010	vj 3/10	2. Vierteljahr 2010	vj 02/10
A I 10; A VI 2	10,00 EUR	C III 8	6,00 EUR	H II 1	7,00 EUR
Wanderungen		Gewerbeanzeigen		Sozialhilfe Ausgaben und Einnahmen	
2. Quartal 2010	vj 2/10	August 2010	m 08/10	Jahr 2009	j 09
A III 1	6,00 EUR	D I 1	7,00 EUR	K I 1	6,00 EUR
Krankenhäuser		Verarbeitendes Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)		Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	
Jahr 2008 Teil II Diagnosen	j 08	September 2010	m 09/10	Jahr 2009	j 09
A IV 3	8,00 EUR	E I 1	7,00 EUR	K I 2	7,00 EUR
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen		Verarbeitendes Gewerbe Auftragseingangindex		Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII	
Jahr 2008	j 08	September 2010	m 09/10	Jahr 2009	j 09
A IV 6	7,00 EUR	E I 3	6,00 EUR	K I 3	7,00 EUR
Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung		Baugewerbe		Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Empfänger, Ausgaben und Einnahmen	
Jahr 2009	j 09	August 2010	m 08/10	Jahr 2009	j 09
A V 3	10,00 EUR	E II 1; E III 1	7,00 EUR	K I 4	6,00 EUR
Arbeitsmarkt		Baugenehmigungen		Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege	
Oktober 2010	m 10/07	September 2010	m 09/10	01. März 2010	j 10
A VI 7	6,00 EUR	F II 1	6,00 EUR	K V 7	7,00 EUR
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort		Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe		Leistungen an Asylbewerber Ausgaben und Einnahmen	
30. Juni 2009	vj 2/09	August 2010	m 08/10	Jahr 2009	j 09
A VI 15	8,00 EUR	G I 1; G IV 3	7,00 EUR	K VI 1	6,00 EUR
Hochschulfinanzen		Aus- und Einfuhr Vorläufige Ergebnisse		Empfänger von Regelleistungen	
Jahr 2008	j 08	August 2010	m 08/10	Jahr 2009	j 09
B III 7	7,00 EUR	G III 1	8,00 EUR	K VI 2	7,00 EUR

└ **Verteilung der Einwohnerdichte
in Berlin
am 31. 12. 2008**



└ Berliner Bezirke und Ortsteile 1990 bis 2010

